

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von Juni 1994
bis Juni 1995**

NWO-Sonderheft Nr. 97



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von Juni 1994 bis Juni 1995**

NWO-Sonderheft Nr. 97

Terror der Antichristen vom 01.06.1994-30.06.1995

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Juni 1994 bis Juni 1995	2-96
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	97-98

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Juni 1994 bis Juni 1995

Achtung ist mehr als Beachtung. Ansehen mehr als Ruf. Ehre mehr als Ruhm. <i>Nicolas de Chamfort, eigentlich Sebastien Roch (1741-1794, französischer Schriftsteller)</i>
--

1994

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. Juni 1994: >>**Warmherziger Abschied für russische Soldaten**

... In freundschaftlicher Atmosphäre haben am Sonnabend die Einwohner Berlins und russische Soldaten Abschied voneinander genommen. Rund 20.000 Zuschauer kamen zur Parade der russischen Berlin-Brigade, die nach 49 Jahren in die Heimat zurückkehrt.

Berlins regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) dankte dem russischen Volk, seiner Führung und seinen Streitkräften für ihre Rolle bei der Wiedervereinigung. "Wir haben es dem neuen Rußland und Michail Gorbatschow zu verdanken, daß der Weg zur Befreiung Ost- und Mitteleuropas ohne Blutvergießen gegangen werden konnte." ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 14. Juli 1994: >>**Regierung in Prag lehnt Havels Entschuldigung ab**

Den Versuch von Staatspräsident Havel, eine moralische Entschuldigung für die Vertreibung von mehr als 3 Millionen Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg voranzutreiben, hat die Prager Regierung angeblich gestoppt. ...

Mehrere Teilnehmer hätten erklärt, die rechtlichen Konsequenzen einer solchen Entschuldigung seien schwer einzuschätzen, weil daraus "deutsche Rechtsanwälte Schritte" ableiten würden.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Juli 1994: >>**Zickzackwege zur Wahrheit**

Der Widerstand vom 20. Juli 1944: Geschichte einer Erinnerung

... Franz Ludwig Graf von Stauffenberg, Sohn des Hitler-Attentäters, äußert sich genauso wie andere konservative Kreis beunruhigt, wie im Museum im Berliner Bendlerblock – dem Ort an dem einige Verschwörer erschossen worden sind – nicht nur des Widerstands gedacht wird, der schließlich im Attentat gipfelt, sondern weil die Gedenkstätte auch an den Widerstand der Kommunisten, des Nationalkomitees Freies Deutschland und des Bundes deutscher Offiziere

erinnert. Eine solche wertfreie Darstellung sei eine wertlose Darstellung, erzürnt sich der Stauffenberg-Nachkomme.

... Mit dem Abstand von fünfzig Jahren wird deutlich, auf welchen merkwürdigen Zickzackwegen sich Historiker, Politiker und Öffentlichkeit in der Bundesrepublik den 20. Juli zu eigen gemacht haben.

... Wer den bürgerlich-militärischen Widerstand betont, ruft diejenigen auf den Plan, die den Widerstand der Kommunisten und Emigranten hervorgehoben sehen möchten. Die Gefahr des Mißbrauchs der Geschichte durch solche Politisierung liegt auf der Hand. ...

Indem Historiker diese Vorstellungen an der Gedankenwelt der sechziger Jahre maßen, trugen sie wiederum zur Politisierung der Geschichte bei. Sie unterschlugen dabei, daß der Widerstand nur in den Grenzen seiner damaligen Gegenwart gewürdigt werden konnte. Auch die Zukunftspläne Stauffenbergs oder Goerdelers waren das Produkt ihrer Epoche, einer Zeit, die durch großdeutsches Denken geprägt war.

Unbeeinflußt von dieser Wendung der Forschung entdeckte eine andere Gruppe Ende der sechziger Jahre den Begriff des Widerstands für sich: die Studentenbewegung. Nicht zuletzt auf ihren Druck hin wurde im Zuge der Notstandsgesetzgebung 1968 der Artikel 20/4 in das Grundgesetz eingefügt: Danach ist Widerstand erlaubt, wenn keine andere Abhilfe von Verfassungsverletzungen möglich ist. Die Erinnerung an Vorbilder, die Zivilcourage und Bürgermut gezeigt hatten, klang dabei nach.

In dem Maße, wie die Auseinandersetzungen mit dem Widerstand nicht mehr auf der Legitimation der Bundesrepublik, sondern auch mehr der Rechtfertigung einzelner dienen sollte, verstärkte sich in den siebziger Jahren das Interesse an der alltäglichen Dimension des Widerstandes. ...

Vorurteile gegenüber Emigranten als diejenigen, die sich aus dem Dritten Reich "davongestohlen" hatten, schwanden, eine Entwicklung von unmittelbarer geschichtspolitischer Bedeutung: Vor allem führende Sozialdemokraten unter ihnen Herbert Wehner und Willy Brandt, waren während der Herrschaft der Nationalsozialisten ins Exil geflüchtet. Sie profitierten vom Wandel in der Erinnerung. Die Wahl Brandts zum Bundeskanzler dokumentierte auch die moralische Anerkennung des Exils als eine Form der Verweigerung. Wieder hatte eine Neuwertung der Geschichte unmittelbaren Einfluß auf die Politik genommen.

Mit der Wende von der sozialliberalen zu einer christlich-liberalen Regierung rechtzeitig vor dem 40. Jahrestag vollzog sich in der Bundesrepublik erneut ein Perspektivenwechsel. Zwar lag das Hauptinteresse nach wie vor auf den Strukturen des Widerstands. Doch standen diese Forschungsergebnisse inzwischen wieder durchaus gleichwertig neben den Erkenntnissen über die Verschwörung der Eliten. Ein mit neuem Selbstbewußtsein ausgestattetes konservatives Lager sorgte für eine neue, aber nicht sonderlich originelle Sicht des Widerstandes.

Als Vermächtnis der Angehörigen des 20. Juli hob es deren Bereitschaft hervor, gegen jegliche Unterdrückung zu protestieren. Gleichzeitig stellte diese Seite fest, daß trotz aller Kritik an den konservativen, ja, reaktionären Vorstellungen der Stauffenberg-, der Goerdeler- und auch der Kreisauer Gruppe die Ideen der Widerständler viel näher an Weimar als am Dritten Reich gelegen hätten und damit zugleich viel näher an der Zukunft der Bundesrepublik. So hat es Ernst Nolte ausgedrückt.

Und 1994? Auch fünfzig Jahre später überwiegt erneut das Politische in der Diskussion um die Geschichte des 20. Juli 1944. Der Streit um das Museum des deutschen Widerstandes zeigt es. Die Meinungen widersprechen sich heftiger denn je, und das könnte sich noch verschärfen, wenn Historiker aus der ehemaligen DDR in die Auseinandersetzung eingreifen. Stärker noch als ihre Kollegen im Westen haben sie 40 Jahre lang nicht im Dienst der Geschichte, sondern im Dienst der Politik geforscht. Die Verpflichtung zum Antifaschismus war ihnen oberstes Gebot.

Wie der 20. Juli zu bewerten sei, hatte Stalin bereits unmittelbar nach dem Attentat vorgegeben. Er bezeichnete das Ereignis als eine imperialistische "antisowjetische" Verschwörung – ein Urteil, daß die Politiker und Historiker der DDR zunächst ohne Ausnahme übernahmen. Um Vergleiche mit dem eigenen System gar nicht erst aufkommen zu lassen, unterschlugen DDR-Historiker einen Gedankengang, der in Westdeutschland längst akzeptiert war: Wer in einer totalitären Diktatur mit Erfolg Widerstand von innen leisten wollte, mußte notwendigerweise Funktionär, hoher Beamter oder Offizier sein.

Die Hauptursache dafür, daß der Widerstand gegen Hitler gescheitert war, sahen ostdeutsche Historiker bis in die Achtziger Jahre hinein in der Tatsache, daß der Verschwörung die Massenbasis gefehlt hatte. Hinter dieser Interpretation steckte der marxistisch-leninistische Denkansatz von der historischen Bedeutung der Volksmassen. Folgerichtig maßten sie der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), die unter allen Widerstandsorganisationen sicher die meisten Mitglieder besaß, die größte Bedeutung zu. "Die rebellierenden Generale", hieß es dagegen bereits 1947 im Beitrag des SED-Journalisten und späteren Historikers Albert Norden, zählten zum "Fleisch vom Fleische des deutschen Imperialismus".

Erst mit einem politischen Ereignis – dem Tod Stalins – ging Ende der fünfziger Jahre in der DDR eine geringfügige Veränderung in der Bewertung der Geschichte einher. So wurden die Aktionen des Nationalkomitees Freies Deutschland und des Bundes Deutscher Offiziere in die Widerstandsforschung aufgenommen. Dadurch veränderte sich die Sicht auf die Haltung der Generale; die KPD war nicht mehr der exklusive Vertreter des Widerstands.

Noch in den achtziger Jahren feierte die DDR den Widerstand der KPD als Beginn ihrer eigenen Geschichte: "Die DDR ging unmittelbar aus dem antifaschistischen Widerstand hervor, aus der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der sowjetischen Besatzungszone", lasen Ostberliner Studenten 1981 in ihrem Hochschullehrbuch. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. August 1994: >>... Die Friedlandhilfe ist in Not: Die Regale der Lagerbaracke Nr. 49 aus dem Zweiten Weltkrieg in Friedland (Kreis Göttingen) sind fast leer. ...

... Die Flüchtlingsgeneration, die das Kriegs- und Nachkriegselend am eigenen Leibe erfahren hat, stirbt aus. ...

Mindestens 2 Millionen Aussiedler oder deren deutschstämmige Nachkommen wollen noch zu uns. Dann ist für diese Menschen der Zweite Weltkrieg endlich auch vorbei, und wir können aufhören", sagt Johanne Büchting (Vorsitzende der Hilfsorganisation).

Nach der Streichung des Begrüßungsgeldes von 200 DM durch die Bundesregierung brauche die Friedlandhilfe vor allem Bargeld. ... Die Leute kämen oft nach tagelanger Wartezeit auf dem Moskauer Flughafen mit kleinem Handgepäck an und hätten nicht einmal Unterwäsche zum Wechseln.

... "Die jetzt einreisen, sind voller Hoffnung, aber bitterarm. Die Flugkosten für die oft großen Familien sind hoch. Sie mußten alles verkaufen, um endlich unter Deutschen leben zu können."<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. August 1994: >>"**Russen hinterlassen teure Altlasten**"

Die Beseitigung der von den russischen Truppen in Deutschland hinterlassenen Altlasten wird nach Ansicht des Umweltbundesamtes Kosten in Milliardenhöhe verursachen. ... Auf den bisher untersuchten 925 geräumten Liegenschaften seien 27.000 ökologisch belastete Verdachtsflächen gefunden worden. Auf mehr als 3.000 Flächen seien Sofortmaßnahmen erforderlich, um akute Gefahren für Menschen zu verhindern. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. August 1994: >>**Modrow bat Moskau 1990: Keine Rückgabe zulassen**

Kinkel verteidigt Regelung zu SBZ-Enteignungen

Das Festhalten an den Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone zwischen 1945 und 1949 entsprach offenbar weniger einem Wunsch Moskaus als dem Willen der letzten beiden SED-Regierungen. Der frühere Ostberliner Regierungschef Hans Modrow teilte am Montag mit, er habe Anfang März 1990 dem UdSSR-Präsidenten Michail Gorbatschow geschrieben, daß die Enteignungen "gültig bleiben müssen", Moskau möge diesen Standpunkt in den Vereinigungsverhandlungen vertreten.

Modrow sagte am Montag, sein Nachfolger im Amt des DDR-Regierungschefs, Lothar de Maizière (CDU), habe die gleiche Position vertreten wie er. Eine Antwort auf sein Schreiben nach Moskau habe er nicht erhalten. Er habe aber auch kein Schreiben erhalten, daß die UdSSR sich diesen Standpunkt nicht zu eigen machen wollte, betonte Modrow.

Wie berichtet, hatte Gorbatschow in diesen Tagen einem britischen Historiker mitgeteilt, daß für ihn ein Festhalten an der "Bodenreform" keineswegs Voraussetzung für die Zustimmung zur deutschen Vereinigung gewesen sei. Diese Antwort hatte die Betroffenen im höchsten Maße überrascht, da die Bundesregierung ihren Ausschluß von Rückgaberechten stets mit außenpolitischen Rücksichten auf Moskau begründet hatte. Die Anwälte der "Bodenreform-Opfer" prüfen wegen der Gorbatschow-Äußerung eine Neuauflage ihres 1991 verlorenen Prozesses vor dem Bundesverfassungsgericht. ...

Auch Bundesaußenminister Klaus Kinkel betonte am Montag sein Unverständnis über Gorbatschows Äußerung. Die Sowjetunion habe bei den Verhandlungen über den Zwei-plus-Vier-Vertrag mehrfach gefordert, daß die Bodenreform nicht rückgängig gemacht werden dürfe. Die Akten des Auswärtigen Amtes zeigten eindeutig, daß diese Forderung "an sechs, sieben, acht Stellen und Verhandlungstagen" auf dem Tisch gelegen habe, sagte Kinkel. Im übrigen sei das Festhalten an der Bodenreform auch eine Bedingung für das Ja der Volkskammer zum Einigungsvertrag gewesen, sagte der Außenminister.

Bei der sogenannten Bodenreform unter dem Motto "Junkerland in Bauernhand" ging es vor allem um landwirtschaftlichen Besitz von mehr als 100 Hektar. Die Enteigneten wurden vielfach vertrieben oder sogar umgebracht. Insgesamt gingen auf diese Weise drei Millionen Hektar in Staatsbesitz über, der fortan durch die sogenannten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bewirtschaftet wurde.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 31. August 1994: >>**Letzter Akt:**

Russische Truppen verlassen Deutschland ...

General Burlakow kehrt ohne Groll in die Heimat zurück

Auftrag erfüllt, Mission beendet - nun geht's nach Hause. Ein letztes Mal wird Prokopjewitsch Burlakow heute von Wünsdorf nach Berlin fahren. Eine Rückkehr in die kleine Garnisonsstadt im Süden Berlins, die – hermetisch abgeriegelt – fast vier Jahrzehnte als Sitz des sowjetischen Oberkommandos gedient hat, wird es nicht mehr geben. In ein paar Tagen startet der General ohne Truppen Richtung Rußland. Daheim klettert der 59jährige Dreisterne-General auf der Karriereleiter nach oben. Er wird stellvertretender Verteidigungsminister.

Im Dezember 1990 war Burlakow mit einem heiklen Auftrag in das vereinte Deutschland gekommen. Binnen 4 Jahren sollte die gesamte Streitmacht der Sowjetunion in der ehemaligen DDR - mehr als 500.000 Soldaten samt Familien und über 2,5 Millionen Tonnen Munition - aus Deutschland abgezogen sein. So hatte es Bundeskanzler Helmut Kohl mit UdSSR-Präsident Gorbatschow vereinbart. ...

Fast geräuschlos ging der Abzug vonstatten. Eine Fläche von der Größe des Saarlands hat die Westgruppe in den fünf neuen Bundesländern geräumt. Die Beseitigung der Altlasten ist freilich vielerorts eine Jahrhundertaufgabe. Daß immer wieder Gerüchte über Schiebereien im großen Stil unter stiller Billigung oder gar aktiver Beteiligung der Militärführung auftauchten, hat die Zusammenarbeit nicht nachhaltig irritiert. Angesichts des höchst sensiblen Unternehmens hatte ohnehin niemand ein großes Interesse, derartige Dinge an die große Glocke zu

hängen.

Burlakow geht ohne Groll, wie er versichert. "Wir hatten ohnehin nicht vor, ewig hier zu bleiben", hat der bullige Arbeitersohn aus dem sibirischen Ulan-Ude einmal gesagt. ...

Am heutigen Mittwoch wird Burlakow den verbliebenen Rest seiner Truppe auf dem Berliner Gendarmenmarkt aufmarschieren lassen und seinem eigens angereisten Präsidenten Meldung machen: Auftrag erfüllt, Mission beendet!<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. September 1994: >>**Die Russen gehen**

... 49 Jahre nach dem Einmarsch der Roten Armee verlassen die Russen Berlin. ...

Respekt verlangt vor allem der fast reibungslose Ablauf der neben dem Golfkrieg größten Militäroperation der vergangenen Jahre. Mehr als 500.000 Menschen und 5.000 Panzer wurden ohne größere Zwischenfälle abgezogen. Die schnelle und ruhige "Abwicklung" einer ganzen GUS-Armee ist um so bemerkenswerter, weil auf die Soldaten in ihrer Heimat eine ungewisse Zukunft wartet.

Als "Feinde" hat sie zuletzt keiner mehr empfunden. Aber vor allem viele ältere Mitbürger denken mit gemischten Gefühlen an russische Soldaten. Als die Sowjetarmee im Mai 1945 die rote Fahne aufpflanzte, wurde sie von vielen eben nicht als Befreier empfunden und empfangen.

Wunden haben nicht nur die Greueltaten der Roten Armee bei ihrem Einmarsch hinterlassen. Anders als die Westalliierten brachten die sowjetischen Streitkräfte keine Demokratie, sondern preßten den Osten Deutschlands in eine neue Diktatur. Ihre bloße Anwesenheit ließ jeden Widerstand sinnlos erscheinen. Wenn er doch auftrat, wurde er wie 1953 niedergeschlagen. Erst als Moskau seine schützende Hand entzog, war der Sturz des Honecker-Regimes 1989 möglich. ...

... Tatsächlich hat Bonn das Entgegenkommen Moskaus großzügig belohnt: Mehr als 14 Milliarden Mark flossen seit 1990 nach Osten, ohne das immer genau klar wurde, wo das Geld landete. Immerhin wurden auch Wohnungen für die heimkehrenden Soldaten gebaut. Nun fürchtet Moskau, seinen letzten Trumpf ausgespielt zu haben. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die großzügigkeiten gegenüber Osteuropa (x268/216): >>An die Staaten des ehemaligen Ostblocks sind aus der Bundeskasse nach der Wiedervereinigung über 150 Milliarden Mark geflossen, dafür über 100 Milliarden an Rußland und die anderen GUS-Staaten. Trotz einer bedrohlichen Staatsverschuldung haben die deutschen Politiker immer noch die Spenderhosen an:

Im April 2002 erließ Berlin 4,5 Milliarden Euro russischer Schulden aus dem DDR-Handel, und seit 2003 beteiligt es sich mit bis zu 1,5 Milliarden an der Entsorgung russischer Atom-U-Boote. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete ferner am 1. September 1994 über Krebs-erkrankungen von ehemaligen "Wismut-Kumpeln": >>**Rentenansturm bei Wismut**

... Jeder zehnte der bisher medizinisch untersuchten ehemaligen "Wismut-Kumpel" hat eine Rente wegen einer Krebserkrankung beantragt. Der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG) erklärte am Mittwoch in Dresden, seit Ende 1992 seien 10.000 ehemalige Kumpel des Uranförderers Wismut AG untersucht worden.

HVBG-Vorstandschef Klaus Hinne ... verwies vor allem auf Krebsleiden außerhalb der Lungen.

Er erklärte, bis 1996 sollten die Untersuchungen der etwa 80.000 ehemaligen Wismut-Beschäftigten abgeschlossen werden. Er rechne mit Kosten für die Berufsgenossenschaften in Höhe von 1,5 Milliarden DM aus Rentenansprüchen, Zahlungen für Rehabilitation und Untersuchungen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 2. September 1994: >>**SBZ-Enteig-**

nete können Grundstücke zurückkaufen

... Der Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat hat seine zweitägige Marathonsitzung am Donnerstag mit weiteren Erfolgen abgeschlossen. So wurde nach jahrelangem Streit eine Regelung für Alteigentümer gefunden, deren Grundstücke zwischen 1945 und 1949 in der damaligen sowjetischen Besatzungszone (SBZ) enteignet wurden. Die Enteigneten erhalten keine Rückgabeansprüche, dürfen aber das Land von der Treuhand kaufen.

Für den Rückkauf gilt der dreifache sogenannte Einheitswert von 1935. Vorzugsbedingungen werden auch den Nachfolgesellschaften der früheren landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften eingeräumt. ... Zugleich wurde beschlossen, daß die Vertriebenen, die in der DDR gelebt haben, bereits in diesem Jahr von einem Alter von 75 Jahren an eine pauschale Entschädigung von 4.000 Mark erhalten. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. Oktober 1994: >>>**Einigung über Schulden**

... Der Weg für eine Umschuldung der Verbindlichkeiten Rußlands bei westlichen Gläubigerbanken ist frei. ... Rußland hat nach eigener Darstellung insgesamt Auslandsschulden von 90 Milliarden Dollar übernommen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Oktober 1994: >>>**Das Grauen läßt sich schwer in Bronze gießen**

... In einer Zeit, in der die Überlebenden des Massenmordes sterben, scheint ein Holocaust-Erinnerungsboom auszubrechen. Öffentliche Gedenkorte überall sollen dem kollektiven Gedächtnis bewahren, was sonst unwiderruflich verloren wäre.

Aber ist so etwas überhaupt möglich? Sind Kunstwerke beim Thema Holocaust überhaupt erlaubt? Lassen Denkmäler die Vergangenheit nicht erstarren, "entsorgen" sie das Grauen nicht? ...

Welches ist also die angemessene Form des Gedenkens? ... Elie Wiesel sagte bei der Eröffnung des amerikanischen Holocaust Museums in Washington im vergangenen Jahr, daß nur Fragen möglich seien. Und wenn es doch eine Antwort gebe, dann heiße sie Verantwortung eines jeden für die Gegenwart.<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Eröffnung des amerikanischen Holocaust Museums in Washington (x169/79-84,146-153): >>... Holocaust-Gedenktage sind ein nationales Ereignis. Alle 50 Bundesstaaten veranstalten Gedenkfeiern, häufig in Räumen der jeweiligen Parlamente. Die Vereinigung der Holocaust-Organisationen führt mehr als 100 Holocaust-Institutionen in den Vereinigten Staaten auf. Sieben große Holocaust-Museen sind über ganz Amerika verteilt. Kernstück dieses Angedenkens ist das United States Holocaust Memorial Museum in Washington.

Die erste Frage ist, weshalb es überhaupt ein von der (amerikanischen) Bundesregierung finanziertes Holocaust-Museum in der Hauptstadt des Landes gibt. Diese Einrichtung an der Washington Mall verträgt sich insbesondere nicht mit der Tatsache, daß hier kein Museum existiert, welches der Verbrechen im Laufe der amerikanischen Geschichte gedenkt. Man stelle sich das Klagegeschrei hierzulande (in den USA) gegen die Heuchelei der Deutschen vor, wenn diese in Berlin ein Nationalmuseum zum Gedenken nicht des Nazi-Völkermords, sondern der Sklaverei in Amerika oder der Auslöschung der amerikanischen Ureinwohner errichten würden.

Sein Schöpfer schreibt über das Holocaust-Museum, es sei "sehr darum bemüht, sich jeglichen Versuchs einer Indoktrination zu enthalten", "jeder Manipulation der Eindrücke oder Emotionen". Doch von der Planung bis zur Fertigstellung war das Museum in die Politik verstrickt. Angesichts der anstehenden Kampagne für seine Wiederwahl regte Jimmy Carter das Projekt an, um jüdische Spender und Wähler zu beschwichtigen, die wegen der Anerkennung

der "legitimen Rechte" der Palästinenser durch den Präsidenten aufgebracht waren.

Der Vorsitzende der Präsidentenkonferenz der großen amerikanischen Judenorganisationen, Rabbi Alexander Schindler, beklagte Carters Anerkennung der Palästinenser als Menschen als "schockierenden" Vorstoß. Carter verkündete die Pläne für das Museum, während der israelische Premierminister Menachem Begin Washington besuchte und eine erbitterte Redeschlacht im Kongreß über die von der Regierung vorgeschlagenen Waffenverkäufe an Saudi-Arabien tobte.

Auch andere politische Themen scheinen in dem Museum auf. So verschweigt es den christlichen Hintergrund des europäischen Antisemitismus, um eine mächtige Wählerschicht nicht zu verprellen. Es spielt die diskriminierenden Einwanderungsquoten der USA vor dem Krieg herunter, übertreibt die Rolle der Vereinigten Staaten bei der Befreiung der Konzentrationslager und geht stillschweigend über die umfangreiche Anwerbung von Nazi-Kriegsverbrechern durch die USA bei Kriegsende hinweg.

Die übergreifende Botschaft des Museums lautet, daß "wir" uns derart böse Taten nicht einmal vorstellen, geschweige denn sie begehen könnten. Der Holocaust "läuft dem amerikanischen Ethos zuwider", merkt Michael Berenbaum im Begleitbuch des Museums an. "Daß er begangen wurde, betrachten wir als Verletzung aller wesentlichen Werte Amerikas."

Mit den abschließenden Szenen jüdischer Überlebender, die darum kämpfen, nach Palästina einreisen zu dürfen, führt das Holocaust-Museum die zionistische Lektion vor, daß Israel die "angemessene Antwort auf den Nationalsozialismus" war.

Die Politisierung beginnt sogar schon, ehe man die Schwelle des Museums überschreitet. Es liegt am Raoul-Wallenberg-Platz. Wallenberg, ein schwedischer Diplomat, wird geehrt, weil er Tausende von Juden rettete und in einem sowjetischen Gefängnis starb. Der Schwede Graf Folke Bernadotte, der auch Tausende von Juden gerettet hat, wird nicht geehrt, denn der spätere israelische Premierminister Yitzak Shamir hatte seine Ermordung befohlen, weil er "pro-arabisch" eingestellt gewesen sei.

Die Crux der Politik der Holocaust-Museen liegt jedoch darin, wessen eigentlich gedacht werden soll. Waren die Juden die einzigen Opfer des Holocaust, oder zählen andere, die der Verfolgung durch die Nazis ausgeliefert waren, ebenfalls als Opfer?

Während der Planungsphase des Museums setzte sich Elie Wiesel (zusammen mit Yehuda Bauer vom Yad Vashem) an die Spitze derer, die dort ausschließlich der Juden gedenken wollten. Wiesel, dem man sich als dem "unbestrittenen Experten für die Zeit des Holocaust" unterwarf, stritt hartnäckig für den Vorrang des jüdischen Opferstatus. "Wie immer fingen sie mit den Juden an", tönte er in typischer Weise. "Wie immer hörten sie nicht bei den Juden allein auf." - Doch die ersten politischen Opfer des Nationalsozialismus waren Kommunisten, und die ersten Opfer des Nazi-Massenmords waren Behinderte.

Die größte Herausforderung für das Holocaust-Museum bestand darin, den Vorrang vor dem Völkermord an den Zigeunern zu rechtfertigen. Die Nazis hatten eine halbe Million Zigeuner systematisch ermordet, was proportional zur Bevölkerung grob den Verlusten beim Völkermord an den Juden entspricht.

Holocaust-Autoren wie Yehuda Bauer behaupteten, die Zigeuner seien nicht im selben Ausmaß dem Genozid zum Opfer gefallen wie die Juden. Angesehene Holocaust-Historiker wie Henry Friedlander und Raul Hilberg dagegen haben die Ansicht vertreten, dies sei der Fall gewesen.

Hinter der Tatsache, daß das Museum den Zigeuner-Genozid an den Rand schob, lauerten mehrere Motive.

Erstens: Den Verlust des Lebens von Zigeunern konnte man einfach nicht mit dem Verlust jüdischen Lebens vergleichen. Die Forderung nach einem Vertreter der Zigeuner im US Holocaust Memorial Council bezeichnete Rabbi Seymour Siegel, der geschäftsführende Direktor,

als "mies"; er bezweifelte, ob die Zigeuner als Volk überhaupt "existierten": "Es müßte eine gewisse Anerkennung des Volks der Zigeuner vorhanden sein, ... wenn es so etwas überhaupt gibt."

Immerhin gab er zu, daß "es unter den Nazis einen leidenden Teil gab". Edward Linenthal erinnert sich an das "tiefe Mißtrauen" der Vertreter der Zigeuner gegenüber dem Rat, "gespeist von der offenkundigen Tatsache, daß einige Ratsmitglieder eine Beteiligung der Roma so behandelten, wie eine Familie mit unwillkommenen, störenden Verwandten umgeht".

Zweitens: Wenn man den Genozid an den Zigeunern anerkannte, bedeutete das den Verlust einer exklusiven jüdischen Lizenz für DEN HOLOCAUST, was einen entsprechenden Verlust jüdischen "moralischen Kapitals" mit sich brachte.

Drittens: Falls die Nazis Zigeuner wie Juden in gleicher Weise verfolgt hatten, war das Dogma, wonach DER HOLOCAUST den Höhepunkt eines tausendjährigen Hasses der Nichtjuden auf die Juden bezeichnete, eindeutig unhaltbar. Und ebenso, falls der Neid der Nichtjuden den Genozid an den Juden antrieb, war es dann auch Neid, der den Genozid an den Zigeunern antrieb? In der ständigen Ausstellung des Museums wird den nichtjüdischen Opfern des Nationalsozialismus nur pro forma Anerkennung zuteil.

Schließlich ist die politische Agenda des Holocaust-Museums auch noch durch den israelisch-palästinensischen Konflikt geformt worden. Ehe er dem Museum als Direktor diente, verfaßte Walter Reich eine Lobrede auf Joan Peters' verlogenes Buch "From Time Immemorial", in dem behauptet wird, vor der Besiedlung durch die Zionisten sei Palästina buchstäblich leer gewesen.

Auf Drängen des Außenministeriums wurde Reich gezwungen zurückzutreten, nachdem er sich geweigert hatte, Yassir Arafat, der mittlerweile ein willfähriger Verbündeter Amerikas geworden war, zu einem Besuch des Museums einzuladen.

Dem Holocaust-Theologen John Roth, dem man die Stelle eines stellvertretenden Leiters angeboten hatte, wurde damals solange zugesetzt, bis er zurücktrat; er hatte in der Vergangenheit Israel kritisiert.

Als der Vorsitzende des Museums Miles Lerman ein Buch, mit dem das Museum zunächst einverstanden gewesen war, ablehnte, weil es ein Kapitel von Benny Morris (einem bekannten israelischen Historiker und Kritiker Israels) enthielt, verkündete er: "Dieses Museum auf die Seite der Gegner Israels zu stellen - das ist unvorstellbar." ...<<

>>... Den "Holocaust als eine amerikanische Erinnerung auszugeben", so argumentiert Novick weiter, sei eine moralische Ausflucht. Sie "führt dazu, daß man sich um die Verantwortlichkeit herumdrückt, die die Amerikaner "wirklich" angeht, wenn sie sich ihrer Vergangenheit, ihrer Gegenwart und ihrer Zukunft stellen".

Hier verweist er auf einen wichtigen Punkt. Es ist viel leichter, die Verbrechen anderer zu beklagen, als sich selbst anzusehen. Es ist jedoch auch wahr, daß wir, wenn wir nur wollten, aus der Erfahrung mit den Nazis viel über uns selbst lernen könnten.

Die unter der Bezeichnung "Manifest Destiny" bekannte Ideologie einer unvermeidlichen Expansion der Vereinigten Staaten nach Westen und darüber hinaus hat viele der ideologischen und programmatischen Elemente von Hitlers Lebensraum-Politik vorweggenommen. Tatsächlich hat Hitler seine Eroberung des Ostens nach dem Vorbild der amerikanischen Eroberung des Westens ausgerichtet.

Während der ersten Hälfte des Jahrhunderts verabschiedete die Mehrheit der amerikanischen Staaten Sterilisationsgesetze, und einige zehntausend Amerikaner wurden gegen ihren Willen sterilisiert. Die Nazis bezogen sich ausdrücklich auf dieses Vorbild der USA, als sie ihre eigenen Sterilisationsgesetze verabschiedeten.

Mit den berüchtigten Nürnberger Rassengesetzen wurde den Juden das Wahlrecht aberkannt und die rassische Vermischung zwischen Juden und Nichtjuden verboten. Die Schwarzen im

amerikanischen Sünden mußten die gleichen gesetzlichen Beschränkungen hinnehmen und waren in viel größerem Ausmaß der spontanen und gebilligten Gewalt der Bevölkerung ausgesetzt als die Juden im Deutschland der Vorkriegszeit.

Um Verbrechen hervorzuheben, die sich im Ausland abspielen, zitieren die USA häufig DEN HOLOCAUST herbei. Noch erhellender ist jedoch, wann die USA auf DEN HOLOCAUST bezug nehmen. Verbrechen offizieller Feinde wie das Blutbad der Roten Khmer in Kambodscha, die sowjetische Invasion in Afghanistan, der irakische Einmarsch in Kuwait und die ethnischen Säuberungen der Serben im Kosovo erinnern an den Holocaust; bei Verbrechen, an denen die USA beteiligt sind, ist das nicht der Fall.

Gerade als sich die Greuelthaten der Roten Khmer in Kambodscha ereigneten, schlachtete die von den USA unterstützte Regierung Indonesiens ein Drittel der Bevölkerung von Ost-Timor ab. Doch anders als Kambodscha schaffte es der Völkermord von Ost-Timor nicht, mit dem Holocaust verglichen zu werden; er brachte es nicht einmal zur Berichterstattung durch die Medien.

Gerade als die Sowjetunion das beging, was vom Simon-Wiesenthal-Zentrum als "weiterer Völkermord" in Afghanistan bezeichnet wurde, unternahm das von den USA gestützte Regime in Guatemala das, was die guatemalteckische Wahrheitskommission kürzlich als "Völkermord" an der eingeborenen Maya-Bevölkerung bezeichnete. Präsident Reagan tat die Vorwürfe gegen die Regierung Guatemalas als "üble Nachrede" ab. ...

Um Jeane Kirkpatrick dafür zu ehren, daß sie im Namen der Reagan-Regierung die sich ausbreitenden Verbrechen in Mittelamerika verteidigte, verlieh ihr das Simon-Wiesenthal-Zentrum die Auszeichnung Humanitarian of the Year. ...

Die Regierung Carter bemühte das Andenken an den Holocaust, als sie eine Zuflucht für die vietnamesischen "Boat-People" suchte, die vor dem kommunistischen Regime flohen. Die Clinton-Regierung vergaß den Holocaust, als sie Boat-People aus Haiti zur Rückkehr zwang, die vor den (von den USA unterstützten) Todesschwadronen flohen.

Als im Frühjahr 1999 der von den USA angeführte Bombenkrieg der Nato gegen Serbien begann, lauerte überall die Erinnerung an den Holocaust. Wie wir gesehen haben, hat Daniel Goldhagen die serbischen Verbrechen gegen den Kosovo mit der "Endlösung" verglichen, und auf Präsident Clintons Bitte reiste Elie Wiesel zu den Flüchtlingslagern der Kosovaren in Mazedonien und Albanien.

Noch ehe Wiesel auf ein Stichwort hin Tränen für die Kosovaren vergoß, hatte das von den USA gestützte Regime in Indonesien jedoch schon wieder dort angefangen, wo es Ende der siebziger Jahre aufgehört hatte: Es beging neue Massaker in Ost-Timor. Doch der Holocaust schwand aus dem Gedächtnis, als die Clinton-Regierung bei diesem Blutvergießen abwiegelte. "Indonesien ist wichtig", erklärte ein westlicher Diplomat, "und Ost-Timor nicht."

Novick verweist auf eine passive Komplizenschaft der USA bei menschlichen Katastrophen, die in der Größenordnung mit den Massenvernichtungen der Nazis vergleichbar sind, auch wenn sie in anderer Hinsicht nichts mit ihnen gemein haben. Mit Hinweis auf die Million Kinder, die im Zuge der "Endlösung" ermordet wurden, merkt er an, daß amerikanische Präsidenten kaum mehr als fromme Reden übrig haben, wenn weltweit jedes Jahr eine mehrfach größere Zahl von Kindern "an Unterernährung und vermeidbaren Krankheiten stirbt".

Man könnte auch einen eklatanten Fall aktiver Komplizenschaft der USA in Betracht ziehen. Nachdem die von den USA angeführte Koalition den Irak 1991 verwüstet hatte, um "Saddam-Hitler" zu bestrafen, erzwangen die Vereinigten Staaten und Großbritannien mörderische UN-Sanktionen gegen dieses vom Unglück verfolgte Volk, mit dem Ziel, Saddam zu stürzen.

Wie während der Massenvernichtung der Juden durch die Nazis sind auch hier möglicherweise eine Million Kinder umgekommen. Als Außenministerin Madeleine Albright von einem amerikanischen Fernsehsender zu dem grausigen Blutzoll im Irak befragt wurde, erwiderte

sie, daß "es den Preis wert ist".

"Da der Holocaust ein derartiges Extrem darstellt", argumentiert Novick, "ist die Möglichkeit, daß er uns etwas lehren könnte, das in unsere Alltagswelt umzusetzen ist, erheblich eingeschränkt." Als "Maßstab für Unterdrückung und Grausamkeit" führt er tendenziell dazu, daß "Verbrechen geringeren Umfangs banalisiert" werden.

Doch der Massenmord durch die Nazis kann uns auch für diese Ungerechtigkeiten sensibilisieren. Mit dem Gedanken an Auschwitz im Hinterkopf kann das, was vorher als selbstverständlich angesehen wurde - Fanatismus zum Beispiel -, nicht mehr hingenommen werden. In der Tat war es der Genozid der Nazis, der den im Geistesleben Amerikas vor dem Zweiten Weltkrieg so umfassend verbreiteten wissenschaftlichen Rassismus in Verruf brachte.

Für jene, die sich für mehr Menschlichkeit einsetzen, schließt ein Prüfstein des Bösen Vergleiche nicht aus, sondern lädt eher noch dazu ein. In der moralischen Welt des späten neunzehnten Jahrhunderts nahm die Sklaverei in etwa die gleiche Stellung ein wie die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis heute. Dementsprechend wurde sie oft herangezogen, um Mißstände zu illustrieren, die nicht in ihrem vollem Ausmaß anerkannt wurden.

John Stuart Mill verglich die Lage der Frau in der so geheiligten viktorianischen Institution der Ehe mit der Sklaverei. Er wagte sogar zu sagen, daß sie in entscheidenden Merkmalen schlimmer sei. "Es liegt mir fern zu behaupten, Frauen würden in der Regel nicht besser behandelt als Sklaven; aber kein Sklave ist in demselben Ausmaß und in so uneingeschränktem Wortsinne Sklave wie eine Ehefrau".

Nur jene, die ein als Maßstab geltendes Übel nicht als moralischen Kompaß, sondern vielmehr als ideologische Keule benutzen, schrecken vor solchen Analogien zurück. "Das kann man nicht vergleichen" ist der Glaubenssatz moralischer Erpresser.

Die organisierten Juden Amerikas haben den Massenmord der Nazis ausgebeutet, um Kritik an Israel und an ihrer eigenen unhaltbaren Politik abzuwehren. Mit der von ihnen verfolgten Politik sind Israel und die amerikanischen Juden in eine strukturell gleiche Lage geraten: Beider Schicksal hängt nun an einem dünnen Faden, den die herrschenden Eliten Amerikas in Händen halten.

Sollten diese Eliten je zu dem Schluß kommen, daß Israel eine Belastung darstellt oder die amerikanischen Juden entbehrlich sind, könnte der Faden durchtrennt werden.

Das ist zweifellos eine Spekulation - vielleicht eine unangemessene Warnung, vielleicht auch nicht. Es ist jedoch ein Kinderspiel, die Haltung der amerikanischen Juden vorauszusagen, falls dies eintreten sollte. Falls Israel aus der Gunst der Vereinigten Staaten fiele, würden viele jener Führer, die Israel heute tapfer verteidigen, mutig ihre Abneigung gegen den jüdischen Staat verbreiten und die amerikanischen Juden verbal dafür geißeln, daß sie Israel zur Religion gemacht haben.

Und sollten die herrschenden Kreise der USA beschließen, Juden zum Sündenbock zu machen, würde es uns nicht überraschen, wenn die Führer der amerikanischen Juden wieder genauso handeln würden wie ihre Vorfahren während der Verfolgung durch die Nazis. "Wir glaubten nicht, daß die Deutschen sich der Juden bedienen würden", erinnerte sich Yitzhak Zuckerman, einer der Anführer des Aufstandes im Warschauer Ghetto, "daß Juden andere Juden in den Tod führen würden."

Im Verlauf einer Reihe öffentlicher Auseinandersetzungen in den achtziger Jahren sprachen sich viele bekannte deutsche und nichtdeutsche Wissenschaftler dagegen aus, die Schandtaten des Nationalsozialismus zu "historisieren". Man befürchtete, eine Historisierung könnte zu moralischer Selbstzufriedenheit führen. Auch wenn das Argument damals stichhaltig gewesen sein mag, heute ist es nicht mehr überzeugend.

Die schwindelerregenden Ausmaße von Hitlers "Endlösung" sind mittlerweile hinlänglich bekannt. Und ist nicht auch die "normale" Menschheitsgeschichte voll von schreckenerregen-

den Kapiteln der Unmenschlichkeit? Ein Verbrechen muß nicht unvergleichlich sein, um Sühne zu verdienen.

Heute besteht die Herausforderung darin, die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis wieder zu einem rationalen Forschungsgegenstand zu machen. Nur dann können wir wirklich etwas daraus lernen.

Die Unvergleichlichkeit, ja Außergeschichtlichkeit des Massenmords an den Juden entspringt nicht dem Ereignis selbst, sondern ist vor allem Produkt der ausbeuterischen Industrie, die sich danach entwickelt hat. Die Holocaust-Industrie ist schon immer bankrott gewesen. Es bleibt nur noch, das offen auszusprechen. Die Zeit, sie aus dem Geschäft zu ziehen, ist längst überfällig. Die edelste Geste gegenüber jenen, die umgekommen sind, besteht darin, ihr Andenken zu bewahren, aus ihrem Leiden zu lernen und sie endlich in Frieden ruhen zu lassen.
...<<

Bei der 13. Bundestagswahl erhielten die Parteien am 16. Oktober 1994 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 41,5 %, SPD = 36,4 %, FDP = 6,9 %, Bündnis 90/Die Grünen = 7,3 %, PDS = 4,4 %, Sonstige = 3,5 %.<<

Bundeskanzler Kohl bildete später eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

Die deutsche Psychotherapeutin und Schriftstellerin Christa Meves berichtete im Oktober 1994 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1994 (x853/...):

>>Freiheit und Verantwortung in der Familie

... Damit Liebe wachsen kann, bedarf sie grundsätzlich des Schutzraumes, so lange sie eine noch zarte schwache Pflanze in der Seele des Kindes ist. Die Eltern sind für ihre Kinder die Garanten dieses Schutzraumes - analog dem Schutzraum Gottes für sein Geschöpf Mensch durch Umgrenzung seiner Freiheiten. ...

Das ist keine "Rollenverteilung", wie uns der kollektive Atheismus in törichter Selbstverteilung der Aufgaben des Menschen weismachen will, sondern heilige Vorgabe. Und diese so bedeutsame Phase der Familienbildung gelingt um so besser, je mehr die jungen Eltern auf diese Anordnung Gottes lauschen, unter Umständen auch mit Hilfe hieb- und stichfester wissenschaftlicher Erkundung - statt auf selbst ausgedachte künstliche Neuerungen zu setzen, die nicht aus der Liebe und der Verantwortung vor Gott erwachsen sind, sondern aus Bequemlichkeit, Egoismus und dem unnachdenklichen Mitjagen nach modischen Neuerungen - als da sind Berufstätigkeit für Säuglingsmütter, Kinderkrippen, Babyhotels und Tagesmütter für die Kleinen, ja gar Stillbusenhalter für Väter. ...

Wir haben im 20. Jahrhundert viele Beweise dafür erhalten, daß diese Vorstellungen kein veraltetes Christentum sind, sondern allgemein für das gesamte Menschengeschlecht gültige Vorgaben. Eindringlich ist das 70jährige kollektivistische Modell der Sowjetunion hier beweiskräftig geworden. Dort ist die Alkoholsucht geradezu zur Epidemie geworden. Eine Statistik der Akademie der Wissenschaft von 1986 (noch zu Zeiten der Sowjetunion) sprach von 40 Mio. Alkoholkranken in der Bevölkerung der UDSSR! Erschreckend boomt in Rußland die Kriminalität. ...

- Gorbatschow schrieb deshalb in seinem Buch "Perestroika" erstaunlicherweise ebenso offen wie realistisch: "In den letzten Jahren unserer schwierigen Geschichte haben wir es versäumt, den Rechten und Bedürfnissen der Frauen, die mit ihrer Rolle als Hausfrau und Mutter und ihrer unerläßlichen erzieherischen Funktion zusammenhängen, genügend Beachtung zu schenken. Heute engagieren sich die Frauen in der wissenschaftlichen Forschung, arbeiten auf Baustellen, Industrie und im Dienstleistungssektor und sind schöpferisch tätig und haben daher nicht mehr genügend Zeit, um ihren täglichen Pflichten zu Hause nachzukommen - dem Haushalt, der Erziehung der Kinder und der Schaffung einer familiären Atmosphäre.

Wir haben erkannt, daß viele unserer Probleme: im Verhalten vieler Kinder und Jugendlicher, in unserer Moral, der Kultur, der Produktion - zum Teil durch die Lockerung der familiären

Bindungen und die Vernachlässigung der familiären Verantwortung verursacht werden. Dies ist ein paradoxes Ergebnis.

Eine der dringlichsten sozialen Aufgaben - auch eine Hauptaufgabe in der Kampagne gegen den allgemeinen Alkoholmißbrauch - ist es, das Wohlergehen der Familie zu verbessern und ihrer Rolle in der Gesellschaft breiteren Raum zu geben."

Freilich: das böse atheistische Konzept läßt sich selbst durch solch eine weise Einsicht nicht aus der Welt schaffen; je mehr die Menschen aus Liebesmangel und Familienverlust neidisch gemacht worden sind, um so mehr bleiben sie an der marxistischen Ideologie des Neides hängen, was sich zur Zeit im Osten wie auch im Westen abzuzeichnen beginnt ...

Aber nicht nur die Sowjetunion bildet hier ein trauriges Großexperiment. Zahllos sind mittlerweile die wissenschaftlichen Untersuchungen, die die Überzeitlichkeit des Urmodells von Familie bestätigen.

Im psychosomatischen Institut Mannheim wurde jüngst bestätigt: "Die Deprivationsforschung, die Verhaltensbiologie sowie psychoanalytische Erkenntnisse führen zu der Hypothese, daß ein Kind unter allgemein hoher psychosozialer Belastung während der Vorschulzeit sich nur dann zu einem seelisch gesunden Erwachsenen entwickeln kann, wenn ihm zugleich eine zuverlässige positive Bezugsperson konstant zur Seite steht.

Von den Einzelaspekten ihrer Kindheit korreliert mit seelischer Gesundheit im Erwachsenen also die Tatsache (höchst signifikant), eine stabile gute Bezugsperson gehabt zu haben. Ohne eine solche Bezugsperson entwickelte sich in unserem Forschungsprojekt an 600 erwachsenen Personen der Allgemeinbevölkerung kein Proband mit schwerer Frühkindheit zu einem gesunden Erwachsenen."

- Und im Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin hat jüngst eine Forschungsgruppe um Professor Edelstein herausgefunden, daß Kinder, die in ihren ersten Lebensjahren an eine konstante Bezugsperson fest gebunden waren, bereits im Alter von neun Jahren auch bei kognitiven Aufgaben im Vergleich zu Kindern, die unzureichend gebunden waren, also von vornherein vielen wechselnden Betreuungspersonen ausgesetzt waren oder von diesen geängstigt wurden, "einen geistigen Vorsprung von zwei Jahren aufzuweisen haben."

In dieser letzten wissenschaftlichen Untersuchung zeichnet sich aber bereits ab, was ich ihnen anfangs verhieß: Daß wir Menschen um so mehr Freiheit in der Familie ernten dürfen, je mehr wir uns - aus Liebe und Gehorsam für unseren Gott - an seine Vorgaben bei der Erziehung der Kinder gehalten haben.

Kinder, für die man sich an deren Lebensanfang voll einsetzte, Kinder, die man als Gottes Geschenk auf Zeit auffaßt und ihnen durch die Kindheit hindurch Freiheit zur Entfaltung gibt, aber ebenso gleichzeitig Grenzen setzt, damit den Unerfahrenen nichts Schädliches zustößt, diese so gehaltenen Kinder werden zügig selbständig und machen in den Jahren ihres Erwachsenwerdens weniger Kummer, statt dessen mehr Freude. Sie kräftigen die Herzen der Eltern durch die Genugtuung des Gedeihens ihrer Sprößlinge. Sie werden schneller selbständig zu verantwortungsbewußter eigener Lebensgestaltung und geben so den Eltern wieder zunehmend mehr Freiheit zu zusätzlichen Aufgaben im Weinberg des Herrn.

Freilich: Liebe der Eltern zu ihrem Kind bedeutet nicht im mindesten, sie einfach schrankenlos in jeder Hinsicht gewähren zu lassen, ihnen jeden Wunsch, kaum daß er ausgesprochen ist, zu erfüllen und ihnen das Leben gewissermaßen wahlfrei als einen Markt unbeschränkter Möglichkeiten zu freier Erprobung anzubieten.

Dieses sogenannte antiautoritäre Konzept - aus den USA importiert - mit dem Modell der "non-frustrated children", das in den vergangenen 20 Jahren in West-Europa zur Mode wurde - hat sich nicht bewähren können.

Die ideologische Vorstellung - von Jean-Jacques Rousseau aus dem vorrevolutionären Frankreich im 18. Jahrhundert entliehen - daß der Mensch von Anbeginn an gut sei und sich zu ei-

ner Art Engel entfalte, wenn man ihn nur nicht einenge, hat sich erneut als eine Illusion erwiesen. Die so im Übermaß sich selbst überlassenen Kinder erlebten sich als Vernachlässigte und beantworteten das spätestens vom Jugendalter ab mit aggressiver Unruhe, Übellaunigkeit, ungeordneter Orientierungslosigkeit und einer vermehrten Anfälligkeit für neurotische Erkrankungen.

"Tante, müssen wir heute wieder den ganzen Tag tun, was wir wollen?", hat vor kurzem ein Kind aus einem solchen Kinderladen seine Betreuerin gefragt. Kinder zu einer inneren Freiheit zu erziehen, das gelingt nicht auf diese Weise. Es gehört in die Verantwortung der Eltern, die Kinder darin einzuüben, ihre Wünsche auch aufschieben zu lernen, sich zu gedulden, um einer Notwendigkeit willen zu gehorchen und auf Wunscherfüllungen unter Umständen auch ganz zu verzichten.

- Der Mensch ist von Natur nicht im mindesten einfach gut. Er neigt - unerzogen - grundsätzlich zu einer Inflation seiner Antriebe. Er möchte, wenn er nicht auf Grenzen stößt, allein haben und allein herrschen. Er bleibt - ohne eine angemessen eingrenzende Erziehung - in seinem Naturegoismus stecken. Aber diese Neigung zur Maßlosigkeit gefährdet ihn, seine besondere Bestimmung als Mensch zu verwirklichen: im Auftrag Gottes, die Liebe in der Welt zu mehren.

Und diese Gefährdung macht den Heranwachsenden unruhig und unzufrieden. Es gehört deshalb in die Verantwortung bemühter Eltern, die Kinder zu Rücksicht aufeinander, zum Frieden miteinander zu erziehen. Allerdings ist es falsch, dieses Grenzsetzen mit rigiden Maßnahmen oder gar mit körperlicher Gewaltanwendung durchzusetzen. Die beste Methode besteht darin, als Eltern das Lieben im Umgang miteinander, mit der Umwelt und im opferbereiten Einsatz für das Kleinkind vorzuleben.

Mehr als durch Worte lernt der kleine Mensch nun einmal durch Nachahmung von seinen Vorbildern. Aber es darf doch auch das energisch verbietende Wort, ja, auch eine dem Status und dem Delikt entsprechende Strafe geben, wenn das Kind seine Grenzen aus ungehorsamem Trotz oder aus Unverstand - womöglich sein Leben gefährdend - überschreitet.

Die Begrenzung seines Spielraums lernt ein Kind am besten im Schutz der Familie, wenn es einige Geschwister hat. Die Notwendigkeit, die eigenen Belange um eines anderen willen auch einmal zurückzustellen, ergibt sich dann ohne allzu vieles Eingreifen der Erwachsenen. Selbst wenn es dabei in jungen Jahren zu manchem Geschwisterzank und manchem handfesten Gerangel kommt, es erspart viele Bemühungen der Eltern, die bei einem Einzelkind nötig werden. Deshalb sehen Fachleute in Deutschland auch mit Sorge auf eine Entwicklung, die zeigt, daß Ein-Kind-Familien und Alleinerziehen nur von einem Kind immer häufiger werden. ...<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete im Oktober 1994 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1994 (x853/...): >>Wie man Hierzulande Gedenktage begeht - was man würdigt und was man verschweigt

Eine kritische Nachlese

Selten hatten Zeitungen und elektronische Medien eine so dichte Folge von 50jährigen Gedenktagen zu "bewältigen" wie zwischen Juni und September 1994.

Da gedachten die Anglo-Amerikaner der geglückten Landung in der Normandie vor 50 Jahren und ließen auch ihre von Deutschland vorher militärisch besiegten Verbündeten mitfeiern. Immerhin stellten sie aus Exulanten auch einige Invasionseinheiten und entrichteten ihren Blutzoll. Entsprechend durften sie an den aufwendigen Gedenk-Zeremonien teilnehmen.

Der deutsche Anteil an "der Befreiung Westeuropas von der Nazi-Herrschaft", wie die Invasion ein halbes Jahrhundert später immer öfter genannt wird, reichte dagegen nicht aus, um auch noch einen hochrangigen Vertreter Nachkriegs-Deutschlands zu der 50Jahrfeier einzuladen. Die emigrierten sudetendeutschen Bomberpiloten und in britische Dienste übergetretene

"BBC"-Ansager mochten sich allenfalls persönlich und privat als Mitsieger fühlen und vielleicht an den französischen Kanalstrand gereist sein.

Die in Deutschland geführte Diskussion über eine deutsche Teilnahme an den Gedenkfeiern erschien daher sachlich überflüssig, wenn nicht gar aus Stil- und nationalen Gründen unwürdig, nimmt sich doch ein Fest über die Niederlage der eigenen Volksangehörigen etwas merkwürdig aus.

Aber solche Bedenken geraten bei medienbeherrschenden Zeitgenossen bereits in den Verdacht des Rechtsextremismus oder der "Verharmlosung" und können zur gesellschaftlichen und beruflichen Ausgrenzung führen. Denn die nationale Selbstentäußerung hat hierzulande schon verschiedentlich das Stadium der singulären Selbstbezeichnung erreicht und jeden Hinweis auf Mitverantwortlichkeiten Dritter unter Tabu gestellt.

Umfassende Erhellung der Vergangenheit gestaltet sich damit immer schwieriger, brächte sie doch bislang im Dunkeln belassene Vorgänge und Taten der Sieger ans Licht und könnte zu Fragen nach der weiteren Gültigkeit der verteilten Rollen verleiten. Fast folgerichtig meldeten sich zu den angestandenen Jahr- und Gedenktagen kaum Historiker von Rang zu Wort, hätten sie sich doch aus "beruflichen Sicherheitsgründen" fast nur auf die "probaten Versionen" der letzten 50 Jahre beschränken und dabei mögliche eigene Neu-Erkenntnisse außer Acht lassen müssen.

So blieb die Hintergrundgeschichte der Normandie-Invasion weitgehend unerwähnt und Stalins Sieg bei der Lokalisierung des Lande-Unternehmens in Nordwestfrankreich unberücksichtigt. Daß er die Unfreiheit der osteuropäischen Völker von Bulgarien bis Polen und die außenpolitische Bevormundung Finnlands in den anschließenden 50 Jahren zur Folge hatte, schien den beflissenen Zelebranten hierzulande auch aus dem Blick geraten zu sein. Die sonst wegen deutscher Kriegsverbrechen immer wieder teilnehmend bemühten Polen, Tschechen und Jugoslawen fanden mit ihrem Schicksal in diesem Zusammenhang offenkundig keine mitfühlende Aufmerksamkeit.

Die Polen konnten sie dann zwei Monate später anlässlich des Gedenkens des "Warschauer Aufstandes" im Sommer 1944 doch noch für sich und ihr Schicksal erringen. Ähnlich wie beim Invasions-Gedenken hielten sich die Historiker aber auch bei diesem historischen Datum mit wissenschaftlichen Darstellungen zurück und überließen die "geschichtlichen Würdigungen" größtenteils fachfremden Federn, wenn nicht nachgeborenen Abschreibern.

Anspruchsvollere Zeitungen und Sendungen verlegten sich auf Zeitzeugenberichte Überlebender und ersetzen Wissenschaftlichkeit durch vorgegebene Authentizität. Daß sie damit Einseitigkeit der Überlieferung und Willkür in der Auswahl riskierten, schien sie nicht sonderlich angefochten zu haben; denn deutsche Zeitzeugen vom "Warschauer Aufstand" kamen nicht zu Wort - wie sich auch die illustrierenden Bilder in der Regel auf die Dokumentation teutonischer Zerstörungswut beschränkten.

Das Foto von der persönlichen Begegnung des Aufständischenführers, Graf Tadeusz "Bor-Komorowski, mit SS-Obergruppenführer Erich von dem Bach-Zelewski bei der Kapitulation der nationalpolnischen "Heimat-Armee" paßte den meisten Redakteuren nicht in ihre Vorstellungswelt - und von den mehrmaligen deutschen Angeboten einer "ehrvollen Übergabe" hatten sie wohl keine Ahnung. Zwei rühmliche Ausnahmen bestätigten gleichsam die Regel, wobei die eine Zeitung durch ihre linksliberale Gesamtrichtung und die andere durch ihr internationales Renommee vor einschlägigen "Verharmlosungs"-Verdächtigungen geschützt schien.

Aber auch diese konnten sich beim vorhergegangenen Gedenktag, dem 20. Juli 1944, nicht zu einer Bewertung der deutschen Militär-Opposition aus der Sicht der Anglo-Amerikaner aufraffen, sondern schlossen sich - neben der Wiedergabe von Zeitzeugnissen - der politisch motivierten Diskussion über die einzelnen deutschen Widerstandskreise an.

Ob Ulbricht, Pieck oder Honecker in einem Widerstands-Museum gedenkwürdiger sind als Stauffenberg, Moltke oder Jesuitenpater Delp, erschien den Gedenk-Artiklern wesentlicher als die Frage, was die Briten und Amerikaner dazu bewogen haben könnte, der deutschen Anti-Hitler-Opposition in keiner Weise entgegenzukommen, sondern beispielsweise weiterhin auf der bedingungslosen Kapitulation zu bestehen.

Die Antwort läßt sich anhand US-amerikanischer Akten verbindlich geben. Sie nimmt den Widerstandskämpfern freilich viel von der ihnen hierzulande verliehenen Aura des "anderen und besseren Deutschlands" und weist sie eher in die Reihe der Opportunisten, welche den damals ohnehin verlorenen Krieg schnell allein Hitler anlasten, ihn durch seine Beseitigung alsbald beenden und durch einen neuen, aber erfolgreichen ausgleichen wollten.

Einschlägige bissige Illustrationen, wie sie der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt vorliegen, verdeutlichen diesen bitteren Argwohn der Engländer und Amerikaner. So war es ihnen letztlich nur willkommen, daß der Putsch scheiterte und Hitler den Anschlag überlebte, da die Deutschen nunmehr keine Verantwortung abschütteln konnten, sondern die Konsequenzen des verlorenen Krieges voll tragen mußten. US-Präsident Roosevelt brauchte auf keine deutsche "Badoglio"-Figur Rücksicht zu nehmen und konnte - wie geplant - ungehindert "nach Berlin durchmarschieren".

Auf solche und weitere ernüchternde Eröffnungen über den "20. Juli 1944" mochte man in deutschen Medien viel lieber verzichten und erging sich statt dessen in manchen gedankenlosen Interpretationen. Etwa in der Formulierung vom "Aufstand des Gewissens", ohne offenbar zu bedenken, daß auch die eidtreuen Offiziere aus Gewissensverpflichtung handelten und sich der Mitwirkung am Putsch verweigerten.

Die Verabsolutierung einer Gewissensentscheidung als einzig richtige und moralisch bestegrenzt an diktatorische Intoleranz und sollte eigentlich der Vergangenheit angehören. Tatsächlich scheinen sich jedoch in der bundesrepublikanischen Medienlandschaft einige Publikationsorgane als Oberzensoren zu verstehen und sich berechtigt zu fühlen, abweichende Meinungen öffentlich als "extremistisch" abqualifizieren zu dürfen.

Im Bereich der Printmedien maßt sich diese Scharfrichter-Rolle auf dem Gebiet der Zeitgeschichte zunehmend mehr ein norddeutsches "Nachrichten-Magazin" an, das vor Jahren in der Person des zuständigen Fachredakteurs einmal zu den lesenswerten und zitierfähigen Protagonisten in der unbefangenen Darstellung der Vergangenheit zählte.

Nicht zufällig war der verantwortliche Ressortleiter auch Verfasser eines beachtlichen Buches über die SS und damit ein ausgewiesener Kenner der reportierten Jahre. Seit seinem Ausscheiden reduziert sich die Behandlung zeitgeschichtlicher Themen immer mehr auf die Wiedergabe des forschelichen Wissenstandes von vorgestern in Kampfpresse-Jargon. Hinzugekommen sind lediglich die früher kaum feststellbaren Disqualifikationen unbequemer Geschichtsforscher und ihrer Erkenntnisse.

Die journalistischen Epigonen des früheren fachlichen Schwergewichts offenbaren in Beiträgen nur allzu oft und schnell die Begrenztheit ihrer Kenntnisse und Kompetenz, so daß sich immer wieder die Frage stellt, ob sie ein zeitgeschichtliches Archiv schon einmal von innen gesehen und ein Original-Dokument in der Hand gehabt haben.

Die anderen selbsternannten zeitgeschichtlichen "Oberzensoren" stellen sich in Mehrheit in bestimmten Polit-Magazinen der öffentlich-rechtlichen Medien vor und veranstalten fast jeden Monat eine denunziatorische öffentliche Hinrichtung, deren Opfer neuerdings bis in den Bereich katholischer Jugendkalender hineinreichen.

Welche großmächtige Wirkung solche elektronischen Schauprozesse haben können, zeigt die Resonanz auf die Inquisitionsverurteilung des erwähnten Jugendkalenders durch eine "Magazin"-Sendung. Da notierten nicht nur zahlreiche Zeitungen die - zumeist falschen oder verdrehten - Vorwürfe des "Magazins" als "Nachrichten" auf prominenter Seite, sondern rückten

auch offizielle kirchliche Stellen umgehend vom attackierten Jugendkalender ab und bliesen zum Teil ins gleiche Horn wie der unberufene "öffentlich-rechtliche" Scharfrichter.

Traurige Zeugnisse opportunistischen Verhaltens einer Einrichtung, welche Moral und Wahrheit manifestieren soll - und gleichzeitig indirekte Ermunterung zu weiteren Invektiven, verstehen doch bestimmte journalistische Verbal-Aggressoren solches Zurückweichen als Zustimmung oder Eingeständnis und fühlen sich in ihrer Zensoren-Rolle bestätigt.

Am Ende besteht noch die Gefahr, daß die öffentlich-rechtliche Konstruktion dieser elektronischen Medien als Stempel "öffentlichrechtlicher" Gültigkeit der von ihnen transportierten Meldungen und Meinungen mißverstanden wird und ihre Nutznießer die Verpflichtung zu möglichst großer Ausgewogenheit mit dem Anspruch verwechseln, im Namen der Öffentlichkeit gleichsam "Recht zu sprechen" - mit der Folge, daß sich Gebühren zahlende Bürger von diesen Usurpatoren noch für ihr Geld attackiert sehen.

Daß auch steuerlich finanzierte Printmedien auf ihren Seiten subjektive Meinungsäußerungen zulassen und die Pflicht zu ausgewogener Darstellung nicht immer ganz Ernst nehmen, gehört neuerdings auch zu den beunruhigenden Praktiken unserer Tage. Da ist es möglich, daß ein Rezensent (Kritiker) ausgewiesene Geschichtsforscher in einer offiziellen Wochenzeitung Bonn als "Rechtsextremisten" diffamiert, ohne für seine üble Nachrede geradestehen zu müssen, wie es überhaupt auffällt, daß sich die meisten ideologischen Kampfjournalisten in der Auseinandersetzung mit Andersdenkenden geistig nicht überanstrengen.

In der Regel begnügen sie sich mit plakativen Anwürfen, bei denen die vorgegebene antifaschistische Tendenz weitgehend die mangelnden Argumente ersetzt. Die Erwartung, daß sich kaum ein Zeitgenosse apologetisch vor einen angegriffenen "Rechtsextremisten" stellen und nach näheren Belegen und Begründungen für die vorgetragenen Beschuldigungen fragen dürfte, scheint sie einer seriösen Beweisführung für ihre Unterstellungen weitgehend zu entheben. Dabei entgeht ihnen offenbar, daß sie es mit solchem polemischen Argumente-Ersatz den wahren Extremisten leicht machen, ihre leichtfertig dahingeschriebenen Behauptungen ohne große Mühe als pure Kampfschrift zu entlarven und damit auch substantiierte Einwände gegen extreme Aussagen und Deutungen in Verruf zu bringen. ...

Die seit geraumer Zeit verbreitete "Anti-rechts"-Stimmung der sich aus dem Wiedervereinigungs-Schock erholten Meinungs-Linken scheint manche militanten "Anti-Faschisten" zu purem Verteufeln des ideologischen Gegners zu verführen, ohne sich zu einer Beweispflicht anhalten zu fühlen. So spricht es nicht für eine sachliche Auseinandersetzung, wenn ein britischer Geschichtssautor, der nach dem Zeugnis eines amerikanischen Archivars mehr Quellenmaterial gehoben und verarbeitet hat als mancher professionelle Historiker, vom besagten Schreiber zu "führenden Alt- und Neonazis" gezählt und beschuldigt wird und angeblich "seine Geschichtslügen in der Bundesrepublik ... hinausposaunt".

Hier verrät sich offenkundig schon die Sprache, die eher verletzen als zur Diskussion auffordern will - wie es immer wieder auffällt, daß die rhetorischen "antifaschistischen" Ankläger sich in Wortwahl und Strafforderungen unversehens faschistoid gerieren, wenn sie einen von ihnen entdeckten "Rechtsextremisten" aus Bundeswehr, Polizei oder Lehramt auf der Stelle entfernt zu sehen wünschen. Für die "Rechten" gibt es nach den Vorstellungen dieser Linken weder Gnade noch Vergessen, sondern nur "energisches Durchgreifen" und "unnachsichtiges Vorgehen".

Die Rechten haben nicht nur die - vorhitlerische! - Reichskriegsflagge tunlichst in ihrem Garten einzuholen - während Lenin- und Stalin-Büsten noch öffentlich unbeanstandet herumstehen dürfen -, sondern müssen sich auch vor jeder Aussage hüten, die ihrem Land und seinen Menschen zwischen 1933 und 1945 zugute kommen könnte. Was andernorts natürlich und eine indiskutable Selbstverständlichkeit ist, nämlich das eigene Volk und seine Geschichte nicht über Gebühr belasten zu lassen, steht hierzulande an der Grenze zur "Verharmlosung"

und damit zum kriminellen Straftatbestand. Eine ebenso sonderbare Rechts- und Bewußtseinslage wie singuläre Selbstentfremdung eines Volkes.

Nicht ausgeschlossen, daß sie den Grund für das allgemeine Schweigen der Historiker zu den wortreichen Gedenkartikeln und Mahnreden über die angestandenen Jahresdaten abgeben. Denn jede sachliche Erinnerung an die Kehrseite der gefeierten Ereignisse kann von den militanten Oberzensoren unter das drohende Damokles-Schwert des "Verharmlosungs"-Vorwurfs geschoben und der korrigierenden Historiker an den Rand des beruflichen Ruins gebracht werden. ...

Die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation der Verlierer ließ die herkömmlichen Übergabeformen größtenteils zu Auslieferungsakten verkommen und erreichte im Frühjahr und Sommer 1945 in Österreich, Schweden und im Rheingebiet traurige Höhepunkte, als der Roten Armee Hilfstruppen der Wehrmacht und deutsche Soldaten gegen die Landkriegsordnung und gegebene Zusagen zugeliefert und kriegsgefangene deutsche Truppen von Eisenhower zu "entwaffneten Feindstreitkräften" und damit für weitgehend schutzlos erklärt wurden. Die Toten dieser kriegsrechtswidrigen Praktiken finden selten bis nie Erwähnung in den öffentlichen Rückerinnerungen. Von einem öffentlichen Wort des Bedauerns war aus nichtdeutschem Munde bislang nur aus Prag einmal zu hören - als um vierzig Jahre verspätete Antwort auf die "Charta der Heimatvertriebenen" vom August 1950.

Tote, die ein deutsches Hoheitszeichen trugen, kamen und kommen in den Erinnerungsreden und -artikeln nicht vor, als seien sie als Unpersonen unter die Erde gekommen. Ihre Reihe reicht von den ahnungslosen Bombenopfern des Attentats in der "Wolfsschanze" bis zu den über 500 von den Amerikanern zusammengeschossenen kriegsgefangenen Wachposten von Dachau. Letzteren hat der "Druck der Öffentlichkeit" sogar die Errichtung eines Gedenksteins ausdrücklich verwehrt.

Die unselige Selektion auf der Rampe setzt sich offenbar im Denken mancher Zeitgenossen bis in das Grab fort. Bedenklich makabre Steigerung ideologisch verwerflicher Menschenverachtung früherer Zeiten und weiteres Zeugnis faschistoider Praktiken erklärter Antifaschisten. Mögen diese bemerkten Widersprüchlichkeiten im Tun und Reden der medienbeherrschten "Volkspädagogen" in erster Linie nur wenigen Zeitbeobachtern auffallen und nach der moralischen Berechtigung ausgeübter Meinungszensur fragen lassen, ist das permanente Verleugnen eigener Opfer und die damit verbundene Dauer-Selbstbezeichnung dem breiten Volk kaum zu vermitteln.

Weiterer Grund, bei künftigen Jahresgedenken die bemerkten Mängel und Fehler nicht zu wiederholen und sich - wie es der Bundespräsident forderte - der "ganzen Geschichte mit ihren Höhen und Tiefen zu stellen".<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1994 berichtete im Oktober 1994 über das Buch "Perversion statt Aufklärung. Die Umerziehung einer Generation mit öffentlichen Mitteln" des deutschen Autors M. Weber (x853/...): >>**Perversion statt Aufklärung**

... Im Verlag Claus Peter Clausen ist eine Publikation erschienen, die zu Recht mit der deutlichen Warnung an den Leser versehen ist, daß das Material - in Wort und Bild - die Gefühle des Lesers verletzen wird. Autor, Verlag und Herausgeber haben sich dennoch entschieden, das Material, das von der Deutschen Aids-Hilfe publiziert wird, bekannt zu machen.

Aids-Hilfe und Homosexuellenverbände beeinflussen seit Jahren Jugendliche und Kinder. Eine "Aids-Mappe zum Umgang mit Aids in der außerschulischen Jugendgruppenarbeit" von 1991 zeigt, wie Kinder - die Mappe ist für "Jugendliche" ab 12 Jahren gedacht - die Vorstellungen der sexuellen Revolution der 68er nahegebracht werden: Prostitution wird als normaler Beruf vorgestellt, homosexuelle Intimität wird photographisch illustriert, Ausschneidematerial wie aus dem Sexshop wird den Kindern offeriert und andere Schändlichkeiten mehr.

Neben dieser Beeinflussung der heranwachsenden Generation beschreibt der Tübinger Pädagoge Weber in seiner Dokumentation, was heute unter "homosexuellem Lebensstil" verstanden wird. Zeugnisse der Aids-Hilfen (aus Faltblättern, Broschüren, Zeitschriften usw.) lassen einen erschauern, welche zwischenmenschliche Verirrung möglich ist. Skandalöserweise wird diese perverse sexuelle Revolution mit Steuergeldern in einer Höhe von jährlich sieben bis neun Millionen DM finanziert.

Maßgebliche Teile der evangelischen Kirchen diskutieren seit einiger Zeit heftig darüber, ob man Homosexuelle segnen solle oder nicht, wobei vieles darauf hindeutet, daß sich die Befürworter durchsetzen könnten. Aus diesem Grunde wird die Dokumentation "Perversion statt Aufklärung" auch von einigen evangelischen Persönlichkeiten mitherausgegeben, um deutlich auf den Dambruch aufmerksam zu machen, der mit einer Aufwertung bewirkt würde.

Neben Professor Peter Beyerhaus und der Europäischen Ärzteaktion zeichnen z.B. die Bekenntnisbewegung "Kein anderes Evangelium" Rheinland, der "Evangelische Aufbruch Mittelrhein", die Lebensrechtsorganisation PRO VITA - Österreich, Pfarrer Hans Georg Meerwein als Vorsitzender der Konferenz Bekennender Gemeinschaften, Volker Heckl als Direktor der Evangelischen Gesellschaft für Deutschland, Friedhelm Dahlmann, Pressesprecher von "Laien in der Kirche" und Pastor Klaus-Reiner Latk von der Hilfsaktion Märtyrerkirche.

Die Publikation ist vor allem für sogenannte Multiplikatoren gedacht - für Seelsorger, Lehrer, Jugendgruppenleiter, Pfarrer, Elternsprecher, Abgeordnete und Politiker. Schon nach einem kurzen Blick in das Material hofft man sehr, daß die Schrift einiges in die richtige Richtung bewegen wird.<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1994 berichtete im Oktober 1994 ferner über das Buch "Grün war die Hoffnung. Geschichte und Kritik der grünen Bewegung" des deutschen Autors Lothar Gassmann (x853/...): >>**Zwischen Marx und New Age**

Seit Monaten wird in Deutschland in zahlreichen Medien so getan, als ob - überspitzt ausgedrückt - ein zweiter Hitler bevorstünde, obwohl rechtsextreme Umtriebe (Gott sei Dank) stark abgenommen haben. Aber jede einzelne Tat ist schlimm. Gewalt ist jedoch zu brandmarken, ob sie nun von rechts oder links kommt. Das Problem in Deutschland ist freilich die Einäugigkeit. Rechte Gewalt wird (zu Recht) als furchtbar betrachtet, für linke gibt es dagegen (zu Unrecht) vielfach Verständnis, wenn von ihr überhaupt die Rede ist.

Eine linksradikale Gefahr aber wird in vielen Medien erst gar nicht gesehen. Doch sind die Grünen auf linker Seite mit ihrer Forderung nach totaler Freigabe der Abtreibung (und damit der Tötung von Kindern), nach Legalisierung selbst von Marihuana und ihrem Engagement gegen ein Schutzalter in Sachen sexuellen Mißbrauchs als Ersatz für den § 175 (Homosexualität) tatsächlich weniger radikal als die Republikaner auf rechter? Sind sie von der demokratischen "Mitte" ideologisch weniger weit entfernt als die Reps?

Der Autor des Buches weiß, wovon er spricht, wenn er die Grünen entsprechend sieht und kritisiert. Lothar Gassmann, Jahrgang 1958, hat selbst lange in Umweltschutzverbänden mitgearbeitet und die Grünen gewählt. Von den siebziger Jahren bis heute gibt es zahlreiche Flugblätter und Artikel zu ökologischen Themen aus seiner Feder. Jetzt legt der junge Doktor der Theologie ein ausführliches Standardwerk zur Bewegung der Grünen vor.

Er kommt zu dem Schluß: Die ideologischen Grundlagen dieser Partei sind Neomarxismus und neuheidnische Naturmystik, und beides ist mit christlichem Gedankengut unvereinbar. Auch wenn man die Grünen nicht über einen Kamm scheren darf - es gibt unter ihnen auch engagierte Christen -, auch wenn man das Engagement für die Umwelt nur begrüßen kann (und hier haben nicht wenige Christen einen Nachholbedarf), so sind doch wesentliche ethische und ideologische Positionen der Partei der Grünen für Christen inakzeptabel.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 15. November 1994: >>**Noch schlimmer als Tschernobyl**

In Mayak im südlichen Ural ereigneten sich drei Atomkatastrophen

... Im September 1957 geschah das, was die Atomgegner im Westen stetes befürchten, was aber in der westlichen Hemisphäre bisher nie eingetreten ist: eine Art GAU, der wohl größte Unfall in der Geschichte der Atomtechnik.

Auf dem Gebiet von Mayak explodierte ein mit 75 Tonnen hochradioaktivem Abfall gefüllter Tank. Vermutlich war er nicht ausreichend gekühlt. Eine gewaltige Menge an Radioisotopen wurde in die Luft geschleudert.

Die russischen Wissenschaftler gaben gegenüber der westlichen Besuchergruppe an, es seien damals 20 Millionen Curie (Ci) auf die Atomanlage und die Umgebung niedergegangen – für umweltbewußte Westeuropäer eine Horrorgeschichte. Ein Curie entspricht 37 Milliarden Becquerel. 2 Millionen Curie der nuklearen Niederschlagsmenge wurden vom Wind in Richtung Nordosten abgetrieben und hinterließen eine Schneise des atomaren Schreckens, 300 km lang, 30 km breit.

Heute ist diese inzwischen unzugängliche Katastrophenzone in den offiziellen Landkarten eingetragen und mit dem Totenkopf gekennzeichnet.

Die Explosion des hochradioaktiven Tanks war zwar die schlimmste aber nicht die einzige Katastrophe von Mayak. Von 1949 bis 1951 wurden die hochradioaktiven Abfälle in flüssiger Form einfach in den Fluß Tetscha gekippt.

Die Bombenbauer von Mayak glaubten schlicht, daß der Fluß die Abfälle ins nördliche Eismeer spülen und bis zur Harmlosigkeit verdünnen werde. Doch diesen Gefallen tat die Natur den Physikern nicht. Die radioaktiven Partikel sanken auf den Boden und lagerten sich im Schlamm ab. Noch heute ist der Fluß auf weiten Strecken radioaktiv verseucht. Die Menschen, die am Fluß lebten, wurden zwar später umgesiedelt, aber für viele war es zu spät. Sie starben oder erkrankten an der nuklearen Überdosis.

Der dritte Unfall war die Folge des ersten und zweiten. Im heißen Sommer 1967 trocknete der Karatschai-See aus. Die radioaktiven Ablagerungen im Schlamm wurden als Staub aufgewirbelt und bis zu 75 Kilometer weit verweht. ... 45.000 Menschen, die in diesem Gebiet lebten, wurden damals einer Strahlendosis ausgesetzt, die um das 2.660fache höher war als die Westeuropäer im Jahr an natürlicher Strahlung aufnehmen. ...<<

Mit einer Mehrheit von 52,2 % Nein-Stimmen lehnte die norwegische Bevölkerung am 28. November 1994 den Beitritt zur Europäischen Union (EU) ab (x175/877).

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" Nr. 49/1994 berichtete am 2. Dezember 1994: >>**Schwientochlowitz-Zgoda war der Name einer Außenstelle des Konzentrationslagers Auschwitz.**

Die Rache des Kommandanten

Von *Helga Hirsch*

... "Wo ist mein Vater begraben?" wollte Erna Kolodziejczyk nach nun 44 Jahren vom polnischen Justizminister wissen "Wie ist er umgekommen und durch wen?" Und weil der polnische Justizminister keine Antwort wußte, leitete er den Brief weiter an die Zweigstelle Kattowitz der "Kommission zur Untersuchung von Hitler Verbrechen", die seit 1990 nicht nur die Untaten der braunen, sondern auch die der roten Diktatur untersucht und sich seitdem "Kommission zur Untersuchung der Verbrechen gegen das polnische Volk" nennt. Im Februar nahm der Staatsanwalt Piotr Brys die Ermittlungen auf.

Brys suchte Überlebende des Arbeitslagers Swietochlowice Zgoda, wo Frau Kolodziejczyk Vater und andere Oberschlesier interniert gewesen waren: über das Einwohnermeldeamt in Warschau, über die Gruben, in denen sie gearbeitet hatten, über das Standesamt von Swietochlowice und Aufrufe in regionalen Zeitungen und im Fernsehen. Schnell kamen die ersten Antworten. Jadwiga Sonsola aus Kattowitz schrieb: Mein Mann ist dort umgekommen. Helena Maria Kula aus Bytom (Beuthen) schrieb: Mein Vater ist dort umgekommen.

Henryk Frysztacki gab vor der "Kommission" zu Protokoll, er habe sich Ende April kurze Zeit

im Lager aufgehalten "Die Gefangenen müssen geschlagen worden sein, denn ich hörte Schreie. Irgendwann sah er unter den Toten, die zur Leichenhalle transportiert wurden, auch seinen Vater. Die Sterbeurkunde vom Standesamt Swietochlowice trägt das Datum des 17. September 1945. Gezeichnet: Morel - Lagerkommandant.

Solomon Morel, seit dem 15. März 1945 aufgrund des "Personalbefehls Nr. 111" vom Sicherheitsministerium Leiter des Arbeitslagers Swietochlowice, wurde vor die "Kommission" zitiert und am 21. Februar 1991 vernommen - als Zeuge.

... "In einigen Zeiträumen starben die Gefangenen infolge einer Typhusepidemie", räumte der inzwischen Siebzigjährige ein. "Aber ich erkläre, daß die Gefangenen im Lager gut behandelt worden sind". Damals, vor drei Jahren, ahnte noch niemand, welche Schwierigkeiten für das Verfahren sich aus Morels jüdischer Abstammung ergeben würden.

Wer heute, mit dem Auto von Swietochlowice kommend, die scharfe Rechtskurve der Straße an den Zgoda Werken vorbei Richtung Ruda Slaska nimmt, kann die Geschichte nicht erahnen, die sich hinter den Schrebergärten zur linken Hand verbirgt.

Nur noch ein Tor mit Pfosten aus gemauerten Ziegelsteinen erinnert daran, daß hier das Arbeitslager Schwientochlowitz stand: eine Nebenstelle von Auschwitz, in der seit Sommer 1943 Gefangene untergebracht waren, die in der nahen Eintrachtshütte "kriegswichtige" Güter montierten ein Lager mit sieben Holzbaracken, einer Ambulanz, einer Leichenhalle, einem Strafbunker, einem elektrisch geladenen, doppelten Stacheldraht, vier Wachtürmen und - vor dem umzäunten Terrain - einer Baracke für die Wachmannschaft und einer für den Kommandanten.

So sah Schwientochlowitz bis zum 21. Januar 1945 aus, als die Deutschen das Lager aufgaben. So sah Swietochlowice aus, als es wenige Wochen später, nachdem die Rote Armee Kattowitz erobert hatte, vom polnischen Sicherheitsdienst übernommen wurde: jetzt als Straflager für Reichsdeutsche, die der Mitgliedschaft in der NSdAP, der HJ und des BdM verdächtigt waren, sowie für ehemals polnische Staatsbürger, die aufgrund ihrer deutschen Abstammung unter nationalsozialistischer Besatzung als "Volksdeutsche" galten.

Gerhard Gruschka zum Beispiel, aus einer katholischen Familie in Gleiwitz. Zwar war er wegen seines Glaubens aus dem "Deutschen Jungvolk" ausgeschlossen worden, aber nach zwei Wochen Dunkelhaft und Folter in einem Gefängnis von Gleiwitz hatte Gerhard, gerade vierzehneinhalb Jahre alt, gestanden: Ich bin der Hitler-Junge Gruschka.

Dorota Boreczek zum Beispiel, aus der alten schlesischen Familie der Skiba. Ihr Großonkel war letzter Bürgermeister von Kattowitz gewesen, bevor es vor gut hundert Jahren zur Stadt erklärt wurde. Das gerade vierzehnjährige Mädchen mußte mit der Mutter ins Lager, nur weil diese in die Volksliste II eingestuft worden war.

"Wir hatten ein gutes Gewissen", sagt Gerhard Gruschka, der bald nach seiner Freilassung im November 1946 in die Bundesrepublik übersiedelte, als Lehrer für Deutsch und katholische Religion in einer Realschule tätig war und nach der Pensionierung weiter in Nordrhein Westfalen lebt. "Flucht war beim Herannahen der Roten Armee kein Thema für uns."

Oberschlesien, ein ethnisch äußerst gemischtes Gebiet, hatte bis 1921 zu Deutschland gehört, war dann nach einer Volksabstimmung mit dem Gebiet um Kattowitz an Polen gefallen und sollte unter Hitler wieder "eingedeutscht" werden. Von den 2,45 Millionen Einwohnern wurden nach einer Statistik des Reichskommissars für die Festlegung des deutschen Volkstums von 1944 etwa 130.000 in Volksliste I eingestuft: Sie hatten sich durch "aktive Tätigkeit" im Volkstumskampf hervorgetan. Unter Volksliste II wurden 210.000 Personen geführt: Sie hatten das Deutschtum "gewahrt", ohne dafür aktiv gewesen zu sein.

Beide Gruppen erhielten sofort die deutsche Staatsbürgerschaft. In der Volksliste III (875.000 Personen) wurden die Autochthonen und Personen prodeutscher Gesinnung erfaßt, die aber "Bindungen zum Polentum" eingegangen waren - sie erhielten die Staatsbürgerschaft "nur auf

Widerruf". ...

Nach dem Krieg wendete sich das Blatt. Nach einem Dekret der provisorischen polnischen Regierung in Lublin vom 28. Mai über den "Ausschluß feindlicher Elemente aus der polnischen Gesellschaft" (geringfügig korrigiert durch ein Gesetz vom 7. Mai 1945) wurden Oberschlesier der Volksliste III und IV in der Regel als polnische Bürger anerkannt. Für Personen der Volksliste II waren zwar individuelle "Rehabilitationsverfahren" vorgesehen, faktisch jedoch kamen die meisten in Internierungslager - wie Józef Wiesiolek.

Als Rentner lebt er immer noch in jener verrotteten, eintönigen Bergarbeitersiedlung in Kattowitz Dab, in der er damals als Achtzehnjähriger in der Nacht vom 28. Februar auf den 1. März 1945 abgeholt wurde. Nur die Wohnung hat er getauscht. Die Holzterrasse hinauf zum ersten Stock knarrt. Die Küche dient als Wohnzimmer. Denn die beiden hinteren Räume, ohnehin durch die angrenzende schwarze Wand des Nachbarhauses ohne Sonnenlicht, fassen jeweils gerade einen Schrank und ein Bett.

Manche Oberschlesier haben noch immer Angst, von damals zu erzählen: Weder die Nationalsozialisten noch die Kommunisten fragten, ob sie sich als Deutsche oder Polen oder als Oberschlesier fühlten. Sie erhielten den nationalen Stempel je nach politischer Erfordernis aufgedrückt. Besser also, sich gar nicht zu exponieren. "Wer weiß denn", so die bange Frage eines alten Häftlings von Swietochlowice, "ob nicht irgendwann wieder jemand kommt und sagt: Du bist ein Schwabe (Deutscher). Oder Pole - je nachdem, was gerade gefällt.

Aber Józef Wiesiolek will der neuen Zeit trauen. Sein Schwiegersohn war sogar Abgeordneter im ersten Parlament des demokratischen Polen. Und es erleichtert ihn auch, nach 45 Jahren erzwungenen Schweigens endlich offen darüber zu reden, wie es damals begann, am 1. März 1945, als er mit vielen Kollegen von Kattowitz nach Swietochlowice geführt wurde.

"In jeder Gruppe wurde einer ausgewählt: Mit einer Hakenkreuzfahne umschlungen oder einer SA- oder SS Mütze auf dem Kopf ... Dort begann der Terror. "Sie schlugen jeden. Oft mit einer Reitpeitsche. Dann befahlen sie, daß sich einer über den anderen legt, ganz viele übereinander - und wenn die unteren anschließend nicht schnell genug hinunterglitten, weil sie schon keine Luft mehr bekamen, wurden sie erst recht geschlagen und gestoßen. Hier gab es die ersten Toten. Einige Männer hielten es psychisch nicht aus. "Sie hingen in den Toiletten. Sie hatten sich an Gürteln erhängt."

Die "Begrüßung" im Lager war bei jeder Gruppe ähnlich. Bevor die Transporte bestimmten Baracken zugewiesen wurden, mußten sie erst stundenlang stehen - oft mit erhobenen Armen. In den Baracken selbst herrschte erdrückende Enge. Tote und Abgänge in andere Lager wurden ununterbrochen durch Neuzugänge aufgefüllt. In den dreistöckigen Etagenpritschen aus deutschen KZ-Zeiten lagen oft zwei oder drei Personen ohne Strohsack, ohne Decke, auf einfachen Brettern, die so viel Zwischenraum freiließen, daß Häftlinge manchmal nach unten durchfielen und die Darunterliegenden verletzten. Ein Laib Brot mußte für mindestens sechs Personen am Tag reichen, dazu gab es eine Wassersuppe, in der gesäuerte Rübenstücke schwammen.

Zum wirklichen Alptraum aber gerieten die Nächte. Denn die Wachmannschaften kamen zu "Inspektionen", um die Gefangenen zu "besichtigen" "Einmal mußten wir mit nacktem Oberkörper drei Stunden im Schneeregen stehen", erinnert sich Józef Wiesiolek. "Und immer wurden wir geschlagen oder mußten uns gegenseitig schlagen. Ich meinen Vater und mein Vater mich. Wenn ich mich weigerte, wurde ich selbst geschlagen. Als mein Vater schon zu schwach war, den großen Kübel zu tragen, der zur Toilette geschafft werden mußte, schlugen sie ihm mit dem Gewehrkolben die Zähne aus.

Sein Vater überlebte das Lager nicht. Er starb am 7. oder 8. Juni an Typhus. Eine Sterbeurkunde erhielt die Familie nie. "Als Volksliste II", sagt Jozef, der im Lager noch Herbert Josef hieß, aber bei der Hochzeit vor dem polnischen Standesamt den Herbert streichen und den

Josef in Józef umwandeln mußte, "als Volksliste II waren wir einfach DIE DEUTSCHEN. Sie wollten Rache. Sie wollten Vergeltung. Sie - die Wachmannschaften und besonders der Lagerkommandant Solomon Morel. "Eine massive Gestalt. Es hieß, er sei in der kommunistischen Volksarmee gewesen. Ein Jude. Er hat sich so vorgestellt. Vielleicht sind seine Verwandten umgekommen."

Solomon Morel wurde am 15. November 1919 in einer religiösen jüdischen Familie im Dorf Garbów bei Pulawy geboren. Bis zum vierzehnten Lebensjahr besuchte er die Schule, anschließend arbeitete er in einer Konfektionsfirma der Industriestadt Lodz; 1939 kehrte er zurück nach Garbów. Um der Übersiedlung in ein Ghetto zu entgehen, tauchte er mit den Eltern und einem Bruder im April 1942 unter.

Vater, Mutter und Bruder Israel, erklärte Morel später in seiner Personalakte für das Sicherheitsministerium, seien von den Deutschen mit Hilfe der "blauen (d. h. polnischen) Polizei" im Dezember 1942 umgebracht worden. Einmal nannte er sogar nur die "blaue Polizei", die den Bruder Israel in seinem Heimatdorf Garbów erschossen habe. Der älteste Bruder Izak Morel hingegen sei im Dezember 1943 im "Kampf mit den Nationalen Bewaffneten Kräften NSZ" (einer antisemitischen polnischen Untergrundorganisation) im Dorf Lugów bei Lublin umgekommen. Über das Schicksal des Bruders Józef, der 1939 vor den Nationalsozialisten in die Sowjetunion flüchtete, sei ihm nichts bekannt.

Morel selbst hatte sich im November 1942 der kommunistischen Untergrundorganisation "Volksgarde" angeschlossen, nach dem Einmarsch der Roten Armee im Sommer 1944 war er der Bürgermiliz der prokommunistischen neuen Macht in Lublin beigetreten. Erst arbeitete er im Gefängnis des Schlosses von Lublin, dann im Gefängnis von Tarnobrzeg. Am 15. Februar 1945 schließlich gelangte er mit der "Operativgruppe" des Sicherheitsdienstes nach Oberschlesien und ins Lager von Swietochlowice. In Polen dürfte sein Lebenslauf vielen nur als Bestätigung für die verbreitete Vorstellung dienen, der kommunistische Geheimdienst sei geradezu von Juden beherrscht gewesen.

"Man muß sich das so vorstellen", erläutert Krzysztof W., Nachkomme einer wohlhabenden jüdischen Familie der Vorkriegszeit, der im Nachkriegspolen erst Kommunist, dann Oppositioneller war: Im ersten Halbjahr 1945, noch vor der Konferenz von Potsdam, war über die Grenzen Polens nicht endgültig entschieden. Doch um vollendete Tatsachen zu schaffen, das System und das Territorium festzulegen, eignete sich das prokommunistische "Lubliner Komitee" in den von der Roten Armee besetzten Gebieten die Regierungsbefugnis an und baute den Sicherheitsdienst als politische Polizei auf - selbstverständlich mit jenen, die als absolut zuverlässig galten.

In den Spitzenpositionen waren das meist ältere Kommunisten aus dem Moskauer Exil, die schon deswegen Vertrauen besaßen, "weil sie alle Säuberungen Stalins überlebt" hatten. Auch Krzysztof W., als er von der Zwangsarbeit in Berlin zurückkam, wurde nach bereits drei Tagen dem Sicherheitsdienst zugeteilt; Weil er Kommunist gewesen sei. Daß er eine jüdische Abstammung hatte, sei der Partei gar nicht bekannt gewesen.

Sicher sei die Loyalität zur Partei das primäre Auswahlkriterium gewesen, räumt der Historiker Andrzej Paczkowski ein, aber - viele Genossen stammten eben aus jüdischen Familien: Weil sie im Kommunismus die Alternative nicht nur zum Rassenwahn eines Hitler, sondern auch zum polnischen Nationalismus und Antisemitismus sahen.

Als Paczkowski jüngst untersuchte, wie hoch der Anteil von Sicherheitsbeamten mit jüdischer Herkunft vom Ministerium über das Department bis zur Abteilung hinunter in den ersten Jahren gewesen sei - ein "bißchen", bekennt er, habe er sich für diese Schnüffelei geniert, fand er die vermutete Überrepräsentation tatsächlich bestätigt: Von den 447 führenden Funktionären bis November 1953 waren 131 jüdischer Abstammung - immerhin 29,3 Prozent bei einem Bevölkerungsanteil von nicht einmal einem Prozent.

Allerdings sei wahrscheinlich unten an der Basis - gerade in den ersten Tagen und Wochen nach dem Rückzug der Wehrmacht - wichtiger als das ideologische Motiv das Bedürfnis nach Rache gewesen: das Bedürfnis nach irgendeiner Vergeltung für sechs Millionen Tote, für den Genozid, für das perfekteste und grausamste Verbrechen der Geschichte.

"Er sagte langsam und ruhig: Ich heiße Solomon Morel und bin der Kommandant dieses Lagers. Dann aber schrie er: Meine Eltern und Geschwister sind in Auschwitz von euch Deutschen vergast worden, und ich werde nicht eher Ruhe geben, bis alle Deutschen ihre gerechte Strafe bekommen."

Als Insasse des Blocks 7, des "braunen Blocks", in dem vermeintliche NSdAP-, SA- oder HJ-Mitglieder untergebracht waren, erlebte Gerhard Gruschka den Lagerkommandanten von seinen dunkelsten Seiten.

Wenn Morel sich einen Gefangenen vornahm, schrieb Gruschka in seinem Bericht über die Haftzeit, "war dessen Todesurteil meist schon gefällt". Seine "Spezialität" war es, die aus deutscher KZ-Zeit übriggebliebenen schweren Sitzschemel an den Füßen zu packen und mit der dicken Sitzfläche in voller Wucht auf die Gefangenen einzuschlagen. Immer wieder blieben nach solchen Razzien Mitgefangene schwerverletzt liegen und mußten in die Lagerambulanz getragen werden, einige mit zertrümmertem Kopf auch gleich in die Leichenbaracke".

Gruschka bezweifelt, daß in dem berüchtigten "braunen Block" tatsächlich Nazigrößen einsaßen - sie hätten sich meist schon in den Januar Tagen 1945 abgesetzt. Da aber niemand verhört, bei niemandem nach individueller Schuld geforscht worden sei, werde sich eine eindeutige Antwort nicht mehr finden lassen. Für die Wachmannschaften jedenfalls genügte es, daß sie reichsdeutsche Staatsbürger vor sich hatten, um sie als Hitleristen alle mit derselben Brutalität zu strafen.

"Oft schlug Morel mit bloßen Fäusten zu, meist gezielt ins Gesicht ... Und in regelmäßigen Abständen befahl er nachts: Horst Wessel Lied singen, aber schnell, und während wir sangen, prasselten die Gummi- und Holzknüppel auf uns nieder."

Der erst vierzehnjährige Eric van Calsteren, ebenfalls Insasse des "braunen Blocks", beschloß zu fliehen. Obwohl er die holländische Staatsbürgerschaft besaß, hatten polnische Sicherheitsbeamte in blonden Haaren und blauen Augen einen ausreichenden Beweis für sein "Edelgermanentum" gesehen. Calsteren versteckte sich in der Latrine des Lagers und entkam morgens mit einem Arbeitskommando. Allerdings stellte er sich freiwillig wieder, als seine Mutter verhaftet und er erpreßt wurde: entweder er oder sie ins Lager. Solomon Morel holte ihn persönlich mit seinem beigefarbenen DKW bei der Gleiwitzer Polizei ab. Er kam zurück in den Block 7.

Zunächst, berichtete van Calsteren 1992 aus seiner niederländischen Heimat der "Kommission" in Kattowitz, habe er als Strafe für die Flucht nur stundenlang auf Schottersteinen knien müssen. Doch das war nur das Vorspiel "Mitten in der Nacht kam das schon erwartete Überfallkommando der Bewacher.

Alles aus den Betten, und man stellte mich vor den Spind. Warum er geflüchtet sei, fragten ihn vier Männer und schlugen ihm bei jeder Frage in die Magengrube. Beugte sich van Calsteren vor Schmerz nach vorn, schlugen sie ihm ins Genick, daß er zu Boden sackte. Als er die Schläge nicht länger ertragen konnte, floh er zwischen die Betten. Da griffen sie nach der Eisenstange, mit der die Bottiche für das Essen geschleppt wurden.

"Mit dieser Stange schlug man mir meine beiden Beine ganz kaputt, und als ich wieder auf dem Boden lag, wurde ich noch mit Fußtritten bearbeitet. Halbtot legten meine Kumpel mich aufs Bett. Schlafen konnte man kaum in diesem Lazarett, es gab keine richtigen Kranken, sondern nur kaputtgeschlagene Menschen, die die ganze Nacht stöhnten. Daß es tatsächlich Tote gab, war schon ganz normal. Überall Sterbende, im Waschraum, auf der Toilette, im und neben dem Bett. Es geschah fast immer in der Nacht, und wenn man zur Toilette mußte, stieg

man über die Toten."

Schon einige Monate vor diesem Bericht für Kattowitz hatte sich van Calsteren an die deutsche Justiz gewandt: Regelmäßig höre man Berichte über die Verurteilung deutscher NS-Verbrecher aber wie stehe es mit der Verfolgung von Verbrechen an Deutschen? Und er bot sich an als Zeuge gegen Solomon Morel, dessen Adresse er durch Zufall erfahren hatte ...

Erst über ein Jahr später, Ende September 1993, bat der Leitende Oberstaatsanwalt in Dortmund seinen Kollegen in Rijswijk, van Calsteren "eingehend zu vernehmen", da ein Ermittlungsverfahren gegen Morel wegen Mord geprüft werde. Doch da lebte Eric van Calsteren nicht mehr. Er war am 16. Februar 1993 im Alter von 63 Jahren verstorben. Solomon Morel hingegen hatte sich zu seiner Tochter nach Tel Aviv abgesetzt.

Da Israel generell nicht ausliefert, nutzte die Oberstaatsanwaltschaft Dortmund die Chance, sich dem äußerst unbequemen Verfahren mit Schreiben vom 29. August 1994 an die Witwe zu entziehen: "Das auf Strafanzeige Ihres Ehemannes eingeleitete Ermittlungsverfahren ist vorläufig gemäß Paragraph 205 der Strafprozeßordnung eingestellt worden, da der gegenwärtige Aufenthaltsort des Beschuldigten nicht ermittelt werden konnte Hochachtungsvoll Göke, Staatsanwalt.

Die Villa in Ludwigsburg ist repräsentativ, der Garten groß und mit gepflegtem Baumbestand. Doch die Radiologin Dorota Boreczek kann weder das eigene Heim noch Reisen oder andere Annehmlichkeiten des Lebens in Frührente genießen. Sie kann gar nicht genießen. Fast obsessiv kreisen ihre Gedanken in der unendlich langen, freien Zeit um Kattowitz, ihr altes Zuhause und das große Unrecht, das sie erlebte.

Sie erwarte eine "Entschädigung für den Aufenthalt in Gefängnissen während der Stalin-Zeit", teilte sie der "Kommission" in Kattowitz mit Schreiben vom 18. März 1992 mit. Denn auch sie saß mit der Mutter in Swietochlowice. Ein gutes halbes Jahr. Und der Vater, inhaftiert im Gefängnis von Krakau und im Lager von Jaworzno (ebenfalls einer alten Auschwitz Nebenstelle), kam aufgrund einer Amnestie erst 1951 frei. Doch da war sein Besitz von sieben Mietshäusern in Kattowitz und einem Sägewerk, einer Ziegelei und einem Kieswerk in Ostpolen längst enteignet.

Dorota, die damals noch Niesporek hieß, war in der Frauenbaracke untergebracht "Der Dreck", sagt sie, "der Dreck und die Läuse" - das war anfänglich das Schlimmste. Als den Frauen prophylaktisch die Haare geschoren werden sollten, verloren einige die Nerven und begingen im elektrisch geladenen Stacheldraht Selbstmord. Daraufhin wurde die Maßnahme eingestellt. Als sich die Krätze ausbreitete, litten Frauen besonders an eitrigen Entzündungen an den Brüsten. Später kam die Kleidung einmal in der Woche zur Entlausung - dann aber warteten die Frauen zehn Stunden nackt in der Baracke: "abgemagerte Wesen, kaum von Männern zu unterscheiden, knapp über dreißig Kilogramm".

Wenn ein Teil der Sachen bei der Entlausung verbrannte, stritten die Frauen um die Kleider der Kranken. "Hildegard Iгла, eine wohlhabende Freundin meiner Mutter, besaß ein silbergraues Kostüm. Als sie fast in der Agonie lag, hat man ihr das Kostüm vom Leib gerissen, obwohl sie bat: Laßt mich in meinen Kleidern sterben."

Einen tiefen Einschnitt ins Lagerleben brachte die Typhusepidemie. Sie brach im Juli aus und ebte erst nach sechs bis acht Wochen ab. Aus Angst vor Ansteckung kamen die Wachen kaum noch hinter den Stacheldraht. Die Folterungen hörten auf, Appelle fanden nicht mehr statt, die Disziplin löste sich auf.

Dorota stieg täglich in die Nachbarbaracke, wohin ihre Mutter im fortgeschrittenen Krankheitsstadium verlegt worden war. Hilflos, aber mit der hoffnungsvollen Verzweiflung eines Kindes versuchte sie, mit Wadenwickeln aus Schlüpfer und BH das Fieber zu senken. Doch Glombitza, der Lagerarzt, selbst ein Häftling, drohte ihr als Strafe mit dem Bunker: einer mit Wasser gefüllten Zelle, die so tief war, daß Dorota sicher ertrunken wäre.

Inzwischen war auch das Mädchen infiziert. "Komm unter meine Decke", sagte da eine Schweizerin zu ihr "Sie hatte eine Decke! Sie war gut zu mir. Wir hatten beide Typhus und lagen unter dieser Decke. Eines Morgens merkte ich, daß sie nicht mehr lebte. Und bis heute verfolgt mich, daß mein erster Gedanke war: Wie gut, daß sie gestorben ist, jetzt habe ich ihre Decke."

Die Leichenbaracke konnte nicht so viele Tote aufnehmen wie täglich starben. Sie wurden einfach auf Chlorkalk vor die Baracken geworfen, lagen stundenlang in der Sommersonne, zogen Ratten an. Der Totenwagen, ein einfacher, von Häftlingen gezogener Karren, war mehrfach täglich zu den Massengräbern unterwegs, erst zum evangelisch augsburgischen, dann zum katholischen Friedhof. Wenn Anfang Juli - rechnete Gerhard Gruschka später - Swietochlowice mit 1.500 Personen noch voll belegt war, Anfang September die Blöcke 4, 6 und 7 aber bereits leer standen und die restlichen nicht mehr voll belegt waren, können sich nur noch knapp 500 Häftlinge im Lager befunden haben:

Mindestens 1.000 Männer und Frauen müssen der Epidemie somit zum Opfer gefallen sein. Viele von ihnen sind nirgends namentlich erfaßt worden. Wenn sich aber auf dem Standesamt Swietochlowice dennoch 1.600 Originalsterbeurkunden anfinden (meist von Morel unterzeichnet), müssen - sehr vorsichtig geschätzt - mindestens 2.500 Menschen in nur gut sieben Monaten im Lager umgekommen sein. Dorota aber lebte. Und die Mutter auch, obwohl sie nur noch auf allen vieren kroch.

Im Oktober 1945 erschien eine Kommission unter Leitung des Staatsanwalts Jerzy Rybakiewicz und befragte alle Lagerinsassen nach Zeitpunkt und Grund ihrer Verhaftung. Mit Befehl vom 15. September 1945 nämlich hatte Sicherheitsminister Radkiewicz angeordnet, "alle Gefängnisinsassen zu entlassen, gegen die keine staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen laufen" - oder reguläre Anklage zu erheben.

In Swietochlowice kamen die meisten Männer und Frauen innerhalb weniger Tage frei, der kleinere Teil wurde in andere Lager oder ins Gefängnis von Krakau geschafft. Vor dem Lager traf Dorota auf Frauen mit Bildern von ihren Söhnen und Männern, die fragten, ob ihr bekannt sei, daß sie überlebt hätten. Aber Dorota "sah nur wie hypnotisiert auf das Tor. Ob die Mama käme. Und plötzlich stand sie da. Plötzlich konnte sie laufen. Sie kam durch das Tor. Und als sie draußen war, brach sie wieder zusammen Dorotas Mutter wog 32 Kilogramm und hatte einen gebrochenen Schädel. Erst nach einem halben Jahr konnte sie wieder gehen.

Vor der Entlassung hatten Mutter und Tochter schriftlich gelobt, niemals und niemandem zu erzählen, was ihnen widerfahren war.

Wem auch erzählen? Das Thema fiel im kommunistischen Polen unter die Zensur, und Dorotas Familie war ins Abseits gedrängt. Der Vater endete in der Psychiatrie, aus der Mutter war ein Pflegefall geworden. Und 25 Jahre lang erhielt Dorota nicht einmal die Ausreisegenehmigung. Als sie dann schließlich 1970 in die Wahlheimat Bundesrepublik übersiedeln konnte, kam die zweite bittere Erfahrung: Auch hier konnte sie nicht erzählen.

Niemand wollte hier ihre Geschichten hören. Niemand wollte nach 1968 mehr von deutschem Leiden erfahren, das einige politische Kräfte in den fünfziger und sechziger Jahren hervorgehoben hatten, um die deutsche Schuld vor 1945 zu relativieren. Mit den Kollegen am Arbeitsplatz, mit den Nachbarn fand sie keine gemeinsame Sprache - und verschloß die Erfahrungen weiter tief in ihrem Innern. Denn auch die Tochter wollte damit nicht belastet werden. Und die Mutter sprach bis zu ihrem Tod über Swietochlowice nie mehr ein einziges Wort.

Erst die Ermittlungen der "Kommission" ließen Frau Boreczek Hoffnung schöpfen. Mit unglaublicher Energie sucht sie nun selbst nach weiteren Zeugen in Polen, trifft sich mit Frauen aus ihrer Baracke, kämpft um die Rehabilitierung der Eltern und die Rückgabe des Familienbesitzes. Morel hingegen verhärtete unter zunehmendem Erklärungsdruck immer mehr.

Nicht nur die Kattowitzer Lokalpresse und die polnischen Wochenzeitungen Wieset und März

1993 war endlich auch in der New Yorker Journalisten John Sack erschienen - eines Juden wie Morel, dem er vertraut und monatelang vieles ungeschützt erzählt hatte. Sieben Jahre lang hatte Sack recherchiert. Amerikanische Redaktionen hatten ihm Reisekosten nach Polen und Deutschland finanziert und hohe Vorschüsse gezahlt.

Doch dann lehnten sie alle den Abdruck seiner Geschichte ab: Gentlemens Quarterly, Harpers brachte wenigstens John Sacks Recherchen als Buch heraus ("An Eye for an Eye - The Untold Story of Jewish Revenge against Germans in 1945") - kaum eine Zeitung besprach das Werk. Als schließlich die Village Voice Sacks Geschichte doch druckte, waren die Fakten nicht mehr zu übersehen.

Nun fühlte sich Solomon Morel umstellt und betrogen - und leugnete jede Schuld: Es habe keinen Todesbunker gegeben, keinen einzigen Selbstmord in dem unter Hochspannung stehenden Stacheldraht, die Läuse seien von den Häftlingen mit dem Typhus eingeschleppt worden und: "Ich erkläre mit Nachdruck, daß es neben den an Typhus Gestorbenen keine anderen Todesfälle gegeben hat."

Dabei waren die Methoden, mit denen Morel das Lager führte, bereits von seinen damaligen Vorgesetzten beanstandet worden. Mit Schreiben vom 24. September 1945 hatte Oberstleutnant T. Duda, Direktor der Gefängnisse und Lager im Sicherheitsministerium, einen dreitägigen Hausarrest und die Kürzung des Gehalts um die Hälfte verfügt, da Morel die Lagerordnung nicht aufrechterhalten, den wirtschaftlichen Bereich "paralysiert" und die Verbreitung der Typhusepidemie hingenommen habe.

Noch 1948 - Morel war Leiter des Gefängnisses in Ratibor - hatte sein Vorgesetzter am Schluß einer überwiegend positiven Einschätzung immerhin zu bedenken gegeben: "Manchmal vergißt er sich, und dann brechen Partisanenangewohnheiten durch, was nicht positiv und eines Parteimitglieds unwürdig ist. Ende 1946 hatte er in Oppeln wegen eben dieser "Partisanenangewohnheiten" bereits eine "schwere Rüge" erhalten.

Morel aber wollte zu all diesen Erkenntnissen nicht mehr aussagen. Er erschien weder zu der Zeugenbefragung der "Kommission" im Juni noch im November 1993. Einmal entschuldigte ihn seine Ehefrau Wieslawa, die er 1945 im Lager kennengelernt hatte, wo sie zur Wachmannschaft gehört haben soll: Er sei auf Urlaub in Israel. Das andere Mal meldete sich Morel selbst mit einem kurzen förmlichen Schreiben aus Tel Aviv: Er habe seinen beiden früheren Aussagen nichts mehr hinzuzufügen.

Statt dessen suchte er Verbündete für eine offensive Verteidigungsstrategie. "Seit dreieinhalb Jahren klagen mich die Deutschen wegen Rechtsbruch an, daß ich geschlagen und erschlagen hätte", beschwerte er sich Ende 1993 von Tel Aviv aus beim politischen Justizminister: Über Zeugen, die vier Jahrzehnte seine Mitbürger in Kattowitz und Umgebung waren und die polnische Staatsbürgerschaft besitzen wie er. Plötzlich sollen sie wieder - einige hatten es befürchtet - Deutsche sein, Fremde, Feinde.

Dabei haben sich auch damals viele von ihnen in erster Linie als Oberschlesier gefühlt, Kinder einer Grenzkultur mit deutschen, polnischen, böhmischen Anteilen, und sie haben - zweisprachig, wie sie waren - im Unterschied zu den Reichsdeutschen in der "braunen" Baracke 7 auch im Lager überwiegend ihr Oberschlesisch gesprochen einen polnischen Dialekt mit deutschen Einsprengseln.

Aber Morel braucht das denunziatorische Stereotyp für seine Entlastung: "Ich denke, daß die Deutschen attackieren, um zu zeigen, daß nicht sie (die Polen und Juden), sondern Polen und polnische Juden die Deutschen ermordet haben. Gegen mich sagen einige Dutzend Revanchisten aus, mit denen John Sack zusammenarbeitet.

Ich bitte Sie", wandte er sich an den Minister, auf dessen Verständnis aufgrund der gemeinsamen kommunistischen Vergangenheit hoffend, "sich mit dieser schändlichen Provokation, die internationalen Charakter annimmt, eingehend vertraut zu machen. Die Deutschen machen

das aus Rache und John Sack, der amerikanische Jude, gegen Geld." Der Minister jedoch hatte offensichtlich kein Verständnis, denn er leitete den Brief weiter an die "Kommission", die Morel doch gerade zu umgehen trachtete.

Ohne Fürsprecher im heimatlichen Polen muß sich Morel ein zweites Mal im Stich gelassen fühlen. Schon 1968 nämlich, als er die Karriereleiter bis zur Stufe des Gefängnisleiters von Kattowitz im Range eines Oberst emporgeklommen war, hatte ihn die Partei von einem Tag auf den anderen fallengelassen. Zwar konnte ihn die antisemitische Kampagne der nationalistischen Genossen nicht wie 20.000 anderer Polen jüdischer Herkunft aus dem Land treiben. Aber ein ärztliches Attest stellte ihn mit der Diagnose einer "dauerhaften Berufsunfähigkeit" kalt. Er war 48 Jahre jung. Kann er es noch wagen, aus dem fremden Israel, dessen Klima ihm zusetzt, heimzukehren, ohne das Risiko einer Verhaftung einzugehen?

Die "Kommission" in Kattowitz jedenfalls hielt die Beweislage Ende 1993 für ausreichend, um die Unterlagen der Staatsanwaltschaft zu übergeben. Nur die Zentrale in Warschau bremste noch: Es sei "verfrüht", gab sie zu bedenken und forderte die Vernehmung auch noch von Zeugen aus dem Block 7.

Doch Gerhard Gruschka wurde nie geladen, und Eric van Calsteren ist tot. "Unter Berufung auf die sogenannte Staatsräson wird alles getan", schrieb Dorota Boreczek enttäuscht und bitter im Januar 1994 an die Zentrale in Warschau, "um das Problem der juristischen wie moralischen Verantwortung sowie der Wiedergutmachung zu umgehen."

Doch nicht nur einige Juristen in der "Kommission zur Untersuchung der Verbrechen am polnischen Volk" haben offensichtlich grundlegende Bedenken gegen einen Prozeß. Spielt die Veröffentlichung der Geschichte eines jüdischen Lagerkommandanten - fragte ein Reporter des amerikanischen Fernsehmagazins "Sixty minutes" nicht tatsächlich jenen in die Hände, die behaupten, der Holocaust sei gar nicht so schlimm gewesen?

Hatten vielleicht nicht jene amerikanischen Redaktionen und Verleger recht, die John Sack den Abdruck des Artikels und den Druck des Buches ("An Eye for an Eye") verweigerten? Ja, stimmt dem Reporter der Direktor des Jüdischen Weltkongresses Elan Steinberg zu: Der Fall Morel stellt die Geschichte auf den Kopf, macht aus Opfern Täter und aus Tätern Opfer. Zumindest stellt er eine Symmetrie her: Die einen waren so schlecht wie die anderen "Diese Art von Relativismus ist ein Verbrechen an der Geschichte."

Ja, meinte in Warschau auch die Redaktion der Wochenzeitung Polityka, weil sie wohl fürchtete, der Fall könne Wasser auf die Mühlen des Antisemitismus im Land sein.

Und auch die Redaktion der ZEIT diskutierte vor einem Jahr heftig darüber, ob sie den Artikel von John Sack aus Village Voice nachdrucken sollte. Man müßte die Wahrheit doch schreiben dürfen, meinten die einen. Die Gegenargumente: Wird nicht der industriell betriebene Massenmord der Nazis verharmlost, wenn man John Sacks Frage dagegensetzt, weshalb Juden dasselbe getan hätten wie die Nazis - da es doch dasselbe nicht war?

Dürfen Deutsche (und deutsche Zeitungen) sich hinter der jüdischen Selbstbefragung verstecken, ohne sich eines "Tonfallschwindels" schuldig zu machen? Und äußert sich Antisemitismus nicht auch darin, daß man von den polnischen Verantwortlichen nur jene namhaft macht, die jüdischen Glaubens sind?

Am Ende wurde der Abdruck des Artikels von John Sack verworfen und beschlossen, eine eigene Geschichte zu recherchieren. Die Argumente für die Behandlung des Themas sind gewichtig "Man muß die Wahrheit sagen", urteilt auch Feliks Lipman, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Kattowitz, obwohl Solomon Morel ihn aus Tel Aviv moralisch zu erpressen versuchte: Wenn er ihn nicht verteidige, sei er kein Jude mehr. Doch für Lipman, der den Krieg mit falschen Papieren und in schlesischen Arbeitslagern überlebte und seit 1983 die kleine jüdische Gemeinde in den kärglichen Räumen unweit des Bahnhofs leitet, kann es Loyalität unter diesen Umständen nicht geben

"Nicht alle Deutschen sind Hitleristen und nicht alle Polen und Juden unschuldig", befindet er "Wer Verbrechen begangen hat, soll dafür bestraft werden." Weil sie wissen und endlich die weißen Flecken der kommunistischen Geschichtsschreibung füllen wollen, haben auch junge polnische Journalisten und Wissenschaftler mit der Aufarbeitung der Geschichte Oberschlesiens begonnen.

Der Journalist Jakub Ciekiewicz widmete seine bewegende Reportage über Swietochlowice allen, die wegen (vermuteter) propolnischer Gesinnung in deutsche oder sowjetische Lager kamen, ihres Besitzes beraubt oder zur Wehrmacht eingezogen wurden, sowie jenen, die nach 1945 litten, als sie wegen (vermuteter) prodeutscher Gesinnung in sowjetische Bergwerke verschickt wurden, in polnische Zwangsarbeitslager kamen, sich vor Gericht gegen den Vorwurf der "Abweichung von der polnischen Nationalität" verteidigen und "Treueerklärungen zur polnischen Nation" unterzeichnen mußten. Ciekiewicz wollte der Opfer beider totalitärer Regime gedenken.

"Die Toten von Auschwitz, Treblinka, Majdanek, Buchenwald, Ravensbrück dürfen nicht vergessen werden. Unsere Zukunft kann nicht vor Radikalismus bewahrt bleiben, wenn wir uns der Vergangenheit nicht stetig erinnern", schreibt Gerhard Gruschka. "Aber", fügt er hinzu - nicht um gleichzusetzen, nicht um zu relativieren, sondern um das Leid im ganzen Ausmaß kennenzulernen - "Die Aufarbeitung darf nicht 1945 enden. Die Toten von Auschwitz, denke ich, werden nichts dagegen haben, wenn ich die Toten von Swietochlowice in der Erinnerung neben sie lege."

Der Holocaust nämlich, sagt John Sack, werde durch Geschichten wie die von Solomon Morel nicht relativiert. Im Gegenteil "Der Holocaust war schlimmer, als wir dachten. Wir wußten, daß die Deutschen sechs Millionen Juden töteten. Jetzt wissen wir auch, daß sie einige hundert Juden so stark brutalisierten, daß sie wie Deutsche wurden. Was in den Lagern, was mit Morel passierte, ist eine weitere Folge des Holocaust."

Gerhard Gruschka, der ehemalige Reichsdeutsche, der sein ganzes Erwachsenenleben in der Bundesrepublik verbrachte, hat Mitte Oktober in den ziegelroten Pfosten des Tors von Swietochlowice einen kleinen Gedenkstein eingemauert. Jozef Malik, der Volksdeutsche aus Rybnik, der zeit seines Lebens in Polen blieb, stellte fast zur gleichen Zeit ein 2,70 Meter großes Holzkreuz auf dem Friedhof neben dem Lager auf. Viele Unbekannte legten zu Allerseelen hier und dort Blumen nieder und zündeten Kerzen an: zum Gedenken an die Opfer der Opfer.

...<<

Der deutsche Journalist und Historiker Rainer Zitelmann berichtete im Jahre 1994 in seinem Buch "Wohin treibt unsere Republik?" über die sogenannte "Faschismuskeule" der linksradikalen 68er Studentenbewegung (x268/126): >>Man interessierte sich für die "faschistoiden" Strukturen, Tendenzen, Denkweisen usw., die man überall in der demokratischen Bundesrepublik zu entdecken glaubte und nur dort nicht suchte, wo man ehesten hätte fündig werden können: bei sich selbst. ...

1968 bildete sich eine Argumentationstypologie heraus, die bis heute bestimmend ist, ja, die intellektuelle und politische Debatte zunehmend dominiert: Wer nicht links ist, ist Nazi, ist Faschist. ...<<

Der österreichische Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt warnte im Jahre 1994 in seiner Streitschrift "Wider die Mißtrauensgesellschaft" die dichtbevölkerten Länder Europas, "Bevölkerungsüberschüsse anderer Regionen aufzunehmen" (x268/185): >>... Die Einwanderer nehmen mit ihrer Niederlassung auf die Dauer die kostbarste Ressource in Anspruch, die einem Volk zur Verfügung steht, nämlich das Land. ...

Gestattet ein Volk anderen den Ausbau von Minoritäten im eigenen Lande, dann tritt es praktisch Land ab und belastet sich innerhalb der eigenen Grenzen mit zwischenethnischen Konflikten.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Folgen der Einwanderung (x268/185): >>Aus Sicht der Einwanderer handelt es sich um eine unblutige Landnahme, aus der Sicht der Einheimischen um einen Verlust der Heimat; denn viele Familien ziehen aus den Ausländervierteln weg, weil sie den Eindruck haben, daß ihre Kinder in mehrheitlich deutschen Schulen mehr lernen oder weil ihnen die Straßen im Kiez zu unsicher geworden sind.

Soweit es Vertriebene aus Ostdeutschland sind, verlieren sie ihre Heimat so zum zweiten Mal.
...<<

1995

Prof. Dr. Michael Wolffsohn (deutscher Historiker und Publizist, ein prominenter Vertreter des Judentums in Deutschland) schrieb am 24. Januar 1995 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung": >>**Deutsche und Juden sind aneinandergekettet ...**

Schuld ist nicht erblich. Daher ist der nachgeborene Deutsche nicht schuldig, der nachgeborene Jude kein Märtyrer.

Dennoch: Wir alle wissen, daß es sehr wohl ein Weitergeben von Bürde und Würde der Geschichte von einer Generation zur anderen gibt.

Die nachgeborenen Deutschen tragen das Kainszeichen von Auschwitz. Sie tragen es, weil sie Deutsche sind; weil die erste Gedankenverbindung der meisten Nichtdeutschen in bezug auf Deutsches Auschwitz ist, also der millionenfache Judenmord. Das wird so bleiben. ...

Die Nachgeborenen sind nicht schuldig. Aber sie haften politisch für die Taten der Vorfahren. Ähnlich ist es bei Familien. Man kann Schulden erben, ohne sie verursacht zu haben, und haftet für sie. Das gilt für Deutsche und Nichtdeutsche, für Juden und Christen.

Die nachgeborenen Deutschen haften für die politische Schuld ihrer Vorfahren, und diese politische Schuld gegenüber den Juden prägt das Wir-Gefühl der Deutschen, ob sie es wollen oder nicht.

Jeder Deutsche haftet als Deutscher. Er kann es sich nicht aussuchen. Die Schuld, für die er haftet, ist dem Haftenden bekannt. Selbst bei innerem Widerwillen und Widerstand kennt heute fast jeder haftende Deutsche die haftungsbedingende Schuld. Dieses Wissen prägt sein Wesen, seine Identität - auch wenn er die Haftung ablehnt.

Die Art der Annahme oder Verweigerung der Haftung ist Instrument und Signal, nach innen und außen. Ein Signal der Erneuerung, ein Instrument der Politik, ein Mittel der Erziehung und damit der Identitätsstiftung oder Identitätsstärkung.

Deshalb gilt: Vom Verhältnis zur Endlösung hängt die politisch-moralische Erlösung der Deutschen ab.<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3 - 1995 berichtete später (x853/...):
>>**Das Kainszeichen für die Deutschen?**

Der bekannte deutsch-jüdische Historiker Michael Wolffsohn hat zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz in einer großen deutschen Tageszeitung (FAZ v. 24.1.95, S. 8) einen Beitrag geschrieben, in dem er davon spricht, daß die Deutschen, auch die Nachgeborenen natürlich, das Kainszeichen von Auschwitz trügen. Ein schwergewichtiges Wort!

Ein jeder kennt aus der Bibel die Geschichte des Brudermörders, der von Gott zwar das bekannte Kainsmal bekam, an dem sich aber niemand vergreifen durfte, weil das Kainsmal gleichzeitig einen Schutz bedeutete und Gott sich Strafen ausdrücklich selber vorbehielt.

Über Auschwitz ist schon viel geschrieben worden und wird noch viel geschrieben werden. Hier soll nicht die Frage nach den Umständen der Ermordung der Juden erneut erörtert werden, auch nicht die Frage nach der Zahl der dort Umgekommenen, die Wolffsohn als Historiker gegenüber früheren Feststellungen mit "nur" 1,4 Millionen angibt. Das alles soll hier beiseite bleiben. Gefragt werden soll hier nur, ob Wolffsohn berechtigt ist, den Deutschen das Kainszeichen einzubrennen oder nicht.

Wie bekannt war das Kainszeichen ein Zeichen Gottes, das nur er gegeben hat und geben durfte und kein Mensch. Wolffsohn, so scheint es, tut auch sich selbst und den Juden nichts Gutes an, wenn er den Deutschen das Kainsmal auferlegen will, das Gott, der ja nicht nur der Gott der Juden, sondern auch der Christen ist, Kain auferlegt hat. Es steht nicht in seiner Macht, Taten Gottes nachzuahmen. Das grenzt an Blasphemie und ist eine Hybris dazu, die der von Hitler und Stalin ähnelt, weil sie Gott in beiden Religionen heruntersetzt, zumal Wolffsohn die Schutzfunktion des Kainszeichens geflissentlich oder bewußt übersieht. Damit wird dieses Zeichen nicht zu einem Zeichen der Vergebung, als das es ja von Gott auch gesehen wurde, sondern nur zu einem Straf- und sogar zu einem Racheakt.

Es steht dem Menschen einfach nicht zu, von sich aus Gottes Handeln anderen aufzuerlegen, wenn Gott nicht entthront und damit vermenschlicht werden soll. Dieser Versuch muß gerade bei der jungen Generation, die ohnehin mit Gott, Glaube und Religion ihre Mühe hat, auf Unverständnis stoßen und muß sie weiter dem gemeinsamen Gott entfremden, ganz besonders dann, wenn Menschen sich erdreisten, an Stelle Gottes fragwürdige Ersatzhandlungen anderen aufzuerlegen. Die junge Generation muß denken, was das wohl für ein Gott sei, der sich von Menschen zu solchem anstiften läßt.

Nein, was in der Bibel steht, muß biblisch bleiben, kann nicht willkürlich von Menschen wiederholt werden, auch nicht in fragwürdigen wissenschaftlichen Studien, die so schön mit der deutschen und jüdischen Identität begründet werden, ein Allerweltswort, das in dem modernen psychologischen Trend mißbraucht wird und daher kaum zu einer Klärung beitragen kann. Ob nicht Kain durch das Kainszeichen seine wirkliche Identität gefunden hat?

Aber noch einmal, kein Mensch kann das wiederholen, jeder Täter muß mit Gott selbst ins Reine kommen, auch seine Kinder und Kindeskinde können das für ihn selbst nicht stellvertretend tun. Das ist die christliche Botschaft der Liebe und nicht der Rache. Hier scheint es freilich einen Unterschied zwischen dem jüdischen und dem christlichen Gott zu geben. Oder ist das nur der Unterschied zwischen Gott und Michael Wolffsohn?<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Januar 1995: >>... **Polen und Juden in Auschwitz – eine schwierige Beziehung zwischen Opfern**

Manche Zuhörer registrieren, das Walesa - wie schon tags zuvor in der jagiellonischen Universität in Krakau - jeden Hinweis auf die jüdischen Opfer des Holocaust vermeidet. Das hebt er sich für die folgende Gedenkfeier in Birkenau auf. Da spricht er aber auch nur an einer Stelle von der "Vernichtung der Juden und Roma", die Hitler auch für andere Völker vorbereitet habe – "besonders für die Polen". Auschwitz sei keine Ausnahme: "Die Welt ist voller solch trauriger Orte."

In Krakau sprach Walesa von den polnischen Professoren der Universität, die zu Anfang der deutschen Besatzung ermordet worden waren, er sprach von Auschwitz als einer Todesfabrik des Völkermords. Er sagte Völkermord, nicht Holocaust, und er erwähnte die Herkunft der Opfer nicht.

Der Stuhl Elie Wiesels, des Friedensnobelpreisträgers und ehemaligen Auschwitz-Häftlings blieb leer. Wiesel sprach dafür in Birkenau bei der inoffiziellen Feier der jüdischen Organisationen, die von Vertretern der jüdischen Minderheit in Polen organisiert worden war.

... Es war ... auch ein bißchen die Genugtuung, nicht zugelassen zu haben, das Andenken an Auschwitz vereinnahmen zu lassen. Den Vorwurf der Vereinnahmung hatten jüdische Vertreter aus den USA und der Bundesrepublik an die polnischen Organisatoren gerichtet, schon im Vorfeld der Feiern. Deshalb war die jüdische Andacht in Birkenau außerhalb des offiziellen Programms schließlich zustande gekommen.

Die beiderseitigen Empfindlichkeiten zwischen Juden und Polen sorgten immer wieder für Zwischentöne in fast allen Feierlichkeiten - durch die Nuancen, die dabei immer wieder deutlich wurden. Mehrmals wiesen jüdische Vertreter darauf hin, Auschwitz sei Vernichtungslager

vor allem für Juden gewesen, 90 Prozent der Opfer seien Juden gewesen.

Fast ebenso oft wies Walesa darauf hin, das Lager liege in Polen, sei aber "nicht von polnischen Händen erbaut worden." Tief sitzt die Furcht vieler Juden, die Polen könnten sich Auschwitz als Symbol des Holocausts "aneignen". Ebenso tief sitzt die Furcht der Polen, mit Auschwitz auf die Täterseite gesetzt zu werden. Beide Ängste, auch das zeigten die Feiern, sind durchaus begründet.

Jüngste Umfragen in Polen haben ergeben, daß nur eine kleine Minderheit Auschwitz in erster Linie mit dem Massenmord an den europäischen Juden in Zusammenhang bringt, fast die Hälfte der Befragten bezeichnet es dagegen als Symbol des Völkermords an den Polen.

Schewach Weiss, Vorsitzender des israelischen Parlaments, der Knesset, erklärte in einem Interview mit der "Gazeta Wiborcza", viele Juden sähen in den Polen vor allem die Helfer der SS und Antisemiten. Daß 40 Prozent der von Israel mit dem Ehrentitel "Gerechte unter den Völkern" ausgezeichneten Menschen aus Polen stammten, spiele dabei keine wesentliche Rolle.

Die Tatsache, daß nur eine Minderheit der Polen (wie neueste Umfragen belegen) das Lager Auschwitz in erster Linie mit dem Holocaust an den Juden verbinden, ist allerdings kein "Erfolg" katholischer Vereinnahmung. Denn schließlich haben Polens Kommunisten 40 Jahre lang den Völkermord für Polen vereinnahmt. Wie in der Sowjetunion nicht von jüdischen Opfern, sondern von den ermordeten "Sowjetmenschen" ohne Angabe der Nationalität die Rede war, so war in Polen neutral von "Völkermordopfern" die Rede. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. Januar 1995: >>**Nur für die NS-Gedenkstätten gibt es in diesem Jahr mehr Geld**

... Aufgestockt wird allein der Etat für die "Gedenkstättenarbeit" (in Niedersachsen) ... Für dieses Jahr sind knapp 300.000 DM zusätzlich vorgesehen, um vor allem die zentrale Gedenkveranstaltung am 27. April zur 50. Wiederkehr der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen zu finanzieren, wie die Landtagsfraktionen übereinstimmend meinen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete ferner am 30. Januar 1995: >>**Bubis nennt Polen antisemitisch**

... Auch am Wochenende nach der Gedenkfeier zum 50. Jahrestag der Befreiung zum 50. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz haben jüdische Organisationen den polnischen Veranstaltern schwere Vorwürfe gemacht.

Von "unterschwelligem Antisemitismus" bei der Warschauer Staatsführung sprach der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, am Sonntag im Hessischen Rundfunk. ...<<

Der deutsche Moralthologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtete im Januar 1995 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 12/1 – 1994/95 (x853/...): >>**Welch ein Jahrhundert!**

1. Den 8. Mai 1945 verbrachte ich in englischer Gefangenschaft bei Eutin in Schleswig-Holstein. An dies Datum der Gesamtkapitulation der Wehrmacht wird jetzt vielfach erinnert. Eigene Erlebnisse können eine Besinnung verlebendigen. Am 2. Mai 1945 war ich in die gerade britisch besetzte Stadt Lübeck - nachdem ich mich abenteuerlich von Swinemünde über Stralsund, Rostock, Wismar/Bad Kleinen mit sehr viel Glück hatte durchschlagen können - bewußt hineingefahren. Es ging dabei um Tage, ja um Stunden, um den rasch in Mecklenburg vordringenden Sowjetrussen zu entkommen.

Wer nicht schnell genug am 1. und 2. Mai war, kam in deren Gefangenschaft oder in die der Amerikaner die damals in Nord-, Mittel- und Süddeutschland hunderttausende deutsche Kriegsgefangene an die Rote Armee auslieferten. Dieser Art "Befreiung" konnten wir entgehen. Bald wirkten sich die Unterschiedlichkeit der Kriegsziele der "Alliierten", die gar nicht so latenten Divergenzen der Anti-Hitler-Deutschland-Koalition, der unvermeidliche Zusam-

menstoß der Stalinschen Weltbeherrschungsstrategien mit den westlichen Kräften (Roosevelt war gerade gestorben) besonders in Deutschland aus. Der "Eiserne Vorhang" ging mitten durch Deutschland nieder. Der "Kalte Krieg" begann.

2. Im Gefangenenlager gab es Gespräche: was wird nun in Deutschland? Welche Personen, Institutionen haben (noch) Autorität, können einen guten Neuanfang in die Hand nehmen? Mir schien - mit anderen - die Rolle der Kirche jetzt providentiell. Sie hatte - vom Papst, über die Bischöfe und Priester, bis zu den Gläubigen - sich bewährt, ja widerstanden.

Jeder zweite Priester war mit der Gestapo aneinandergeraten, hunderte waren im KZ umgekommen, die Katholiken hatten ganz mehrheitlich Hitler nicht gewählt, waren vielmehr - gut geschult in der geistigen Auseinandersetzung mit den Ideologien des Kommunismus und dem sozialdarwinistischen Nationalsozialismus - immunisiert und durch ein intaktes religiöses Leben gefestigt. Die Glaubwürdigkeit der Kirche war 1945 groß. Der häufig erbetene "Persilschein" eines Pfarrers galt etwas. Die Institution hatte sich im Kern durchsetzen können.

Furchtbaren Verlusten, Völkerrechts- und Kirchenrechtswidrigen Vertreibungen stand diese Tatsache gegenüber. Die besonders kirchlich geförderte und bewerkstelligte Integration von 12 Millionen Vertriebenen belegt diese insofern noch glückliche Konstellation.

Was die berechtigten Erwartungen an die Kirche 1945 anlangt, wurden sie also zunächst einigermaßen erfüllt. Sie war und blieb religiös-geistige Heimat; sie half - jedenfalls im Großen und Ganzen - in dieser schicksalhaften Notlage. Die Kirchen waren voll.

3. Als Katastrophenjahr für die Kirche stellte sich dann erst richtig das Jahr 1968, das Jahr der Kulturrevolution heraus, die voll in die Kirche durchschlug und einen - intern induzierten - Massenabfall ohne äußere Not und ohnegleichen bewirkte. Allerdings war das nicht so ganz ohne Vorgeschichte. Merkwürdig mutete schon an, daß man das einst blühende katholische Verbandswesen, das in nationalsozialistischer Zeit behindert, verboten, zerstört worden war, nach dem Krieg nicht so recht mehr wiederaufbauen wollte.

Das katholische Schulwesen, von Gläubigen in den dreißiger Jahren mutig verteidigt, dennoch größtenteils kaputtgemacht, konnte nach 1945 zwar wieder aufgebaut werden, geriet indes bald unter die Räder jenes eigentümlich dem Katholischen abträglichen "ökumenischen" Einheitsstrebens, das jene Güter, für die katholische Christen gerade noch unter Gefahren gekämpft hatten, nun ohne Not beinahe kampflos preiszugeben bereit war: z.B. katholische Schulen und katholische Pädagogische Hochschulen.

Es sei hier auch an Tendenzen in der Theologie, z.B. jene, die Pius XII. in "Humani generis" verurteilte, erinnert, gewisse Bestrebungen in der liturgischen Bewegung erwähnt, bei denen *rerum novarum cupidi* in verstörender Weise zu Werke gingen. Und da sind wir dann rasch auf allgemeinere geistesgeschichtliche Zusammenhänge verwiesen, die eine Besinnung, über die letzten 50 Jahre hinaus, in die Philosophie- und Ideologieggeschichte dieses Jahrhunderts ausweiten.

4. "Wen die konkreten praktisch-politischen Probleme unserer Zeit bedrängen, der muß mit Staunen feststellen, wie vollständig (fast) sie bei Scheler schon ins Auge gefaßt und behandelt worden sind. Man erlebt unmittelbar die Einheitlichkeit der Grundgestalt unseres jetzt zu Ende gehenden Jahrhunderts, wie sie schon an dessen Anfang dem dafür sensiblen Geist spürbar war. Das erweisen Schelers Ausführungen. Des weiteren erstaunt, wieviel Scheler zur Situation seiner (und also auch weitgehend unserer) Zeit zu sagen hat, das problemaufschließend auch für uns heute ist.

Das erste bezeugt die persönliche Sensibilität und Herzensweite seiner Person - es erinnert an das, was er selbst über die aufschließende Kraft der Liebe und der liebenden Anteilnahme als Grundakt menschlicher Existenz aufgezeigt und ausgeführt hat. Eine Persönlichkeit wie Scheler, so empfindet man oder so empfand wenigstens ich, vermischen wir heute.

Dazu kommt aber nun das zweite: die problemaufschließende Fähigkeit. Sie und die damit

verbundene geistige Vertiefung und Horizonterweiterung verdankt Scheler zweifellos in einem zentralen Kern der um die Jahrhundertwende zum Durchbruch gekommenen Phänomenologie, zu deren Mitbegründern und ersten Vertretern er zu zählen ist."

(Eberhard Ave-Lallemant, Die Aktualität von Schelers Politischer Philosophie, in: Phänomenologische Forschungen Bd. 28/29, Verlag Karl Alber Freiburg/München 1994, S. 116-163, hier S. 117 ff.).

"Daß uns dieser durchaus standhaltende Geist in unserer weithin so resignativen Zeit ermutigen kann, darin sehe ich eine wichtige Seite der Aktualität des Werkes von Scheler. Das Aufnehmen dieses Impulses erlaubt uns auch ein Anknüpfen an unsere kulturelle Identität, die in und durch Europa und vor allem Deutschland durch die politischen Umbrüche bis heute nachhaltig gestört ist" (ebenda S. 124).

5. Schelers Personenlehre ermöglichte ihm, auch Formen von sogenannten Gesamtpersonen zu erkennen und zu umschreiben: Kirche, Kulturkreis und Nation. In dem zitierten, vorzüglichen Artikel wird die Fruchtbarkeit der Schelerschen Aufweisungen im Hinblick auf Nationalbewußtsein, 'Vergangenheitsbewältigung', Realpolitik und Solidaritätsforderung dargestellt. Welche Bedeutung für die geistige Reinigung und die sittliche Erneuerung Deutschlands - nach der Urkatastrophe des ersten und dem Kampf um Europa im und nach dem zweiten Weltkrieg - Aussagen Schelers haben können, sei belegt durch seine exemplarische Abhandlung 'Reue und Wiedergeburt' aus dem Schicksalsjahr 1917.

Hier ist nach Scheler zu sehen, daß existentielle Phänomene, wie Schuld, Scham, Reue, Würde, Stolz wie im personalen so auch im gesamtpersonalen Zentrum gelten. Mag es bei anderen Völkern einen manchmal naiven Stolz, eine alles dabei Störende grundsätzlich verdrängende Selbstverklärung (Frankreich, Italien, Polen, England, USA), mag es ein ganz natürliches sich zugehörig fühlen geben, wir Deutsche stehen hier in einem teilweise bewußt herbeigeführten Defizit, bis zur ideologie-politisch instrumentalisierten kollektiven Neurose, bis zu einer Art Selbsthaß.

Welche klärende heilende Kraft hier die Schelerschen Aufweise haben und entwickeln können, liegt auf der Hand. Wenn Scheler seine Untersuchung von 1916/17 über 'Die Ursachen des Deutschen Hasses'. Eine nationalpädagogische Erörterung nennt, ist man wirklich erstaunt über eine das Jahrhundert durchziehende, in der Tiefe existentielle, gesamtpersonale Erscheinung.

6. Aber auch die in Verstörung, Uneinigkeit, mangelnde oder selektive Identifizierung, Entheimatung, Selbstsäkularisierung in Kult und Verkündigung geratene Kirche könnte von Schelers und übrigens auch Guardinis Erkenntnissen und Anreden Hilfen erfahren.

Wenn der Papst angeregt hat, die Kirche solle am Ende des Jahrhunderts eigene Schuld sehen und sich in Scham und Reue davon lösen, wäre dies - abseits der ... Instrumentalisierung - ein Königsweg zur Wiedergeburt. Das würde für Haupt und Glieder gelten. Und manches sehr Peinliche müßte zur Sprache kommen. Vor Einseitigkeiten und oberflächlichen Banalisierungen könnten bei solchem heiklen, herben Unterfangen die Schelerschen Unterscheidungen ... bewahren. Z.B. vor jener Art von Selbstbeichtigungen, die eine günstigere Position für umfassende Toleranzdialoge und großökumenische Einheitsumarmungen herstellen will.

Aber die Phänomenologie ist noch für Umfassenderes offen. Aus Gesprächen Edmund Husserls aus den letzten Lebensjahren (mit der Benediktinerin Adelgundis Jägerschmidt) sei wiedergegeben: "Er wisse, daß gerade meine Phänomenologie, und nur sie, die Philosophie ist, die die Kirche brauchen kann, weil sie mit dem Thomismus zusammenführt und die thomistische Philosophie weiterführt." ...

"Ich habe Ihnen schon öfter gesagt, daß meine Philosophie, die Phänomenologie, nichts anderes als ein Weg, eine Methode sein will, um Menschen, die eben gerade vom Christentum und von den christlichen Kirchen abgerückt sind, wieder den Rückweg zu Gott zu zeigen." (Ed-

mund Husserl zu Metaphysik und Religion, von Eberhard Ave-Lallemant, in: Hans-Martin Gerlach/Hans Rainer Sepp (Hrsg.), Husserl in Halle - Spurensuche im Anfang der Phänomenologie, Peter Lang, Europäischer Verlag der Wissenschaften 1994, S. 85-108, hier: S. 106). Bedeutende Geistesgestalten haben diesen Aufbruch weitergeführt:

Alexander Pfänder, Adolf Reinach, Dietrich von Hildebrand, Balduin Schwarz, Hedwig Conrad-Martius, Edith Stein, Hans-Eduard Hengstenberg, Walter Hoeres, Josef Seifert u.a.m. Leider sind ihre Ansätze für das Konzil und danach kaum fruchtbar gemacht worden. Andere hatten sich vorgedrängt, wurden herangezogen.

7. Die Glaubwürdigkeit der Kirche im Zusammenbruch 1945 verdankt sie auch ihren Zeugen. Die abgründige Gemeinheit, die brutale Rechtsbeugung im nationalsozialistischen Regime war mir am Schicksal von 3 mir bekannten Priestern 1945 noch ganz nahe.

Prälat Carl Lampert, P. Friedrich Lorenz OMI, Kaplan Herbert Simoleit, in Stettin im Kriege lebend und wirkend, wurden nach Spitzelzeugnis verurteilt und am 13. November 1944 in Halle/Saale durch Enthauptung hingerichtet.

P. Lorenz schrieb in seinem schlichten Testament: "Blut ist geflossen am Kreuze, Blut fließt auf unseren Altären als Erneuerung des Kreuzesopfers. Mit diesem Blut vereinigt sich mein Tröpflein Blut zur Anbetung, Ehre und Verherrlichung Gottes."

In der Stettiner Propsteikirche, wo diese drei Priester gewirkt hatten, wurde jetzt, genau 50 Jahre später, von Kardinal Sterzinsky, Erzbischof von Berlin, und Erzbischof Marian Przykucki, zusammen mit ca. 1.500 Pilgern aus Berlin, eine Gedenktafel enthüllt.

Und als ob die Hölle sich auftat, waren im Mai 1945 gerade jene fürchterlich entfesselten Plünderungen, Morde, viehischen reihenweisen Schändungen, ein beispiellos verwüstender, brandschatzender, oft alkoholisierter Vandalismus über die gepflegten deutschen Ostprovinzen hereingebrochen. Dies übrigens ein Hauptmotiv für den verbissenen Kampf der Soldaten bis zum Ende, um noch Millionen - meist über die Ostsee - retten zu können.

8. Unter solchen ganz außerordentlichen Widerfahrnissen stand die Zeit für uns vor 50 Jahren. Welch ein Jahrhundert! Und wieviele Kriege seit 1945 und auch jetzt noch! Als ob die Orientierungslosigkeit, die große Verwirrung - bis in die Sprache -, die verbreitete Ratlosigkeit, auch nach dem Zusammenbruch des wohl mörderischsten Regimes der Weltgeschichte, der "Schande des Jahrhunderts" (Josef Ratzinger) sich noch steigern muß die Kirche nicht alle ihre ureigenen Kräfte, und die vor allem, zusammennehmen, um der "Forderung der Stunde" (Goethe) zu entsprechen?

Wenn verführter, mißbrauchter, schlecht geführter, ausgebeuteter Idealismus und die tiefen Verletzungen Irreführter und Belogener ein Stigma dieses Jahrhunderts sind, wäre angebracht, daß auch die Kirche aus diesen für manche immer noch schmerzenden Erfahrungen lernt: klare, wahrhaftige Rede, keine Leerformeln, Zeitgeistanpassungen strikt meiden, gegenüber flachen Kurzzeit-Euphorien, gewolltem Optimismus, zweckhaftem Defaitismus geistlich nüchtern sein, im Zentrum des Glaubens und Lebens bleiben.

Das hilft unterscheiden, wirkt ideologiekritisch. Im übrigen werden wir aufzuräumen haben, was die bösen Geister dieses Jahrhunderts an Trümmern und Wracks ständig hinterlassen.

Dankbar für alles, was uns hindurchgetragen hat, bewegt von der unfäßbaren Geduld des Allheiligen mit unserem Volk, das darin wieder erstarken kann, mit seiner Kirche, die wieder aus tiefer Entfremdung zu sich, d.h. zu ihrem Herrn, wie sie ihn immer verstanden und geglaubt hat, finden kann.<<

Erzbischof Johannes Diba beklagte im Bistumsblatt vom 5. Februar 1995 die unangemessene Vergangenheitsbewältigung der Deutschen (x268/116,119): >>Wenn immer wir solch unseliger Geschichtstatsachen gedenken, sollten wir uns nicht damit begnügen, unseren Vorfahren an die Brust zu schlagen, sondern unsere eigene Zeit und unser eigenes Tun im Licht dieser Zeit und Erfahrungen bedenken.

Nicht für das, was vor 500 Jahren in Amerika oder vor 50 Jahren in Auschwitz geschah, werden wir einmal zur Rechenschaft gezogen, sondern für das, was wir heute an Unrecht zulassen. Man hat manchmal den Eindruck, daß unser Schuldbewußtsein um so undeutlicher wird, je näher die Schuld an uns heranreicht. ...<<

>>... Es ist uns gesagt worden, "nach Auschwitz" könne man nicht mehr an Gott glauben, ja nicht mehr beten. Ich würde eher umgekehrt reagieren: Auschwitz hat uns gezeigt, wohin die Menschen gelangen, wenn sie Gott und seine Gebote verachten und ihren eigenen Willen zum absoluten Gesetz erheben. ... Der Gottesverachtung folgt die Menschenverachtung. Das ist die ewige Lektion, die Auschwitz uns lehrt.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schrieb später über das krankhafte Schuldbewußtsein der Deutschen (x268/223): >>... Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewußtseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen. ...<<

Der deutsche Journalist Alfred Theisen berichtete am 10. Februar 1995 in der Beilage der Wochenzeitung "DAS PARLAMENT" über "Die Vertreibung der Deutschen – Ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitgeschichte" (x163/1-18):

>>**I. Ein verdrängtes Thema**

Nach Angaben des Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen sind derzeit über 50 Millionen Menschen auf der Flucht. Nachrichten über Vertreibung und Völkermord erreichen uns längst nicht mehr nur von fernen Kontinenten. Seit Beginn der neunziger Jahre sind durch die serbische Aggression auf dem Balkan Flucht und Vertreibung auch in Europa wieder brutale Wirklichkeit geworden. Die Zahl der Opfer dieses europäischen Kriegsschauplatzes geht bereits in die Hunderttausende.

Die Bilder des Schreckens von Vertreibung, Massentötungen, systematischen Vergewaltigungen und anderen Gewaltverbrechen gegen die Zivilbevölkerung rufen bei Millionen vertriebenen Deutschen traumatische Erinnerungen wach. Sie denken dabei nicht nur an persönlich erlittenes Leid, sondern auch an die tiefen kulturhistorischen und zivilisatorischen Wunden, die Deutschland und Europa mit der Vertreibung von Deutschen zum Ende des Zweiten Weltkrieges zugefügt worden sind.

Daß dies oft aus Gleichgültigkeit vielen West- und Mitteldeutschen unbekannt ist, verletzt deutsche Heimatvertriebene. Was weiß man eigentlich über das Schicksal der über zwölf Millionen geflüchteten und vertriebenen Deutschen, was will man überhaupt noch wissen? Waren es damals tatsächlich nur Flucht und Evakuierung, wie die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen der siebziger Jahre es beschreiben? Handelte es sich bei den Grausamkeiten nur um gelegentliche, fast entschuldbare spontane Vergeltungsmaßnahmen der Vertreiber?

Die Unwissenheit über die Verbrechen an Millionen deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen offenbart die Versäumnisse von Lehrern, Wissenschaftlern, Politikern und Journalisten, die es unterlassen haben, dies, aber auch Leistung und Schicksal des geschichtlichen Ostdeutschlands, des Sudetenlandes und anderer Vertreibungsregionen zu vermitteln.

Ein für die Situation bezeichnendes Urteil über den Umgang mit dem Thema "Vertreibung in Film und Literatur" enthält ein Gutachten, das Heinz Nawratil in seinem Buch "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" in folgendem Auszug veröffentlichte:

"Man fragt sich unwillkürlich, weshalb ein so dramatisches, einschneidendes und so viele betreffendes historisches Ereignis wie der Verlust der ehemals deutschen Ostgebiete weder in der ernstzunehmenden deutschen Literatur noch in deutschen Filmen – unter welchen politischen und unpolitischen Aspekten auch immer – ein irgendwie bemerkenswertes Echo gefunden hat.

Gesetzt den Fall, ein ähnliches Schicksal hätte Frankreich, Italien oder England getroffen –

wäre es da denkbar, daß französische, italienische oder englische Filmemacher einen derartig spektakulären und sozial äußerst folgenschweren Vorgang in ihrem Land jahrzehntelang einfach ignorierten oder sich gar durch opportunistische Selbstzensur (was wird wohl das Ausland dazu sagen?) an einer freimütigen Behandlung dieses so ungemein reichhaltigen Stoffgebietes hindern ließen?"

Seit Beginn der fünfziger Jahre bemühte sich immerhin das damalige Bundesministerium für Vertriebene, die Lücken der geschichtlichen Überlieferung dadurch zu schließen, daß großangelegte Recherchen durchgeführt wurden, in deren Namen Niederschriften (z.B. Erlebnisberichte, Tagebücher, Briefe) von Tausenden Betroffenen aus allen Vertreibungsgebieten gesammelt wurden. Eine Auswahl aus diesem Material hat die Bundesregierung 1953 bis 1961 in der "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" herausgegeben. Diese Dokumentation ist erst – seit dem sie über zwei Jahrzehnte nicht mehr erhältlich war (und dies auch aus politischen Gründen) – im Mai 1984 neu aufgelegt worden.

Im Bundesarchiv/Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth lagern mehr als 40.000 solcher Zeugnisse von Vertriebenen. Jahrelang wurde ein wissenschaftlicher Bericht zu diesen Unterlagen von den Bundesregierungen unter Verschuß gehalten. Erst seit Dezember 1982 sind diese Dokumente zur publizistischen und wissenschaftlichen Nutzung freigegeben worden, nachdem vorher nur einige kleine Teile davon an die Öffentlichkeit gelangen konnte.

Die Literatur, die sich mit der Vertreibung auseinandersetzt, ist inzwischen auf einen stattlichen Bestand an ausführlichen Dokumentationen, kommentierenden und analysierenden Büchern angewachsen. Dennoch ist die Vertreibung nach wie vor fast alleiniges Thema der Vertriebenen selbst geblieben. Im englischen Sprachraum hat sich der Historiker Alfred M. de Zayas im Hinblick auf die Verbreitung des Wissens um die Vertreibung verdient gemacht.

Als einer der seltenen Versuche, auch im Fernsehen über das Thema der Vertreibung zu informieren, muß die am 3. November 1985 im ZDF ausgestrahlte, von Ekkehard Kuhn zu verantwortende Fernsehsendung "Das deutsche Nachkriegswunder, Leid und Leistung der Vertriebenen" genannt werden.

In seinem zwei Jahre später erschienenen Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen" zieht Kuhn jedoch die ernüchternde Bilanz: "Die Solidarität, das Mitgefühl mit Opfern der Vertreibung, den Toten, den Entehrten, den Folgegeschädigten ist heute unter uns Deutschen gering oder so gut wie nicht mehr vorhanden."

Obwohl jeder vierte Einwohner der ehemaligen DDR entweder selbst vertrieben wurde oder aus einer Vertriebenenfamilie stammt, war das Thema der Vertreibung unter den Kommunisten selbstverständlich ebenfalls tabuisiert. Bereits am 8. Oktober 1945 verfügte die sächsische Landesregierung, daß nur noch von "Umsiedlern" gesprochen werden sollte. Zu Beginn der fünfziger Jahre wurden die Vertriebenen in der DDR im offiziellen Sprachgebrauch der SED-Diktatur beschönigend als "Neubürger" bezeichnet.

... In der Folgezeit fand das den strategischen Zielen des Sowjetimperiums zuwiderlaufende Thema der Vertreibung in den Medien, Schulen, der Wissenschaft und Literatur der DDR nicht mehr statt. Indirekt an die Vertreibung erinnert wurde in der DDR jedoch ständig durch die endlosen Revanchismuskampagnen gegen die Landsmannschaften der Vertriebenen im Westen, denen in der Feinbildpropaganda der Kommunisten eine große Rolle zukam. ...

Auch nach der Auflösung der SED-Herrschaft steckt die wissenschaftliche Forschung des Schicksals der Vertriebenen in der DDR noch in den Anfängen. Seit Beginn der neunziger Jahre wurde jedoch an den Hochschulen in Berlin und Magdeburg eine Reihe von entsprechenden Forschungsprojekten in Auftrag gegeben.

In dem Abschlußbericht der Enquetekommission des Deutschen Bundestages "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" wird dieses Thema nur sehr am Rande behandelt. Ungeachtet dieser geringen öffentlichen bzw. politischen Aufmerksamkeit

haben sich die Vertriebenen in den neuen Bundesländern seit der Vereinigung der beiden Staaten in Deutschland in starken Verbänden zusammengeschlossen. Der Bund der Vertriebenen (BdV) und einzelne Landsmannschaften verfügen in den neuen Bundesländern über erhebliche Mitgliederzahlen (Ende 1994 rd. 200.000).

II. Die politische Vorgeschichte der Vertreibung

Bereits nach dem Ersten Weltkrieg warf die Vertreibung ihre Schatten voraus, wurde Ost- und Sudetendeutschen das versprochene Selbstbestimmungsrecht vorenthalten. Durch den Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 und den Vertrag von St. Germain mit Österreich vom 10. September 1919 wurde das erst wenige Monate vorher vom amerikanischen Präsidenten Wilson feierlich ausgerufen Selbstbestimmungsrecht der Völker auf die Deutschen nicht angewandt: Das Memelgebiet wurde abgetrennt, der überwiegende Teil der Provinz Posen, weite Gebiete Westpreußens und ein Drittel Oberschlesiens gerieten unter polnische Herrschaft; das sogenannte Hultschiner Ländchen und die geschlossenen deutschen Siedlungsgebiete Böhmens, Mährens und Österreich-Schlesiens wurde ungefragt der neu gegründeten Tschechoslowakei zugeschlagen.

Hier bereits erfolgten die politischen Weichenstellungen, die Europa in noch größere Tragödien stürzen sollten. Hinzu kamen aufgrund des umstrittenen Kriegsschuldartikels hohe, nicht erfüllbare Reparationsforderungen. Diese sowie die umfangreichen Gebietsabtretungen raubten der Weimarer Demokratie mit der Wirtschaftskraft auch die politische Stabilität. Eine demokratische Westorientierung der ersten deutschen Republik war durch Versailles selbst verhindert worden. Revisionistische Tendenzen und Volksgruppenprobleme bildeten somit den fruchtbaren Boden für die nationalsozialistische Propaganda und letztlich den Weg zum Zweiten Weltkrieg.

Von dem Leid, das durch den Nationalsozialismus und Krieg von Deutschen den Juden, Polen, Russen Tschechen und anderen zugefügt wurde darf nichts geleugnet werden, und es wird auch nichts verschwiegen. Im Gegenteil: Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus füllt mittlerweile nicht nur ganze Bibliotheken, sie ist auch – zu Recht – Bestandteil unserer demokratischen politischen Kultur geworden. Daß es auch in Deutschlands östlichen Nachbarvölkern Verbrecher und Kriegstreiber gegeben hat, macht die Bürde der Schuld der Deutschen nicht geringer. Jedoch kann Unrecht nicht das Begehen neuen Unrechts rechtfertigen.

Schon während des Krieges fanden wichtige Entscheidungen der künftigen Siegermächte über die territoriale Neuordnung Mitteleuropas nach dem Kriege statt. Allerdings bekannten sich am 14. August 1941 die Alliierten in der "Atlantik-Charta" dazu, "daß nach Kriegsende keine territorialen Veränderungen Platz greifen sollen, die nicht mit dem frei zum Ausdruck gebrachten Willen der Völker übereinstimmen".

Auch die polnische Exilregierung, der tschechoslowakische Exilpräsident Edvard Benesch und die Sowjetunion unterzeichneten diese Charta. Dabei kann man davon ausgehen, daß dies sowohl für Benesch wie für Stalin lediglich eine taktische Maßnahme war. So gehörte Benesch seit dem Münchener Abkommen zu den Befürwortern einer Vertreibung von Sudetendeutschen, und ihm gelang es auch als erstem, grundsätzlich die Zustimmung nicht nur Stalins, sondern auch der amerikanischen und britischen Regierung zur Vertreibung der Sudetendeutschen zu erreichen.

Stalin hatte zu dieser Zeit bereits als Folge seines Paktes mit Hitler und entsprechender sowjetischer Gebietsokkupationen Zwangsaussiedlungen zugestimmt, die keinen Zweifel daran ließen, daß er an seinen zu Kriegsbeginn geplanten Gebietsaneignungen festhalten wollte. Nur 14 Tage nach der Verabschiedung der Atlantik-Charta erließ Stalin am 28. August 1941 das Dekret "Über die Umsiedlung der Deutschen des Wolgagebietes", was einem Todesurteil für die nationale, kulturelle und religiöse Selbständigkeit dieser Volksgruppe gleichkam.

In den Verhandlungen der Siegermächte während des Krieges kam es Stalin und den später von ihm mit an den Verhandlungstisch gebrachten moskautreuen polnischen Kommunisten darauf an, eine Westverschiebung Polens zu Lasten Deutschlands durchzusetzen und diese Grenzveränderungen durch Zwangsumsiedlungen der deutschen Bevölkerung unumkehrbar zu machen.

Nicht zuletzt durch eine Reihe von Täuschungsmanövern gelang es Stalin, die Zustimmungen der westlichen Regierungen sowohl zur Vertreibung der Ost- und Sudetendeutschen nach Westen, wie auch auf der Konferenz von Jalta ihr Einverständnis zur Verschleppung von Deutschen zur Zwangsarbeit in sowjetische Arbeitslager zu erreichen.

Obwohl die amerikanische und britische Regierung – sowohl was das Ausmaß der späteren Westverschiebung Polens wie auch der Vertreibung von Deutschen anbelangt – sich weitergehenden Planungen entgegenstellten, muß festgehalten werden, daß auch Staatsmänner der westlichen Demokratien damals der Vertreibung das Wort geredet haben.

Auf der Konferenz von Teheran, Ende 1943, stellte der damalige britische Premierminister Winston Churchill seinen später zur Vertreibung führenden Vorschlag einer Westverschiebung Polens vor. Westliche Politiker stimmten damals der Vertreibung von Deutschen zu, auch wenn sie später auf deren Umfang und brutale Durchführung keinen Einfluß mehr hatten und sich amerikanische und britische Politiker über das Ausmaß der seit Kriegsende an den Ost- und Sudetendeutschen begangenen Verbrechen entrüsteten.

Angaben zum damaligen unabhängigen national-polnischen Standpunkt in der Oder-Neiße-Diskussion findet man in einem Interview, das der Ministerpräsident der Londoner Exilregierung Polens Tomasz Arciszewski, am 17. Dezember 1944 der "Sunday Times" gegeben hat. Danach sollte das Vorkriegspolen wiedererstehen. "Amputationen" im Osten zugunsten Stalins lehnte er ab. Dafür erhob er im Westen Anspruch auf das industriereiche Oberschlesien, auf die bis 1939 Freie Stadt Danzig sowie auf Ostpreußen und Teile von Pommern.

Arciszewski lehnte es ab, Gebiete mit acht bis zehn Millionen Deutschen zu verlangen. Wörtlich sagte er: "Wir wollen weder Stettin noch Breslau."

Ebenso lehnte der militärische Führer des polnischen Exils, General Wladislaw Anders, zu weitgehende Annexionen deutschen Gebietes ab.

Entgegen den in Jalta getroffenen Vereinbarungen, die endgültige Regelung der polnischen Grenzen einer Friedenskonferenz vorzubehalten, übertrug die Sowjetregierung nach der militärischen Besetzung die Gebietshoheit über den deutschen Osten, mit Ausnahme des Gebietes rings um Königsberg, der von ihr abhängigen polnisch-kommunistischen Regierung in Warschau. Diese errichtete noch vor Kriegsende am 14. März 1945 in den Oder-Neiße-Gebieten 4 Wojewodschaften (Bezirksverwaltungen), denen am 20. März als fünfte die Wojewodschaft Danzig folgte.

Nicht nur gegenüber den Deutschen versündigten sich die westlichen Siegermächte an ihren eigenen Zielsetzungen der Atlantik-Charta, sondern auch dadurch, daß sie in der Folgezeit die demokratischen Repräsentanten Polens - sowohl die Exilregierung in London wie den polnischen Widerstand – zunehmend ignorierten und an deren Stelle die Marionetten stalinscher Machtpolitik in Warschau akzeptierten.

Zu spät erkannten die Westmächte, daß sie unter irrigen Voraussetzungen Stalins Politik der Westverschiebung Rußlands und Polens unterstützt hatten. Der sowjetische Einfluß reichte nun bis zur Elbe und die innerhalb dieses Raumes erfolgende Neugestaltung der politischen Verhältnisse entzog sich der Einflußnahme des Westens.

III. Die Vertreibung der Deutschen

Als die Alliierten im Potsdamer Protokoll vom 2. August 1945 "die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, ... in ordnungsgemäßer und humaner Weise" beschlossen, waren

bereits seit Monaten mörderische Vertreibungen in Ostdeutschland, dem Sudetenland und den zahlreichen Siedlungsgebieten der Deutschen in den östlichen Nachbarstaaten Deutschlands im Gange.

Entrüstete Berichte in der westlichen Öffentlichkeit und Appelle westlicher Politiker, die mehr Humanität bei der "Zwangsumsiedlung" anmahnten, hatten kaum Einfluß auf Art und Umfang der im sowjetischen Machtbereich durchgeführten Vertreibungsaktionen. ...

Bereits Ende Juni/Anfang Juli 1945 begannen auf einem 100 bis 200 Kilometer breiten Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie ebenso schnell wie brutal durchgeführte Austreibungen der Deutschen. 200.000 bis 300.000 Schlesier, Pommern und Brandenburger wurden in Fußmärschen unter Mißhandlungen durch Rotarmisten oder die polnische "Miliz" nach Westen eskortiert. Sie waren froh, wenn sie zwar ohne jede Habe, aber noch lebendig mitteldeutschen Boden erreichten.

Obwohl noch kein Ausweisungsplan vorlag, wurden in den Wochen nach der Potsdamer Konferenz vor allem in Oberschlesien viele Deutsche in Lagern zusammengefaßt, um sie anschließend in geschlossenen Transporten nach Westen zu bringen. Schon ab dem 1. Juni waren alle Brücken über die Oder und Neiße für heimwärts strebende deutsche Flüchtlinge gesperrt worden. Nur während der Potsdamer Konferenz waren auf Druck der Westmächte die wilden Vertreibungsaktionen vorübergehend eingeschränkt worden.

Härter noch als die Vertreibung der Ostdeutschen war das überwiegend von der Einweisung in Arbeitslager gekennzeichnete Schicksal der deutschen Volksgruppe in Polen, die fast völlig vernichtet wurde.

IV. Vertreibung und Aussiedlung nach der Potsdamer Konferenz

... Die Phase der "kontrollierten" aber keinesfalls humanen, sondern völkerrechtswidrigen Vertreibung begann mit der Verabschiedung eines Ausweisungsplanes des Alliierten Kontrollrates am 17. Oktober 1945. Hunderttausende von Deutschen, insbesondere auch aus dem russisch verwalteten nördlichen Ostpreußen, mußten sich kurzfristig auf Sammelplätzen einfinden, um dann in Richtung Westen abgeschoben zu werden es durfte nur so viel Gepäck mitgenommen werden, wie man tragen konnte.

Die Aktion wurde angesichts der öffentlichen Empörung in der westlichen Welt über die bisherigen Begleitumstände der Vertreibung zeitweilig unterbrochen. Auf west- und mitteldeutschen Bahnhöfen trafen unangekündigt mit Vertriebenen vollgepferchte Güterzüge ein.

Im Westen war man auf die Aufnahme so vieler Menschen nicht vorbereitet. Es kamen insgesamt bis 1950 mehr als doppelt so viele Menschen an, als der vereinbarte Ausweisungsplan vorsah, weil wesentlich mehr Menschen vertrieben wurden, als die Westmächte angenommen hatten. Oft wurden die Vertriebenen unter unmenschlichen Bedingungen tage- und wochenlang in Güterwagen planlos von einem Ort zum anderen abgeschoben.

Durch die Vertreibungsaktion kamen allein im Jahr 1946 etwa zwei Millionen verzweifelte und auch körperlich angegriffene Menschen nach Westdeutschland, wo sie überwiegend nur in provisorischen Flüchtlingslagern untergebracht werden konnten.

Die systematische Vertreibung umfaßte nun alle Gebiete Ostdeutschlands mit Ausnahme von Teilen Oberschlesiens und des niederschlesischen Waldenburger Berglandes, wo man noch deutsche Arbeitskräfte benötigte. Übergriffe und Plünderungen der Vertreiber ließen erst im Sommer 1946 nach. 1947 wurden in einer letzten großen Vertreibungsaktion nochmals zahlreiche Ostdeutsche nach Westen verbracht, darunter viele, die man bisher noch als Facharbeiter benötigt hatte.

Nur in Masuren, im südlichen Ostpreußen, und vor allem in Oberschlesien konnte die angestammte deutsche Bevölkerung in einigen geschlossenen Siedlungsgebieten verbleiben, wofür wohl zwei Gründe ausschlaggebend waren: Erstens benötigte man – zumal im ober-schlesischen Industriegebiet – weiter deutsche Fachkräfte und zweitens hätte eine komplette Austrei-

bung der Deutschen der polnischen Propaganda von der "Rückkehr in uralte Piastengebiete", die auch als "wiedergewonnene Gebiete" bezeichnet wurden, allzu offenkundig widersprochen.

Diese Deutschen, die als "Autochthone" im Lande verbleiben durften, waren in den folgenden Jahrzehnten vielen Diskriminierungen und versuchter Zwangspolonisierung ausgesetzt.

Noch im Sommer 1945 war bereits mit der Aussiedlung polnischer Vertriebener aus den von den Russen annektierten ostpolnischen Gebieten begonnen worden. Dennoch trifft die weitverbreitete Annahme nicht zu, daß die deutschen Ostprovinzen nach 1945 mehrheitlich von polnischen Vertriebenen aus Ostpolen besiedelt worden sind.

Nach offiziellen Angaben der polnischen Kommunisten lebten am 1. Januar 1949 in den polnisch verwalteten Oder-Neiße-Gebieten 1,2 Millionen "Autochthone", 2,4 Millionen Umsiedler aus Zentralpolen, 200.000 vor allem aus Frankreich und Belgien eingewanderte Auslandspolen ("Remigranten") und 2,1 Millionen "Repatrianten" aus den ostpolnischen Gebieten. Neben Oberschlesien und Masuren gab es im Waldenburger Bergland und in der ostpommerschen Kaschubei noch kleine deutsche Siedlungsinseln. ...

Die Vertreibung der über drei Millionen Sudetendeutschen aus ihrer angestammten Heimat war das erklärte Ziel der tschechoslowakischen Exilregierung unter Präsident Benesch in London. Als im Frühsommer 1945 die Rote Armee zusammen mit der tschechischen Befreiungsarmee die deutsche Wehrmacht aus dem Sudetenland verdrängte, wurde unverzüglich mit der Austreibung der Deutschen begonnen.

Auftakt der Gewalt gegen die Sudetendeutschen war der Prager Aufstand am 5. Mai 1945. Durch Hetzparolen und Schmähchriften entfesselte Tschechen sowie in der Sowjetunion ausgebildete Einheiten von General Svoboda und Partisanen fielen über die Deutschen her. Zwar wird auch von Gewaltakten der Rotarmisten berichtet, doch Hauptakteure waren Tschechen.

Im Anschluß an den Prager Aufstand wurden die Deutschen an vielen Orten in Lager gebracht oder in "wilden Ausweisungen" zur Grenze getrieben. Ortschaften wurden systematisch abgeriegelt, die Bewohner kurzfristig zum Verlassen der Häuser aufgefordert und in Fußmärschen zur deutschen Grenze verbracht. Frauen, Alte, Kranke und Kinder konnten froh sein, wenn sie ausgeplündert, aber noch lebend deutsches Gebiet erreichten.

Später wurde die Vertreibung der Sudetendeutschen von den örtlich eingerichteten Nationalausschüssen organisiert, die sich ein wenig mehr an die humanitären Vorgaben des Potsdamer Protokolls hielt als das tschechische Militär oder Milizionäre. Dennoch wurden in vielen Fällen Väter von ihren Familien getrennt, weil man sie noch als Arbeitskräfte benötigte.

Trotz der Aufforderung der Potsdamer Konferenz, die Austreibung einzustellen, wurden weitere Transporte mit vorwiegend alten und kranken Leuten über die Grenze geschickt. Zehntausende saßen unterernährt in überfüllten Lagern, wo es wegen der primitiven sanitären Verhältnisse zu Epidemien kam, die unter den entkräfteten Menschen viele Opfer forderten.

Die Dokumentation des Bundesarchivs berichtet von 1.215 Internierungslagern, 846 Arbeits- und Straflagern und 215 Gefängnissen, in denen 350.000 Deutsche festgehalten worden waren. Schlechte Ernährung, unhygienische Verhältnisse und Mißhandlungen führten vor allem bei Kindern und älteren Menschen zu einer hohen Todesrate.

Es kann hier nicht detailliert auf die schier endlose Zahl von Grausamkeiten und Verbrechen eingegangen werden. Erinnert sei wenigstens an das Massaker von Aussig, wo Hunderte von Deutschen erschlagen und in die Elbe geworfen wurden, oder an den berüchtigten "Todesmarsch" der Brüner Deutschen: Am 30. Mai 1945 wurden über 20.000 Menschen zur österreichischen Grenze getrieben.

Von den 3,45 Millionen Deutschen, die bei Kriegende in der Tschechoslowakei lebten, wurden im Verlauf der ersten Austreibungswelle 700.000 bis 800.000 aus dem Osten und Norden

des Sudetenlandes vertrieben. Am 19. Januar 1946 begann die zweite Austreibungswelle; sie dauerte bis in den Herbst 1946 und erfaßte 1.859.541 Sudetendeutsche. ...

Trotz Evakuierappellen deutscher Stellen flüchteten im Herbst 1944 von den etwa 500.000 Ungarndeutschen nur knapp 10 Prozent vor den in Ungarn vorrückenden Rotarmisten. Zwar kam es auch hier beim Einmarsch der sowjetischen Truppen zu Plünderungen, Schikanen und späterer Zwangsarbeit von Deutschen, aber nicht zu ähnlichen massenhaften Greuelthaten wie in Ostdeutschland, Polen, Jugoslawien oder im Sudetenland. Insgesamt wurden etwa 60.000 Deutsche, davon etwa je zur Hälfte Zivilisten und Kriegsgefangene, zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt.

Nach dem Krieg gewannen deutschfeindliche ungarische Nationalisten an Einfluß, und es setzte eine systematische Unterdrückung und Verfolgung der Deutschen ein. Während Ungarn ursprünglich nur exponierte Nationalsozialisten ausweisen wollte, wurde durch den Druck der madjarischen Nationalisten dann doch die Ausweisung von etwa 40 Prozent der Ungarndeutschen beschlossen. In 2 Etappen wurden 1946 170.000 Ungarndeutsche nach Baden-Württemberg in die amerikanische und 1947/48 50.000 in die sowjetische Besatzungszone umgesiedelt. Etwa 270.000 konnten in der Heimat verbleiben.

Ähnlich dem Schicksal der Deutschen in Polen spielte sich auch das Leben der Volksdeutschen in Jugoslawien nach der Machtübernahme der Tito-Partisanen und der Roten Armee nur noch in Lagern ab. Als im Herbst 1944 in weiten Teilen Jugoslawiens Partisanenverbände die Macht übernahmen, befanden sich von den ursprünglich 800.000 dort lebenden Deutschen noch mehr als 200.000 im Lande.

Die Mehrzahl wurde in Lager eingewiesen, wo es schon bald zu Massenerschießungen kam. In den sogenannten Vernichtungslagern starben nach den zugänglichen Informationen mindestens 67.000 Deutsche. Insgesamt sind bei der Vertreibung aus Jugoslawien mehr als 80.000 Deutsche umgekommen.

In Rumänien verlief der Einmarsch der Roten Armee ähnlich wie in Ungarn verhältnismäßig diszipliniert. Auch hat es nur in sehr begrenztem Umfang rechtzeitige Evakuierungen von Deutschen gegeben. Nicht die Rotarmisten, sondern Rumänen plünderten schutzlose Deutsche aus. Obwohl Rumänien kein sowjetischer Feindstaat war, forderte Moskau Arbeitskräfte für den Wiederaufbau in der Sowjetunion an, wozu im wesentlichen die arbeitsfähige deutsche Bevölkerung herangezogen wurde. 80.000 Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen wurden zur Zwangsarbeit verschleppt.

Vertreibungen aus Rumänien nach Deutschland waren im Potsdamer Abkommen nicht vorgesehen und haben auch nicht staatgefunden. Erst wegen der unerträglichen Lebensbedingungen unter den neuen kommunistischen Machthabern begann in den späteren Jahren die Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien nach Westdeutschland.

V. Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Wie die beiden regierungsamtlichen Dokumentationen aus den fünfziger und siebziger Jahren berichten, gingen die vorrückenden russischen Truppen mit kaum vorstellbarer Grausamkeit gegen deutsche Frauen vor, die ihnen in die Hände fielen. In der "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" wird zum Einmarsch der Roten Armee zusammenfassend festgestellt:

"Bei den zahlreichen Erlebnisberichten, die vom Einzug der Roten Armee handeln, gibt es kaum einen, der nicht von Vergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen zu berichten weiß, in vielen Fällen wird sogar in aller Offenheit von selbsterlittenen Vergewaltigungen erzählt.

Es kann auch bei kritischster Prüfung dieser Berichte kein Zweifel sein, daß es sich bei den Vergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten und Offiziere um ein Massenvergehen im wahren Sinne des Wortes handelt, keineswegs um bloße Einzel-

fälle. Darauf deutet schon hin, daß förmliche Razzien auf Frauen unternommen wurden, daß ferner manche Frauen in vielfacher Folge nacheinander mißbraucht wurden und daß die Vergewaltigungen oft in aller Öffentlichkeit vor sich gingen. In gleicher Weise befremdend und Entsetzen erregend wirkte es auf die deutsche Bevölkerung, daß von den Vergewaltigungen auch Kinder und Greisinnen nicht verschont wurden."

In der Dokumentation des Bundesarchivs in Koblenz heißt es: "Es handelt sich bei den Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten und Offiziere nicht etwa um Einzelfälle, sondern um ein Massenvergehen. Sie sind als eine der grauenhaftesten völkerrechtswidrigen Gewalttaten zu verzeichnen.

Sie haben in massenhaftem Ausmaß bei und nach der Besetzung der östlichen Reichsgebiete stattgefunden, auch in Kreisen, die erst nach der Kapitulation der Wehrmacht besetzt wurden." In seinem Buch "Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen" zitiert Alfred M. de Zayas aus dem Bericht eines Beamten des amerikanischen Außenministeriums:

"Die Konzentrationslager sind nicht aufgehoben, sondern von den neuen Besitzern übernommen worden. Meistens werden sie von polnischer Miliz geleitet, In Schwientochlowitz (Ostoberschlesien) müssen Gefangene, die nicht verhungern oder zu Tode geprügelt werden, Nacht für Nacht bis zum Hals in kaltem Wasser stehen, bis sie sterben. In Breslau gibt es Keller, aus denen Tag und Nacht die Schreie der Opfer dringen."

In Oberschlesien wurde z.B. das frühere Kriegsgefangenenlager Lamsdorf in ein Internierungslager für Deutsche umgewandelt. In diesem Lager kamen von August 1945 bis zum Herbst 1946 insgesamt 6.430 Deutsche, darunter 623 Kinder, ums Leben. Die Täter von Lamsdorf oder Schwientochlowitz leben noch, sind namentlich bekannt und befinden sich im Rechtsprechungsbereich polnischer Richter.

Die Dokumentation des früheren Bundesvertriebenenministeriums weist darauf hin, daß in solche Lager im Laufe der Zeit fast alle Deutschen in Polen eingewiesen worden sind, und berichtet über die herrschenden KZ-ähnlichen Umstände:

"Durch die Internierungslager und die schrecklichen Formen der Zwangsarbeit wurde das Schicksal der Deutschen im polnischen Staatsgebiet noch schwerer als das der Deutschen in den östlichen Provinzen des Reiches. ...

Deutsche Frauen mußten, rohen Schikanen der polnischen Miliz ausgesetzt, von russischen Soldaten belästigt und vergewaltigt, bei völlig unzureichender Verpflegung Leichen bergen, Tierkadaver begraben, Munition und Kriegsgerät fortschaffen, Straßen und Wege freilegen und Häuser säubern. ...

Es erschien das Leben der Alten, Kranken und Kinder geradezu hoffnungslos, die - als Arbeitskräfte verschmäht - Jahr um Jahr in den Internierungslagern verbringen mußten. Ihr Leiden überschritt alles Maß. Sie konnten den quälenden Schikanen und der oft sadistischen Grausamkeit der Bewachungsmannschaften nicht entrinnen. ...

Durch totale Entkräftung hilflos geworden, ohne Medikamente, von Ungeziefer geplagt, ohne Möglichkeit, auch nur die primitivsten Bedürfnisse der Körperpflege zu befriedigen, siechten sie dahin. ... Planmäßiges Erschießen von Alten und hilflosen Kranken, wie es beispielsweise im Lager Kaltwasser geschah, Gewalttaten und Mißhandlungen der Wachmannschaften, oft geleitet von dem Bestreben, Behandlungsmethoden nationalsozialistischer Konzentrationslager zu imitieren, erhöhten die Zahl der Todesopfer."

Wie hoch die Zahl derjenigen sei, die in der Zeit von 1945 bis 1950 in den polnischen Internierungslagern gestorben sind, werde sich wohl nie mehr feststellen lassen, heißt es in dieser Vertreibungsdokumentation. Die Lagerleitungen hätten die Zahl der toten Deutschen geheimgehalten, Massengräber seien z.T. wieder eingeebnet und Grabstätten unkenntlich gemacht worden.

Wie die Dokumentation des früheren Vertriebenenministeriums berichtet, wurden bereits seit

Dezember 1944 in den südosteuropäischen Staaten Rumänien, Ungarn und Jugoslawien Zehntausende von Deutschen zumeist in die russischen Industriegebiete am Donez und Don, in den Ural und nach dem Kaukasus zur Zwangsarbeit verschleppt.

Als die Westmächte auf der Konferenz von Jalta (4. bis 11. Februar 1945) der Sowjetunion das Recht einräumten, nach dem Sieg über Deutschland - als einen Teil der ihnen zugesprochenen Reparationen - deutsche Arbeitskräfte nach Rußland zu schaffen, waren die Deportationen in den deutschen Ostprovinzen bereits in vollem Gange und die Verschleppungen aus Südosteuropa nahezu abgeschlossen.

In der Dokumentation des Bundesarchivs wird zusammenfassend festgestellt, daß die Anzahl der in die Sowjetunion als "Reparationsverschleppte" sowie "Vertragsumsiedler" gewaltsam verbrachten Deutschen aus den Gebieten östliche von Oder und Neiße mehr als 400.000 Menschen betragen habe, "wovon nur 55 Prozent überlebten. Demnach wären in den Lagern der Sowjetunion und auf Transporten ca. 200.000 verstorben.

Die genauen Zahlen der deutschen Zivilpersonen, die auf der Flucht, bei Deportationen oder sonstigen Vertreibungsverbrechen ums Leben kamen, wird wohl nicht mehr festzustellen sein. Für die Beurteilung des Gesamtvorganges sollte es auch unerheblich sein, daß in der Fachliteratur unterschiedliche Angaben hinsichtlich der Gesamtzahl der Opfer zu finden sind.

Erstmals hatte im Jahre 1958 das Statistische Bundesamt eine umfassende Studie zum Ausmaß der Vertreibung sowie der Vertreibungsverbrechen vorgelegt. In einer Aktualisierung des damals veröffentlichten Zahlenmaterials kommt Heinz Günter Steinberg zu dem Schluß, daß jeder siebte Heimatvertriebene – insgesamt also 1,710 Millionen Deutsche – bei Flucht, Vertreibung, Verschleppung oder in Lagern ums Leben gekommen sind.

Danach wurden allein in den Ostgebieten des Deutschen Reiches 882.000 Zivilisten umgebracht, was nahezu 10 Prozent der Vorkriegsbevölkerung entsprach. Davon starben etwa 311.000 in Ostpreußen. Die relativ größten Zivilverluste mit mehr als einem Drittel der Vorkriegsbevölkerung waren in Ostbrandenburg und in Jugoslawien zu verzeichnen.

Von den Schlesiern, die mit über 4,5 Millionen Menschen den größten der vertriebenen deutschen Volksstämme darstellen, sind den Angaben Steinbergs zufolge über 450.000 und von den Sudetendeutschen etwa 273.000 bei der Vertreibung ums Leben gekommen.

Einschließlich der Kriegsverluste sind von über 12 Millionen Deutschen, die beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in den späteren Vertreibungsgebieten lebten, insgesamt nach der Darstellung Steinbergs 2,810 Millionen umgekommen, so daß jeder sechste Ost-, Südost- und Sudetendeutsche im Krieg oder bei der Vertreibung sein Leben verloren hat. Dabei wird in den Angaben des Statistischen Bundesamtes und auch Steinbergs nicht das Schicksal der Rußlanddeutschen erfaßt, von denen ebenfalls seit 1941 Hunderttausende bei der Verschleppung oder in den östlichen Verbannungsgebieten ums Leben gekommen sind.

Heinz Nawratil nennt in seiner Untersuchung "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" die Zahl von 350.000 Rußlanddeutschen, die ihre Verschleppung nach Osten nicht überlebt haben. Nawratil verweist auf eine umfassende Analyse des Kirchlichen Suchdienstes, die 1963 zu dem Ergebnis gekommen ist, daß bei der Vertreibung der Deutschen 2,3 Millionen Menschen umkamen – eine Angabe, die auch vom Bundesinnenministerium verwendet worden sei.

Hinzu rechnet er die Verluste der Rußlanddeutschen mit 350.000 Opfern und von den mindestens zwei Millionen zugezogenen Menschen, zum Beispiel Bombenflüchtlinge aus Berlin oder dem Westen, etwa 220.000 Tote. Das ergebe so Nawratil, eine Zahl von mindestens 2,8 Millionen Todesopfern der Vertreibung.

VI. Ankunft und Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen im Westen

Knapp 8 Millionen Vertriebene wurden in Westdeutschland, fast vier Millionen auf dem Gebiet der späteren DDR und etwa 200.000 in der damals noch ungeteilten Hauptstadt Berlin

aufgenommen. Die hohe Zahl der Opfer und die verbrecherischen Begleitumstände der Vertreibung dürfen nicht den Blick für die Tragik und Bitterkeit des Verlustes der Heimat an sich verstellen. Für den einzelnen Überlebenden bedeutete diese bedrohliche körperliche und vor allem seelische Erschütterung und Erschöpfung, Verlust der meisten persönlichen Bindungen mit ihren Kennzeichen kultureller und landschaftlicher Eigenart.

Besonders für viele alte Menschen war die Vertreibung aus ihrer Heimat unfaßbar. In den zertrümmerten west- und mitteldeutschen Großstädten fanden sich für die Fremden – so wurden sie von den Einheimischen empfunden und so empfanden sie sich auch selbst – oft keine halbwegs zulängliche Unterkunft, und auf dem Lande war man auf die Aufnahme so vieler Menschen nicht eingestellt.

Lebten vor dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland zu Zeiten relativen Wohlstandes 39 Millionen Menschen, so galt es sechs Jahre später in dem gleichen, jedoch jetzt vom Krieg weitgehend zerstörten und ausgezehrten Landesteil 47,5 Millionen – neben den Vertriebenen noch Hunderttausende ausländische Flüchtlinge aus dem sowjetischen Machtbereich – zu versorgen. Millionen der Flüchtlinge und Vertriebenen mußten viele Jahre lang in Lagern leben.

Die Konfrontation zwischen Einheimischen und Vertriebenen steigerte sich, als sich die Lage der Westdeutschen nach dem Krieg ebenfalls verschlechterte: Anhaltender Wohnraummangel, Arbeitslosigkeit und knappe Lebensmittel förderten die Spannungen zwischen den Deutschen verschiedener landsmannschaftlicher Herkunft. Wie schwer das Schicksal der Arbeitslosigkeit über viele Jahre auf den Heimatvertriebenen lastete, mag folgende Zahl verdeutlichen:

Von einer Gesamtzahl von 1,66 Millionen Arbeitslosen Ende Februar 1951 waren nicht weniger als 557.000 Heimatvertriebene. Bei einem Anteil an der Bevölkerung von rund 16,5 Prozent erreichte ihr Anteil an der Zahl der Arbeitslosen 33,5 Prozent.

Die Aufnahme so vieler Millionen heimatlos gewordener Menschen erschien unter den katastrophalen Verhältnissen der ersten Nachkriegsjahre unlösbar. Erschwerend wirkte sich zudem aus, daß es in den Westzonen keine systematische Verteilung des großen Zustroms von Flüchtlingen und Vertriebenen gegeben hatte – nicht zuletzt die Folge eines allgemeinen Nachkriegs-Chaos. So stauten sich die Vertriebenen in den für sie nächst erreichbaren Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern.

Auch die Politik der Westmächte verhinderte eine sinnvolle Aufteilung. Unter Verweis darauf, daß Frankreich das Potsdamer Abkommen nicht unterzeichnet habe, sperrten sich die Franzosen generell gegen eine Aufnahme von Vertriebenen in ihrer Besatzungszone. In der britischen Zone wurden die Ost- und Sudetendeutschen willkürlich und zweckmäßig von der Besatzungsmacht verteilt. Am besten funktionierte die Aufteilung noch in der US-Zone, wo sie auf Anordnung der Amerikaner von deutschen Stellen vorgenommen wurde.

Diese ungleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge und Vertriebenen über die westdeutschen Regionen gehörte damals zu den drängendsten Problemen, weil dort, wo die Menschen zu meist notdürftig untergebracht waren, oft weder ausreichend Wohnungen noch Beschäftigungsmöglichkeiten vorhanden waren.

Über eine Million Vertriebene wurden daher auf freiwilliger Basis und mit öffentlicher Unterstützung in den Jahren 1949 bis 1963 innerhalb des Bundesgebietes umgesiedelt. Insgesamt haben durch Umzüge und Umsiedlungen in diesen Jahren rund 3,4 Millionen Vertriebene ihren Wohnsitz von einem Bundesland in ein anderes verlegt. Hinzu kommen noch die Wanderungen innerhalb der Bundesländer.

Grundlegende Gesetze für die soziale Eingliederung der Millionen Heimatvertriebenen konnten erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland erlassen werden. Nach Beginn des Kalten Krieges war klargeworden, daß die Vertreibung keinesfalls eine kurze Episode sein würde. Das Schlagwort, unter dem die soziale Integration der Vertriebenen konzipiert wurde, lautete daher "Lastenausgleich".

Es wurde ein Gesetzeswerk geschaffen, das sowohl die Eingliederung wie eine individuelle Entschädigung von Vertriebenen und Flüchtlingen in einem bundesweit einheitlichen Verfahren ermöglichte, ohne jedoch die fortgeltenden Eigentumsrechte der Betroffenen zu verletzen (In der Präambel zum Lastenausgleichsgesetz heißt es, daß die Unterstützung geleistet wird "unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Gewährung und Annahme von Leistungen keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen auf Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens bedeutet ...").

Das Bundesverfassungsgericht hat in einer Entscheidung vom 8. September 1993 festgestellt, daß die Eigentumsrechte der deutschen Vertriebenen auch durch die Ostverträge zu Beginn der neunziger Jahre nicht beeinträchtigt worden sind).

Nachdem bereits 1949 ein lediglich auf Eingliederungshilfen abzielendes Soforthilfegesetz (SHG) und für die vertriebenen Bauern das Flüchtlingssiedlungsgesetz verabschiedet worden waren, trat am 1. September 1952 das Entschädigung leistende umfassende Lastenausgleichsgesetz (LAG) in Kraft.

Mit dem Bundesvertriebenengesetz vom 19. Mai 1953 wurde die Eingliederung der Vertriebenen bundesweit einheitlich geordnet. Nun gab es für alle westdeutschen Bundesländer die gleichen Begriffe, Regelungen und Behörden. Durch die Einrichtung von Beiräten der Vertriebenen bei zentralen Dienststellen von Bund und Ländern wurde die Effizienz (Wirksamkeit) dieses Gesetzes erheblich erhöht. Das Bundesvertriebenengesetz bildet bis heute die Grundlage für die Aufnahme von deutschen Aussiedlern aus den Herkunftsgebieten der Vertriebenen, von denen seit 1950 über drei Millionen nach Deutschland gekommen sind.

§ 96 des Bundesvertriebenengesetzes beinhaltet den gesetzlichen Auftrag an Bund und Länder, das deutsche Kulturerbe der Vertreibungs- und Siedlungsgebiete im Osten und Südosten Europas zu bewahren sowie im Bewußtsein des deutschen Volkes lebendig zu halten. In diesem Sinne fördert der Bund unter anderem Kultureinrichtungen wie Museen, Kulturwerke und Stiftungen sowie die kulturelle Breitenarbeit der Vertriebenenverbände. ...

Wenn der Weg Westdeutschlands nach dem Kriege nicht in Anarchie und Chaos endete, sondern in gemeinsamer Anstrengung ein einzigartiges, weltweit geachtetes, friedliches Aufbauwerk geleistet wurde, so ist dies auch ein Verdienst der deutschen Vertriebenen. Sie haben sich nicht zum politischen Extremismus oder gar Terrorismus entschlossen, wie so viele andere Flüchtlingsgruppen in der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart, sondern sie haben tatkräftig am Wiederaufbau mitgearbeitet.

Ein naheliegendes Kalkül Stalins mit der Vertreibung von Millionen Ost- und Sudetendeutschen einen die Festigung demokratischer Strukturen unmöglich machenden sozialen Sprengsatz in Westdeutschland zu installieren, war nicht aufgegangen, weil die Landsmannschaft der deutschen Vertriebenen sich von Beginn an für eine gewaltfreie, demokratische Politik entschieden hatten.

So gehörte die 1950 verabschiedete und durch Jahrzehnte friedfertige Verbandsarbeit glaubwürdig bezeugte Charta der deutschen Heimatvertriebenen zu den herausragenden, allerdings weithin unbekanntem demokratischen Traditionen unseres Volkes, auf die alle Deutschen stolz sein könnten, wenn sie davon wüßten. ...

VII. Ausblick

Zu einer zukünftigen deutschen Friedensordnung, die diesen Namen verdient, muß es gehören, daß auch mit den deutschen Vertriebenen und den in deren Heimat verbliebenen Landsleuten nach den Grundsätzen von Recht und Wahrheit umgegangen wird. Gerade die über Jahrzehnte hinweg in ihrer Existenz bedrohten ostdeutschen Volksgruppen müssen einen zentralen Bestandteil des Fundamentes des vielbeschworenen gemeinsamen europäischen Hauses ausmachen, wenn dieses Europa nicht auf dem Sand von Geschichtslügen und Unrecht gebaut werden soll. ...

Das Bemühen um historische Wahrheit als Grundlage einer realistischen Verständigungspolitik, aber auch die Würde der Opfer und ihr Vermächtnis, Vertreibungen für alle Zeit als Mittel der Politik zu ächten, sollten Deutsche und ihre östlichen Nachbarvölker dazu anhalten, sich sachlich mit dem lange verdrängten Kapitel der Vertreibung der Deutschen zum Ende des Zweiten Weltkrieges auseinanderzusetzen.

Zu Recht fragt Johan Georg Reißmüller in einem Leitartikel der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 23. Januar 1995: "Wie kann man behaupten, das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Nation sei normal, da die große Mehrheit des Volkes, angeführt von der großen Mehrheit der politisch wirkenden, von allen Opfern der Staats-Unmenschlichkeit auf unserem Kontinent im 20. Jahrhundert eine Kategorie nicht einmal zur Kenntnis nehmen will: Diejenigen Deutschen, die in der östlichen Hälfte Europas in den Jahren 1944, 1945, 1946 völkermordartigen Vernichtungsaktionen anheimfielen?"

Reißmüller weiter: "Wer an sie erinnert, dem schlägt in Deutschland sogleich der Vorwurf entgegen, er wolle 'aufrechnen'. Das ist eine als Anspruch ans Gewissen zurechtgemachte Unwahrheit.

Den Völkermord an den Juden, die von Deutschen verübten Massenmorde an Polen, Tschechen, Russen bemäntelt nicht und die Schuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg verkleinert nicht ... (Es ist ein unsägliches Armutszeugnis), daß ... die ungezählten Deutschen, die am Ende des Krieges und nach dem Krieg von massenmordender Hand starben, ... im Gedächtnis der Nation (keinen) Platz haben. Doch es sind wenige unter unseren Politikern, die zu solchen Gedanken aufrufen."

Die Vertreibung und die damit zusammenhängenden Probleme können heute nicht mehr so verdrängt werden, wie es noch vor wenigen Jahren zu Zeiten der kommunistischen Diktaturen im ehemaligen Ostblock der Fall war. Auch mit Blick auf das aktuelle Vertreibungsgeschehen auf dem Balkan haben die deutsche und europäische Politik allen Grund, ihre bisherige Haltung gegenüber den berechtigten Forderungen vertriebener Deutscher zu überdenken.

Dies gilt ganz besonders für die östlichen Nachbarstaaten, wo die Offenlegung der eigenen Schuldverstrickung in die damalige Vertreibung der Deutschen jetzt erst möglich geworden ist. Prag und Warschau sollten die historische Chance nutzen, nach dem Überwinden der kommunistischen Diktatur sich endlich einem freien und versöhnenden Dialog sowie einem in die Zukunft gerichteten Miteinander mit den vertriebenen Ost- und Sudetendeutschen zu öffnen. ...<<

Der deutsche Philosoph Walter Hoeres (1928-2016) berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 - 2005 über die Heimatlosigkeit (x853/...): >>**Geborgenheit im Vaterhaus?**

... Ältere Leser werden sich noch an die Wunschkonzerte von Heinz Goedecke erinnern, die regelmäßig während des Krieges stattfanden und den von Narvik im äußersten Norden bis Afrika stationierten Soldaten mit ihren vertrauten Liedern und Schlagern wenigstens vorübergehend ein illusionäres Gefühl der Heimatverbundenheit gaben.

Draußen in der weiten Ferne und einem ungewissen Schicksal ausgesetzt gewann der Begriff der "Heimat" einen magischen Klang und den Zauber einer unaussprechlichen Sehnsucht, die sich bei der großen Vertreibung und Völkerwanderung nach dem Kriege immer noch steigerte!

Seitdem sind ganze Bibliotheken über die Heimatlosigkeit des modernen Menschen geschrieben worden, aber die Diagnose ist dadurch nicht weniger triftig und aktuell, daß sie so oft wiederholt worden ist.

Der Mensch und seine Heimat

Zweifellos ist die Heimatverbundenheit eine Urkonstante des menschlichen Wesens. Ebenso wie er nicht nur ein Einzelwesen, sondern immer auch ein Gemeinschaftswesen ist, bleibt der

Mensch auf die Heimat angewiesen, um sich voll entfalten zu können. Beide Momente: "Gemeinschaft" und "Heimat" gehören zu seiner Natur und bedingen sich wechselseitig.

Das ist freilich auch der Grund dafür, warum es so schwer und auch fruchtlos ist, den Begriff der Heimat in eine Lehrbuchdefinition zu pressen oder in abstracto über ihn zu rasonieren.

Soviel dürfte feststehen, daß Heimat die vertraute geistige, menschliche und reale, konkrete Umgebung oder Umwelt meint, in der wir leben und uns bewegen können wie der Fisch im Wasser. Zu ihr gehören in erster Linie Geschichte, Tradition und Erinnerung, ohne die der Mensch im luftleeren Raum aufwachsen würde. Das haben u.a. Schelling, Hegel, Hölderlin und die Romantik - sie allerdings oft in einer unechten Verklärung der Geschichte - mit Recht gegenüber dem Rationalismus und der Aufklärung betont.

Zur Heimat gehören auch die gewachsenen Institutionen, Sitten, Gebräuche, Gewohnheitsrechte und das ganze Ensemble der Traditionen, in die der Mensch hineingeboren wird und die ihn unmerklich formen, ihm Halt, Regeln und Maßstäbe geben und ihn damit nach der genialen Einsicht Arnold Gehlens von dem ständigen Druck entlasten, dem er ausgesetzt wäre, wenn er sich im totalen geistigen Vakuum je und je von neuem entscheiden müßte, wie er sich hier und jetzt verhalten soll.

So ist es nicht die Bindung, die geistige Heimat und Tradition bedeuten, welche die heute so heiß ersehnte Mündigkeit und damit die Möglichkeit verhindert, daß wir den Kopf frei bekommen, um souverän um uns zu blicken, sondern ganz im Gegenteil die totale Bindungslosigkeit, wie sie die unentwegten Marschierer in die immer noch totalere Emanzipation als höchste Erfüllung verheißen!

Einsamkeit und Mobilität

Wie so oft werden auch hier solche elementaren Gegebenheiten erst richtig faßbar, wenn wir die Gegenprobe machen und das heißt in unserem Falle, wenn wir einen kurzen Blick auf die Heimatlosigkeit des modernen Menschen werfen! Sie hat reale und ideelle Ursachen, die naturgemäß ein undurchdringliches Geflecht bilden und von uns nur aus Gründen der geordneten Darstellung nacheinander aufgeführt werden. Zu den realen Ursachen gehört natürlich die grenzenlose Mobilität, ja die moralische Pflicht zu ihr und damit dazu, seinen Wohnsitz jederzeit zu wechseln wie sein Hemd, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, "sozial nur schwer integrierbar" zu sein.

Als Außenseiter sieht sich nun nicht mehr der Nomade, der Umgebung und Job behende und stets erneut zu wechseln versteht, sondern ganz im Gegenteil derjenige, der auch unter Opfern an seinem angestammten Wohnsitz und Beruf festhalten will.

In diesem Sinne wird die Mobilität nicht mehr nur als notwendiges Übel in der von immer neuen Inventionen (Erfindungen) lebenden Industriegesellschaft, sondern als hohe Tugend angesehen, die als solche immer mit Klugheit und Lebenstüchtigkeit gepaart ist und das um so mehr, weil sie mit jener Fähigkeit zu quickem Bescheidwissen und ständiger Neuorientierung verbunden ist, die mit dem Mangel an geistiger Tiefe Hand in Hand zu gehen pflegt.

Befremdlich ist jedenfalls, daß der Zwang zur häufigen Migration und damit auch der Abschied von den altvertrauten Orten, Freunden und Bekannten kaum mehr als unmenschlich, sondern als ganz normale Angelegenheit empfunden wird. Die Befremdlichkeit wird allerdings dadurch gemildert, daß sich die Milieus, das alte und das neue also, immer mehr gleichen und die Lebenswelten hüben und drüben immer uniformer werden.

Bis auf die musealen Stadtkerne und Fußgängerzonen, die ohnehin kaum mehr zum Wohnen da sind, finden wir überall die gleichen Autoschlängen, Tankstellen, Supermärkte, Hochhäuser, Reihen- und Einfamilienhäuser, die gerade in ihrer gesuchten Eigenwilligkeit die allenthalben herrschende Normierung verraten! Überall die sorgfältig gepflegten Grünanlagen und mit den wohlbekanntenen Geräten versehenen Kinderspielplätze. Überall der gleiche gutgemeinte und doch hoffnungslose Versuch, die längst verlorene Heimat vom Reißbrett her synthet-

tisch zu reproduzieren!

Man kann diesen Sog zur Uniformität auch anders und pejorativer ausdrücken und etwa mit Oswald Spengler, dem berühmten Verfasser des "Unterganges des Abendlandes" von den dämonischen Steinwüsten, den ungeheuren betonierten Ballungszentren sprechen, in denen eine ihrer eigenen Ursprünge ledige Gesellschaft - bar aller großen Gedanken und Kultur - in einer Art geistigen Fellachentums, doch zivilisatorisch bequem vor sich hinlebt.

Daß die permanente Fluchtbewegung, die in dieser Mobilität liegt, längst nicht mehr nur als Tugend, sondern geradezu als Segen erfahren wird, zeigt sich auch darin, daß immer mehr Menschen in ihrer freien Zeit nach dem Motto verfahren: "schön ist es auch anderswo, und hier bin ich sowieso!"

Verwaist oder zweckentfremdet stehen die Pensionen und Gasthöfe da, die man in den fünfziger Jahren in den deutschen Mittelgebirgen und Landschaften von immer noch hoher Schönheit und Stimmungsvielfalt gebaut hat. Auch in den Ferien möchte man des Nomadenseins nicht entbehren.

Man legt keinen Wert mehr auf den hohen Reiz des "déjà vue", der einstmals die vertrauten Ferienorte schließlich zur zweiten Heimat werden ließ. Vielmehr werden starke und immer neue Reize, Eindrücke und Erlebnisse gesucht, um sich und die freie Zeit im eigentlichen Sinne des Wortes zu zerstreuen und damit totzuschlagen: vor allem aber, um überall und damit nirgends heimisch zu werden. Für die Erfahrung der Dauer, die mit kontemplativem Verweilen und Innehalten gegeben ist, fehlen Verständnis und Kraft.

Man kann den Begriff der Heimat und die Vertrautheit, die in ihr zur Anschauung kommt, gar nicht konkret und realistisch genug fassen.

Zu ihr gehören auch der vertraute Besitz, die Familien-Erbstücke und Dinge, die uns ein Leben lang begleiten und schließlich mit uns ganz verwachsen sind. Aber davon kann in der affluent society, der Gesellschaft der großen Verschwendung, die vom raschen Umschlag der Güter lebt, nun wirklich keine Rede mehr sein.

Die Dinge, die wir brauchen, werden von vorneherein auf Obsoleszenz, auf raschen Verschleiß hin produziert und das Prinzip des styling ist längst nicht mehr auf die Kleidermode oder neue Automodelle beschränkt. In dieser Lage bekommt der Wunsch, nun unbedingt an der vergoldeten Taschenuhr festzuhalten, die uns der Großvater zur Erstkommunion schenkte und sie immer wieder zur Reparatur zu bringen, während es doch in jedem Kaufhaus praktische und billige Armbanduhren in Fülle gibt, etwas Kauziges, und wer möchte schon gerne als Sonderling durch die Weltgeschichte gehen!

Die Beispiele lassen sich beliebig vermehren und zeigen einen weiteren Widerspruch unserer an Ungereimtheiten so reichen Gesellschaft: die Tatsache, daß wir in unserer so üppigen und an Gütern überbordenden westlichen Welt doch im Grunde arm sind wie die Kirchenmäuse und einsam wie unfreiwillige Eremiten, weil wir so viele unserer Dinge nur auf Zeit und damit wie Leihgaben besitzen!

Aber der erste und entscheidende Grund der neuen Heimatlosigkeit ist natürlich der Zerfall der Familie, dieser ganz ursprünglichen, ganz selbstverständlichen und idealen Stätte aller Geborgenheit. Wenn die Frauen nicht nur zum Teil mitarbeiten müssen, sondern in ihrer Mehrzahl dies auch wollen, müssen die Kinder schon im frühen Alter in die Kinderkrippe abgegeben werden, so daß Familienleben allenfalls am Wochenende zelebriert werden kann. Und damit wird die Heimat auch hier zum bloßen Ausnahmezustand und hört schon damit auf, zu sein, was sie eigentlich ist!

Propheten der Heimatlosigkeit

Gerade in unserem Falle trifft es zu, daß die Philosophie ihre Epoche in Gedanken erfaßt, ja allererst die Ideen liefert, die sie prägen. Schon zu Beginn der Neuzeit zeichnet sich eine Entwicklung ab, in der die Heimatlosigkeit des modernen Menschen ahnungsvoll vorweg ge-

nommen wird.

Rene Descartes (1596-1650), der nicht zufällig der Vater der neuzeitlichen Philosophie genannt wird und mit ihr einen ganz neuen Anfang machen wollte, reduziert die schöne, bunte Welt, in der wir leben, auf die bloße berechenbare Materie einerseits und das denkende Ich andererseits, das ihr damit automatisch als Fremdling gegenübersteht und im Käfig seines Bewußtseins gebannt nicht weiß, wie es wieder aus ihm herauskommen soll.

Gottfried Wilhelm Leibniz (1646-1716) begreift unser Ich als zunächst ganz auf sich gestellte und im Bannkreis des eigenen Ich eingeschlossene Monade (Einheit), die keine Fenster und damit keinen unmittelbaren Blickkontakt nach draußen hat, weshalb es des allergrößten und geradezu labyrinthischen Scharfsinns bedarf, zu zeigen, wie ein solches Wesen dann doch zum Kontakt mit den übrigen Monaden und der Welt kommen kann!

Thomas Hobbes (1588-1679) schließlich, der Begründer der neuzeitlichen Staatsphilosophie geht ebenfalls vom punktuellen Ich aus, das ganz und gar vom Selbstinteresse ... gelenkt wird und er versucht, von daher Existenz und Legitimität des Staates zu begründen.

Nun könnte man allerdings sagen, daß doch gerade das Gymnasium, wie es von Wilhelm von Humboldt (1767-1835) begründet wurde und so viele Generationen unserer Vorfahren zu Humanisten erzogen hat, ganz in der Erinnerung und Vergegenwärtigung unseres antiken Erbes aufgegangen ist und damit an unsere geistige Heimat erinnert hat, wo sie am ursprünglichsten ist!

Doch man sollte nie vergessen, daß Humboldt Kantianer war und es mithin für unmöglich hielt, daß wir in den letzten Fragen nach dem Ursprung der Welt, nach Gott, nach der Seele zu verbindlichen Ergebnissen kommen können. So diente ihm die Beschäftigung mit der Antike nicht dazu, jene großen Fragen nach dem Sinn des Daseins, wie sie Platon und Aristoteles wegweisend für das Abendland gestellt haben, wieder aufzunehmen. Ganz im Gegenteil hat die Beschäftigung mit der Antike, mit den fiktiven Taten eines Odysseus oder den Mythen, wie sie uns Ovid erzählt, nur das Ziel, die eigene Persönlichkeit und damit wieder das liebe, eigene Ich zu veredeln.

Und man kann durchaus der Meinung sein, daß diese Abdrängung des antiken Erbes ins Ästhetische nur ein weiterer Schritt zu jenem gigantischen Traditionsbruch ist, der sich in der Neuzeit und Gegenwart immer mehr radikalisiert und zu jener geistigen Heimatlosigkeit von heute führt, die nur die Kehrseite der realen ist.

Auf der anderen Seite ist der Streit um das humanistische Gymnasium heute ein solcher um des Kaisers Bart, denn dieses Gymnasium gibt es schon längst nicht mehr oder allenfalls in kläglichen Rudimenten. Der Ruhelosigkeit, die uns heute plagt, entspricht die des Bildungsbetriebes mit ihrer fast vollkommenen Geschichts- und Erinnerungslosigkeit.

Gefordert wird eine geistige Ubiquität, die nur zu haben ist, wenn man an vielem nippt und mit ihm nur im Vorübergehen Kontakt bekommt. Deshalb ist das Fernsehen, das uns von 20 bis 21 Uhr etwa in die Geheimnisse des Buddhismus einführt, um uns dann von 21 bis 22 Uhr oberschwäbische Barockkirchen zu zeigen, der Prototyp der Bildung, die über alles Bescheid weiß und damit wieder über nichts!

Mit alledem wollen wir keine Schuldzuweisungen verbinden, wie das manche Theologen tun, die der Meinung sind, es werde schon alles besser werden, wenn man nur die gute Absicht dazu habe. Wir wollen aber auch nicht jenem heroischen Existentialismus das Wort reden, der mit Oswald Spengler, mit Ernst Jünger oder Martin Heidegger der Meinung ist, die Heimat- und Wurzellosigkeit sei das unabweisbare und unabänderliche Schicksal unserer Epoche. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Februar 1995: >>**Bonn weist Moskauer Forderungen zurück**

Die Bundesregierung hat zusätzliche russische Forderungen in zweistelliger Milliardenhöhe für die von den früheren Sowjettruppen in Ostdeutschland geräumten Kasernen zurückgewie-

sen. ...

Auch Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg lehnte zusätzliche Forderungen Rußlands ab. Er sehe keinen Grund, über die bereits vereinbarten 14 Milliarden Mark hinaus zusätzliche finanzielle Verpflichtungen einzugehen, sagte Stoltenberg in Bonn.

Er schloß nicht aus, daß Deutschland zusammen mit anderen Geldgebern im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftshilfe für die Staaten der ehemaligen UdSSR weitere Leistungen erbringen könnte.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Februar 1995 über die zwiespältigen britischen Kommentare zu den Bombenangriffen gegen Dresden: >>**Sorry oder ein Hoch für die Helden**

... Die Amerikaner haben ihr Hiroshima, kommentierte der linksliberale "Guardian", wir haben Dresden. Kein Erinnerungstag ist unbequemer für das britische Volk."

Im nationalkonservativen "Daily Mail" ist hingegen zu lesen, Dresden sei neben dem Falkland-Krieg "das letzte Stück stolzer britischer Außenpolitik" gewesen, ein "bißchen gesunde Bestrafung" und gewiß nichts, was die Nation mit Scham erfülle.

Zwischen diesen Extremen bewegen sich die Briten. Über die moralische und militärische Rechtfertigung des Angriffs auf Dresden entbrannte schon vor Jahren eine bis heute nicht entschiedene Debatte. Die Deutschen hätten mit den Flächenbombardements angefangen heißt es.

Die Kritiker verweisen indes darauf, die ... Bombennächte von Dresden hätten mehr Menschenleben gekostet als alle deutschen Angriffe auf Großbritannien zusammen, die Stadt sei im Februar 1945 voll mit Flüchtlingen gewesen.

Die meisten britischen Historiker halten den Angriff auf Dresden für militärisch sinnlos, einige sprechen sogar von einem Verbrechen. ...

Luftmarschall Arthur Harris ... wurde Sir, aber nicht Lord, und seine "Boys" erhielten keine kollektiven Medaillen, obwohl ihre Einheiten die höchsten Verluste aller britischen Waffengattungen zu tragen hatten. 55.000 sind von den Einsätzen über Deutschland nicht lebend wiedergekommen.

Harris selbst wird eine Lust am Töten nachgesagt; es gibt schlimme Zitate und sogar seine eigenen Leute nannten ihn häufig Butcher, also Schlächter. Er starb verbittert im Alter von 92 Jahren.

Doch vor drei Jahren setzte der Veteranenverband der Bomber-Kommandos durch, daß ihm vor der Luftwaffen-Kirche St. Clement Danes in London ein monumentales Denkmal errichtet wurde. Es war mit Spenden finanziert, die greise Königinmutter hat es enthüllt. Dort steht der Bronzeheld jetzt – und blickt martialisch gen Deutschland.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 14. Februar 1995, daß Bundespräsident Roman Herzog davor warnt, von den Völkern erlittenes Leid gegeneinander aufzurechnen: >>... Wer Frieden zwischen den Völkern sucht, kann nicht einfach zwischen den Toten und Verwundeten einen buchhalterischen Saldo ziehen. Menschliches Leid kann nur gemeinsam durch Mitleid, Besinnung und Lernen überwunden werden.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 15. Februar 1995 über die Dresdener Trauerfeiern: >>**Der Herzog von Kent nutzt die Chance zur Versöhnung**

... Schweigend und mit ernsten Blicken ziehen die Menschen über den Altmarkt im Herzen Dresdens bis zur Ruine der Frauenkirche, wenige hundert Meter entfernt.

Es ist eine sternenklare, aber milde und trockene Nacht. Viele haben Kerzen mitgebracht, manche schützen ihre kleine Flamme mit einem Plastikbecher vor dem Wind. Man hört nur manchmal jemand flüstern, die meisten bewegen sich stumm und ruhig über den Asphalt.

Am 21.45 Uhr stehen dann etwa 30.000 dicht gedrängt auf dem Platz vor der Frauenkirche. Viele junge Leute sind dabei, auch Mütter mit ihren Babys. Überall in der Stadt beginnen die

Kirchenglocken zu läuten – in diesen Minuten ist der erste Bombenangriff auf die Elbestadt (13.02.1945) genau 50 Jahre her.

Regungslos harren die Dresdener 20 Minuten lang in der Abendfrische aus, bis die Glocken verstummen und die ersten schweigend wieder gehen. Spontan stimmt eine Gruppe junger Leute ein Kirchenlied an. Vorbeigehende summen mit. ...

Seit 1982 gedenken die Dresdener so der Zerstörung ihrer Stadt, und seinerzeit vor nunmehr 13 Jahren war diese Form der Erinnerung ein Zeichen des Protestes gegen die SED-Machthaber. Die DDR-Oberen hatten bis dahin stets antiamerikanische und antibritische Töne angeschlagen, der Jahrestag wurde von der Staatsführung in eine Kampagne für den Sozialismus eingebettet. Dagegen begehrte die kirchliche Friedensbewegung 1982 auf – im Anschluß an den Gottesdienst in der Kreuzkirche zog man zur Ruine der Frauenkirche.

Staat und Partei waren damals gegenüber den Dresdnern und ihren Kerzen machtlos, in den Kirchen wurde in jener Zeit frei und ungezwungen diskutiert. Was all die Jahre auch eine Demonstration gegen den Militarismus der SED-Ideologie war, hat diesen Sinn auch heute noch. Zugleich sind die Signale der Versöhnung viel deutlicher zu vernehmen, als in den Jahren zuvor. In der Kreuzkirche, jenem tristen und grauen Sakralbau, der wie kein anderer an die Wunden von 1945 erinnert, hörten die Dresdener eindrucksvolle Ansprachen vor allem der britischen Gäste. Tausende verfolgten draußen vor der Kirche die Übertragung des Gottesdienstes.

Hitlers Krieg habe einen dämonischen Vulkan bei uns allen ausgelöst", sagt Simon Barrington-Ward, Bischof in Dresdens Partnerstadt Coventry. Alle seien mitgerissen worden und alle hätten "die moralischen Prinzipien verdrängt". Das deutsche Bombardement auf seine Stadt Coventry im November 1940 sei ein tiefer Schock für Großbritannien gewesen. Doch verglichen mit Dresden, wo viel mehr Tote zu beklagen sind, sei die Zerstörung in Coventry gering.

...

Auch der Vertreter des englischen Königshauses spricht in der Kirche ebenso wie der Bischof in fließendem Deutsch. "Wir bedauern das Leid aller Menschen in Kriegen, heute denken wir besonders an das Leid der Menschen in Dresden", ruft der Herzog von Kent, Cousin der Queen (kein führendes Mitglied der britischen Königsfamilie), den Gottesdienstbesuchern zu.

...

Die Rede des Herzogs setzt damit neue Maßstäbe. Als Queen Elisabeth im Herbst 1992 Dresden besucht hatte, war die Chance zu einer großen Geste der Versöhnung ungenutzt geblieben. Der Wagen der Königin hielt an der Ruine der Frauenkirche, dem Mahnmal gegen Krieg und Gewalt, nicht an. Und seinerzeit reagierten einige Dresdener auch mit Pfiffen auf das britische Staatsoberhaupt. ...<<

Václav Havel (1936-2011, 1989-1992 und von 1993-2003 Staatspräsident der Tschechischen Republik) hielt am 17. Februar 1995 in Prag eine Rede über die Vergangenheit und Zukunft der tschechisch-deutschen Nachbarschaft (x154/19-20): >>... Der einzigartige Verlauf des beinahe 1.000jährigen Zusammenlebens der Tschechen und der Deutschen in unserem Lande, obgleich es während der letzten Jahrhunderte immer komplizierter wurde und schließlich zugrunde ging, bleibt ein integraler Bestandteil unserer Geschichte, und dadurch auch unserer gegenwärtigen Identität als Bürger der Tschechischen Republik und stellt einen Wert dar, den wir nicht vergessen dürfen. ...

Es wäre eine gefährliche Vereinfachung, wenn man das tragische Ende des tausendjährigen Zusammenlebens der Tschechen mit den Deutschen ausschließlich in der Aussiedlung der Deutschen nach dem Krieg sähe. Ohne Zweifel stellt die Aussiedlung das physische Ende des Zusammenlebens in einem gemeinsamen Staat dar, denn dadurch ging das Zusammenleben in der Tat zu Ende.

Der tödliche Schlag, der es verursachte, wurde ihm jedoch durch etwas anderes versetzt, und

zwar durch ein fatales Versagen eines großen Teils unserer Bürger deutscher Nationalität, die der in Hitlers Nationalsozialismus verkörperten Diktatur, Konfrontation und Gewalt den Vorzug vor Demokratie, Dialog und Toleranz gaben. ...

Wir können unterschiedliche Ansichten über die Nachkriegs-Aussiedlung haben – meine eigene kritische Haltung ist allgemein bekannt -, wir können sie aber nicht aus dem geschichtlichen Kontext lösen. Wir können sie nicht getrennt sehen von all den Schrecken, die sich davor abgespielt hatten und ihre Ursachen darstellten. ...

Und wenn wir – als Tschechen - unseren Teil der Verantwortung für das Ende des tschechisch-deutschen Zusammenlebens in den böhmischen Ländern anerkennen sollen, müssen wir der Wahrheit halber auch sagen, daß wir uns zwar von dem heimtückischen Virus der ethnischen Auffassung von Schuld und Bestrafung anstecken ließen, daß wir diesen Virus jedoch nicht – wenigstens nicht in dessen moderner verheerender Form – in unser Land gebracht haben. ...

Die Mitwirkung so vieler unserer damaligen deutschen Mitbürger an der Vorbereitung Münchens ("Münchener Abkommen") sowie an dessen Folgen kann ... nicht auf einen Kampf für deren Minderheitsrechte reduziert werden. ...

Was die Aussiedlung betrifft, müssen wir auch die unangenehme Wahrheit zugeben und dabei keine Rücksicht darauf nehmen, welche verrückte Folgerung jemand aus unseren Worten ziehen mag.<<

Vaclav Klaus (von 1993-1997 Ministerpräsident der Tschechischen Republik) hielt am 24. Februar 1995 in Hamburg eine Rede über die tschechisch-deutsche Vergangenheitsbewältigung (x154/20): >>... Ich bin der Meinung, daß bittere historische Erfahrungen oder Mißverständnisse in Folge eines einfachen Rezepts oder Schrittes verschwinden können. Für deren Beseitigung ist es vor allem erforderlich, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, sich mehr kennenzulernen und in die Zukunft, nicht in die Vergangenheit zu schauen.

Gerade das hat unser Präsident Václav Havel in seiner Rede in Prag vor einer Woche betont: "Die Vergangenheit kann nicht unser Programm sein. ... Es ist erforderlich, ein für allemal klar zu sagen, was in die Geschichte gehört und als Geschichte behandelt werden sollte. ... Das Einzige, was wir tun können und auch tun wollen, ist uns zu bemühen, diese Geschichte zu begreifen und alles dafür zu tun, daß sie sich nie mehr wiederholt".<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" (8/1995) berichtete im Februar 1995 über John Sacks umstrittenes Buch "Auge um Auge. Die Geschichte von Juden, die Rache für den Holocaust suchten": >>Inständig bat ein amerikanischer Rezensent: "Tun Sie mir einen Gefallen - lesen Sie dieses Buch nicht."

Ginge es nach dem Willen des Piper-Verlages, wird das deutsche Publikum gar nicht erst in Versuchung kommen, dieses Buch zu lesen. Ende vergangener Woche stoppte er die Auslieferung von John Sacks "Auge um Auge".

Es geht darin nicht, wie der neue Untertitel der jetzt zurückgezogenen deutschen Ausgabe scheinbar unverfänglich verhieß, um "eine Parabel über Gewalt", sondern um eine regional und zeitlich genau fixierte Gewaltgeschichte: die Racheaktionen von Überlebenden des Holocaust an Deutschen in den polnisch verwalteten Gebieten Oberschlesiens im Jahre 1945.

Über dieses Thema ist im Nachkriegsdeutschland aus verständlichen Gründen wenig geredet worden. Auch heute noch setzt sich, wer darüber schreibt, schnell dem Verdacht aus, die deutschen Verbrechen relativieren zu wollen. Das darf jedoch nicht daran hindern, dieses Kapitel der Nachkriegsgeschichte nüchtern, ohne den falschen Zungenschlag des Aufrechnens zu beschreiben und es begreifbar zu machen als eine Nachwirkung jener Orgie aus Krieg und Vernichtung, mit der Nazideutschland große Teile Europas überzogen hatte.

Daß dies möglich ist, hat Helga Hirsch in einem "Zeit-Dossier" (49/1994) über den jüdischen Lagerkommandanten von Schwientochlowitz, Solomon Morel, gezeigt. John Sack, dessen

Buch den Anstoß zu diesem Dossier gab, ist dem Thema nicht gewachsen. Gewiß, er hat fleißig recherchiert; die Liste seiner Interviewpartner und der im Koblenzer Bundesarchiv eingesehenen Aussagen ehemaliger deutscher Lagerinsassen ist imponierend lang. ...

Für den Leser ist nicht erkennbar, wo die Grenze zwischen Fakten und Fiktion verläuft.

Noch fragwürdiger als die Methode ist die Art der Darstellung. Sack berauscht sich an den Gewaltexzessen. Geradezu lustvoll malt er immer wieder aus, wie jüdische Aufseher deutsche Häftlinge folterten und zu Tode brachten. An eher versteckter Stelle, im kleingedruckten Anmerkungsteil, verwahrt er sich gegen die Absicht, diese Grausamkeiten mit dem Völkermord der Nazis gleichsetzen zu wollen, und im Vorwort erklärt er ausdrücklich: "Dies war kein Holocaust oder dessen moralisches Äquivalent."

Doch sein gesamtes Szenario läuft auf diesen einen Punkt zu: Die Juden in Diensten der polnischen Staatssicherheit haben Gleiches mit Gleichem vergolten; sie haben sich nicht anders verhalten als die SS-Schergen, ja eigentlich waren sie noch schlimmer, weil sie im Unterschied zu diesen nicht leidenschaftslos und auf Befehl mordeten, sondern ungehemmt ihre Rachebedürfnisse auslebten.

Fragt sich nur, was einen amerikanischen Reporter jüdischer Herkunft dazu bringt, ein solches Elaborat in die Welt zu setzen. Ist es Antisemitismus, wie gemutmaßt wurde, oder der unbeußte Wunsch, die Opferidentität umzukehren? Oder einfach nur Sensationslust?

Wie auch immer: Die neue Leitung bei Piper (seit kurzem im Besitz der schwedischen Bonnier-Gruppe) hat richtig entschieden, als sie das Buch zurückzog. Denn der Verlag, der unter anderem das Werk Hannah Arendts betreut, hat noch einen guten Ruf zu verlieren. Es gibt genügend deutschsprachige Verlage, für die das nicht gilt.<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 2 – 1995 veröffentlichte im Februar 1995 eine Publikation des sächsischen Justizministers Steffen Heitmann (x853/...): >>**Jetzt Schlußstrich und "Versöhnung?"**

Immer von neuem und verwirrend wird die Diskussion um die Beendigung dessen geführt, was nach Meinung mancher noch gar nicht recht begonnen hat: die Auseinandersetzung mit der Hinterlassenschaft des SED-Regimes.

Es handelt sich dabei um drei Ebenen:

1. Bei der von bestimmten Politikern und Kirchenleuten geforderten Amnestie geht es um einen strafrechtlichen Begriff. Straftaten sollen vergeben, also nicht mehr verfolgt werden. Doch fragt sich: Nur die, die von SED- und Staatsfunktionären im Rahmen ihrer politischen Tätigkeit begangen wurden? Oder nur die "minderschweren" Straftaten dieser Art? Welche sind das? Klare Antworten auf diese Fragen höre ich nicht.

2. Die zweite Ebene ist die Frage des Umgangs mit ehemaligen Mitarbeitern der Staatssicherheit. Dabei geht es nicht um eine "Ausgrenzung" aus der Gesellschaft, sondern lediglich um die Frage, ob solche ehemaligen Mitarbeiter zur Zeit ein politisches Mandat ausüben und im öffentlichen Dienst tätig sein dürfen.

Sollte über die DDR-Vergangenheit ein Schlußstrich gezogen werden?

3. Die dritte Ebene ist die Bewertung der DDR-Vergangenheit: War die DDR ein normaler Staat wie andere auch oder war sie ein Unrechtsregime? Oft wird die Schlußstrich-Debatte religiös verbrämt geführt. Man spricht von "Versöhnung" oder auch "Aussöhnung".

Doch wie geschieht Versöhnung im christlichen Sinne? Das Verhältnis zwischen Mensch und Gott ist durch die Sünde des Menschen gestört. Der Weg zur Versöhnung beginnt mit der Einsicht der Schuld. Es folgt das Schuldbekenntnis und das Bereuen der Schuld. Erst darauf folgt die Vergebung, die die Versöhnung bewirkt.

Zwischen Menschen kann das nicht anders sein. Aber wo bekennen sich die für das Unrecht in der DDR Verantwortlichen bisher zu ihrer Verantwortung? Erleben wir nicht - von wenigen Ausnahmen abgesehen - nur Selbstrechtfertigungen? Versöhnung verordnen, das kann nicht

zum Ziele führen, weil das Ringen um Wahrhaftigkeit umgangen wird.

Die Gründe für die mit Vernebelung geführte Amnestie-Debatte liegen auf der Hand:

1. Von seiten starker Kräfte innerhalb der SPD wird die Absicht verfolgt, die PDS koalitionsfähig zu machen, weil sie zum Regieren gebraucht wird. Daß die PDS die SED war, stört dabei nur.

2. Die meisten der Persönlichkeiten, die jetzt für Amnestie eintreten, haben die DDR und das sozialistische Experiment, deren Objekt wir waren, schon immer zumindest interessant gefunden. Die Wahrheit über das SED-Regime stellt daher die eigene Haltung in Frage. SED-Größen, bei denen man um Audienzen gebuhlt hat, jetzt als Straftäter zu sehen, tut weh.

3. Wenn ein führender Kirchenmann und jetziger Politiker unbestritten über Jahre intensiv konspirative Gespräche mit der Staatsicherheit geführt hat und weiter unangefochten im Amt bleibt, erscheint es zwingend, auch z.B. einem Lehrer dies zu ermöglichen.

Wer nach Amnestie ruft, verrät den Kern der Revolution von 1989/1990!

4. Es fällt auf, daß oft dieselben, die die mangelnde Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit beklagen, jetzt für einen Schlußstrich nach 1990 votieren. Ist das Leid der unberechtigt eingesperrten, mißhandelten, beruflich und gesellschaftlich diskriminierten und um ihr Hab und Gut gebrachten Opfer in der DDR deshalb geringer zu werten, weil diese Diktatur Juden nicht systematisch vernichtet hat? In den Nachwehen des Historikerstreits scheut man den Vergleich der Diktaturen, der ja keine Gleichsetzung bedeutet.

Ein Kern unserer Revolution von 1989/90 war das Ringen um Wahrhaftigkeit und um Friedlichkeit. Wir wollten nicht, daß den Verantwortlichen der DDR unrechtmäßig auch nur ein Haar gekrümmt würde. Sie sollten rechtsstaatlichem Strafrecht zugeführt werden. Das geschieht; es werden Straftaten, nicht politische Handlungen verfolgt.

Wenn Richard von Weizsäcker jetzt sagt: "Das Strafen muß ein Ende finden", so frage ich: Hat es denn je richtig begonnen? Sind unsere Gefängnisse gefüllt mit SED-Tätern? Wer nach Amnestie ruft, verrät den Kern der Revolution von 1989/90, das Bemühen um Wahrhaftigkeit! ...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 2 – 1995 berichtete ferner im Februar 1995 über das Buch "Nicht Auschwitz, aber Stalingrad und Dresden. Was haben wir getan, was wußten wir?" des deutschen Historikers Jürgen Schreiber (x853/...): >>**Geschichtsfälschungen und Desinformationen ...**

Der promovierte Jurist und ehemalige Luftwaffengeneral (Jürgen Schreiber) wurde durch über 1.000 Veröffentlichungen vor allem in Soldatenkreisen bekannt. Sein letztes Buch ("Nicht Auschwitz, aber Stalingrad und Dresden. Was haben wir getan, was wußten wir?") erscheint geradezu maßgeschneidert zum Gedenkjahr des Kriegsendes und 50jährigen "Jubiläums" der "Vergangenheitsbewältigung".

In einer Zeit gezielter Desinformation vermag es vorurteilsfreien Lesern zu vermitteln, wie ein junger Mensch die Hitlerzeit erlebte. Der bekannte amerikanische Publizist Walter Lippmann schrieb:

"Erst wenn die Kriegspropaganda der Sieger Eingang gefunden hat in die Geschichtsbücher der Besiegten und von der nachfolgenden Generation auch geglaubt wird, kann die Umerziehung als wirklich gelungen angesehen werden." ...

Es ist kaum allgemein bekannt, daß Theodor Heuß, der erste Präsident der Bundesrepublik, bereits 1931, also vor der "Machtergreifung" Hitlers, die These vertrat, die Geburtsstätte des NSDAP sei nicht München, sondern Versailles. Ohne Kenntnis der Vorgeschichte zum Dritten Reich ist der rasante Aufstieg Hitlers, nicht zuletzt mit massiver ausländischer Finanzhilfe, nicht zu verstehen.

Hinzu kamen unbestreitbare Erfolge Hitlers, die wiederum durch Zugeständnisse des Auslands ermöglicht wurden, die man den demokratischen Vorgängern des "Führers" verweigert

hatte. Bei der Überfülle heutiger Informationsmöglichkeiten ist der Nachkriegsgeneration kaum vorstellbar, daß im Dritten Reich die Presse weitgehend gleichgeschaltet war und die einseitige Propaganda durch das neu aufgekommene Massenmedium Rundfunk (Volkempfänger!) dem Durchschnittsbürger keinerlei Vergleichsmöglichkeiten bot. Dagegen gibt es in unseren Tagen, da nicht wenige Linke fleißig in Desinformation machen, genügend Möglichkeiten, sich anhand unabhängiger Publikationen ein selbständiges Urteil über das Zeitgeschehen zu bilden.

- Es ist weitgehend unbekannt und wird auch von den Medien durchweg verschwiegen, daß sich höchste angloamerikanische Politiker wie Expräsident Hoover, Churchill und Lloyd George äußerst positiv über Hitler äußerten. Letzterer, immerhin auch einmal Premierminister, bezeichnete Hitler 1936 als "größten lebenden Deutschen". Ist es da vor allem jungen Menschen zu verdenken, daß sie sich für den "Führer" begeisterten?

Es trifft zu, daß zumindest die Erwachsenen von der Existenz der Konzentrationslager wußten. Dachau vor allem war ein Begriff. Aber abgesehen von einem unbestimmten Grauen wußte niemand so recht, wie es dort zuging. Ehemalige Häftlinge schwiegen aus Furcht, wieder an den Ort des Schreckens zu kommen.

Von Massentötungen wußten die meisten tatsächlich überhaupt nichts, zumal diese nach übereinstimmenden Aussagen von Tätern und Opfern unter größter Geheimhaltung erfolgten. Die Behauptung linker "Antifaschisten", die Geburtsjahrgänge 1928 und älter gehörten der "Auschwitzgeneration" an, ist eine durch nichts zu belegende üble Verleumdung. Namen wie Auschwitz, Treblinka oder Maidanek waren in der Bevölkerung völlig unbekannt, während Stalingrad und später Dresden als unfaßbare Tragödie empfunden wurden. ...

Im Gedenkjahr des 50. Jahrestages der Zerstörung Dresdens durch anglo-amerikanische Terrorangriffe erscheint ein Blick auf die Prinzipien deutscher und alliierter Grundsätze für Luftangriffe von besonderem Interesse. Während die maßgebliche Dienstvorschrift "Luftkriegführung" (L. Dv. 16) in Nr. 186 sagt: "Der Angriff auf Städte zum Zwecke des Terrors gegen die Zivilbevölkerung ist grundsätzlich abzulehnen", vertrat der Führer der englischen Konservativen, Stanley Baldwin, im Unterhaus bereits am 10.11.32 die These, daß das Völkerrecht bei Luftangriffen auf Feindesland keine Schranken bedeuten würde.

Die deutschen Luftangriffe auf Warschau und Rotterdam, die unbestreitbar auch viele Todesopfer unter der Zivilbevölkerung forderten, waren auch nach Einschätzung britischer Experten nach internationalem Kriegsrecht zulässig. Sie bildeten übrigens im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß keinen Gegenstand der Anklage.

- Bekanntlich muß immer wieder Coventry als Beispiel barbarischer deutscher Kriegsführung dienen. Jedoch diese englische Stadt war Zentrum der britischen Luftrüstung, also nach Völkerrecht ein durchaus zulässiges Ziel, wie etwa in Deutschland Essen.

Als "Rechtfertigung" der Terrorangriffe auf Hamburg und Dresden scheidet es also aus, auch wenn linke "Antifaschisten" dies nicht wahrhaben wollen. Es war Churchill, der die Bombardierung großer deutscher Städte forderte, um die Moral der Zivilbevölkerung zu brechen. So waren auch die Verluste unter der Zivilbevölkerung nach amtlichen deutschen und britischen Quellen in Deutschland zehnmal höher als in England.

- Im Gegensatz zu den merkwürdigsten Verharmlosungen deutscher Opfer in Dresden, die für gewöhnlich mit 30-35.000 angegeben werden - die Nachrichtensendung "Heute" vom 13.2. sprach sogar von nur 25.000 Toten - heißt es im Tagesbefehl Nr. 47 des Befehlshabers der Ordnungspolizei, Oberst Grosse, vom 9. März 45 wörtlich:

"Bis zum 2. März abends wurden 202.040 Tote, überwiegend Frauen und Kinder, geborgen. Es ist damit zu rechnen, daß die Zahl auf 250.000 ansteigen wird."

Die Stadtverwaltung von Dresden bestätigte in einem Brief vom 31.7.92 diese Angaben. Auf erneute Rückfrage zur Überprüfung der Echtheit erklärte sie, sie dürfe keine Zahlen mehr

nennen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. März 1995 über eine Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker: >>**Keinen Schlußstrich ziehen**

... Der frühere Bundespräsident warnte im Rückgriff auf die alte Rede erneut davor, immer von neuem die Geschichte umzuinterpretieren und zu instrumentalisieren, nur damit die heutige Politik in einem besseren Licht erscheine.

Wie nach dem Ende der Nazi-Diktatur sei es auch nach dem Fall der Mauer gefährlich, die Vergangenheit auf sich beruhen zu lassen. Schlußstriche dürfe es in beiden Fällen nicht geben ...<<

Der tschechische Verfassungsgerichtshof in Brünn verwarf am 8. März 1995 die Verfassungsbeschwerde eines tschechischen Staatsbürgers deutscher Nationalität.

In der Urteilsbegründung hieß es u.a., daß die kollektive Bestrafung (Benesch-Dekret Nr. 108; Konfiskation feindlichen Vermögens) der Sudetendeutschen aufrecht erhalten werden müsse.

Dieses Gerichtsurteil des tschechischen Verfassungsgerichtshofes bestätigte, daß Entrechtung und Abschub der deutschen Bevölkerung auf der Grundlage des sog Benesch-Dekrets in Einklang mit den "Rechtsprinzipien der zivilisierten Gesellschaften Europas" standen (x151/50).

Das Gericht sah im Benesch-Dekret 108 "nicht nur einen legalen, sondern auch einen legitimen Akt", weil die verjagte Bevölkerung "der Demokratie und ihrer Wertordnung feindlich gegenüberstand und in der Folge einen Angriffskrieg unterstützte" (x151/67).

Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Gilbert Gornig schrieb später über das Urteil des tschechischen Verfassungsgerichtshofes in Brünn vom 8. März 1995 (x151/43-44): >>... Der tschechische Verfassungsgerichtshof in Brünn hatte die Möglichkeit, der Vertreibung und Enteignung der Sudetendeutschen eine rechtsstaatliche Würdigung zukommen zu lassen und eine Wiedergutmachungspflicht auszusprechen.

Die Verfassungsbeschwerde des tschechischen Staatsbürgers deutscher Nationalität Rudolf Dreithaler aus Reichenberg gegen das Benesch-Dekret Nr. 108 wurde jedoch verworfen. Dreithaler und zwei Nebenkläger hatten Verfassungsbeschwerde eingereicht mit der Begründung, die "Konfiskation feindlichen Vermögens" verstoße gegen die Menschenrechte und damit auch gegen die tschechische Verfassung.

Vorausgegangen ist dem Urteil ein Besuch des tschechischen Außenministers Zieleniec bei den Richtern, um mit ihnen "unverbindlich" über die Klage zu diskutieren. Der tschechische Staatspräsident Václav Havel erklärte zweieinhalb Wochen vor der Urteilsverkündung in einer öffentlichen Rede, daß die Benesch-Dekrete unantastbarer Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung bleiben werden.

Die Richter nahmen dies alles ohne Widerspruch hin. Es bestehen also Zweifel, ob hier wirklich ein unabhängiges Gericht eine Entscheidung gefällt hat.

In den Gründen des Urteils heißt es, daß eine kollektive Bestrafung der Sudetendeutschen rechtens gewesen sei und aufrecht erhalten werden müsse, da die Sudetendeutschen sich maßgeblich und mehrheitlich an der Zerschlagung des tschechoslowakischen Staates beteiligt hätten. Im Schlußabsatz des Urteils vom 8. März ist zu lesen: "

Aufgrund dieser aller Feststellungen und Überlegungen kam ... das Verfassungsgericht zu dem Schluß, daß das Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 108/1945 Slg. über die Konfiskation des Feindvermögens und über die Fonds der nationalen Erneuerung zum Zeitpunkt seines Erlasses nicht nur ein legaler, sondern auch ein legitimer Akt war.

Im Hinblick darauf, daß dieser normative Akt schon seinen Zweck erfüllt hat und seit mehr als 40 Jahren keine Rechtsbeziehungen mehr begründet und bereits keinen weiteren konstitutiven Charakter besitzt, kann man heute in der geschichtlichen Situation nicht seinen Widerspruch zum Verfassungsgesetz oder zum internationalen Vertrag gemäß Art. 10 der Verfassung ... untersuchen, weil ein solches Verfahren jegliche Rechtsfunktion vermissen ließe.

Entgegengesetztes Verfahren würden den Grundsatz der Rechtssicherheit in Zweifel stellen, der ja eine der Grunderfordernisse der gegenwärtigen demokratischen Rechtssysteme ist."

Die Brüner legten den Vertriebenen ferner die Pflicht auf, ihre Unschuld zu beweisen. Damit wird die Beweislast in rechtsstaatswidriger Weise umgekehrt. Nach rechtsstaatlichem Verständnis gilt ein Beschuldigter so lange als unschuldig, bis ihm individuelle Schuld nachgewiesen werden kann.

Die Brüner Entscheidung spiegelt die Unversöhnlichkeit wider, die in der tschechischen Gesellschaft vorzuherrschen scheint. Die Entscheidung des Brüner Gerichts sowie die Reaktionen der tschechischen Bevölkerung zeigen, daß Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, wozu auch der Respekt vor dem Völkerrecht gehört, in der Tschechischen Republik noch nicht ausreichend verankert sind.

Der tschechische Staat muß die Kraft aufbringen, sich in politischen Äußerungen vom Unrecht der Vertreibung zu distanzieren und in den Entscheidungen seiner Gerichte Konsequenzen aus der Rechtswidrigkeit der Vertreibungen und Enteignungen zu ziehen. Ansonsten wird man der Tschechischen Republik die Reife absprechen müssen, Mitglied in der europäischen Union zu werden.

Ein Staat, der Vertreibungen und Enteignungen ganzer Volksgruppen als legitim betrachtet sowie kollektive Schuldzuweisungen und kollektive Bestrafungen billigt, hat keinen Platz in einem Staatenverbund, der sich "zu den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit" bekennt.<<

Am 9. März 1995 gaben tschechische und deutsche katholische Bischöfe eine gemeinsame Erklärung zur Vertreibungsproblematik ab (x154/20): >>... Erzwungene Umsiedlung und Vertreibung sind Unrecht, wo immer sie geschehen sind und in unseren Tagen geschehen. Sie trafen viele Tschechen während der deutschen Okkupation und sie trafen die Sudetendeutschen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Auch heute darf dieses Mittel der Gewaltpolitik von niemandem für Recht erklärt werden. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. März 1995: >>**Die Enteignung ist rechtmäßig**

... Der tschechische Verfassungsgerichtshof hat am Mittwoch die Rechtmäßigkeit eines Nachkriegsdekrets bestätigt, das zu den Grundlagen für die Vertreibung und vollständige Enteignung von 3 Millionen Sudetendeutschen gehört.

Mit dem Urteil in der mährischen Hauptstadt Brünn wurde die Klage eines Tschechen deutscher Herkunft endgültig abgewiesen, der die Aufhebung des Erlasses 108 des damaligen tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edward Benes vom 25. Oktober 1945 und die Rückgabe eines Hauses durch alle Instanzen verfolgt hatte.

Der Kläger hatte in dem Dekret eine Beeinträchtigung seiner verfassungsmäßigen Rechte gesehen, weil es eine deutsche Kollektivschuld zugrundegelegt und damit die Unschuldsvermutung sowie das Prinzip der Unantastbarkeit von Privateigentum verletzt hätte. Der tschechische Präsident Vaclav Havel hatte erst vor kurzem die Aufhebung der Benes-Dekrete abgelehnt.

Der Fall war in Tschechien auf großes Interesse gestoßen, weil im Fall eines positiven Urteils die rund 100.000 Tschechen deutscher Herkunft sich eine kleine Entschädigung hätten erhoffen können. Für die deutschen Vertriebenen hätte eine solche Entscheidung jedoch zumindest zunächst keine konkreten Folgen gehabt.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/1995) berichtete am 13. März 1995 über das umstrittene Buch "Auge um Auge" von John Sack: >>**Zu heiß zum Anfassen?**

"Bis vor kurzem", behauptet der amerikanische Autor John Sack, "war es mir beinahe egal, ob mein Buch 'Auge um Auge' auch in einer deutschen Ausgabe erscheinen würde oder nicht." Inzwischen ist er anderer Meinung: "Alle möglichen Gerüchte laufen umher, und um der Ju-

den willen, um der Deutschen willen und um der Wahrheit willen muß dieses Buch nun unbedingt veröffentlicht werden."

In nächster Zeit kann Sack, 64, jedoch nicht damit rechnen. Der Münchner Piper-Verlag hat die Auslieferung von "Auge um Auge" im Februar gestoppt, 6.000 bereits gedruckte Exemplare werden eingestampft. In einer Pressemitteilung begründete dies Viktor Niemann, der neue Leiter des unlängst an die schwedische Bonnier-Gruppe verkauften Verlagshauses: "Offensichtlich ist es so, daß dieses Buch zu dem Mißverständnis Anlaß geben könnte, als ließe sich der Holocaust mit anderen Verbrechen aus dieser Zeit vergleichen oder gar aufrechnen."

Der historische Hintergrund von Sacks "Skandalbuch" ("Die Woche") ist die gewaltsame Vertreibung von fast zwölf Millionen Deutschen aus Ost- und Mitteleuropa im Gefolge des Einmarschs der Roten Armee 1945. Über die Opfer dieser Zwangsumsiedlung wird wenig geredet - vor allem in der Furcht, unbelehrbare Rechte könnten sie zur Relativierung der Nazi-Verbrechen mißbrauchen.

Zwar legten die Alliierten im Sommer 1945 in Artikel XIII des Potsdamer Abkommens fest, daß die gigantische Aktion "in ordnungsgemäßer und humaner Weise" stattfinden sollte. Angesichts der Verheerungen eines von Hitler aufgenötigten Kriegs und der brutalen deutschen Germanisierungspolitik im Osten konnte davon jedoch meist keine Rede sein. Der Aufruf des russischen Schriftstellers Ilja Ehrenburg "Die Deutschen sind keine Menschen ... Töte den Deutschen" hat dabei traurige Berühmtheit erlangt.

Auch in Polen und den polnisch besetzten ehemaligen deutschen Ostgebieten wurden bereits im Frühjahr 1945 Hunderttausende Deutsche in Lagern und Gefängnissen eingeschlossen, verhört und mißhandelt. Die Nazi-Schergen, die so zur Verantwortung gezogen werden sollten, traf diese Grausamkeit nur selten.

Von den 60.000 bis 80.000 Menschen, die nach der Schätzung des Koblenzer Bundesarchivs zwischen 1945 und 1948 in den bis zu 1.255 Lagern des kommunistischen polnischen Sicherheitsdiensts umkamen oder ermordet wurden, waren die meisten unschuldige Zivilisten, darunter viele Greise und Kleinkinder. Diese Fakten werden auch von John Sack erwähnt, aber "Auge um Auge" ist keine umfassende Darstellung der Vertreibungsgreuel. Sack, der kein Historiker, sondern Reporter ist, behandelt nur einen regional und zeitlich begrenzten Ausschnitt: Oberschlesien 1945. In Form eines naiv erzählten Doku-Dramas, das die Einbettung in den größeren historischen Kontext vermissen läßt, schildert er die persönliche Geschichte einer jüdischen Überlebenden von Auschwitz: Lola Potok.

Lola ist 24 Jahre alt, als sie dem Vernichtungslager entkommt, in dem zehn Angehörige ihrer Familie, darunter ihr einjähriges Kind, umgebracht worden sind. Durch diese Erlebnisse traumatisiert, sucht Lola Vergeltung. Als Kommandantin eines vom polnischen Sicherheitsdienst eingerichteten Gefängnisses in Gleiwitz übt sie für einige Monate leidenschaftliche Rache, bis sie in einer moralischen Krise, so Sack, "die Falschheit ihres Tuns erkennt und zu Gott und zur Thora zurückkehrt". Bevor sie im November 1945 aus Polen flieht, bemüht sie sich nach Kräften, den internierten Deutschen zu helfen.

John Sack hat diese Geschichte im Jahre 1986 von Lola, die seit langem in den USA lebt, selbst gehört. Und ihr Bericht veranlaßte ihn zu einer siebenjährigen Recherche. Dabei mußte er feststellen, daß es Racheakte von einzelnen Überlebenden des Holocaust nicht nur in Gleiwitz gegeben hatte. So berichtet er in seinem Buch auch über das mörderische Wirken von Schlomo Morel, dem jüdischen Kommandanten des berüchtigten Lagers Schwientochlowitz bei Kattowitz. Dort fanden zwischen Februar und Oktober 1945 mindestens 2.500 Deutsche unter entsetzlichen Bedingungen den Tod. Die "Kommission zur Untersuchung von Verbrechen gegen die polnische Nation" hat Morel 1991 zum erstenmal vorgeladen. Der weiteren Untersuchung entzog er sich 1993 durch Flucht.

Laut der von Sack zitierten Schätzung des Sekretärs des Sicherheitsdienstes für Schlesien,

Pinek Maka, sind in Oberschlesien, aber nur dort, zeitweilig fast 75 Prozent (rund 160) der höheren Offiziere des kommunistischen staatlichen Sicherheitsdiensts, der die Internierungslager führte, Juden gewesen. Sack nimmt an, daß die sowjetisch gesteuerte Organisation absichtlich Überlebende des Holocaust auf hohe Posten setzte. Juden waren sowohl Pinek Maka als auch der Direktor der für die schlesischen Gefängnisse und Lager zuständigen Abteilung, Chaim Studniberg. Sie sind neben Lola Potok und Schlomo Morel die Hauptfiguren des Buches. Bis Herbst 1945 hatten die meisten Juden den polnischen Sicherheitsdienst aber bereits verlassen.

Der von dem polnischen Intellektuellen Adam Michnik geäußerten Überzeugung, die jüdischen Kommunisten des Jahres 1945 hätten eher als Kommunisten denn als Juden empfunden und gehandelt, folgt Sack aber nicht.

Vielmehr zieht er sogar die Greuelthaten in einem als "Hölle von Lamsdorf" bekannt gewordenen Lager, das unter der Leitung eines nichtjüdischen Kommunisten stand, zur Illustrierung von Chaim Studnibergs "jüdischer Rache" heran. Denn Studniberg habe von den Vorgängen in Lamsdorf gewußt und das Lager mehrfach inspiziert.

"Als ich Lolas Geschichte entdeckte", erzählt Sack, "habe ich meinen Rabbi gefragt, was neben meiner Verpflichtung als Reporter meine Verpflichtung als Jude sei." Dessen Antwort: "Du mußt das schreiben, oder du machst dich schuldig."

Sack gehört zu den Veteranen des amerikanischen Journalismus. Der Autor von acht Büchern, darunter das Vietnam-Buch "M", das zum Unterrichtsstoff an amerikanischen Colleges gehört, ist seit über 45 Jahren Reporter. Unter anderem arbeitete er für den "New Yorker", für "Harper's" und "Esquire", ferner als Kommentator und Korrespondent für den Fernsehsender CBS, auch als Kriegsberichterstatte in Korea, in Vietnam und im Irak.

Trotz seiner Reputation als Journalist von "außergewöhnlicher Integrität und Unerschrockenheit" ("The Nation") hatte Sack mit "Auge um Auge" von Anfang an wenig Glück. Mehrere Jahre lang zahlten ihm der Verlag Henry Holt und verschiedene Redaktionen hohe Vorschüsse, finanzierten aufwendige Recherchen und lehnten dann doch alle den Abdruck der Geschichte ab.

Im März 1993 aber druckte schließlich die New Yorker Zeitschrift "Village Voice" den Teil des Buches über Schlomo Morel. "Die Geschichte", schrieb der "New York Observer", sei "einfach zu heiß zum Anfassen". Ein halbes Jahr später wurde Sacks Buch vom angesehenen New Yorker Verlag "Basic Books" unter dem unpassenden Titel "An Eye for an Eye" veröffentlicht. Mit einem lüsternen Untertitel wurde gar der falsche Eindruck einer systematischen jüdischen Racheaktion suggeriert.

Ogleich die in den USA renommierte Fernsehsendung "60 Minutes" im November 1993 Sacks Recherchen über Schlomo Morel in einer großangelegten Dokumentation bestätigte, wurde "Auge um Auge" bis auf wenige Ausnahmen in der amerikanischen Presse meist angegriffen oder ignoriert.

Zwar hieß es in der allerersten Besprechung, die in dem kleinen Periodikum PS - The Intelligent Guide to Jewish Affairs aus der Feder des bekannten jüdischen Publizisten Adam Simms erschien: "Von 'Auge um Auge' haben wir nichts zu befürchten, sondern viel zu lernen." Doch ein Großteil der Kritik wurde vom Verriß eines Assistenz-Professors in Harvard, Daniel Goldhagen, diktiert, der im "New Republic" Sacks Buch eine "reine Erfindung" nannte.

Die Zeitschrift Progressive vermutete, Sacks Beschreibung der Ereignisse in Polen wirke unglaubwürdig, weil das amerikanische Bewußtsein über den Holocaust inzwischen von Steven Spielbergs Film "Schindlers Liste" bestimmt sei. In der Schlußszene wird angedeutet, alle Überlebenden seien direkt nach Israel ausgewandert.

Daß die Veröffentlichung von "Auge um Auge" in Deutschland so plötzlich gekippt wurde, haben die großen amerikanischen Tageszeitungen dennoch mit einigem Erstaunen registriert.

"Eine einzige Besprechung" - gemeint war der "Antisemitische Rohkost" überschriebene Artikel Eike Geisels in der Frankfurter Rundschau - "reichte anscheinend aus, um den Piper-Verlag zu überzeugen, daß der Ankauf von 'Auge um Auge' ein Fehler war", wunderte sich die "Washington Post" über die Rücknahme des Buches.

Die New York Times zitierte Ralph Giordano ("Das ist der größte Dreck") mit dem Hinweis, daß er das Buch nicht gelesen habe.

In der deutschen Presse wurde Pipers Entscheidung begrüßt. Auch "die Zeit", die im Sommer 1993 noch den Nachdruck von Sacks Artikel aus der "Village Voice" erwogen hatte und deren Redakteur Thomas Kleine-Brockhoff an Sacks Recherche beteiligt war, befand jetzt, die neue Leitung bei Piper habe "richtig entschieden".

Daß die Zeit ausgerechnet unter der haltlosen Überschrift "SS-Juden" dem Autor Sack Sensationslust vorwarf und ihm ein hauseigenes Dossier über Schlomo Morel als musterhaftes Gegenbeispiel vorhielt, ist freilich ein Indiz für die Verkrampftheit und sogar Unehrlichkeit der gutgemeinten Argumentation: Die Autorin des Dossiers selbst, die Polen-Korrespondentin Helga Hirsch, hatte für die Veröffentlichung von Sacks Buch plädiert.

Ähnlich argumentierte der Polen-Experte Klaus Bachmann in der "taz". In der Mitte seines durchaus fundierten Artikels beschied er den Leser, Pipers Rückzug sei "richtig", zum Ende stellte er ihn in Frage: "Vielleicht hätte das schlechte Buch von John Sack ja das Entstehen einiger guter Bücher über die unmittelbare Vorgeschichte der Vertreibung der Deutschen provoziert."

Was der Piper-Verlag mit dem Verzicht auf das Buch verhindern wollte, ist nun - wenn auch unter Ausschluß der Leserschaft - erst recht passiert: In deutschen Feuilletons ist auf der Basis der amerikanischen Ausgabe eine Debatte eröffnet worden, die in die falsche Richtung geht.

Denn ein Großteil der Kritik sucht Sacks Buch ausgerechnet dort aus den Angeln zu heben, wo es nichts zu bezweifeln gibt: bei seinem Wahrheitsgehalt. So unübersichtlich die Anmerkungen und Quellenbelege in "Auge um Auge" auch sind, sie sind vorhanden und haben noch jeder Überprüfung standgehalten.

Sacks Quellen sind nicht nur, wie die Zeit meinte, eine "bloße Summierung von oral history". Vielmehr hat der Autor deutsche wie polnische Akten zur Verifizierung der von ihm eingeholten 150 Zeugenaussagen, darunter 48 am Geschehen direkt beteiligte Zeitgenossen, herangezogen. Besonders gewichtig sind dabei die Verwaltungs-, Prozeß- und Lagerakten aus Gleiwitz, Kattowitz und Schwientochlowitz, die erst nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft in Polen zugänglich wurden.

Als Anfang der fünfziger Jahre fast 30.000 Vertreibungsberichte für eine "Ost-Dokumentation" des Bundesarchivs ausgewählt wurden, hatte man noch davon ausgehen müssen, daß die Vorfälle "aktenmäßig oder aus sonstiger Quelle nicht oder nur unvollkommen zu belegen sind".

Angreifbar an Sacks Darstellung sind nicht die Fakten, sondern Form und Stil. Sack ist ein Vertreter des sogenannten new journalism, der im Bemühen um Authentizität hautnah aus der Sicht der Betroffenen schreibt und so Geschichte in persönlichen Geschichten faßbar zu machen sucht.

In den USA sind solche "Doku-Dramen" beliebt, auch ein Großteil der amerikanischen Holocaust-Literatur gehört zu diesem Genre. Man werde den Opfern nicht gerecht, wenn man das Grauen nicht direkt spürbar mache, heißt die Devise, die auch im deutschen Historikerstreit zur Forderung wider die kalte Historisierung des Nationalsozialismus wurde. Sack mag daher nicht verstehen, warum die eindringlichen Gewaltszenen in "Auge um Auge" ihm sogar in den USA den Vorwurf des "sadistischen Sensationsjournalismus" ("The Nation") eingetragen haben.

"Auge um Auge" zeigt überdeutlich die Tücken der dramatischen Einfühlung: So sind die

Dialoge nicht erfunden, wie die Kritik mutmaßte. Vielmehr geben sie - mit drei Ausnahmen - direkte Aktenzitate oder die auf über 300 Stunden Tonband festgehaltene wörtliche Rede der von Sack befragten Zeitzeugen wieder. Das Problem: Selbst dem gutwilligen Leser erscheinen sie dennoch wie konstruiert.

Sacks Geschichte ist keine Kolportage, aber sie wirkt so. Und dieser fatale Eindruck wird durch die katastrophale Unübersichtlichkeit des Anmerkungssteils noch verstärkt. Hier hätte das Piper-Lektorat zur Glaubwürdigkeit des Buches beitragen können. So aber verliert sich die Richtigstellung der von Lola stammenden verfehlten Analogien etwa von Auschwitz und den polnischen Internierungslagern im Unterholz. "Die Wahrheit", so Sack, "ist freilich, daß sie nur glaubte, wie die Nazis zu werden, dem aber keineswegs so war."

Für ein europäisches Lesepublikum ist "Auge um Auge" aber noch in einer weiteren Hinsicht schwer erträglich: Sacks Sprache ist unsensibel, voller Klischees und bedient sich frivoler Vergleiche. Seine Personenbeschreibungen führen gelegentlich nach Hollywood: von Humphrey Bogart bis zum Colonel (Oberst) aus "Die Brücke am Kwai", der im Auschwitz-Kapitel auftaucht.

Ebenso nachdenklich macht aber die Aufnahme, die "Auge um Auge" in der deutschen Kritik erfahren hat. Warum wird die Tatsache, daß einzelne Überlebende des Holocaust Vergeltung übten, mit solcher Bestürzung aufgenommen? Schließlich ist das Bedürfnis nach Sühne und Rache für erlittenes Unrecht ein sehr menschliches Phänomen. Und wer sonst hätte je Grund zur Vergeltung gehabt, wenn nicht die jüdischen Überlebenden des Holocaust?

Bei der Rache an den Deutschen, schrieb Walter Dirks schon 1947 in den Frankfurter Heften, handle es sich um "schreckliche Folgen schrecklicher Taten". Anscheinend gerät hier aber die heimliche Vorstellung jener ins Wanken, die sich die jüdischen Opfer des nationalsozialistischen Massenmords, aber auch die Überlebenden, als willenlose, passive Geschöpfe vorstellen wollen.

Auf jeden Fall war es ein waghalsiger Schritt des Piper-Verlags, Sacks Buch den Untertitel "Opfer des Holocaust als Täter" zu geben. Schließlich gehört zur deutschen Verarbeitungskultur die ebenso unmenschliche wie mystifizierende Forderung, alle Juden müßten makellose Heilige sein. Dies freilich ist nur die zynische Logik eines umgedrehten Antisemitismus: so als könne es die deutsche Schuld an Auschwitz in irgendeiner Weise relativieren, wenn auch nur ein Jude die ausschließliche Opferrolle verläßt.

Aber auch die irreführende Anständigkeit jener, die Sacks Buch als revisionistische Gefahr verdammen, enthüllt eine fatale Verwandtschaft. Ewiggestrige wie eifertige Warner scheinen beide anzunehmen, daß eine Relativierung des Holocaust überhaupt möglich sei.

Sacks Buch ist mißglückt. Gefährlich ist es aber sicher nicht. Nach dem überstürzten Rückzug des Piper-Verlags liegt die Gefahr nun vielmehr darin, daß sich rechte Hetzer des Themas bemächtigen. Der einzige Ausweg aus diesem Verwirrspiel mit guten Absichten wird sein, daß "Auge um Auge" vernünftig lektoriert und dann doch publiziert wird.

Bis der Piper-Verlag am 30. April die deutschen Rechte am Buch zurückgeben muß, sieht sich Sacks Agent schon einmal nach einem anderen Verlag um. Das prompte Angebot des neokonservativen Hauses Ullstein Langen Müller hat der Autor aber abgelehnt.

"Nachdem bereits die linksliberale Presse behauptet hat, daß meine Botschaft 'Juden gleich Nazis' sei", fürchtet der endlich etwas ernüchterte Sack, "würden das die Rechten wohl erst recht tun, und dann könnten die Deutschen niemals erfahren, wovon mein Buch wirklich handelt." In Polen und Italien soll "Auge um Auge" demnächst erscheinen. ...<<

Der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Franz Neubauer, berichtete am 18. März 1995 in seiner Rede vor der Bundesversammlung (x159/26): >>... (Vaclav Havel) hat sich vermeintlichen innenpolitischen Zwängen angepaßt, er hat Moral und Recht tagespolitischen Erwägungen geopfert. ...

Das Urteil des Brünner Verfassungsgerichtshofes (versperrt) den Weg in die Europäische Union. ...

Die tschechische Seite muß gar nicht die Hand ausstrecken, sie muß nur unsere – seit Jahrzehnten zur Versöhnung ausgestreckte Hand – ergreifen und nicht wegstoßen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. März 1995: >>**Kinkel: Prag muß Rücksicht auf Sudetendeutsche nehmen**

Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP) setzte sich in einer Regierungserklärung für eine Verbesserung des angespannten Verhältnisses ein: Der Teufelskreis von Unrecht und Gegenunrecht, von Schuldvorwürfen und Gegenrechnungen müsse durchbrochen werden.

Die Rede ist in Bonn als Antwort auf eine Erklärung des tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Havel vom 17. Februar verstanden worden. Vor der Prager Karls-Universität hatte Havel die Vertreibung der Sudetendeutschen als "Nachkriegsaussiedlung" bezeichnet und jede materielle Entschädigung ausgeschlossen. ...

SPD-Bundesgeschäftsführer Günter Verheugen warf der Bundesregierung vor, sie habe die überfällige deutsche Geste gegenüber tschechischen Opfern der Nationalsozialisten mit Zugeständnissen gegenüber den Vertriebenen verknüpft und habe sich damit das Junktim "sudeten-deutscher Scharfmacher" zu eigen gemacht. Ein Teil der Landsmannschaft blockiere die Aussöhnung mit unrealistischen Forderungen nach Rückgabe enteigneten Besitzes, sagte Verheugen.

Zeitgleich mit der Rede Kinkels wurden Äußerungen des tschechischen Ministerpräsidenten Vaclav Klaus bekannt, der die sudetendeutsche Frage als abgeschlossen, "wie die österreichisch-ungarische Monarchie" bezeichnet.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. März 1995 über die Zerstörung der alten Fachwerkstadt Hildesheim: >>**Das tausendjährige Hildesheim ging im Bombenhagel unter**

Wenige Wochen vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges ging Hildesheim im Bombenregen und Feuersturm unter. Am 22. März 1945 flogen britische und kanadische Bomber einen Großangriff auf die alte Fachwerkstadt, eine der Kulturmetropolen Niedersachsens. Mehr als 1.000 kamen an diesem Tage um, unersetzliche Werte aus einer mehr als tausendjährigen Geschichte wurden vernichtet. Von 69.000 Einwohnern wurden 34.000 obdachlos.

Von der Innenstadt im Kranz der mittelalterlichen Wallanlagen blieb außer wenigen Steinruinen nichts übrig, 1.500 Fachwerkhäuser verbrannten 1.300 zu Asche. Zerstört wurden nach einer späteren Aufstellung in allen Stadtteilen zusammen 87 Prozent der Fachwerkhäuser, 85 Prozent der Geschäfte, 80 Prozent der öffentlichen Gebäude, 70 Prozent der Handwerksbetriebe, 50 Prozent der Industrieanlagen. Die Eisenbahn meldete Schäden im Wert von 7 Millionen Mark.

Zerstört wurden alle bedeutenden Kirchen wie St. Andras und der Dom, nur zwei blieben übrig. Verbrannt wurde das Knochenhaueramtshaus von 1524, das das Haus der Schlachterinnung und eines der bekanntesten deutschen Gebäude überhaupt war. Mit ihm zerfielen im Bombenhagel auch viele andere Gebäude, die den Zauber einer in Jahrhunderten gewachsenen Stadt ausmachten. ...

Der 22. März 1945 war ein herrlicher Frühlingstag mit strahlendem Sonnenschein, keine Wolke am Himmel. Vormittags hatte es Voralarm gegeben, viele Menschen eilten in die umliegenden Wälder und Stollen, doch nach einer Vorentwarnung am Mittag kehrte ein großer Teil in die Stadt zurück. Der Vollalarm gegen 13 Uhr kam zu spät, die Flugzeuge waren praktisch schon über der Stadt. Das Verhängnis begann.

247 Lancaster-Bomber und Mosquito-Pfadfinder plus 8 Staffeln Jagdschutz stürzten sich auf Hildesheim, das wie auf dem Präsentierteller dalag, in etwa 6 Minuten wurden mehr als 1.000 Tonnen Bomben abgeladen, darunter 326.000 Brandbomben. Als alles vorbei war, stieg eine

Rauchwolke bis auf viereinhalb Kilometer Höhe.

Die Zahlen hat (der) Hildesheimer Journalist Hermann Meyer-Hartmann in britischen Archiven ermittelt und 1985 in seinem Buch "Zielpunkt" veröffentlicht. Er hat nachgewiesen: Es war ein gezielter Angriff auf die Innenstadt und ihre Bevölkerung. Die "Christbäume", farbige Markierungsbomben wurden vom sogenannten Masterbomber entsprechend gesetzt, zentraler Punkt war der Turm der Andreaskirche. Luftminen, bis zu 2.000 Kilogramm schwer, rissen die Gebäude auf, die Unzahl der Brandbomben setzte sie in Flammen, wenig später erhob sich ein Feuersturm, dem nichts widerstand. Hildesheims Innenstadt war die Hölle.

Wer es nicht wagte, sofort nach dem Angriff durch die Flammen auszubrechen, erstickte, weil das Feuer den Sauerstoff raubte, kam durch die Hitze in glühenden Kellern zu Tode. Auf der Straße wurden die Menschen von brennenden Trümmern erschlagen, vom Sturm ins Feuer gerissen. Man fand später Tote, die schwarz und klein wie Puppen waren. Horrorszenen spielten sich in brennenden Lazaretten ab, Tiefflieger sollen noch auf flüchtende Menschen geschossen haben.

Die Feuerwehren hatten die Löschteiche bald leergepumpt, man suchte in der Kanalisation nach Wasser, fand aber nur Schlamm. Das Feuer wütete tagelang, noch 2 Wochen später flimmerte die Luft über den Schutthaufen vor Hitze. Als amerikanische Truppen am 7. April die Stadt ohne einen Schuß besetzten, qualmte sie immer noch.

Hildesheim war damals weithin eine tote Stadt. ...<<

Die sudetendeutsche Bundesversammlung erklärte am 19. März 1995 (x159/26-27): >>Wir Sudetendeutsche haben uns in den vergangenen 50 Jahren bemüht, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und bieten erneut – gerade 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – dem seit fünf Jahren freien tschechischen Volk die Hand zur Versöhnung.

Begangene Verbrechen und Verletzungen der Menschenrechte müssen, soweit dies möglich ist, mit friedlichen, rechtstaatlichen Mitteln wiedergutmacht werden. Damit wird der Weg frei, um eine Partnerschaft zwischen den Völkern und Volksgruppen im Herzen Europas aufzubauen.

Was immer geschehen sein mag: Die Zukunft in Europa gehört jenen, die den Mut aufbringen, Haß, Chauvinismus und Intoleranz zu überwinden und gemeinsam neue Formen des Zusammenlebens zu schaffen. ...<<

Milan Uhde (Vorsitzender des damaligen tschechischen Abgeordnetenhauses) erklärte am 22. März 1995 während einer Rede zur Eröffnung der Leipziger Buchmesse (x154/21): >>... Erst nach November begegnete ich als Kultusminister der Tschechischen Republik und Mitglied der Regierungsdelegation bei dem ersten Auslandsbesuch, der nach dem nachbarlichen Bayern führte, auf Anregung des Gastgebers, Herrn Ministerpräsidenten Streibl, einer kleinen Funktionärsguppe der Sudetendeutschen Landsmannschaft und hörte die Meinung, daß wir als Tschechen gerade jetzt, wo wir das Recht, die Demokratie und den Europaeintritt anstreben, den einstigen Bürgern der Tschechoslowakei, die im Jahre 1945 ihre Heime massenhaft zu verlassen gezwungen wurden, etwas wesentliches schuldig sind.

Alle Mitglieder der tschechischen Delegation hörten nicht nur den Appell zur Versöhnung und zur ethischen Reinigung von all dem Bösen, was von den beiden Seiten begangen wurde, sondern auch eine Forderung nach der materiellen Entschädigung der betreffenden deutschen Vertriebenen, eine Forderung, ihnen den Besitz und das Recht auf Heimat in Form der Staatsbürgerschaft der Tschechischen Republik zurückzugeben. Es ist mir klargeworden, daß uns keiner der Pflicht, uns diesen Forderungen zu stellen, entheben wird. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. März 1995: >>**Es bleibt das Gefühl des Verrats**

... Der Landesverband rief - und sie kamen zu Tausenden zur Großkundgebung des Bundes der Vertriebenen (BdV), ... um an "50 Jahre Flucht und Vertreibung" zu erinnern. Die Fahnen

der Landsmannschaften in den Händen, mit Chören und Gesang gedachten die überwiegend alten Menschen dem Verlust ihrer Heimat und dem erlittenen Unrecht während der Flucht und Vertreibung am Ende des zweiten Weltkrieges. Der BdV forderte, Vertreibungen nicht als Mittel der Politik zuzulassen und zu ächten.

... Ost- und Westpreußen, Pommern und Schlesien, Ostbrandenburg und Sudetenland wurden uns geraubt - wo bleibt die Entschädigung für uns?", mahnte ein Plakat. "Sie haben Ostdeutschland verraten, die Bonner Demokraten", hieß es auf einem Schild.

... Die stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes, Barbara Loeffke, ... vermißte den "Aufschrei" in Deutschland bei der Unterzeichnung der Ostverträge in den 70er Jahren und bei der Verabschiedung des Einigungsvertrages 1990. "Es bleibt das Gefühl des Verrats an den Heimatvertriebenen", meinte die stellvertretende Landesvorsitzende zum Aussöhnungsprozeß nach dem Zweiten Weltkrieg.

Zu diesem Zeitpunkt war Fritz Wittmann, Präsident des BdV, schon gegangen. Mit Blick auf die Debatte um die Ansprüche vertriebener Sudetendeutscher hatte der BdV-Präsident die tschechische Republik gemahnt, es werde "kein einvernehmliches Nebeneinander und keine tragfähige Verständigung geben können, wenn auf einer Seite weite Teile der geschichtlichen Wahrheit ausgeblendet wird. Es gibt keinen Schlußstrich unter die Geschichte.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas berichtete später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck über die erfolglosen friedlichen Proteste der deutschen Vertriebenen (x851/...): >>... Homo homini lupus est. Diese traurige Maxime prägt immer noch unsere geschichtliche Erfahrung. Dies haben die Römer bereits vor zwei Tausend Jahren festgestellt. Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf. Und dennoch muß man versuchen, sich anständig und ethisch zu verhalten. Wie die christliche Lehre uns empfiehlt: Vergeben, um vergeben zu werden.

So der Hochkommissar Ayala Lasso in der Paulskirche (28. Mai 1995): "In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Charta der deutschen Heimatvertriebenen zu sprechen kommen. Es ist gut, daß Menschen, die Unrecht gelitten haben, bereit sind, den Teufelskreis von Rache und Vergeltung zu brechen, und sich auf friedlichen Wegen für die Anerkennung des Rechtes auf die Heimat und für den Wiederaufbau und die Integration Europas zu arbeiten. Eines Tages wird dieses Opfer besser gewürdigt werden."

Die deutschen Vertriebenen haben diese Worte vor mehr als 9 Jahren vernommen. Ich frage mich nun heute: Wie lange werden wir noch warten müssen, bis die Politiker, Journalisten und Historiker jene Friedensleistung der deutschen Vertriebenen anerkennen?

Wie lange muß man in Deutschland warten, bis die deutsche Regierung diese Leistung würdigt? ... Das Recht auf die eigene Geschichte und auf die eigene Heimat existiert. Es darf kein leeres Postulat sein. Jedoch wirken manchmal gewaltige Kräfte dagegen – Kräfte, die wir unter dem allgemeinen Begriff des Zeitgeistes wiederfinden – in der Politik des Schweigens, der Desinformation, der Satanisierung, der Erpressung, der Anpassung, ja, auch in der Politik des billigen Opportunismus. ...<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" schrieb am 29. März 1995 über die nicht selten bösarigen Berichte zum 100. Geburtstag des Schriftstellers Ernst Jünger (x268/162): >>... Dem eifrigen Zapper eröffnet die Berichterstattung zu Ernst Jüngers Hundertstem dieser Tage spannende Einblicke. So präsentierte das ZDF-Magazin "Frontal" einen Brief Roland Freislers über Jünger, von dem schon 1993 nachgewiesen wurde, daß er gefälscht ist. Ein Blick ins Zeitungsarchiv hätte darüber schnell Auskunft gegeben. ...

Man mag heute über Jünger denken, was man will: Die aktuelle Berichterstattung über ihn ist nur in einem Milieu umfassender Desinformation möglich.<<

Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtete im März 1995 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3 – 1995 über das Ende des Zweiten

Weltkrieges (x853/...): >>Selektives Gedenken

... Das Kriegsende 1945 bedeutete für Deutsche vor allem entsetzliche Tragödien. Und wer menschlich denkt und sich erinnert, fragt: wo bleibt das Gedenken, ein Tag der Trauer, ein würdiges Denkmal, für die ca. 2,5 Millionen bei der Vertreibung aus Ostdeutschland, Böhmen/Mähren und Sudetendeutschland, auf dem Balkan umgekommenen Deutschen, die erfroren, erschlagen, erschossen, ertrunken, auf der Flucht bombardiert, niedergewalzt, verhungert oder in sowjetische Sklaverei deportiert und verschwunden sind?

Wer errichtet jenen wohl hunderttausenden deutschen Mädchen und Frauen ein Denkmal, die Opfer systematischer und massenweiser Schändungen durch eine hemmungslose Soldateska, schließlich abgeknallt wurden oder sich selbst das Leben nahmen.

Wäre das nicht ein Gedenken wert von seiten auch einiger Feministinnen, wenn sie ernstgenommen werden wollen? Stünde es nicht der Kirche gut an, statt ungerechter Selbstbezeichnung der damaligen Kirche jener in würdiger Form zu gedenken, die damals ihr Leben gaben, um Frauen zu schützen (darunter nicht wenige Priester)?

Ist es zumutbar, "Befreiung" feiern zu sollen angesichts der zahllosen Opfer, Soldaten und Zivilisten, im Gefolge jener sadistischen Mordhetze, die der Salonkommunist und perverse Agitator Ilja Ehrenburg jahrelang in Frontzeitungen der Roten Armee einimpfte? Verdienen nicht jene ein Denkmal, die - wie die deutsche Marine - in einer beispiellosen Rettungsaktion 2,4 Millionen Menschen aus jener Hölle retteten? ...

Wo bleibt ein Denkmal oder wenigstens ein würdig-öffentliches Gedenken an die zigtausenden deutscher Kriegsgefangener, die man wissentlich in den amerikanischen Todeslagern am Rhein hat umkommen lassen, oder an der Ost-West-Begegnungsgrenze (teilweise unter Bruch ausdrücklicher örtlicher Übergabevereinbarungen) an die Rote Armee und damit meist in den Tod zu Hunderttausenden kalt-brutal ausgeliefert hat?

Sie werden darauf wohl ebenso wie die Hunderttausende Zivilopfer (als solche waren sie bewußt gewählt in einer längst vor dem Krieg geplanten verbrecherischen Bombenterror-Strategie seitens der Briten) warten müssen, ebenso wie die deutschen Opfer (es waren die ersten, noch vor den Massen der europäischen Juden) der Konzentrationslager (die Deutschen waren auch die letzten in den von den Sowjets nach 1945 in trauter Kontinuität weitergeführten Nazi-KZs).

Genug. Man wird die festgefahrenen selektiven Bewältigungs-Profis, die Gedächtnis und Denkmale für ihre Zwecke instrumentalisieren, nicht umstimmen. Mir bleibt unvergessen, was uns 1946 Prof. Andres in der Vorlesung in Bonn mit erschütternder Verzweiflung sagte: "Ja, wir sind befreit. Befreit von den letzten Illusionen."

Amerikanische Soldaten (bei denen es übrigens 1945 in Deutschland makabrerweise noch die traditionelle strenge Rassentrennung gab) hatten sein Lebenswerk, ein religionswissenschaftliches Archiv mutwillig auf die Straße geworfen, zertrampelt, verdreckt, angezündet, vernichtet. Damals galt das Verbot der Verbrüderung. Man wollte gar nicht befreien. Morgenthau plante das Gegenteil.

Ja, wir hatten dann Glück im Unglück, als wir bald wieder (von Ost und West) gebraucht wurden. Das größte Glück aber war die fast wunderbarerweise gesundgebliebene Substanz des Volkes, religiös sowohl wie im Ethos, das keine Panik und nihilistische Verzweiflung aufkommen ließ. Insbesondere die damals noch intakten Familien wurden Orte des Sichfindens. Neuanfang und Aufbau sind ebenso wie Durchhalte- und Ertragskraft, Klugheit, Vorsorge und besonnenes Handeln in jener Zeit ein wahres Ruhmeskapitel unseres so fürchterlich geprüften Volkes.

Es stand damals - nicht ohne die Schuld (Forderung nach bedingungsloser Kapitulation, Ablehnung einer Zusammenarbeit mit dem deutschen Widerstand) und Dummheit (Roosevelts Plan eines Weltkondominiums mit Stalin und Desinteresse an Europa. Verzicht auf den politi-

schen Einsatz des Alleinbesitzes der Atombombe 1945) hoher Politiker vor einem elementaren Dilemma: Stalin Deutschland und damit Europa auszuliefern, was die Westmächte, als sie in großer Torheit und unter Eisenhowers Befehl an der Elbe haltmachten (die deutschen Truppen kämpften nicht mehr gegen sie), wissentlich insoweit zuließen, oder bis zum opferreich bitteren Ende für Deutschland und Europa weiterzukämpfen.

Mit den Deutschen sahen das auch 600.000 Freiwillige aus ganz Europa so, darunter Russen (unter General Wlassow), Kosaken u.a.m., die hervorragend kämpften: z.B. in Pommern die Wallonen, in Berlin 1945 die Franzosen ...

Der zerreiende Konflikt, den gerade auch gläubige Menschen, die wahrhaft innigst ein Ende dieses sozialdarwinistischen, und damit strukturell verbrecherischen Regimes ersehnten, ist treffend vom ersten Bundespräsident Theodor Heuß herausgestellt worden:

"Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind."

Weil das eine nicht ohne das andere zu erreichen war. Und man muß hohe Achtung vor denjenigen haben, die sich bis zum Schluß opferbereit eingesetzt haben, um noch zu retten, um noch Schlimmeres zu verhindern.

War nun alles sinnlos? Im persönlichen Schicksal, im Leben des Volkes, so im geschichtlichen und tieferen Ideenkampf erheben sich für den Gläubigen wahrhaft quälende, bittere, nachhaltig schmerzende Gedanken. Die Heilige Schrift beschreibt gelegentlich die Geschichte der Völker und Kulturen, gleichsam hinter dem äußeren, oft katastrophischen Geschehen, als ein gewaltiges "Spiel", bei dem die Akteure und die Opfer etwas bewirken, was jenseits ihres jeweiligen Horizonts gewollt wurde.

Europa wurde schließlich, durch den Verrat von Jalta und Potsdam nur teilweise, seit 1989 fast ganz, gerettet. Bis 1945 und danach hat daran - jenseits der Motive - Deutschland einen hervorragenden Anteil. Schon 1919 durch das Scheitern der kommunistischen Revolution in Deutschland, die Europa ins Wanken gebracht hätte (Vgl. die kenntnisreiche, wenngleich parteiisch prorevolutionär eingestellte Studie von Sebastian Haffner, "Der Verrat, 1918/19 - als Deutschland wurde, wie es ist" ...).

Adenauers klare Entschiedenheit, die Unverführbarkeit der Deutschen durch den Bolschewismus hat Europa, wo Italien, Frankreich, Spanien insofern tief gefährdet waren, stabilisiert. Die friedliche Revolution von 1989 hat dieser epochalen Widerstandskraft das befreiende Siegel aufgedrückt. In und hinter allem waltet ein letzter Ausgleich. Davon ist der gläubige Mensch überzeugt, der nicht - wie heute weitgehend - die Eschatologie ausklammert, beschweigt, umdeutet, aus Verkündigung und Unterricht ausschließt (siehe das empfehlenswerte Büchlein von Georg Scharf "Frohbotschaft oder Drohbotschaft?" ...).

Die großen Wirklichkeiten von Schuld, Sünde, Sühne, Segen oder Fluch, Gericht und Vollendung müssen uns auch im April/Mai 1995 Fundament und Gehalt jenes lautereren Gedenkens sein, das unter dem Zeichen des Kreuzes und in Osterhoffnung zur Haltung würdiger pietas reift.<<

Der österreichische Publizist Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) berichtete im März 1995 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3 - 1995 (x853/...): >>**Die**

Linke ist noch nicht am Ende

Der Kampf geht weiter

Ich habe hier schon einmal über die "Linke" geschrieben, sollte aber dennoch wiederholen, wie man die Begriffe "links" und "rechts" einordnen muß, vor allem, um zu vermeiden, daß man behauptet, sie berühren sich in ihren Extremformen.

Das wird gerne mit wissendem Augenaufschlag in Diskussionen wiederholt, doch extrem kalt ist völlig anders als extrem heiß, extrem nah als extrem fern, extrem groß als extrem klein. Wer nun darauf besteht, daß in der politischen Arena rechts nahezu links sei, weiß nicht, was

diese beiden Begriffe in der Tat vertreten.

Auch kennt er vielleicht nicht den Unterschied zwischen wirklichen Feinden und bloßen Konkurrenten. Der Bierbrauer, der ein dunkles Bier herstellt, ist ein Konkurrent jenes, der entweder auch ein dunkles oder vielleicht auch ein helles Bier zusammenbraut. Sein wirklicher Feind ist jedoch der propagandistisch aktive Antialkoholiker. Das schließt freilich nicht aus, daß manchmal der Konkurrent mehr gehaßt wird als der Feind.

Links bezieht sich auf unseren Herdentrieb und das Behagen, das wir beim Gleichen und Nämlichen und das Unbehagen, das wir beim Anderen und Fremden empfinden. Links steht der Kollektivismus jeder Art, der Sozialismus, der Nationalismus, der Internationalismus, der Rassismus, rechts die Freude an der Vielfalt. Das Linke ist das Horizontale, das Rechte das Vertikale. Das Rechte ist aufblickend, das Linke umherblickend, das Rechte das Spirituelle, das Linke das Materielle. Der linke Trieb in uns, den wir auch mit dem Tierreich teilen, gibt uns ein Vergnügen im Kreise Gleicher und Gleichgesinnter zu sein, wo niemand anderer Meinung ist und sich gerne angleicht.

Das Vergnügen des Reisens ist "rechtsdrallig": es macht Freude, ein anderes Klima, andere Menschen, andere Weisen, andere Speisen, eine andere Architektur, eine andere Tierwelt zu genießen. Die Natur kennt keine Gleichheit und diese muß künstlich, also durch "Gewalt" hergestellt werden. Eine Gartenhecke, die gleich hoch bleiben soll, muß man wiederholt schneiden. Deshalb ist die wahre Rechte mit der Freiheit, die Linke mit dem Zwang und der Sklaverei verbunden. Das Neue Testament spricht von der Freiheit, aber nie von der Gleichheit, und der Dominikaner Bruckberger nennt es eine Botschaft menschlicher Ungleichheit.

- Mit welchem Recht gebrauchen wir aber die Worte "Links" für eine primitive und negative und "Rechts" für eine positive Triebkraft in der Menschheit? In allen Sprachen und Kulturen drücken "rechts" und "links" Wertungen aus, am wenigsten allerdings noch im Deutschen, während im Italienischen la sinistra die Linke, il sinistro den Unglücksfall bezeichnet, was in den uraltaischen, semitischen und in den indo-europäischen Sprachen Asiens vielleicht noch deutlicher herauskommt. Ebenso in der Sprache der Bibel, des Alten wie auch des Neuen Testaments.

In den Parlamenten war es einst die Opposition, die auf der Linken saß. Es war also das "Nein", das links zur Geltung kommen sollte. Das änderte sich aber ein wenig mit der Zeit und links und rechts erhielten ein weltanschauliches Profil, vertraten aber weiter das JA und NEIN, diesmal aber zur natürlichen Ordnung. Die Linke bestand zur Schöpfung auf dem NON SERVIAM.

Der erste große politische Sieg der Linken kam mit der Französischen Revolution, die ideologisch auf der Ersten Aufklärung beruhte, diese aber wiederum auf dem Wege über den Deismus sich zum Agnostizismus und Atheismus entwickelte. Der Anbetung Gottes folgte logisch die Anbetung des Menschen, die Anthropolatrie. Gomez Dávila sagte uns, daß der Kult des Menschen mit Menschenopfern gefeiert werden muß, und das tat die Linke seit der Französischen Revolution in reichlichem Maße.

Aber wo steht die Linke heute, was strebt sie im Einzelnen an, was sind ihre Nah- und Fernziele? Sie vertritt nicht eine weltweite "Verschwörung", sondern denkt und handelt ganz "automatisch" unter dem Einfluß des "Bösen", auf den sich ja unsere letzte Vaterunser-Bitte deutlich bezieht.

Durch den Sturz des "Sozialistischen Vaterlandes" (UdSSR) in noch größere Armut, Verlust eines guten Teiles ihres Imperiums, steigendem Verbrechen und Schwindens ihres Ansehens ist dem orthodoxen Marxismus, der in Wirklichkeit schon längst als ein wirtschaftlicher Unsinn erkannt worden war, doch ein Todesstoß versetzt worden. Das schadete vielleicht einem Teil der Linken, der sich Marx verschrieben hatte. Das Herzstück des Marxismus war eine Wirtschaftstheorie, und dieses Herzstück versagte völlig.

- Man darf da nicht vergessen, daß Marx ein vom Haß lodernder Ignorant war, der nie seinen Fuß in eine Fabrik gesetzt hatte, die Arbeiter als "Knoten" und "Straubinger" verachtete und in ihnen lediglich seine Handlanger in einer von ihm ersehnten und heraufbeschworenen Götterdämmerung sah, in der Staat, Gesellschaft, Moral und Religion untergehen sollten. Wer nicht seine Gedichte kennt, soll über ihn auch nicht reden. Nur so kann man den Charakter und die Psyche dieses parasitär lebenden amoralischen, noch vor dem Nationalsozialismus die "Emanzipation der Menschheit vom Judentum" fordernden, haßgequälten und großenwahnsinnigen Neiders voll erfassen.

Welch Leid er angerichtet hatte, kann man nicht einmal in Europa voll erfassen. Da muß man auch China und Vietnam unter die Lupe nehmen. In Chinas Quangxi Provinz mußte man, um nicht als "Gegenrevolutionär" in Verdacht zu geraten, die Leichen der ermordeten "Klassenfeinde" buchstäblich auffressen. In Vietnam wurden Priester lebendig begraben - alles Untaten der doch ideologischen Verwandten unserer ehrenwerten, doch ganz wohlerzogenen Sozialdemokraten mit Nadelstreifenanzug und Modekrawatten.

Wie man sieht, hat der Marxismus ein sehr breites Band – von der "gastronomischen Demokratie" bis zum kultivierten roten Großbürgertum. Aber die Linke hat eine noch viel, viel größere Bandbreite und der sozialistische Flügel ist heute bereit, Staatsunternehmen zu verhöckern, zu "privatisieren". Das tun nicht nur "Sozialdemokraten" im Westen, sondern selbst Kommunisten in China in einer brutalen kapitalistischen "sozialistischen Marktwirtschaft".

(Das erinnert an die Worte von Konfuzius: "Wenn der Sinn der Worte verfälscht wird, verlieren die Völker ihre Freiheit".)

Ist 1989 also ein ganz großer Schlag für die Linke gewesen, der jetzt den guten Leuten auf der Rechten erlaubt, sich zur Ruhe zu begeben? Davon kann keine Rede sein, denn die Linke ist nun endlich ihre zwei größten Hypotheken losgeworden: den Köhlerglauben an den Staatskapitalismus (der richtige Name für den Sozialismus) und die friedensbedrohende UdSSR mit ihren Gulags und anderen Greueln.

Die Linke kann nun den liberaldemokratischen Staat bejahen, in seinem Rahmen sich voll ausleben und in diesem zu neuen, höchst "populistischen" Eroberungen schreiten.

Sie stellt eine Anthropolatrie dar, welche die "Stadt des Menschen" an die Stelle der "Stadt Gottes" setzt und überzeugt ist, daß die Hoffnung auf ein Jenseits, in dem alle Tränen des Menschen getrocknet werden eitel sei, denn nur so kann dank des "Fortschritts" und kluger menschlicher Anstrengungen schließlich das Paradies auf Erden verwirklicht werden. Wenn Marx alle Religion ein "Opium des Volkes" nannte, so drückte dieser fatale Ökonomist eine ganz allgemeine "horizontale" linke Überzeugung aus.

Man glaubt aber auf der Linken, daß man zumindest diesem Ziel nahe kommt, wenn man innerhalb des Rahmens des liberaldemokratischen Staates (der doch für Gleichheit, Freiheit, Mehrheitsherrschaft und weltanschauliche Neutralität einsteht) durch Propaganda, Überredung, kluge publizistische Planung und die Eroberung von Schlüsselstellungen in den Medien und in den Schulen über die Kräfte der Finsternis, der Reaktion und der Ausbeutung siegen kann. Eine Diktatur sei dafür gar nicht notwendig. Auch nicht der Staatskapitalismus. Für eine "sanfte Revolution" genüge doch die Zersetzung der dunklen Kräfte der Reaktion und die einmal gewonnene Majorität des Volkes in freien Wahlen.

Nun gibt es in den heutigen Liberaldemokratien immer noch überlebende Einrichtungen - staatliche, gesellschaftliche, kirchliche - und gegen diese kämpft die Linke gar nicht so erfolglos, denn sie arbeitet mit "klaren, aber falschen Ideen", um einen Ausdruck Tocquevilles zu gebrauchen. Die Linke kommt mit schönen, paradiesischen Versprechungen, sie appelliert an den "gesunden Menschenverstand" (d.h. volkstümliche Vereinfachungen) und selbstverständlichen auch an rein physische Triebe vom Sexus bis "hinauf" zur materiellen Sicherheit.

Der Kirche und Familie wird der Sexshop und das "Sozialnetz" entgegengesetzt. Auch die

Gleichheit muß betont werden, denn Ungleichheit wirkt "bedrückend", Respekt oder Autorität kann eine Fessel bedeuten. Selbst alle Idoneität, alles Wissen muß "hinterfragt" werden. Jedermann kann über Jegliches ein Urteil fällen. Menschen werden arithmetische Begriffe, die sich addieren oder subtrahieren lassen.

- Dahinter steht freilich doch - völlig uneingestanden – die Idee des Allmächtigen Staates, der mit "flachen", horizontalen, gut übersichtlichen Massen von gläsernen Menschen diese leicht übersehen, durchschauen, kontrollieren und gängeln kann. Natürlich sollten diese armen Leute glauben, daß sie "Individualisten" wären und das sind sie auch gewissermaßen.

Aber schon Maritain hat auf den Unterschied zwischen "Individualismus" und "Personalismus" hingewiesen. Ein "Individuum" ist, wie schon der Name ("Unenteilbares") besagt, der kleinste, unteilbare Bestandteil eines Haufens, zum Beispiel das Sandkorn in einem Sandhaufen. (Daher wird das Wort "Individuum" in mehreren Sprachen als Ausdruck der Verachtung gebraucht.) "Person" aber kommt vom etruskischen PHERSU, der Maske des Schauspielers auf der Bühne und steht daher für eine einzigartige und unübertragbare Rolle.

Die Linke ist eben nicht personalistisch, sondern auf individualistische Weise kollektivistisch. Dem arithmetischen Individuum steht die algebraische Person gegenüber. Eins und eins sind zwei, aber $a + b$ ergeben auch nur $a + b$.

Also will ho poneros, der Böse, die Linke menschliche Wesen, die ihren Schwerpunkt ganz in sich haben (und nicht woanders, in Gott), selbstbezogene Monaden, die sich totalitär einordnen lassen - wie die Sklaven beim Bau der Pyramiden, die "Genossen" im Aufbau des Sowjetriesen, die "blauen Ameisen" in Maos China.

- Die christliche Botschaft ist wesentlich anders: die Menschen sind alle ungleich, in ihrer Identität und Idoneität, in ihrer Generation, ihrem Geschlecht, ihrem Stand, ihrem Beruf und ihrer Berufung, ihren Talenten und ihrem Geschmack, ihrem Schicksal, in ihren verschiedenartigsten Beziehungen zu anderen Menschen (nahen, nächsten, fernen und fernsten) und selbstverständlich auch zu Gott. ("Vor Gott sind wir alle gleich." Was? Judas Iskariot und Johannes der Täufer gleich vor Gott? Das jüngste Gericht eine Orgie der Gleichheit? Wird da ein gleiches Urteil über die Heiligen Helene, Hemma und Hildegard wie über den selbstmörderischen Mörder Heinrich Himmler gefällt werden?)

Was stört da die Linke? Nicht nur die Kirche, sondern vor allem die Familie, und alles, was mit ihr eng zusammenhängt: die verschiedenen Rollen der Geschlechter und der Generationen, die Liebe in allen ihren Formen des Eros, der Philia und der Agape und schließlich auch der Sexus. In allen utopisch-kritischen Romanen

- Aage Madelungs "Zirkus Mensch", Aldous Huxleys "The Brave New World", George Orwells "1984" - ist die Neue Ordnung, der totalitäre Staat, immer familienfeindlich, und auch geschlechtsfeindlich, denn die Familie ist eine Gemeinschaft, die sich von der totalitären Ganzheit als kleines Reich absondern, abkapseln und eine Privatexistenz führen kann. Und das will die Linke nicht. Daher auch ihr Plan, im Geschlechtlichen eine Unordnung zu stiften und somit die Familie in ihrem Kern zu treffen.

- In meinem utopischen Roman "Moskau 1997" kommt der Teufel vor. Er hat die Identität eines toten Polen angenommen und spielt als hoher Beamter eine politische Rolle, doch der geheime Erzbischof Sowjet-Eurasiens kann mit ihm, der sich eitel als "brillanten Geist", als lichtbringender Luzifer gebärdet, ganz offen reden.

"Es ist eine eigenartige Sache", bemerkte Uljan (der Erzbischof) nachdenklich, "aber wenn Sie einen Menschen oder die ganze Menschheit angreifen, dann konzentrieren Sie meistens ihre ganze Kraft und Bosheit auf die Sinnlichkeit und Geschlechtlichkeit. Das ist so billig. Eigentlich sind Sie ein kleinlicher Geist. ..."

"Ich bin nicht kleinlich!" schnappte der andere zurück. "Ich bin lediglich radikal. 'Radikal' heißt eigentlich, von der Wurzel her. Und das Geschlechtliche ist die Wurzel alles Lebens.

Nichts befriedigt mich mehr als den Urtrieb, neues Leben und damit Seelen zu zeugen, in finstersten Schmutz zu verdrehen. Ich hasse diese Menschenkinder, die am Schöpfungswerk Gottes teilnehmen dürfen. Zumindest ist es mir ein Trost, wenn die Menschen Gott einen Schabernack treiben. ... Ich will die Schöpfung nicht! Und wenn ich sie nicht schon vernichten kann, dann soll sie wenigstens umgebogen, umgefärbt, verzerrt werden!"

Das satanische Element in der Linken ist das "Flachtreten" der Menschheit, in der jedes "Individuum" ersetzbar und auswechselbar ist - eben wie die Ameise im Ameisenhaufen. Das kann man leicht mit anonym wählenden NSDAP oder PDS-Wählern vor den Urnen machen, aber nicht mit der Familie, in der Großeltern, Väter und Mütter, Brüder und Schwestern, ja auch Onkel und Tanten völlig verschiedene Funktionen haben. Da spielen natürliche Zuneigungen eine Rolle: die Freundschaft-in-der-Verwandtschaft (die C. S. Lewis the affections nannte), vor allem aber die Sehnsucht nach dem Kind, die Eros-Liebe und die mit ihr nicht identische Geschlechtlichkeit.

Es sei hier nebenbei vermerkt, daß ein guter Teil dieser "familistischen" Schau in unserem patriarchalen Glauben als auch in der Kirchenstruktur vertreten ist und in der alten politischen Ordnung der Christenheit eine sehr wichtige Rolle spielte. Das mag auch in einer wieder personaler werdenden Kultur erneut der Fall sein. Die Familie, wenn auch nur die Kleinfamilie sah August Zechmeister als die letzte Zuflucht der Persönlichkeit in einem stets barbarischer werdenden Zeitalters. Ganz analog dachte D. H. Lawrence, als er der Kirche dankte, die Ehe nicht nur zum Sakrament erhoben, sondern auch zum Bollwerk gegen den allmächtigen Staat gemacht zu haben.

Mit instinktiver Sicherheit wird sich die Linke, von nun an ihrer Hypotheken ledig, auf die "Perversio", wenn nicht Vernichtung von Familie, Ehe, Eros-Liebe und Geschlechtlichkeit stürzen. (Mit der Agape kann sie sowieso nichts anfangen, außer sie vielleicht in eine unpersonliche Menschheitsbegeisterung entstellend aufzublasen). Sie spürt ja auch genau, wer dahinter steht: Gott-Vater wenn nicht gar die Himmelskönigin mitsamt der Heiligen Familie. Und die Linke erinnert sich wahrscheinlich auch daran, daß einmal Könige als Väter des Vaterlandes betrachtet wurden ... allerdings vor dem Zeitalter des "Nationalismus" und "Internationalismus". ...

Um ihr Ziel zu erreichen wird die Linke alles daran setzen, die natürlich-gottgegebene Struktur der Gesellschaft zu zerstören, in der die Familie der Grundstein ist. Da gilt es Keile zwischen die Generationen zu treiben und die wichtigen Pfeiler der Familie, Eros und Sexus, zum Wanken zu bringen. Zwischen der Eros-Liebe und dem Sexus kann es eine Harmonie geben, aber zumal auch einen Gegensatz. Wie ich in meinem umfangreichen Buch über die Liebe schrieb.

Es mag ein Mann eine Frau begehren, aber nicht lieben, lieben, aber nicht begehren oder auch beides tun. Was zwischen einem brutalen Notzüchter und einer Frau geschieht kann man doch keinen "Liebesakt" nennen! Sicher aber ist es, daß ein Zeitalter ungebundener Sexualität der wahren Liebe höchst abträglich ist und Don Juan oder Casanova kein echtes Liebesleben, sondern lediglich eine Sexualexistenz führte. Das wußte auch der weitgehend verkannte Freud, der dem Christentum und seiner Askese dankte, daß durch sie am Ende der Antike der Eros vor dem überwuchernden Sexus gerettet wurde.

- Nun aber ist der Eros viel mehr als der Sexus auf die Ehe gerichtet, wer also der Sexualität tierisch verfällt ist kein idealer Ehepartner. (Diese Dichotomie zwischen Eros und Sexus ist bei Männern zumeist ausgeprägter als bei Frauen, die oft sträflich und naiv glauben, daß ihre leibliche Hingabe einen von ihr geliebten Mann "fesseln" wird. Auch die Prostitution "lebt" von dieser männlichen Spaltung).

Tatsächlich aber ist die Unkeuschheit nicht notwendig die schwerste Sünde, wohl aber eine Hauptsünde, denn mit ihr sind wieder kausal und psychologisch zahlreiche anderen Sünden,

wenn nicht gar Verbrechen verbunden. Die Linke ist daher schon seit jeher bestrebt, alle sexuelle Kriminalität, soweit es geht, im Strafgesetzbuch zu streichen. (Dazu gehört am Rand der Mord an den Ungeborenen, denn seine Verfolgung "hemmt doch das Liebesleben.")

Kurioserweise dehnt sich diese "Toleranz" noch nicht auf den Lustmord aus. (Ob die schon beantragte Entkriminalisierung des Inzests in Schweden Erfolg hatte, ist mir unbekannt.) Daß die Unzucht den Charakter untergräbt ist ebenso selbstverständlich wie daß sie zum Untergang der Völker führt, was auch dem sehr kirchenfeindlichen Ernest Renan einleuchtete).

Alles, was die Familie schwächt, ist der Linken willkommen, auch natürlich alles, was ihre Privilegien oder das, was wesentlich zu ihrem Charakter gehört, untergräbt. So die Stellung der Eltern zu den Kindern (mit steter Herabsetzung des Mündigkeitsalters) oder des Vaters zur Mutter beziehungsweise des Ehemanns zu seiner Frau.

So haben die Ehepartner nunmehr in Österreich und Deutschland das Recht, für sich und auch für ihre Kinder den Familiennamen zu wählen, womit das patriarchale Element (wesentlich in der christlichen Ehe) in Frage gestellt und die Familie gesichts- und geschichtslos gemacht wird". Auch wurde in Österreich die von den Nationalsozialisten eingeführte bismarcksche Zwangszivilehe absichtlich belassen. Zudem sind überall linke Bestrebungen im Gange, die leibliche Praxis der Homosexuellen zu "legitimieren".

Wir reden da nicht einer Verfolgung von Homosexuellen das Wort, wohl aber müssen wir gegen eine Gleichsetzung des normalen mit den krankhaften Formen des Geschlechtslebens sein. Das geht heute aber so weit, daß wir von Klerikern beider Konfessionen hören, die homosexuelle Pärchen "trauen" wollen und von Gesetzgebern, die es solchen Paaren gestatten wollen, Kleinkinder zu adoptieren und somit ihren problematischen "Lebensstil" übertragen können. Tatsächlich ist nur ein winziger Prozentsatz der Homosexuellen genetisch so unglücklich veranlagt und die ganz überwiegende Mehrheit erst später durch Erlebnisse und Eindrücke psychisch erkrankt (und deshalb auch zum Teil heilbar).

- Homosexualität ist weitgehend ein kulturelles Problem und unsere Sexualität (wie der Eros) "Moden" unterworfen. Die Objekte der Liebe wie auch des Begehrens variieren sowohl zeitlich als auch geographisch. Die ideale Frau für Rubens sah anders aus als für die Photographen unserer Modezeitschriften. Bei allem Mitleid, das wir für die vom Schicksal so geschlagenen Menschen haben müssen (denn die Liebe zum anderen Geschlecht ist so bereichernd), wird ein gesundes Volk wegen der Plastizität von Eros und Sexus der Homosexualität kein "Öffentlichkeitsrecht" geben.

Sie ist dank unseres erbsündlichen Status' in gewissem Ausmaß "ansteckend" und kann sogar "gezüchtet" werden. Doch war die Homosexualität immer schon ein Politikum, und Thomas Mann in seinem revolutionären (Buch) "Von deutscher Republik" (1924) berief sich in seiner linken Argumentation auf den Barden der amerikanischen Demokratie, Walt Whitman, und unterstrich dabei dessen "kameradschaftliche" Homosexualität, was uns freilich bei unserem heutigen Wissen über Thomas Mann nicht mehr wundern sollte. Er flirtete nach seiner Rückkehr aus dem Exil mit der DDR und stand somit für eine totale "Horizontalität".

Der Staatskapitalismus ist andererseits Gleichmacherei, und der Antifamilismus kann auch mit dem Wohlfahrtsstaat seine rein materiellen Ziele erreichen. Allerdings ist der richtige Ausdruck für den Wohlfahrtsstaat, wie uns Röpke einst belehrte, der "Versorgungsstaat".

Er ersetzt rein materiell weitgehend die Familie. Er gibt auch dem Staat weitgehende Macht. Also spielt der Versorgungsstaat eine zweifache Rolle - eines Versorgers und eines "Verantwortungsenthebers".

Auch sehen die linken Sozialpolitiker es gerne, wenn man von der Hand in den Mund lebt und darum wird er oft die Einkommenssteuer und Erbschaftssteuer für den von ihm gehaßten "Besitzbürger" erhöhen. Familienstolz und Familiensinn sollen schwinden. Besitz bedeutet Unabhängigkeit und das gefällt der Linken nicht. Alles wird "versorgt". Auch die Großeltern, die

man in staatliche Greisenheime abschiebt. Ehen werden seltener und seltener geschlossen. Und "moderne" Ehen sind "offene Ehen" mit Ehebrüchen am laufenden Band, wobei man zumal annimmt, daß Ehebrüche zur "Selbstverwirklichung" schön beitragen.

Kinder wachsen in stets größeren Mengen, von arbeitenden verheirateten oder ledigen Müttern unbetreut, auf. Auch die Scheidungen werden leichter gemacht. Das Los der Scheidungskinder – auch im Lichte der Kriminalität - ist oft erschütternd und da man gerade im Alter einen Partner bitter braucht und viele der Geschiedenen nicht mehr wieder heiraten, gibt es mehr einsame Alte als notwendig.

Doch die Linke ist stets gegen "Bindungen" - vertikale wie auch horizontale. Der Mensch soll ja frei sein, aber hauptsächlich von Nabel abwärts. Auch der Feminismus, mit dem wir uns schon einmal beschäftigten, steht im linken Lager und trägt wahrhaftig nichts zur fraulichen Erfüllung bei, denn der Linken sind die Geschlechter nicht nur gleichwertig, sondern auch identisch.

Schon das Wort "Unterschied" erfüllt sie mit Verdacht. Es ist überhaupt ein Wunder, daß Linke nicht - noch nicht! - gegen das getrennte Auftreten von Männern und Frauen bei sportlichen Wettbewerben protestiert haben. (Dahinter stünde vielleicht die Angst, daß dabei die Frauen schlechter abschneiden könnten und Gruppenunterschiede sind nun einmal "undemokratisch". Schließlich ist auch jedermann, der behauptet, daß die Ibos intelligenter sind als die Yorubas oder die Tutsis längere Beine haben als die Bambutis, ein "Rassist")

Doch wendet sich die Linke organisch zusammenhängend gegen die Rechte, d.h. das Rechte, Gerechte und Richtige, also auch gegen Gott, Gottes Wort und die natürliche Ordnung. Sie ist bewußt Menschenvergötzung und vertritt daher einen rein menschlichen "Konstruktivismus" (um einen Ausdruck Poppers und Hayeks zu gebrauchen) und dieser ist von den ewigen Wahrheiten sternweit entfernt. Das aber führt ganz automatisch zum Untergang.

- Wer aber zweifelt, daß in der linken Position ein echter innerer ideologischer Zusammenhang besteht, sollte sich eine wahrhaft ekelhafte Szene aus dem französischen Film "Letzter Tango in Paris" zu Gemüte führen.

Da sehen und hören wir einen verzweiferten Wüstling, der ein widerstrebendes Mädchen in einem schmerzhaften und perversen Sexualakt dazu zwingt, zu gestehen, daß sie mit Gott, Glauben, Ehre und Vaterland nichts mehr zu tun haben wolle. Sie will ihm nicht gehorchen, aber sie gibt schließlich stammelnd, vom Schmerz überwältigt nach. (Unwillkürlich ist man erfreut, daß sie ihn bald darauf erschießt.) Diese wahrhaft satanische Szene – noch grausiger als die übrigen - beleuchtet mit grellem Licht die politische Szene nicht nur in Europa, sondern auch im Rest der Welt.

Marx war nur ein kleiner Linker, der hauptsächlich an die Mägen und Brieftaschen dachte. Jetzt geht es um mehr, denn die Linke will uns im moralischen und leiblichen Dreck ersticken lassen.

"Erlöse uns von dem Bösen!" sollten wir heute inniger denn je beten. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. April 1995: >>>Polen warnt vor Verzögerung bei NATO-Aufnahme

... Warschau erwartet 1996 von der NATO eine Entscheidung über die Aufnahme Polens in das Bündnis. Sein Land sei gegen eine Verzögerung des Beitritts, sagte Ministerpräsident Jozef Oleksy am Mittwoch in Brüssel. Je länger sich die Osterweiterung hinziehe, desto größer werde die Gefahr, daß die Unterstützung in der polnischen Bevölkerung für einen NATO-Beitritt abnehme. Die Einwände Rußlands wies Ministerpräsident Oleksy zurück. ...

Oleksy sprach Rußland jede Mitsprache bei der Osterweiterung ab. Die Haltung Rußlands sei für Polen ohne Bedeutung.

Am Montag hatte Rußlands Verteidigungsminister Pawel Gratschow die NATO vor einer baldigen Aufnahme osteuropäischer Länder gewarnt und für den Fall der Erweiterung der Allianz

nach Osten mit Gegenmaßnahmen gedroht. ...

Auch NATO-Generalsekretär Willy Claes hob hervor, daß Rußland keinerlei Recht habe, darüber zu befinden, ob und wie das westliche Bündnis erweitert werden solle. ...

Claes bekräftigte, daß nach einer Ost-Erweiterung des Bündnisses die Aufstellung von Truppen und eventuell von Atomwaffen einzig und allein Sache der Allianz sei. Damit reagierte auch er auf die jüngsten russischen Warnungen vor einer Ausweitung der NATO.

Claes hob hervor, daß Rußland keinesfalls isoliert werden dürfe. Polen und andere neue NATO-Mitglieder dürften nicht in die Rolle von Frontstaaten geraten. Die NATO müsse dem guten Beispiel der Europäischen Union folgen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. April 1995: >>**SPD rügt konservativen Appell**

... Ein von rechtskonservativen Politikern und Intellektuellen angeregter Aufruf zum 8. Mai hat zu einem neuen Streit über die Bewertung des Kriegsendes vor 50 Jahren geführt. In dem am Freitag veröffentlichten Aufruf "Gegen das Vergessen" wird gefordert, den 8. Mai nicht nur als Tag der Befreiung, sondern auch als Beginn der Vertreibungen und neuer Unterdrückung im Osten Deutschlands zu sehen.

Prominentester Unterzeichner des Aufrufs sind der Ehrenvorsitzende der CDU/CSU-Bundesfraktion Alfred Dregger und Entwicklungsminister Carl-Dieter Spranger (CSU). Initiatoren und rechtsgerichtete FDP-Mitglieder wie der Journalist Rainer Zitelmann und der frühere Generalbundesanwalt Alexander von Stahl. Als einziger SPD-Politiker hat der frühere Verteidigungs- und Finanzminister Hans Apel unterschrieben. ...

Einer der Initiatoren, der Berliner Journalist Heimo Schwilk, ... sagte: "Mit der Betonung des 8. Mai werde ... ein Begriff der Sowjets übernommen."<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. April 1995 über das Ende des Zweiten Weltkrieges: >>**Besiegt und befreit**

... Die Gefühle der Deutschen waren sicherlich unterschiedlich. Einige freuten sich über das Auftauchen der Amerikaner, weil das Schlachten und der Bombenterror aufhörten. Andere sorgten sich, wie das Leben in den zerstörten und geplünderten Städten weitergehen sollte. Etliche zitterten vor der Rache der Sieger. Nur die, die von der NS-Diktatur eingesperrt, verfolgt, gequält und bedroht worden waren, werden das Kriegsende als Befreiung empfunden haben. Für die anderen war es die bittere Stunde Null.

Befreit oder besiegt? 1945 erlebte das deutsche Volk eine verheerende Niederlage: Das Reichsgebiet besetzt und zerstückelt. Große Teile des Landes gingen verloren. Millionen Menschen waren umgekommen, in der Blüte des Lebens dahingerafft. Die Städte nur noch Trümmerhaufen. Das ganze Volk stand unter Kuratel (Vormundschaft) der Alliierten, unmündig und ohnmächtig.

So sahen es auch die Siegermächte. Sie betrachteten die Deutschen keineswegs als zu befreiendes, sondern als zu bestrafendes Volk. Daß die Sowjets später in der DDR den Tag der Befreiung feiern ließen, war eine von den vielen Geschichtslügen – denn die DDR-Deutschen blieben bis 1989 am Gängelband. Ebenso verfahren die Westmächte in ihren Territorien. Sie setzten die Verwaltungen ein und sagten ihnen, was sie zu tun hätten. Sie führten eine "Entnazifizierung" durch und urteilten über die (deutschen) Kriegsverbrecher in Nürnberg. Das deutsche Volk sollte ein für allemal klein und schwach bleiben.

Daß später alles anders kam, hatte nichts mit Befreiung zu tun. Nach 1948 wurden die Deutschen als Basis im Ost-West-Konflikt zwischen den Siegermächten wieder gebraucht. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. April 1995 über den Aufruf "8. Mai 1945 - gegen das Vergessen" zum 50. Jahrestag der "Befreiung": >>**Kritik am Aufruf zum 8. Mai wächst**

... Der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, äußerte Verständnis da-

für, daß die Befreiung "zwiespältig in Erinnerung bleibt".

Lehmann sagte, er sehe in dem Aufruf kein Anzeichen für das Anwachsen einer neuen Rechten. ... Für ihn sei es ein Tag der Befreiung gewesen. Es wäre aber seiner Ansicht nach ungerecht, wenn nicht an die vielen Millionen Vertriebenen gedacht würde.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. April 1995 über den Aufruf "8. Mai 1945 - gegen das Vergessen" zum 50. Jahrestag der "Befreiung": >>**Der Streit um den 8.**

Mai ist typisch westdeutsch

Kein Begriff beschreibe die aktuelle politische Debatte in Deutschland so gut wie das kleine Wort "umstritten", meint Arnold Vaatz. "Jedem unbequemen Menschen wird diese Eigenschaft angehängt wie ein großes Schild. Wer umstritten ist, wird abgestempelt und bekommt ein negatives Image", sagt der frühere Bürgerrechtler, der seit 1990 als Staatskanzleichef und später als Umweltminister in der sächsischen Landesregierung arbeitet. Für Vaatz ist deshalb auch klar: Die Unterzeichner des Aufrufs "8. Mai 1945 - gegen das Vergessen" hätten in erster Linie provozieren und aufrütteln wollen ...

... Bisher hätten die Deutschen zu lange so getan, als müßten angesichts des Kriegsendes die Vertreibung vieler Menschen und die Diktatur in Ostdeutschland verdrängt werden. Diesen wunden Punkt berührten die Unterzeichner nun, und darüber regen sich nach Vaatz' Meinung deshalb so viele Leute auf, weil gerade die politische Debatte in Westdeutschland einen großen Fehler habe: "Wenn man im Westen über dieses Thema redet, muß man jeden Satz mindestens dreimal sagen, bevor er richtig verstanden wird. Im Osten meint der Politiker, würden solche Fragen nüchterner besprochen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. April 1995: >>**Russischer General warnt vor Weltkrieg**

Eine Erweiterung der NATO nach Osten würde nach Überzeugung des russischen Generals Alexander Lebed zum Dritten Weltkrieg führen.

Lebed sagte am Mittwoch in einem Gespräch mit der tschechischen Zeitung "Lidove noviny", die westliche Militärallianz sei eine große Gefahr für Rußland. Ihre Erweiterung auf Reformstaaten wie Polen und Tschechien würde den Beginn des Dritten Weltkrieges bedeuten. Nach seiner Ansicht würde "selbstverständlich" die NATO diesen Krieg auslösen. "Das beginnt bereits damit, wenn sich ihre Streitkräfte unseren Grenzen nähern", sagte der in Rußland zu den populärsten Militärs zählende General. ...

Er verstehe die Länder nicht, die eine Mitgliedschaft in der Allianz anstrebten. Früher hätten sich der Warschauer Pakt und die NATO als zwei feindliche Blöcke gegenübergestanden. Der Westen habe den kalten Krieg gewonnen. "Gegen wen wollt ihr euch jetzt militärisch verbünden", fragte der General. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. April 1995 über die antikommunistische polnische Bewertung des 50. Jahrestages des Kriegsendes: >>**Was für ein Sieg soll das gewesen sein?**

... Wir feiern das Ende des Krieges - des Krieges mit den Deutschen", betont Kazimierz Zaleski, Veteran der antikommunistischen bürgerlichen Heimatarmee: "Denn der Krieg mit den Sowjets ging ja noch ein paar Jahre weiter."

Als die Rote Armee in Polen einzog, verließen viele polnische Partisanen die Wälder und meldeten sich für den Frontdienst. Doch statt nach Berlin zu marschieren, wurden sie vom sowjetischen Geheimdienst entwaffnet, landeten in Gefängnissen oder wurden ermordet. Ihre Kameraden in den Wäldern entschlossen sich, weiterzukämpfen. ...

Monate nach der deutschen Kapitulation stürmten Einheiten der Heimatarmee das Gefängnis von Kielce und befreiten 700 politische Gefangene. Antikommunistische Partisanen überfielen Kommandanturen der polnischen Geheimpolizei, kommunistische und sowjetische Geheimdienstler entführten "feindliche Elemente, folterten sie, brachten sie um und verscharrten

die Leichen in den Wäldern.

"Die Opfer der Nazis kennen wir, sagt Kazimierz Zaleski ... Die Opfer der Kommunisten kennen wir nur selten, obwohl es weit weniger waren. Die Kommunisten legten keine Massengräber an und hielten die Hinrichtungen streng geheim."

Befreiung? Sieg über den Faschismus? "Was für ein Sieg soll das gewesen sein?" Und bitter fügt Zaleski an: "Wir haben die Hälfte unseres Landes und unsere Freiheit an die Sowjets verloren. Deren Opfer haben bis heute noch nicht einmal Grabsteine." ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. April 1995 über den Aufruf "8. Mai 1945 - gegen das Vergessen" zum 50. Jahrestag der "Befreiung": >>**Streit über den 8. Mai geht nicht allein die Deutschen an**

... Um die Bewertung und Gewichtung der Stunde Null am 8. Mai 1945 wird hartnäckig gerungen: Ist es angemessen im selben Atemzug die Befreiung vom Nationalsozialismus und die Niederlage, den Beginn der Vertreibung und die sich anbahnende Teilung Deutschlands zu nennen? ...

Die in 20 Sprachen übersetzte Rede Weizsäckers zum 40. Jahrestag am 8. Mai 1945 fand in der Welt weithin positiven Widerhall. ... In der Nachkriegszeit, sagte von Weizsäcker, sei von Tag zu Tag klarer geworden, "was es für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schwere Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht am Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai nicht vom 30. Januar 1933 trennen." ...

Kürzlich haben nun Konservative und Rechtsorientierte unter der provozierenden Überschrift eine Zeitungsanzeige veröffentlicht, in der es heißt: "Einseitig wird der 8. Mai als "Befreiung" charakterisiert. Dabei droht in Vergessenheit zu geraten, daß dieser Tag nicht nur das Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft bedeutete, sondern zugleich auch der Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten und den Beginn der Teilung unseres Landes.

Ein Geschichtsbild, daß diese Wahrheiten verschweigt, verdrängt oder relativiert, kann nicht Grundlage für das Selbstverständnis einer selbstbewußten Nation sein, die wir Deutschen in der europäischen Völkerfamilie werden müssen, um vergleichbare Katastrophen künftig auszuschließen."

Diese Anzeige kann als Gegenposition zur Weizsäcker-Rede gelten. Sie wurde eingeleitet mit einer Aussage des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss: "Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind."

Die Anzeige löste allerhand Wirbel aus. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. April 1995: >>**Eine Einladung an Walesa wäre ein gutes Signal gewesen**

"Das tut mir leid", sagte Marian Turski (Leiter der historischen Redaktion der polnischen Wochenzeitung "Polytika") spontan, als er vor kurzem in Weimar erfuhr, daß viele der schönen Häuser im Zweiten Weltkrieg zerbombt worden waren. "Als vor 50 Jahren Dresden zerstört wurde, war ich glücklich", ergänzt er aber: "Das war für mich kein Verbrechen."

Damals befand sich der heute 68jährige Redakteur der Warschauer Wochenzeitung "Polytika" im Konzentrationslager Auschwitz. Als polnischer Jude hatte er bereits einige Jahre im Getto Lodz hinter sich ...

Marian Turski bemüht sich, zwischen "anständigen" und "schlechten" Deutschen zu unter-

scheiden. Als Historiker und Buchautor beobachtet er immer auch mit einem Auge die Gegenwart. 50 Jahre nach Kriegsende stört ihn, daß die Deutschen "nicht über ihren Schatten springen konnten" und den polnischen Staatspräsidenten Lech Walesa zum 8. Mai nicht nach Bonn einluden.

"Auch wenn wir schon keine Supermacht sind: Ein Superopfer sind wir auf jeden Fall." Eine Einladung wäre immerhin eine Geste der Versöhnung gewesen, meint er. ...

Grundsätzlich seien die Polen zufrieden mit den Beziehungen zu Deutschland. Natürlich erhoffen sie sich, über die Bundesrepublik in westeuropäische Institutionen hereinzukommen, räumt er ein. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. April 1995: >>**Deutsche sind in ihren Urlaubsländern wenig beliebt**

... Deutsche sind in den von ihnen bevorzugten Urlaubsländern nur wenig beliebt. Wie eine am Mittwoch veröffentlichte Umfrage in 8 Ländern im Auftrag des Magazins "Stern" ergab, landete Deutschland in einer Sympathie-Hitliste der befragten Nationen zusammen mit England auf dem vorletzten Platz. Nur die Türken waren noch unbeliebter.

Lediglich in den USA, Österreich und Frankreich findet eine Mehrheit der Bevölkerung die Deutschen sympathisch. Dagegen sind Bundesbürger in Griechenland bei nicht einmal einem Viertel beliebt. Fast jeder zweite Grieche kann die Deutschen sogar nicht ausstehen. Auch in Spanien mag sie nur jeder Dritte.

Im Gegenzug sind die Spanier bei den Deutschen die Beliebtesten unter den acht Nationen, zu denen noch Italien, Österreich, Frankreich, England, Griechenland, Türkei und die USA zählen. In jedem Land befragte das Ipsos-Institut jeweils 1.000 Personen. Auch nur jeder dritte Italiener stufte die Deutschen als "sympathisch", während 58 Prozent der befragten Deutschen die Italiener als beliebt einstufte.

Nur in einem sind sich die anderen Nationen in ihrem Urteil einig über die Deutschen: Man hält sie für überdurchschnittlich tüchtig und umweltbewußt.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. April 1995: >>**Polens Außenminister nennt die Vertreibungen Unrecht**

... Der polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski hat die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg bedauert und als Unrecht bezeichnet.

Bartoszewski sagte am Freitag in der Feierstunde von Bundestag und Bundesrat zum 50. Jahrestag des Kriegsendes, Polen beklage die Leiden unschuldiger Deutscher, die ihre Heimat verloren hätten. "Das Böse ist Böses und nichts Gutes, selbst wenn es ein geringeres und nicht zu vermeidendes Böses ist", zitierte Bartoszewski unter dem Beifall seiner Zuhörer den polnischen Essayisten Jan Jozef Lipski. ...

Bartoszewski rief die NATO und die Europäische Union auf, sich für die Reformstaaten Osteuropas zu öffnen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete ferner am 29. April 1995 über die Vertreibung der Deutschen: >>... 50 Jahre hat es gedauert, bis sich das offizielle Polen bereitgefunden hat, die polnischen Gewalttaten bei der Vertreibung der Deutschen beim Namen zu nennen und das "Leid von unschuldigen Deutschen, die von Kriegsfolgen betroffen waren und ihre Heimat verloren haben", zu beklagen.

Der polnische Außenminister Bartoszewski hat mit seiner gestrigen versöhnlichen Rede im Deutschen Bundestag einen dicken Felsbrocken zur Seite geschoben, der auf dem Weg zur deutsch-polnischen Normalisierung lag. Es gibt noch genügend Vertriebene in Deutschland, die sich an die Rache der Polen für die Greuel des Krieges erinnern. ...

Die Polen sind vom Kriege, der deutschen Besetzung und der stalinistischen Ära besonders heimgesucht worden, bei ihnen sitzen die Verletzungen auch besonders tief. Es ist verständlich, wenn sie sich an den eigenen Beitrag zur Tragödie der Vertreibung nicht gern erinnern

ließen. Die deutsche Seite hat sich bei dieser Frage auch sehr zurückgehalten. An die politischen Verfehlungen zu erinnern, paßte nicht zur Versöhnungspolitik.

Zur Normalität im politischen Alltag zurückzukehren heißt aber, offen über das Leid und die Verbrechen auf beiden Seiten zu reden. Das hat nichts mit Aufrechnung zu tun, es verfälscht nicht die Ursachen des Krieges, es ist aber ein Akt der geschichtlichen Wahrheit und Ausdruck einer souveränen Haltung. Mit seinen Worten hat Bartoszewski dazu beigetragen, daß sich Deutsche und Polen in dieser Frage in die Augen sehen können.<<

Renate L. Wertz berichtete im April 1995 in dem "Forum für Kultur und Politik" (Heft 13) über das Schicksal der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in Schleswig Holstein (x153/-24-31): >>... Mit dem Zusammenbruch Deutschlands 1945 waren, einer Völkerwanderung gleich, innerhalb kurzer Zeit mehr als eine Million Flüchtlinge und Vertriebene ins Land geflutet.

Gemessen an der Einwohnerzahl des Jahres 1939, die rund 1,589 Millionen betragen hatte, war die Bevölkerung Schleswig-Holsteins infolgedessen bis 1946 um knapp 63 Prozent und bis zur Volkszählung 1950 um 63,3 Prozent auf nunmehr 2,595 Millionen angewachsen.

Wie man dieser Menschenmassen Herr werden sollte – wo sie unterzubringen, wie sie zu ernähren und mit den notwenigsten Mitteln des Bedarfs zu versorgen waren – blieb freilich der Phantasie und dem Organisationstalent der einheimischen Verwaltungsdienststellen in Kreisen und Gemeinden des Landes überlassen, da die britische Militärregierung die Bewältigung des Flüchtlingsproblems von Anfang an als rein deutsche Angelegenheit betrachtete, wenngleich sie natürlich als bestimmende Instanz durch Erlasse und Verfügungen den behördlichen Ordnungsrahmen hierfür setzte.

Anfangs, als nach dem Zusammenbruch weder Postbeförderung noch Telefon funktionierten, völlig ohne Vorankündigung, später dann meist einige Tage, manchmal aber auch nur 24 Stunden vorher angemeldet, trafen die Vertriebenentransporte in den schleswig-holsteinischen Kreisen ein. Oft kamen sie in Gemeinden an, die – ohne daß dies von den britischen Dienststellen hinreichend zur Kenntnis genommen wurde – mit Flüchtlingen und Evakuierten längst voll belegt waren, und binnen kurzem hatten die örtlichen Behördenvertreter irgendein, wenn auch noch so notdürftiges Quartier zu beschaffen.

Daß es dabei verständlicherweise Weise häufig, besonders während des Jahres 1946, als die Flüchtlingslawine immer noch kein Ende fand, zu Reibereien mit der ansässigen Bevölkerung kam, wenn für die Einweisung der Neuankömmlinge wieder und wieder rigoros jeder nur irgendwie nutzbar erscheinende Raum beschlagnahmt wurde, ist aus vielen Kreisen des Landes bekannt, und des öfteren mußten die Vertriebenen unter dem Schutz von Maschinenpistolen in ihre neuen Unterkünfte Einzug halten.

Unruhe und Widerspruch, ja bisweilen offene Feindseligkeiten gegenüber den Flüchtlingen gab es unter den Einheimischen vor allem deshalb, weil die Beschaffung von Privatquartieren mit dem Wandel im Bereich des Wohnrechtes verbunden war und zum Teil erheblich in die Besitz- und Güterordnung eingriff.

Über das deswegen aufbegehrende bürgerliche Rechtsempfinden setzten sich die Vertreter der britischen Besatzungsmacht jedoch ohne weiteres durch Mittel des Verwaltungszwanges hinweg, indem Wohnräume nach Notwendigkeit requiriert, Zwangseinweisungen, Zwangsmietverträge sowie Maßnahmen des Wohnungstausches verfügt und freiwerdende Unterkünfte der Meldpflicht bei den Wohnungsämtern unterworfen wurden.

Aus zeitgenössischer Sicht des Jahres 1948 hieß es über diese Maßnahmen:

"Jedes Haus steht dem Zugriff offen. Man findet das fast schon selbstverständlich, muß sich aber doch einmal klarmachen, wie ungeheuerlich die Belegung der Häuser und Wohnungen mit fremden Familien ... ist."

Indessen mochten all diese Maßnahmen auch tatsächlich "ungeheuerlich" sein, irgendwo muß-

ten die Flüchtlinge schließlich bleiben, und freiwillig waren sie ja nicht gekommen.

Es ist aus heutiger Sicht nur schwer möglich, sich einen Begriff von den oftmals abenteuerlichen Behausungen zu machen, in welche die Vertriebenen, der Not gehorchend, gesteckt werden mußten, und jeder war sich im Grunde darüber im klaren, daß die Quartiere eigentlich menschenunwürdig waren. Wer in ein Wohnhaus oder ein anderes festes, auch zu Wohnzwecken dienendes Gebäude einziehen konnte, mochte sich glücklich schätzen.

In vielen Gemeinden, in denen die einheimische Bevölkerung infolge der Überfüllung bald in der Minderheit war, konnten die Neuankömmlinge nur in Notquartiere eingewiesen werden. Diese wurden als Massenunterkünfte in Kasernen, ausgedienten Munitionslagern und ehemaligen Lagern des Reichsarbeitsdienstes, in Hallen, Schulräumen, dörflichen Tanzsälen, Kegelbahnen, Lagerhäusern und Fabriken eingerichtet, wo dann mehrere Familien in einem Raum zusammenleben mußten.

Aber auch Gebäudereste von ausgebombten Häusern, Wohnlauben, Strandhäuschen, Nissenhütten, Behelfsheime, Wohnbaracken, Bunker mit Notwohnungen, Wohnwagen, Wohnschiffe, Läden, Werkstätten, Schuppen und Scheunen, ja sogar Schweine- und andere Viehställe, Höhlen und Erdbunker wurden zur notdürftigen Unterbringung der Menschenmassen genutzt. Dazu hieß es in einer 1947 mit Erlaubnis der britischen Militärregierung veröffentlichten Schrift:

"Sie wohnen dort nicht etwa, sie liegen auf Brettern in Mäntel und Decken gehüllt, sofern sie welche besitzen. Sie frieren und warten, daß der Winter vorübergehen würde, und warten auf den Tod, der sie von ihren Leiden erlöst. Das ist der Lebensstandard der Flüchtlinge, nicht aller, aber Hunderttausender, in Schleswig-Holstein."

Wie groß die Wohnungsnot in Schleswig-Holstein selbst zum Zeitpunkt der Flüchtlingssondererhebung 1950 noch war, läßt sich nicht zuletzt auch daran erkennen, daß von den in Notquartieren untergebrachten Menschen damals noch immer 14,5 Prozent in Massenunterkünften lebten. Hierbei nahmen die Städte Lübeck, Flensburg und Kiel mit einem Anteil von zusammen 44,5 Prozent landesweit die Spitze ein, wobei vor allem in Flensburg, bezogen auf die Relation Flüchtlinge in Massenquartieren bzw. Flüchtlinge in Notunterkünften, mit 38,4 Prozent eine besonders bedrückende Lage sichtbar wurde.

Aber auch in den Landkreisen Schleswig (28,2 Prozent), Eutin (24,9 Prozent), Herzogtum Lauenburg (19,2 Prozent) und Südtondern (18,6 Prozent) herrschten in dieser Hinsicht recht ungünstige Verhältnisse, während sich die Vertriebenen in den Kreisen Süderdithmarschen (2,4 Prozent) und Husum (2,8 Prozent) diesbezüglich in einer sehr viel günstigeren Situation befanden.

Daß in Kiel eine beträchtliche Zahl von Flüchtlingen (4,2 Prozent) daneben auch in Gebäuderesten ausgebombter Häuser eine Bleibe gesucht hatte, war nach dem hohen Grad der Kriegszerstörungen in dieser Stadt kaum verwunderlich. In Neumünster dagegen, wo ebenfalls erhebliche Bombenschäden entstanden waren, wurden die Flüchtlinge vor allen Dingen in Nissenhütten untergebracht. Ihr Anteil an der so einquartierten Bevölkerung erreichte hier mit 39,4 Prozent den absoluten Spitzenwert im Lande, so daß die Nissenhütten in Neumünster geradezu als Symbol der Flüchtlingsgeschichte dieser Stadt gelten können.

In vielen Fällen waren die Notunterkünfte der Lager, ihrer ursprünglichen Nutzung entsprechend, am Rande der Gemeinden oder in abseitiger Verkehrslage angesiedelt, wodurch das Eigenleben der Vertriebenen gefördert wurde, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Pflege von Sitten und Gebräuchen, die die Menschen aus ihrer Heimat mitgebracht hatten und in denen sie sich in der Fremde wenigstens etwas heimisch fühlen konnten.

Natürlich brachte das Lagerleben mit seiner "Quasiöffentlichkeit" andererseits für die Betroffenen zahlreiche persönliche Einschränkungen mit sich, die manchmal für den einzelnen in psychischer Hinsicht geradezu bedrohlich wirken konnten.

Meist auf engstem Raum zusammengedrängt, wobei anfangs für einen Lagerbewohner 4 qm Platz vorhanden waren, hatten die Vertriebenen hier vor allem unter dem weitgehenden Verlust ihrer Privatsphäre zu leiden, die sie dennoch aber mit allen möglichen Mitteln zu behaupten suchten. Um sich wenigstens die Illusion eines ungestörten individuellen Raumes zu verschaffen, teilte man daher oftmals die Quartiere in den Massenunterkünften mit Decken oder Säcken ab, errichtete Trennwände aus Papier oder markierte mit Kreidestrichen oder einer Reihe aus Ziegelsteinen die Grenze zum Nachbarn.

Zu leiden hatten die Lagerbewohner – nicht selten stärker als die Flüchtlinge in ihrer Gesamtheit ohnehin – allerdings auch durch die anfangs unverhohlen zum Ausdruck gebrachte Ablehnung seitens der ansässigen Bevölkerung, die sich häufig als Reaktion auf das Empfinden der gestörten sozialen Ordnung Luft machte.

Ein extremes Beispiel dafür dokumentierte ein Brief des Landrates von Südtondern aus dem Herbst 1945, durch den die Bürgermeister und Amtsvorsteher des Kreises angewiesen wurden, zukünftige Äußerungen der Einheimischen, wie zum Beispiel "Die Flüchtlinge müssen alle vor das Dorf getrieben werden und dort müßte man sie verhungern lassen" oder "Die Flüchtlinge müssen Gras fressen", nachhaltig zu bestrafen.

Leider ist die Reaktion der örtlichen Behördenvertreter auf diese Anweisung nicht überliefert. Ohne Zweifel läßt sich indessen feststellen, daß es eine gute Weile brauchte, bis die Spannungen zwischen Einheimischen und Flüchtlingen überwunden waren und man sich aneinander gewöhnt hatte. Daß es damals andererseits aber auch manches Gegenbeispiel tätiger Hilfe und freundlicher Verbundenheit zwischen Schleswig-Holsteinern und Vertriebenen gegeben hat, geht aus zahlreichen Erinnerungsberichten von Zeitzeugen hervor.

Natürlich betraf das Problem der ungeheuren Wohnungsnot in Schleswig-Holstein nicht nur die Vertriebenen, sondern auch die einheimische Bevölkerung mußte zu großen Teilen, vor allem in den kriegszerstörten Städten, unter menschenunwürdigen Bedingungen leben, die nach dem Urteil international anerkannter Sachverständiger einen sozialen und kulturellen Notstand ersten Ranges begründeten.

Diesem Notstand abzuhelpfen, der nach zeitgenössischer Ansicht neben den Gefahren einer gesundheitlichen und moralischen Schädigung der Betroffenen möglicherweise auch eine politische Radikalisierung der Gesellschaft zur Folge haben konnte, gab es nach Meinung vieler freilich nur zwei Mittel, nämlich Wohnungsbau und Umsiedlung.

Aber nicht nur angesichts dieses Problems wurden Umsiedlungsmaßnahmen großen Stils für unbedingt erforderlich gehalten. Vielmehr sah man in ihnen auch wegen der seit 1948 beträchtlich angewachsenen Arbeitslosigkeit, ... die einzige Möglichkeit, um der drohenden wirtschaftlichen und sozialen Deklassierung der Flüchtlinge wirksam zu begegnen. ...

Mit der sozialen Umschichtung und der häufig veranlaßten Notwendigkeit des Berufswechsels vollzog sich schließlich aber auch ein deutlicher Wandel in der Berufsauffassung der Flüchtlinge, wobei nun die Überzeugung, Beruf sei "Berufung", sehr oft zugunsten eines "Jobdenkens" aufgegeben wurde.

Insofern hatte nach der Flucht und Ausweisung eine grundlegende Umstellung der Vertriebenen staatgefunden, die im Bereich der Berufsarbeit vielleicht sogar als Mentalitätsveränderung betrachtet werden kann, die allemal aber zur Auflockerung tradiertter Verhaltensweisen führte und die soziale Mobilität erhöhte. Zugleich waren die Flüchtlinge – als qualifiziertes Arbeitskräftepotential, das beim späteren ökonomischen Wiederaufbau Westdeutschlands ohne Ausbildungskosten sofort zur Verfügung stand, ein bedeutsamer Faktor – in der überwiegenden Mehrheit von einem unermüdlichen Wiederaufstiegsstreben geprägt.

Dieser positive Wirtschaftsgeist kann deshalb wohl als wesentliche Voraussetzung für ihre eigene berufliche Wiedereingliederung und darüber hinaus ohne Zweifel auch als positive Kraft im wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Wiederaufbau des

Landes Schleswig-Holstein angesehen werden.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. Mai 1995: >>SPD: 8. Mai ist Tag der Befreiung

Für die Sozialdemokraten war das Kriegsende am 8. Mai 1945 ein "Tag der Befreiung von Diktatur und Gewaltherrschaft". Das hebt der Parteivorstand in seiner am Mittwoch veröffentlichten Erklärung zum 50. Jahrestag des Kriegsendes hervor. ...<<

Der deutsche Filmproduzent Arthur Brauner schaltete am 6. Mai 1995 in mehreren deutschen Tageszeitungen Anzeigen, um an sein persönliches Schicksal als jüdischer Verfolgter zu erinnern und um die Vertreibung der Deutschen zu rechtfertigen.

In diesen Anzeigen wurde die Vertreibung der Deutschen als legitime Maßnahme bezeichnet (x268/103): >>... (Die Vertreibung der Deutschen war demnach) eine kausale Folge, die bei jedem humanen und politisch integer denkenden Menschen auf Verständnis stößt.<<

Bundespräsident Kaspar Villiger hielt am 7. Mai 1995 anlässlich des 50. Jahrestages des Waffenstillstands eine Rede im Berner Bundeshaus (x136/289-291): >>Unser Land blieb vom Zweiten Weltkrieg verschont. Das ist Grund zur Dankbarkeit.

Andere Länder haben Europa befreit, haben die europäische Kultur gerettet, haben auch uns eine Zukunft in Freiheit ermöglicht. Das ist Grund zur Bescheidenheit.

Unser Land hat in höchst bedrohter Lage zur Erhaltung seiner Unabhängigkeit, seiner Werte und seiner Unversehrtheit das Menschenmögliche geleistet. Das ist Grund zum Respekt vor der Leistung jener Generation.

Auch unser Volk mußte Opfer bringen, aber ungleich weniger als jene Völker, welche in den Krieg verwickelt wurden. Das ist der Grund zur Zurückhaltung.

Und auch die Schweiz hat nicht durchweg so gehandelt, wie es ihren Idealen entsprochen hätte. Das ist Grund zur Nachdenklichkeit.

Dankbarkeit, Bescheidenheit, Respekt, Zurückhaltung, Nachdenklichkeit: Diese Werte sollen die heutige Gedenkfeier prägen. ...

Es geht um jene vielen Juden, auf die durch die Zurückweisung an der Schweizer Grenze der sichere Tod wartete. War das Boot wirklich voll? Hätte der Schweiz der Untergang gedroht, wenn sie sich deutlich stärker für Verfolgte geöffnet hätte, als sie dies getan hat? Haben auch bei dieser Frage antisemitische Gefühle in unserem Land mitgespielt? Haben wir den Verfolgten und Entrechteten gegenüber immer das Menschenmögliche getan?

Es steht für mich außer Zweifel, daß wir gerade mit dieser Politik gegenüber den verfolgten Juden diese Schuld auf uns geladen haben. Die Angst vor Deutschland, die Furcht vor Überfremdung durch Massenimmigration und die Sorge um politischen Auftrieb für einen auch hierzulande existierenden Antisemitismus wogen manchmal stärker als unsere Asyltradition, als unsere humanitären Ideale. Schwierige Zielkonflikte wurden auch überängstlich zu Lasten der Humanität gelöst.

Mit der Einführung des sogenannten Judenstempels kam Deutschland einem Anliegen der Schweiz entgegen. Dieser Stempel wurde im Oktober 1938 von der Schweiz gebilligt. Wir haben damals im allzu eng verstandenen Landesinteresse eine falsche Wahl getroffen. Der Bundesrat bedauert das zutiefst. Er entschuldigt sich dafür im Wissen darum, daß ein solches Versagen letztlich unentschuldigbar ist. ...

Alle, die damals Verantwortung für unser Land trugen, richteten ihr Handeln nur – und nur – nach dem Wohl des Landes aus, wie sie es empfanden und sahen. Sie heute an den Pranger zu stellen wäre ungerecht, wäre wohl auch selbstgerecht. Wir wollen uns deshalb nicht zum Richter aufschwingen. ...<<

Jean Ziegler (schweizerischer Prof. für Soziologie) schrieb später in seinem Buch "Die Schweiz, das Gold und die Toten" über diese Rede des Bundespräsidenten Villiger (x136/291-295): >>... Die Generaldirektion der Schweizerischen Nationalbank hehlerte Hitlers Raubgold

und tauschte es in weltmarkttaugliche Devisen um. Hitler war für seine kriegswichtigen Rohstoffe vom Weltmarkt abhängig. Die Schweizer finanzierten seine Eroberungskriege, sie beförderten das Überleben des Reichs. Ohne sie wäre der Zweite Weltkrieg früher zu Ende gegangen, und Hunderttausende von Menschen wären am Leben geblieben.

Das Gold aus Eheringen, Zahnkronen, die Hartmetalle aus Prothesen, Brillengestellen, die Schmuckstücke, welche die Einsatzkommandos im Osten ihren Opfern abnahmen und welche die Gestapo- und SS-Schergen in den Ghettos und Vernichtungslagern stahlen, kamen nur selten in die entsprechenden Depots der Reichsbank oder auf die Konten der von Göring eingerichteten Treuhandstelle Ost. Meist wurde dieses Diebesgut direkt in Zürich, Basel, Bern, Lugano oder Genf angeboten und von lokalen Vermögensverwaltern, Geschäftsanwälten, Treuhändern, Privatbankiers aufgekauft.

Als 1944 die Götterdämmerung des Reichs heraufzog, halfen die Schweizer Großbanken den Nazis, viele ihrer Raubschätze jenseits des Atlantiks in Sicherheit zu bringen.

Bis 1945 lieferte die Waffenschmiede Bührle-Oerlikon hochpräzise Schnellfeuerkanonen, Zündvorrichtungen, Waffen aller Art an das Verbrechersyndikat in Berlin.

Das Raubgold kam per Eisenbahn oder Lastwagen bei Basel über die Grenze. Die vor den Nazis geflüchteten, meist jüdischen Frauen, Kinder und Männer wurden von der Schweizer Polizei bei Pruntrut zurückgeschickt ... ab 1940 häufig direkt in die Hände der wartenden SS-Mörder. Die Regierung der Eidgenossenschaft riegelte 1942 die Grenze ab, obschon sie zu diesem Zeitpunkt genaue Kenntnis von den Vernichtungslagern, den Mordkommandos und dem Ghetto-terror im Osten sowie von der massiven Deportation der Westjuden nach Polen besaß.

Armee und Grenzschutz wurden zu Komplizen der Judenverfolgung gemacht. Der Bundesrat schützte den Schreibtischtäter Heinrich Rothmund.

Kaspar Villiger behauptet: Sie alle haben zum Wohl der Schweiz gehandelt. Richten dürfe man keinen unter ihnen. Hätte Villiger recht, wäre das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal illegal. In Nürnberg wurden 1945/46 die Hauptkriegsverbrecher verurteilt. Die schweizerischen (und viele anderen) Komplizen wurden nur am Rande erwähnt, Mittäterschaft aber bleibt strafbar.

Im Talmud von Babylon steht: "Die Zukunft hat eine lange Vergangenheit."

Dagegen können auch Villigers ungelenke Dementis nichts ausrichten. Verbrechen gegen die Menschlichkeit verjähren nie.

Eine Frage stellt sich: Hätten die schweizerische Finanzoligarchie und ihre sichtbare Regierung in Bern die Allianz mit den westlichen Demokratien gewählt, hätten sie – wie das die Alliierten dringlich verlangten – Hitlers Raubgold (und nicht die jüdischen Flüchtlinge) zurückgewiesen, hätten sie auf die massiven Devisenlieferungen, die Finanzhilfe (Kompensationskredite), die Industrie- und Waffenexporte an das Dritte Reich verzichtet, was wäre geschehen?

Mit großer Wahrscheinlichkeit hätte die Schweiz das Schicksal Österreichs oder der Tschechoslowakei erlitten. ...

Muß ich da dem anpasserischen Bundesrat, den tüchtigen Hehlern und Waffenschiebern nicht dankbar sein? Auf diese Frage wage ich keine Antwort. ...

Die Mächtigen im Land ... haben nichts gelernt, sich nicht entschuldigt und sind nicht abgetreten. Im Gegenteil: Aus ihrem Versagen während der Kriegszeit haben sie eine Monumentallüge konstruiert. Diese Lüge versperrt den Horizont der schweizerischen Geschichte bis heute.

Vom Gipfel des Alpenmassivs aus ... kommentiert die helvetische Herrschaftsklasse seit 1945 das Geschehen der Welt. Arrogant, überheblich, selbstgerecht und zu moralischem Ratschlag an die anderen stets bereit. Sonderfall Schweiz.

Das erwählte Volk der Reinen.

... Der Kalte Krieg rettete die helvetische Herrschaftsklasse vor ihrer Nemesis (strafenden Gerechtigkeit). ... Keiner verlangte mehr Rechenschaft von den Hitlerkomplizen. Zürich, Basel, Genf waren jetzt lebenswichtige internationale Finanzplätze für den Westen. Regierungen, Staats- und Privatbanken aus der ganzen freien Welt lancierten hier ihre Anleihen. Und aus allen Kontinenten strömte das Fluchtkapital in die helvetischen Bankenbunker.

Keine Abrechnung also. Und auch keine Einsicht.

"Vivir es recordar" (leben heißt, sich erinnern) schreibt José Martí. In Frankreich wurde 1945 Pierre Laval erschossen und Marschall Pétain zum Tode, später zu lebenslanger Haft verurteilt.

Überall in Europa – gerade und vor allem in Deutschland – wurde und wird die Haltung der lokalen Herrschaftsträger gegenüber Hitler und seinen Mordkumpanen seit über 50 Jahren intensiv diskutiert. Überall sind die Komplizen des Dritten Reichs an den Pranger gestellt, oft auch bestraft worden. Überall. Nur nicht in der Schweiz. Eine Entnazifizierung hat es in der Schweiz nie gegeben. Oder nur äußerst "selektiv", wie Jakob Tanner ausdrückt.

Jean-Francois Bergier, Präsident der vom Bundesrat bestellten Historikerkommission, weiß warum: "Man hatte Angst vor einer schonungslosen Aufarbeitung der Geschichte. Die Schweiz hat bisher ihre Vergangenheit idealisiert und unpassende Seiten der Geschichte verdrängt. ... Die Historiker hatten oft Mühe, an vollständige Informationen heranzukommen."

Resultat: ein vor Fäulnis stinkendes Kollektivgedächtnis.

... Der Zweite Weltkrieg bedeutet nicht bloß einer von vielen Kriegen in der über zweitausendjährigen Geschichte unseres Kontinents. Er ist ein Verbrechen, welches das Gewissen der Welt für immer heimsuchen wird. Während des Zweiten Weltkrieges wurde die Weltgroßmacht der Schweizer Banken begründet.

... Trotz der Strafrechtreform von 1990 ist der Finanzplatz Schweiz heute immer noch eine der effizientesten internationalen Waschanlagen für die Drogenmilliarden und für die Profite des internationalen organisierten Verbrechens. Zu nennen wäre auch die Steuerflucht aus den europäischen Ländern. ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über den fünfzigsten Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges (x169/93-94): >>... In den letzten Jahren ist die Holocaust-Industrie geradezu zu einem erpresserischen Geschäft geworden. Unter dem Vorwand, die Juden in aller Welt, ob lebendig oder tot, zu vertreten, erhebt sie in ganz Europa Anspruch auf jüdische Besitztümer aus der Zeit des Holocaust. Dieses doppelte Abkassieren sowohl bei europäischen Ländern als auch bei Juden mit legitimen Ansprüchen, das man passend als "letztes Kapitel des Holocaust" titulierte hat, zielte zunächst auf die Schweiz. ...

Beim Gedenken an den fünfzigsten Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs bat der schweizerische Präsident im Mai 1995 formell dafür um Entschuldigung, daß man den Juden während der Massenvernichtung durch die Nazis keine Zuflucht gewährt hatte.

Etwa zur gleichen Zeit kamen auch wieder Diskussionen über die seit langem schwelende Frage nach den jüdischen Vermögenswerten auf, die vor und während des Krieges auf schweizerischen Konten deponiert worden waren.

In einer weitverbreiteten Story zitierte ein israelischer Journalist ein Dokument - es wurde, wie sich herausstellte, falsch interpretiert -, welches bewies, daß in Schweizer Banken noch immer jüdische Konten aus der Zeit des Holocaust im Wert von mehreren Milliarden Dollar existierten.

Der Jüdische Weltkongreß - eine Organisation, die sich bis zu der Kampagne, die Kurt Waldheim als Kriegsverbrecher bloßstellte, im Niedergang befand - stürzte sich auf diese neue Gelegenheit. Schon früh war klar, daß die Schweiz eine leichte Beute sein würde.

Wenige würden mit den reichen Bankiers der Schweiz sympathisieren, denen die "bedürftigen

Überlebenden des Holocaust" gegenüber standen. Was jedoch wichtiger war: Die Schweizer Banken waren überaus anfällig für wirtschaftliche Pressionen seitens der USA. ...<<

Der britische Premierminister John Major erklärte am 8. Mai 1995 in Berlin (x283/232): >>... Vor 50 Jahren erlebte Europa das Ende des Dreißigjährigen Krieges von 1618 bis 1648.<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über Majors Rede (x283/232): >>... So kann man das sehen, denn der 1618 ausgebrochene Konflikt wurde in den Jahren 1618 bis 1648 nur ausgesetzt, er schwelte unter der Decke weiter. Die 1648 zu beklagenden Verheerungen waren kaum geringer als 1618, aber größer war nach dem Ende des Mordens der Einfluß auswärtiger Mächte auf die innerdeutschen Angelegenheiten. Eine Neuordnung stand an.

Auf mehreren Konferenzen – Casablanca und Teheran 1943, Jalta und Potsdam 1945 – entwickelten die siegesbewußten Alliierten Konzepte für die Nachkriegszeit. Am gravierendsten war die von Stalin mit Churchill und Roosevelt vereinbarte Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße und die Fixierung dieser neuen Grenze gegen Polen. 14 Millionen Deutsche aus Schlesien, Pommern, Danzig und Ostpreußen verloren ihre Heimat im Land ihrer Vorfahren. Das deutsche Staatsgebiet schrumpfte um ein Viertel gegenüber 1937.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Mai 1995 über den 50. Jahrestag des Kriegsendes: >>Für eine unbefangene Diskussion über das deutsche Nationalgefühl hat sich Ministerpräsident Gerhard Schröder ausgesprochen. ...

Schröder forderte in seiner Rede nachdrücklich zur Verteidigung eines Geschichtsbildes auf, das Bundespräsident Richard von Weizsäcker vor 10 Jahren geprägt habe. Der 8. Mai 1945 sei ein Tag der Befreiung gewesen. Diese Botschaft müsse jetzt jenen entgegengehalten werden, die aggressives nationales Pathos hören wollten. ...<<

Bundespräsident Roman Herzog erklärte am 8. Mai 1995 in Berlin (x268/78): >>... Millionen – vor allem Juden, Roma und Sinti, Polen und Russen, Tschechen und Slowaken – waren der größten Vernichtungsaktion zum Opfer gefallen, die menschliche Hirne je ersonnen hatten.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 15. Mai 1995 über eine Konferenz in der Lüneburger Ost-Akademie: >>**Höchste Zeit: Polen und Deutsche sprechen über Vertreibung**

... Der polnische Völkerkundler und Journalist Artur Hajnicz spricht von den Problemen, die Deutsche und Polen miteinander haben, wenn sie über Flucht und Vertreibung miteinander reden sollen:

"Jetzt, nach dem Fall des Sowjetimperiums, ist bei uns ein Tabu gebrochen. Wir können darüber reden, und Polen und Deutsche können sich der Geschichte stellen - es ist höchste Zeit, damit anzufangen." ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 23 Mai 1995: >>**Kohl nennt Angriff auf Rotterdam "barbarisch"**

... In einer Rede vor Professoren und Studenten der Rotterdamer Erasmus-Universität bezeichnet der Kanzler den verheerenden Luftangriff auf Rotterdam als "barbarisch".

Ausführlich erinnerte er an die 800 Todesopfer des Angriffs vom 14. Mai 1940: "Das Herz der Stadt wurde vernichtet. Dieser Angriff war verbrecherisch, die Besetzung der Niederlande war es, der gesamte von Hitler entfesselte Krieg war es." Um eine Wiederholung auszuschließen, dürfe es kein Verdrängen und Vergessen geben.

... An die niederländischen Jugendlichen – unter denen nach einer Umfrage Vorurteile gegen Deutsche weit verbreitet sind – appellierte Kohl: "Kommt zu uns, lernt Deutschland kennen, macht Euch selbst ein Bild von Eurem Nachbarn".

Für die Zukunft könne der Frieden in Europa nur gesichert werden, wenn die europäische Einigung zügig vorangebracht werde. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. Mai 1995: >>>Polen will kein Sühneopfer

... Die ersten Reaktionen waren forsch, entschieden und schossen am Ziel weit vorbei: "Eine Reprivatisierung nach ethnischen Kriterien wird es nicht geben", erklärte Polens sozialdemokratischer Privatisierungsminister Wieslaw Kaczmarek kurz angebunden. "Wir können den Juden nicht das wiedergutmachen, was ihnen die Nazis angetan haben", kommentierte ein Beamter des Ministerratsamtes. Und in der rechtsgerichteten katholischen Presse erwachten latente antisemitische Vorurteile: Die Juden, suggerierte die Primas Glemp unterstehende katholische Tageszeitung "Slowo", wollen sich Vorteile auf Kosten der Polen verschaffen.

Was war geschehen?

Anfang Mai hatten sich mehrere hohe amerikanische Politiker, Republikaner wie auch Demokraten, an 13 postkommunistische Länder Osteuropas mit der Forderung gewandt, endlich jüdisches Eigentum zurückzugeben oder zu entschädigen, das von den deutschen Besatzern oder den Kommunisten nach 1945 enteignet worden war. Der Brief war nicht besonders diplomatisch abgefaßt und noch dazu ein parteiübergreifender, vom State Departement nicht gedeckter Alleingang, der fast überall in Osteuropa zur Kenntnis genommen wurde, Verwunderung auslöste. Sollte eine befriedigende Regelung ausbleiben, so die Abgeordneten und Senatoren, könne dies die Beziehungen zu den USA belasten.

Interpretiert wurde das an der Weichsel so: Entschädigung für Juden oder keine NATO-Mitgliedschaft. Auf das heikle polnisch-jüdische Verhältnis wirkte der Brief wie der Marsch eines Elefanten durch ein Porzellanmuseum.

Bisher hat Polen keinerlei Reprivatisierungsansprüche privater Personen erfüllt. Rückgaben nationalisierten Eigentums gab es bisher nur für Kirchen, in erster Linie für die katholische Kirche. Auf dieser Basis sollen nun auch die sieben jüdischen Gemeinden und die wenigen jüdischen Vereine und Einrichtungen, die es in Polen noch gibt, enteignete Gebäude zurück- erhalten. Vor dem Krieg gab es in Polen 1.400 jüdische Gemeinden, an ihre Vergangenheit erinnern noch 1.020 jüdische Friedhöfe, 200 Synagogen und einige Pflegehäuser. Die Rückgabe zumindest eines Teils dieser Objekte ist auch in der polnischen Öffentlichkeit fast unumstritten.

Gleichzeitig arbeitet das Parlament seit Jahren daran, auch polnische Staatsbürger zu entschädigen, die nach dem Krieg enteignet wurden. Einigkeit herrscht dabei darüber, daß nur solche Eigentümer berücksichtigt werden sollen, die bis heute polnische Staatsbürger sind. Die Entschädigung vertriebener Deutscher ist damit ausgeschlossen. Die Entschädigung polnischer Juden, die während des Krieges flohen, nach dem Krieg nach Palästina auswanderten oder 1968 infolge der antisemitischen Hetze der polnischen KP auswanderten und ihren polnischen Paß nicht behielten, ist allerdings ausgeschlossen.

Das gleiche gilt für polnische Juden, die vor dem Weltkrieg in Preußen und Schlesien oder während des Krieges in Polen von den deutschen Behörden enteignet wurden. Ihr Vermögen wurde entweder von Polen übernommen, oder von Deutschen, die nach dem Krieg flohen oder vertrieben wurden. Deren Vermögen wurde schon 1946 als "ehemals deutsches Vermögen" enteignet. 1950 übernahm der Staat alle "verlassenen Güter", was neben den ehemals jüdischen und deutschen auch die Höfe der ostpolnischen Ukrainer traf, die 1946 aus Ostpolen in die ehemals deutschen Ostgebiete vertrieben worden waren.

Dieser Mechanismus ist dafür verantwortlich, daß selbst Deutsche, die noch vor 1946 die polnische Staatsbürgerschaft erhielten und bis heute in Polen leben, ihr Eigentum nicht zurückerhalten können. Helmut Pazdzior, Abgeordneter der deutschen Minderheit erklärt: "Das heißt, das polnische Bürger polnischer Herkunft im Rahmen der Reprivatisierung entschädigt werden, polnische Bürger deutscher und ukrainischer Herkunft dagegen nicht, denn sie wurden aufgrund anderer Gesetze und Dekrete enteignet."

Juden, die unter nationalsozialistischer Besatzung enteignet wurden, haben deshalb keine Aussicht auf Entschädigung, denn ihr Eigentum wurde anschließend als vermeintlich deutscher Besitz nationalisiert. Und aufgrund der verwickelten Eigentumsverhältnisse bleiben auch Juden benachteiligt, die erst von Polens Kommunisten enteignet worden sind.<<

Der deutsche Völkerrechtler und Jurist Otto Kimminich (1932-1997) berichtete am 3. Juni 1995 während einer Tagung der Sudetendeutschen über das Unrecht der Vertreibung der Deutschen in völkerrechtlicher Bedeutung (x150/36-45): >>... Die welthistorische Bedeutung dieses Gesamtvorgangs wird erst jetzt auch von Nichtbetroffenen erkannt. Eine neue interdisziplinäre Wissenschaft, die sogenannte Migrationsforschung, die sich im Hinblick auf die im 21. Jahrhundert zu erwartenden weiträumigen und umfangreichen Wanderungsbewegungen zu entfalten beginnt, untersucht die Wanderungsbewegungen früherer Zeiten, und dabei stellt sich heraus, daß 1945/46 im Herzen Europas die gewaltigste Bevölkerungsverschiebung der Weltgeschichte stattgefunden hat.

In den Gebieten, die in der trockenen Gesetzessprache als Vertreibungsgebiete bezeichnet werden, lebten 17 Millionen Deutsche. 12 Millionen von ihnen gelangten in den Westen, 2 ¼ Millionen fanden den Tod, die übrigen erlebten unterschiedliche Schicksale, die durch die Begriffe Deportation, Assimilierung, Denationalisierung, Untertauchen, Familienzusammenführung, Spätaussiedlung gekennzeichnet werden.

Erst seit wenigen Jahren tauchen winzige Reste dieser dritten Personenkategorie als nationale Minderheiten in den Ländern östlich des ehemaligen Eisernen Vorhangs wieder auf, wenn auch in der Regel nicht mehr in ihrer ehemaligen Heimat. Ihre Existenz ändert nichts an der Aussage, daß noch nie in der Weltgeschichte ein so großer Kulturraum mit so vielen Menschen innerhalb so kurzer Zeit so gründlich verändert worden ist, wie das 1945/46 in jenem Teil Europas geschah.

Weder die Literatur, noch die Kunst, noch die Geschichtsschreibung – von der Politik ganz zu schweigen – sind der Größe dieser welthistorischen Veränderung bisher gerecht geworden. Das ist um so verwunderlicher, als die Erfahrung zeigt, daß selbst Menschen aus fernen Erdteilen, die zum ersten Mal von jenen Ereignissen hören, zutiefst erschüttert sind und davon nicht mehr loskommen. ...

Trotzdem ist die juristische Beschäftigung mit dem Problem der Vertreibung notwendig, und zwar nicht wegen der rückschauenden Beurteilung, sondern wegen der Bedeutung, die diese Beurteilung für die Gestaltung der Zukunft besitzt. Niemand bestreitet, daß eine dauerhafte Friedensordnung nur auf der Grundlage des Rechts errichtet werden kann. Diese Grundlage ist nicht durch einen Federstrich zu schaffen. Die Vorstellung, an einer beliebig gewählten Stelle im Ablauf der historischen Ereignisse einen "Schlußstrich" ziehen zu können, ist eine gefährliche Illusion.

Wenn man nun den Maßstab des Völkerrechts an die Vertreibung von 1945/46 anlegt, so ist zunächst an eine Tatsache zu erinnern, die dem Laien sehr hart erscheinen mag: das Völkerrecht ist kein Recht der Völker, sondern ein Recht der Staaten. ...

Der rechtsdogmatische Zusammenhang zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und dem Vertreibungsverbot ist erst in jüngster Zeit erkannt worden. Das ist nicht verwunderlich; denn das Selbstbestimmungsrecht wurde erst am Ende des Ersten Weltkriegs auf die Ebene des Völkerrechts gehoben, und in der umfangreichen völkerrechtswissenschaftlichen Literatur jener Zeit wurde das Vertreibungsproblem überhaupt nicht erörtert.

An Vertreibungen dachte man damals noch nicht. Wohl gab es schon damals panslawistische Vorstellungen, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreichten und auch die Vertreibung von Deutschen beinhalteten. Aber derartige Gedanken waren weit entfernt von der internationalen Politik und wurden von der Völkerrechtswissenschaft nicht beachtet.

Erst die Vorgänge nach dem Zweiten Weltkrieg brachten den Zusammenhang zwischen dem

Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Frage des völkerrechtlichen Vertreibungsverbots ans Licht. Doch gerade in dieser historischen Situation wurde die völkerrechtswissenschaftliche Diskussion durch die weltpolitischen Umstände behindert. Den Vertreiberstaaten war es gelungen, die westlichen Siegermächte vor vollendete Tatsachen zu stellen, deren Einzelheiten der Weltöffentlichkeit - und den Völkerrechtlern – kaum bekannt waren.

Die Augenzeugen aber wurden nicht gehört. Deutschland war in den ersten Jahren der Besatzungszeit weitgehend von der Welt abgeschlossen und durch die Theorie der Kollektivschuld stigmatisiert. So fanden auch die Publikationen deutscher Völkerrechtler zu diesem Thema kaum ein Echo.

Hinzu kam, daß in der Nachkriegszeit die Individualrechte im Vordergrund des rechtswissenschaftlichen Interesses standen, während die Kollektivrechte, insbesondere die Minderheitenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, vernachlässigt wurden.

Erst nachdem im Zuge der Entkolonisierungsbewegung der 60er Jahre das Selbstbestimmungsrecht in den Mittelpunkt weltweiten Interesses gelangt war, nahm auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit diesem Thema zu.

Gleichzeitig wurden nun auch die Zusammenhänge zwischen dem Selbstbestimmungsrecht und dem Recht auf Heimat untersucht. ...

Die Massenausweisungen wurden nur unter dem Aspekt des völkerrechtlichen Fremdenrechts untersucht; denn Massenausweisungen eigener Staatsbürger hatte es in der gesamten Geschichte des Völkerrechts bis dahin nicht gegeben. Massenausweisungen von Fremden waren dagegen im 18. und 19. Jahrhundert tatsächlich vorgekommen, und zwar jeweils beim Ausbruch eines Krieges zwischen dem Gastland und dem Herkunftsland der Fremden. Mit diesem Problem beschäftigte sich die Völkerrechtswissenschaft sofort und verurteilte die Massenausweisung einmütig. ...

... Die europäische Menschenrechtskonvention vom 4. November 1950 hatte in ihrem ursprünglichen Text das Ausweisungsproblem ... nicht berücksichtigt. Erst das vierte Zusatzprotokoll vom 16. September 1963 regelte diese Materie.

Sein Artikel 3 lautet: "Niemand darf aus dem Hoheitsgebiet des Staates, dessen Staatsangehöriger er ist, durch eine Einzel- oder eine Kollektivmaßnahme ausgewiesen werden. Niemand darf das Recht entzogen werden, in das Hoheitsgebiet des Staates einzureisen, dessen Staatsangehöriger er ist."

Artikel 4 fügt hinzu: "Kollektivausweisungen von Ausländern sind nicht zulässig." Auch damit ist nur der längst bestehende Rechtszustand bestätigt worden.

Die Vertreiberstaaten – und diejenigen, die deren Politik zu rechtfertigen suchen, worunter sich allerdings keine Völkerrechtler befinden - haben immer wieder auf die Umsiedlungsverträge hingewiesen, um ihre Maßnahmen völkerrechtlich zu rechtfertigen.

Viele Völkerrechtler – und zwar nicht nur deutsche – haben dieses Argument gründlich widerlegt. Besonders eindrucksvoll ist die Diskussion, die schon im Jahre 1952 auf der Jahrestagung des Weltverbands der Völkerrechtler über diese Problematik geführt worden ist. Die Vereinigung hatte ausdrücklich die Frage gestellt, ob und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen Umsiedlungsverträge völkerrechtlich zulässig sein könnten.

Berichterstatter für dieses Thema war der spätere Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, der Italiener Ballardore Pallieri. Er faßte die Antworten der Völkerrechtler aller Welt – Deutsche waren nicht darunter – zusammen und führte dabei wörtlich aus, "daß das moderne Völkerrecht jede Zwangsumsiedlung oder zwangsweise Bevölkerungsverschiebung verbietet, und zwar auch dann, wenn sie äußerlich vom Willen der Einzelpersonen abhängt, in Wirklichkeit aber auf indirekten Zwangsmaßnahmen beruht, oder wenn der Wille des einzelnen sich nicht frei äußern kann, weil der einzelne seine Entscheidung nicht zurücknehmen kann oder gezwungen ist, sich einer Mehrheitsentscheidung zu beugen."

Von den zahlreichen schriftlichen Antworten, in denen diese Auffassung zum Teil sehr ausführlich begründet wurde, sei nur diejenige des Franzosen Georges Scelle zitiert: "Es erscheint schwierig, juristische Regeln zu formulieren, die auf politische Maßnahmen anwendbar sind, die ihrer Natur nach gegen elementare und grundlegende Prinzipien des Völkerrechts verstoßen. ... Jeder Bevölkerungstransfer stellt eine Verletzung der modernen internationalen Ethik dar, die die wichtigste Grundlage der internationalen Rechtsordnung ist. Jeder Massentransfer stellt eine Gewaltanwendung dar, die den allgemeinen Rechtsgrundsätzen widerspricht."

Als einziges Mitglied der Weltvereinigung meinte der Pole Bogdan Winiarski, daß Umsiedlungsverträge durch Staatsinteressen und "höhere Interessen des internationalen Friedens" zu rechtfertigen seien. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte stünde dem nicht entgegen, da sie nur "die Beziehungen des Alltags" betreffe. Dagegen habe die internationale Zwangsumsiedlung von Bevölkerungsgruppen bisher "einen absoluten Ausnahmecharakter" gehabt. Der größte Teil seiner Ausführungen bezog sich auf das Potsdamer Abkommen, das er als eine solche Ausnahme zu rechtfertigen suchte.

Nun ist aber gerade das Potsdamer Abkommen schon wegen seines Inhalts nicht als Umsiedlungsvertrag zu betrachten. Hinzu kommt, daß es auch deshalb kein Umsiedlungsvertrag sein kann, weil es nicht zwischen dem die Bevölkerung abgebenden und dem die Bevölkerung aufnehmenden Staat abgeschlossen worden ist. Rechtlich ist es nichts anderes als das Schlußkommunique einer Konferenz von drei Siegermächten am Ende des Zweiten Weltkriegs.

Darüber hinaus ordnet es keineswegs Zwangsumsiedlungen an, sondern fordert in seinem Artikel XIII – dem einzigen Artikel, in dem überhaupt von einem Bevölkerungstransfer die Rede ist – die tschechische und polnische Regierung und den Alliierten Kontrollrat in Ungarn auf, von weiteren Vertreibungen abzusehen, bis das Problem durch interalliierte Gespräche geklärt sei.

So ist es nicht verwunderlich, daß das Argument Winiarskis, das Potsdamer Abkommen sei ein Umsiedlungsvertrag, der ausnahmsweise zulässig sei, bei den anderen Völkerrechtlern keinen Anklang gefunden hat. Mehrere Mitglieder der Weltvereinigung haben ausdrücklich erklärt, daß die im Potsdamer Abkommen enthaltenen Passagen über die Ausweisung der Deutschen – obwohl sie diese Ausweisung nicht anordnen, sondern nur die bereits erfolgten sogenannten wilden Austreibungen zur Kenntnis nehmen und die Debatte über das gesamte Problem in Aussicht stellen – völkerrechtswidrig sind.

Es sind insbesondere deutsche und österreichische Völkerrechtler gewesen, die sich schon bald nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit dieser Problematik beschäftigt und dabei nachgewiesen haben, daß das bereits 1945 geltende Völkerrecht ein Vertreibungsverbot enthielt. Die Tatsache, daß es damals keine Konvention über die Verhütung und Bestrafung von Vertreibungen gab – ein Defizit, das heute noch besteht –, ändert an der Geltung des völkerrechtlichen Vertreibungsverbotes nichts.

Trotz der stetig wachsenden Zahl von internationalen Konventionen besteht das Völkerrecht heute wie damals überwiegend aus Völkergewohnheitsrecht. Gerade das Vertreibungsverbot läßt sich, wie schon erwähnt, aus Völkerrechtsnormen ableiten, die seit Jahrhunderten gelten. Die Entwicklungen, die das Völkerrecht im 20. Jahrhundert genommen hat, haben das Vertreibungsverbot nicht etwa erschüttert, sondern gefestigt. Das hängt mit der Verstärkung der Gruppenrechte und der Herausarbeitung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der Rechte auf die Heimat, wie überhaupt mit der gesamten Menschenrechtsentwicklung zusammen.

... Vor allem die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords vom 9. Dezember 1948 hätte hierzu klare Aussagen enthalten können. Nach Artikel II dieser Konvention "bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu

zerstören:

- a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
- b) Verursachung von schwerem körperlichen und seelischen Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
- c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen".

Angesichts der Tatsache, daß mit den Vertreibungen im Gefolge des Zweiten Weltkriegs die Tötung einer großen Zahl von Menschen verbunden war, und daß sie Millionen Menschen schweren körperlichen und seelischen Schaden zugefügt hat, würde die Subsumtion (Unterordnung) unter Artikel II der Völkermordkonvention nicht schwerfallen. Aber auch ohne die Völkermordkonvention und schon lange vor ihrer Unterzeichnung war das Vertreibungsverbot Bestandteil des geltenden Völkerrechts.

Diese Argumentation hat der österreichische Völkerrechtler Felix Ermacora in seinem Buch "Die sudetendeutsche Frage", das 1992 erschienen ist, nochmals in aller Breite dargelegt. Sorgfältig begründet er das Ergebnis, daß der Begriff des Völkermords schon vor der Konvention von 1948 dem Völkerrecht bekannt war, und daß die tschechischen Maßnahmen gegen die Sudetendeutschen in den Jahren 1945/46 den Tatbestand des Völkermords erfüllten.

Auf das Vertreibungsverbot haben die deutschen Völkerrechtslehrer bereits auf ihrer ersten Nachkriegstagung im April 1947 hingewiesen. Sie faßten damals eine EntschlieÙung, in der es unter anderem heißt: "Das Recht der persönlichen Freiheit, das zu den allgemeinen Menschenrechten gehört, umfaßt auch das Recht, in der Heimat zu leben und nicht gewaltsam aus ihr vertrieben zu werden."...

... Am 26. August 1994 bestätigte die Menschenrechtskommission der Vereinten Nation in einer Resolution das Recht der Menschen, in ihren Heimstätten, ihrer Heimat und ihren Herkunftsländern zu verbleiben. Bereits ein Jahr vorher hatte die UN-Hochkommissarin für Flüchtlinge ... die Respektierung des Rechts auf Heimat gefordert.

Daß auch das Recht auf die Heimat – mit dem Vertreibungsverbot in natürlicher Weise zusammenhängt – in den traditionellen Grundlagen des Völkerrechts verankert ist, braucht hier nicht weiter ausgeführt werden. ... Dieser Rechtslage entsprach auch die Haltung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz im Sommer 1945. Sein damaliger Präsident, der große Völkerrechtler Max Huber, verurteilte die Vertreibungen. Mit Bitterkeit vermerkte er, daß die Vertreiberstaaten das Angebot des Internationalen Roten Kreuzes, Hilfsaktionen für die Auszusiedelnden durchzuführen, einfach ignorierten.

Über die verzweifelten Versuche des Internationalen Roten Kreuzes, im Sommer 1945 auf die Vertreiberstaaten einzuwirken, berichtet auch der amerikanische Völkerrechtler Alfred Maurice de Zayas. ...

... Sein großes Buch "Nemesis at Potsdam" ist sofort ins Deutsche übersetzt worden. Andere Bücher und zahlreiche wissenschaftliche Aufsätze folgten. Vor zwei Jahren veranstaltete de Zayas als Gastprofessor an der Universität Chicago dort eine Ausstellung über die Vertreibung der Deutschen, die vielen Tausend Amerikanern die Augen öffnete. Daß dieser gerechte und tapfere Mann, nachdem er sich intensiv dem Völkerrecht zugewandt hatte, schließlich im Menschenrechtszentrum der Vereinten Nationen arbeitete und heute eine führende Position im Beamtenstab der UNO einnimmt, ist ein Lichtblick in unserer dunklen Zeit.

Aber es ist doch kein Einzelfall. Bereits vor einigen Jahren hatte ich das Buch eines anderen amerikanischen Völkerrechtlers über die Oder-NeiÙe-Linie zu rezensieren. ...

Auch er ging als Völkerrechtler der Frage nach und war erschüttert. So entstand das Buch, an dessen Schluß die Sätze stehen, die Oder-NeiÙe-Linie sei die ungerechteste Grenze der ganzen Welt und dürfe niemals Bestand haben. Das konnte und kann nur ein amerikanischer Völkerrechtler schreiben. Ein Deutscher darf das natürlich nicht, und zwar deshalb, weil die Bundes-

republik Deutschland in mehreren Verträgen die Endgültigkeit dieser Grenze feierlich anerkannt hat. Wir wissen das und halten uns daran. Aber es ist natürlich erlaubt, einen Amerikaner zu zitieren.

Es gereicht der Völkergemeinschaft zur Ehre, daß alle Völkerrechtler – mit Ausnahme derjenigen, die aus Staaten des ehemaligen Ostblocks stammen – die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg als völkerrechtswidrig gebrandmarkt haben. Die Motivation der Ostblockwissenschaftler mag verständlich sein, ihre Argumente sind es nicht.

Der bereits erwähnte österreichische Völkerrechtler Felix Ermacora kommt nach einer sorgfältigen Analyse der betreffenden Publikationen zu dem Ergebnis: "Alle Argumente, die vor allem von polnischen und tschechischen Wissenschaftlern zur Rechtfertigung der Vertreibung vorgebracht worden sind, halten einer kritischen menschenrechtlichen Argumentation nicht stand."

... Jahrzehntlang haben die westlichen Völkerrechtler ihren östlichen Kollegen zugute gehalten, daß diese in ihren Publikationen nicht gegen die Propagandathesen ihrer Regierung Stellung nehmen durften. Nach der politischen Wende der Jahre 1989/90 keimte die Hoffnung, daß auch im wissenschaftlichen Schrifttum jener Länder eine Einstellung erkennbar würde, die vielleicht schon in früherer Zeit insgeheim vorhanden war. ...

Hier sind insbesondere zwei Namen von hervorragenden Menschen zu nennen: Professor Jan Mlynarik (der schon in seiner slowakischen Heimat unter dem Pseudonym "Danubius" gegen die Vertreibung geschrieben hatte) und die Schriftstellerin Sidonia Dedina. Diesen aufrechten Menschen sei auch an dieser Stelle nochmals herzlichst gedankt.

Wir hoffen, daß viele ihrer Landsleute, die nichts publiziert haben, oder deren gesprochene oder gedruckte Worte nicht im Westen bekannt geworden sind, genau so denken. Auf ihr Denken und Handeln – und das unsere, das jede Kollektivschuld eines jeden Volkes als völkerrechtswidrig und unchristlich von sich weist – kann und muß die Zukunft aufgebaut werden.

Aber es wäre töricht und unnütz, die Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß jene Apostel der Wahrheit und der Versöhnung in ihrem eigenen Volk noch immer einen schweren Stand haben. ... Warum fährt man fort, die Parolen des Hasses zu verkünden? Warum sieht man nicht ein, daß es hier um Frieden und Menschenrechte geht? Warum weigert man sich, die Gerechtigkeit als Grundlage eines dauernden Friedens anzuerkennen?

Wenn es darum ist, weil man die Redlichkeit der Friedliebenden anzweifelt und ihren Motiven mißtraut, so kann uns das nicht entmutigen, sondern im Gegenteil: Es spornt uns an, beharrlich fortzufahren, Beweise unseres guten Willens zu zeigen und den Weg der Rechtlichkeit zu verfolgen. Wenn es aber darum ist, weil das böse Gewissen die Angst vor der Vergeltung nicht einschlafen läßt, oder weil eine völlige Rechtsblindheit die völkerrechtskonforme Beurteilung unmöglich macht, so werden die Beweise unserer Friedensliebe wenig nützen.

In dieser Situation ist es verständlich, daß viele Vertriebene - und viele von der großen Zahl derer, die mit ihnen fühlen, obwohl sie nicht selbst vertrieben worden sind – gerade jetzt zweifeln. Es ist sicher nicht leicht, ihnen wieder Mut zu machen, und die Erinnerung daran, daß die völkerrechtliche Beurteilung der Ereignisse von 1945/46 eindeutig ist, mag gerade in diesem Zusammenhang als geringfügig erscheinen.

Aber sie ist doch ein nicht hinwegzudenkender Teil des sudetendeutschen Selbstverständnisses, das immer mit dem Vertrauen auf Recht und Gerechtigkeit verbunden war. Das Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit wurde bereits Ende des Jahres 1918 abgelegt, als die gewaltsame Besetzung der Sudetengebiete begann. Es wurde auch nach dem 4. März 1919 wiederholt, und unermüdlich nach der Vertreibung, nicht nur in der Charta der Heimatvertriebenen vom 5. August 1950, die auch die Unterschrift der Repräsentanten der sudetendeutschen Volksgruppe trägt.

Das Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit und zum Verzicht auf Rache und Vergeltung ist Teil des Bekenntnisses zum Recht und dieses ist seinerseits die Grundlage des Friedenswillens. ...

Die Frage, was sich noch rückgängig machen läßt, ist 50 Jahre danach ... wohl anders zu beantworten als unmittelbar nach dem Geschehen. Die 2 ¼ Millionen Vertreibungstoten - darunter 241.000 Sudetendeutsche - können nicht zum Leben erweckt werden.

Das Leid derer, die an den Spätfolgen der unmenschlichen Behandlung gestorben sind, nachdem sie in die Sicherheit der westlichen Besatzungszonen gekommen sind – ihre Hinzuzählung würde die Zahl der Vertreibungstoten beträchtlich erhöhen -, läßt sich nicht aus der Welt schaffen.

Dasselbe gilt auch für alles andere durch die Vertreibung erzeugte Leid, das nicht zum Tode geführt hat und vielleicht "nur" in der Traurigkeit des ungestillten Heimwehs besteht. Was zählt dann noch die Frage der materiellen Entschädigung, deren tatsächliche Leistung ohnehin fragwürdig ist? Und welches Gewicht kann noch die weitere Frage haben, wer überhaupt – und unter welchen Bedingungen – zur Rückkehr in die alte Heimat bereit ist?

Wer den Sudetendeutschen – und den anderen Vertriebenen – unterstellt, es gehe ihnen um die Erlangung von Reichtümern in den Vertreibungsländern, hat überhaupt nichts verstanden. Es ging und geht um diejenigen Werte, die Papst Johannes XXIII. in seiner Enzyklika "Pacem in terris" als Voraussetzungen des Friedens beschrieben hat. Der Untertitel zählt sie auf.

Er lautet: "Über den Frieden unter den Völkern in Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit."

Der uralte Zusammenhang zwischen Recht und Frieden, den schon der Prophet Isaias (Jesaja) im Alten Testament so präzise beschrieben hat ("Das Werk der Gerechtigkeit wird der Friede sein"), wird in der Enzyklika des Jahres 1963 aufgefächert.

Alle einzelnen Komponenten des Friedens hängen miteinander zusammen. An erster Stelle aber wird mit Recht die Wahrheit genannt. Und es ist bedeutsam, daß gerade von kirchlicher Seite die fundamentale Bedeutung der historischen Wahrheit für die Schaffung und Erhaltung des Friedens hervorgehoben wird. Als Christen sind wir verpflichtet zu vergeben, aber wir sind nicht verpflichtet, zu vergessen. Das kann jeder Theologe bestätigen, und das weiß wohl auch jeder, der im Religionsunterricht aufmerksam zugehört hat. Eine Christenpflicht zum Vergessen gibt es nicht.

Der Jurist kann sich der moralischen Aufforderung zur Versöhnung anschließen; denn sie beinträchtigt das in die Zukunft gerichtete Vertreibungsverbot nicht. Aber er muß hinzufügen: Um des Friedens und des Rechtes willen sind wir nicht nur nicht verpflichtet zu vergessen, sondern wir sind verpflichtet, nicht zu vergessen. Anders läßt sich die Wahrheit als Grundlage des Friedens zusammen mit der Gerechtigkeit, der Liebe und der Freiheit, nicht erhalten. Die Arbeiten der Völkerrechtler zu den Fragen der Vertreibung haben dies deutlich gezeigt.

Die Pflicht nicht zu vergessen, bezieht sich nicht nur auf das Denken im stillen Kämmerlein. Sie beinhaltet die Pflicht, die Kenntnis der historischen Wahrheit zu verbreiten, damit die künftige Generation sie zur Erhaltung von Recht und Frieden verwenden können.

Es geht also um viel mehr als nur um das Erinnern. Es geht tatsächlich um die Gestaltung der Zukunft. Freilich erwächst die Verpflichtung auch aus dem Andenken an die Gemordeten und Gequälten. Doch darüber hinaus ist es eine im Schicksal der Vertreibung begründete Pflicht, deren Erfüllung das Ziel hat, künftige Generationen vor ähnlichem Schicksal zu bewahren. Deshalb kommt auch die völkerrechtliche Beurteilung zu dem Schluß: vergeben ja, vergessen niemals.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. Juni 1995 über das sowjetische Massaker von Katyn: >>**Jelzin lehnt Treffen mit Walesa in Katyn ab**

... Das jahrzehntelang von Moskau geleugnete Verbrechen von Katyn belastet noch heute das Verhältnis zwischen Polen und Russen.

Erst 1990 gab der Kreml zu, daß das Politbüro der KPdSU im März 1940 beschlossen hatte, insgesamt etwa 15.000 polnische Offiziere und Polizeibeamte, die der Roten Armee nach ihrem Einmarsch in Polen am 17. September 1939 in die Hände gefallen waren, ohne Gerichtsverhandlung zu erschießen. Im Frühjahr 1943 entdeckten deutsche Soldaten die Massengräber. Moskau behauptete, die Verbrechen seien von den Deutschen begangen worden.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. Juni 1995: >>... Der tschechische Staatspräsident Vaclav Havel ist davon überzeugt, daß die Deutschen die ausgestreckte Hand der Tschechen ergreifen werden. ...

Zu der vom bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber geforderten Überprüfung der Benes-Dekrete sagte Havel, die Tschechen könnten "nie auf die Zerstörung der Rechtsordnung eingehen, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstand und die auch ihren internationalen Kontext hat". ...<<

Der tschechische Kardinal Miroslav Vlk (seit 1990 Bischof des Bistums Budweis) erklärte am 16. Juni 1995 während einer Rede im Prager Carolinum (x154/24-26): >>... Mein großer Vorgänger, Kardinal Tomášek, unterstützte am 11. Januar 1990 die entgegenkommenden Schritte Präsident Václav Havels und erklärte im Namen der Kirche die Vertreibung der Deutschen als "zutiefst unmoralische Tat".

Er schrieb, daß die damals an den Deutschen in der Tschechoslowakei verübten Handlungen der Rachsucht und Verfolgung ein Schandfleck auf unserer nationalen Ehre sei, der sich nicht durch Schweigen oder den Verweis auf das uns zugefügte Unrecht, sondern allein durch objektives Eingeständnis der ganzen Wahrheit und durch Distanzierung vom eigenen verübten Unrecht auslöschen ließe.

Auf diese Stimme antworteten die deutschen Bischöfe im März 1990 mit einem wunderbaren Brief. Sie sprachen ihr Bedauern aus und entschuldigten sich für die Schuld der Deutschen gegenüber den Tschechen, die Vertreibung der Tschechen aus dem Sudetenland vor dem Krieg, für die von Nationalsozialisten im Namen des deutschen Nationalsozialismus während des Krieges begangenen Verbrechen und nicht zuletzt für die Beteiligung der DDR-Armee an der Okkupation der Tschechoslowakei im August 1968. Sie brachten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, alle unheilvollen Äußerungen der Feindschaft, des Mißtrauens und der Gleichgültigkeit zu überwinden und alles Positive zu fördern, worin sich beide Völker in ihrer ganzen langen gemeinsamen Geschichte gegenseitig bereicherten.

Eine eingehende Antwort auf diesen Brief brachte die Erklärung der Bischofskonferenz der CSFR im September des gleichen Jahres unter dem Motto "Christus ist unsere gemeinsame Hoffnung". In diesem Schreiben wurde erneut nicht nur die Vertreibung der Deutschen, sondern auch das Schweigen der Gläubigen und Vertreter der Kirchen zu den diesen Rachakt begleitenden Gewalttaten verurteilt. ...

Den bisherigen Höhepunkt dieses Dialogs brachte die gemeinsame Erklärung beider Bischofskonferenzen – der tschechischen und der deutschen – zum 50. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs. Sie vermittelten einen Überblick über die bisherigen Schritte der Christen auf dem Wege der tschechisch-deutschen Verständigung und äußerten sich auch zu konkreten Fragen der Entschädigung der tschechischen Opfer des Nationalsozialismus und den Erwartungen der vertriebenen Sudetendeutschen mit den Worten:

"Wiedergutmachung zwischen den Menschen verschiedener Völker ist in erster Linie ein geistiger Vorgang; eine Revision all dessen, was vor 50 Jahren geschah, ist kaum möglich. Wiedergutmachung zwischen Tschechen und Deutschen ist daher in erster Linie 'die Bereitschaft, sich innerlich von alter nationaler Feindschaft abzuwenden und mitzuhelfen, daß die Verletzungen geheilt werden, die anderen aus solcher Feindschaft zugefügt worden sind. ...

Nur solche Lösungen werden Bestand haben, die auch dem Gemeinwohl beider Staaten Europas verpflichtet sind. Sie müssen die jeder menschlichen Gerechtigkeit gesetzten Grenzen be-

achten; deshalb dürfen sie nichts Unerfüllbares fordern und müssen die Folgen für alle Betroffenen bedenken. Vor allem aber darf dabei nicht übersehen werden, daß es unzulässig ist, durch Gebote der Gerechtigkeit allein den Frieden unter den Menschen wahren zu wollen – wenn nicht unter ihnen die Liebe Wurzeln schlägt'. (Thomas von Aquin) ..."

Ein klarer Verzicht auf Haß und Feindschaft kann sich nicht mit bloßen Deklarationen begnügen, er bedarf der Taten, die Gewicht haben. Verbunden mit der praktischen Umsetzung auch in kleinen Schritten eröffnen sich neue Wege auf der "vopolitischen" Ebene. Wenn man sich vom Haß befreit, sieht man die Tatsachen um sich herum wesentlich klarer. ...

Es geht uns darum, Brücken des Vertrauens zu bauen, Nähe zu schaffen. Auf die Frage, wer unser Nächster sei, gab Jesus Christus mit dem Gleichnis vom Samariter eine überraschend einfache Antwort: Du selbst sollst dich zum Nächsten machen – dadurch, daß du danach strebst, dich jedem zu nähern, vor allem aber demjenigen, der dich braucht. – Kirche und Universität, Tschechen und Deutsche, alle Menschen guten Willens brauchen einander auf dieser Erde ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Juni 1995 über John Sacks umstrittenes Buch "Auge um Auge. Die Geschichte von Juden, die Rache für den Holocaust suchten": >>Die Angst vor Mißverständnissen

... Ein Buch macht von sich reden: erst, weil es erscheinen sollte, dann, weil es nicht erscheinen durfte, schließlich, weil es dann doch erschienen ist.

Die Diskussion über Wert oder Unwert von John Sacks Reportage "Auge um Auge", die zuerst der Piper Verlag herausbringen wollte und dann zurückzog und die nun im Hamburger Ernst Kabel Verlag veröffentlicht wurde, hat hohe Wellen geschlagen. Kein Wunder: Das Buch berührt ein heikles Thema, das alle Ängste vor "Mißverständnissen", vor einer Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen neu entfacht.

Der amerikanische Reporter John Sack hat Rachereaktionen von jüdischen Überlebenden der Vernichtungslager beschrieben, denen Deutsche, darunter viele Kinder und Frauen, aber kaum Angehörige der SS zum Opfer fielen. Eine große Zahl ehemaliger KZ-Häftlinge, so der Autor, habe in den Reihen des polnischen Staatlichen Sicherheitsdienstes im Jahre 1945 an willkürlichen Verhaftungen und Quälereien teilgenommen, die Sack ausführlich schildert. Er beziffert die Zahl der Deutschen, die in den Gefangenenlagern des Sicherheitsdienstes starben, auf 60.000 bis 80.000.

Im Mittelpunkt steht Lola, die die Schindereien in Auschwitz nur durch Zufall überlebt hatte, die dort ihr einjähriges Kind und viele Verwandte verlor. Sie hatte, gerade 24jährig, ein paar Monate ein Gefängnis geleitet, behandelte zunächst die deutschen Insassen mit großer Härte, um ihnen dann zu helfen, bis sie noch Ende des Jahres 1945 in den Westen floh.

Sack berichtet auch von Schlomo Morel, der als 26jähriger ein fürchterliches Regiment im Lager Schwientochlowitz führte. Er blieb Mitglied des Sicherheitsdienstes (den er aufgrund einer antisemitischen Kampagne 1968 verlassen mußte) und entzog sich der juristischen Untersuchung Anfang der neunziger Jahre durch Flucht.

Schon in Amerika hatte der dort bekannte jüdische Journalist John Sack, Jahrgang 1930, ein oft wütendes Echo hervorgerufen, als sein Buch erschien. In Deutschland genügte ein kritischer Artikel des Publizisten Eike Geisel in der "Frankfurter Rundschau" unter dem Titel "Antisemitische Rohkost", um den "Piper Verlag" in Panik zu versetzen. Der neue Verlagsleiter ließ 6.000 Exemplare des Buches einstampfen.

Die Angriffe waren nicht selten in einem zornigen Ton abgefaßt. Dem Autor wurde Antisemitismus vorgeworfen, von Fälschung und von Pornographie war die Rede, Sack habe sogar Opfer und Täter von Auschwitz gleichgesetzt. In dieser Sicht erscheint er als skrupelloser Sensationsjournalist, in anderen Darstellungen als skrupelloser Redakteur und Rechercheur, als anerkannter Zeitungs- und Fernsehjournalist, der vor Jahren mit seinen Untersuchungen über die

Machenschaften der amerikanischen Neonazis Aufsehen erregte.

Ein Vorwurf läßt sich allerdings nach der Lektüre nicht bestätigen. Sack setzt den Holocaust und die späteren Racheaktionen keineswegs gleich, das gilt für die Dimensionen der Verbrechen wie auch für ihre moralische Bewertung. ...

Er schreibt, was ihm viele verübeln, bewußt als gläubiger Jude, beruft sich - nicht ohne Pathos - auf die Pflicht zur Wahrheit. Er zitiert die Lehren der Thora, die Vergeltung ablehnt. Wer sich von Haß leiten läßt, so gibt er zu verstehen, droht seine jüdische Identität zu verlieren. Er versucht aber auch, diesen Haß nachvollziehbar zu machen. Die ersten siebenzig Seiten sind der Vorgeschichte, der Hölle von Auschwitz gewidmet. Er teilt zudem mit, daß "90 Prozent" der verfolgten Juden Rache ablehnten und die übergroße Mehrheit derer, die dem polnischen Sicherheitsdienst zunächst beitraten, noch im Jahre 1945 in den Westen flohen.

Umfängliche historische Untersuchungen über dieses Kapitel der Nachkriegsgeschichte gibt es noch nicht. Sack betont, daß er nicht nur Archive durchforstet, sondern bei einer 7jährigen Recherche 300 Stunden Interviews mit unzähligen Zeitzeugen geführt habe. Und doch bleibt vieles unklar. In welchem Zeitraum die geschätzten 60.000 bis 80.000 Deutschen umkamen und in welchem Ausmaß daran überhaupt Juden beteiligt waren, wird nicht deutlich. Unverständlich bleibt, wieso er vom berüchtigten Lager in Lamsdorf berichtet, das gar keinen jüdischen Kommandanten hatte. ...

Sack arbeitet zudem mit Mutmaßungen. Er glaubt, daß Stalin den Eintritt von Juden in den polnischen Geheimdienst bewußt gefördert habe, als es darum ging, Nazis aufzuspüren und zu verfolgen. Er hätte diese Vermutung im Zusammenhang mit der damaligen antisemitischen Verfolgungswelle in der Sowjetunion erörtern müssen. Der polnische Sicherheitsdienst war eine kommunistische, keine "jüdische" Organisation. Da er Maßnahmen der stalinistischen Terrorpolitik mit einem ethnischen Etikett versieht, bedient er sich - ungewollt - antisemitischer Klischees. ...

Den größten Unmut hat er sich aber mit seiner populären Darstellungsform zugezogen. Sack legt einen mit drastischen Schilderungen gespickten "Tatsachenroman" vor ...

Ein nüchterner Bericht, der die Tatsachen historisch-kritisch einordnet, wäre sicherlich angemessener als dieser Versuch, Authentizität zu simulieren. Die Kritiker werfen ihm vor, mit dieser Darstellung jenen Schützenhilfe zu leisten, die den Völkermord an den Juden historisch zu relativieren versuchen.

Wer Sacks Buch liest, muß nicht automatisch falsche Schlüsse ziehen. Man muß ihn schon mißverstehen und Ursache und Wirkung vertauschen wollen, um zu übersehen, daß hier von schrecklichen Folgen schrecklicher Taten berichtet wird. Unbekümmertheit in dieser Frage sollten wir uns hierzulande freilich nicht leisten. Da wirkt die forciert forsche Tonlage des Kabel Verlages reichlich peinlich. In einer überschlauen Pressemitteilung glaubt man den ganz großen intellektuellen Coup zu landen: "Die Ewiggestrigen und die Warner treffen sich an einem fatalen Punkte: Sie scheinen anzunehmen, eine Relativierung des Holocaust sei möglich."

Dieser abenteuerliche Versuch, den Spieß umzudrehen, läßt an den seriösen Motiven des Verlags zweifeln. Zur Veröffentlichung des Buches gibt es gleichwohl keine Alternative, will man nicht die Legenden beleben, wonach das Elend der Vertreibung bei uns tabuisiert würde, obwohl es doch seit den fünfziger Jahren eine Fülle von Literatur dazu gibt.

Nur eine offensive Diskussion gewährt überhaupt eine Chance, mögliche Mißverständnisse zu bekämpfen, einen absoluten Schutz vor ihnen gibt es nicht. Mit dem Restrisiko der menschlichen Dummheit müssen wir nun mal leben.<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1995 berichtete im Juni 1995 über das Buch "Die gegängelte Nation. Die Folgen der bedingungslosen Kapitulation" des deutschen Historikers Richard Grill (x853/...): >>... **Eine Folge der bedingungslosen Kapi-**

tulation

Die Deutschen und die Auswirkungen der alliierten "Umerziehung" nach dem Krieg

Gleichsam im Vorgriff auf die 50jährige Rückerinnerung an die bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht im Mai 1945 beschäftigte sich ein jüngst erschienenes Buch mit den Folgen dieses bislang unerhörten Kriegsendes in der europäischen Geschichte.

Sein Verfasser, Richard Grill, bringt als promovierter Historiker und Zeitzeuge das wissenschaftliche Rüstzeug und den erforderlichen Erfahrungsschatz mit, um kompetente Aussagen über die Auswirkungen der alliierten "Umerziehung" zu machen. Beruflich im Bildungsbe- reich tätig, hatte er es vorwiegend mit jener Kriegsfolge zu tun, die als sogenannte "Reeduca- tion" die Deutschen von der nationalsozialistischen Ideologie weg- und zur Demokratie hiner- ziehen sollte, und die als "Umerziehung" zum Schlagwort geworden ist.

Einer der geistigen Väter des westalliierten "Umerziehungsprogramms" war Roosevelts lang- jähriger Finanzminister Henry Morgenthau. Ihm und seinem Gesinnungsfreund Dexter-White ging es dabei um die schließliche Beseitigung der "deutschen Gefahr" für die Menschen und den Frieden in der Welt. Während die Entindustrialisierung Deutschlands die wirtschafts- und militärpolitische Macht des Reiches ein für alle Mal brechen sollte, hatte die "Umerzie- hung" die geistig-psychologische "Abrüstung" der Deutschen zu besorgen. Richard Grill faßt den Vorgang unter die Überschrift "Entmachtung und Entmündigung der Deutschen" und be- legt seine Feststellungen mit einer Fülle von Beispielen.

Zu ihnen gehört die widerspruchslose Übernahme der Siegerverdikte über das deutsche Volk und seine Geschichte sowie die Annahme aller Verantwortlichkeiten für den Zweiten Welt- krieg und seine Opfer. Exemplarisch dafür ist in seinen Augen das "Stuttgarter Schuldbe- kenntnis" der evangelischen Kirche vom Herbst 1945, von welchem die nachfolgende "Ver- gangenheitsbewältigung" wesentlich beeinflußt worden ist. ...

Angesichts der neuerlich aus Prag zu hörenden Forderung nach Schuldbekennnissen der Su- detendeutschen nimmt sich auch höchst aktuell aus, was Grill über "Die Vertreibung - eine gerechte Sache?" ausführt.

Danach hat sich die von den Siegern und den Vertreiberstaaten in Umlauf gesetzte Version, daß die Volks- und Sudetendeutschen in Polen und in der Tschechoslowakei als "Fünfte Ko- lonne Hitlers" ihr bisheriges Heimatrecht selbst verwirkt hätten, immer mehr ausbreiten und die Vertriebenen schließlich zu Alleinschuldigen am erlittenen Schicksal erklären lassen kön- nen. Eine Verkehrung von Tätern und Opfern, welche die Landsmannschaften bei der öffent- lichen Kommentierung ihrer Forderungen nach Heimat- und Eigentumsrecht hierzulande zu- nehmend schmerzlicher zu spüren bekommen. Auf die noch rund drei Millionen überlebenden Ost- und Sudetendeutschen in der Bundesrepublik scheint weitgehend das zuzutreffen, was der Verfasser "Selbthaß und Fremdenliebe" als "Made in Germany" bezeichnet.

Wie anders sind die oft feindseligen Zurechtweisungen an die Adresse der "Vertriebenen- Funktionäre" seitens bestimmter Politiker und Publizisten zu verstehen? Richard Grill scheint den Finger in die Wunde zu legen, wenn er diese verbreitet praktizierte Selbstentäußerung der Deutschen als eine verinnerlichte Gängelung mit Zeitzündereffekt begreift und vor weiteren beflissenen Selbstbeichtigungen warnt, da diese sonst in nationale Selbstaufgabe oder irra- tionale "Selbstbefreiung" enden und ein neues Kapitel "deutscher Erhebung" einleiten könn- ten.

Was den Verfasser letztlich umtreibt, beschreibt er am Schluß seines Buches so: "Die mentale Schwäche des deutschen Volkes durch den aufgedrückten und am Leben erhaltenen Scham- und Schuldkomplex sichert einen überbordenden Einfluß und sorgt dafür, daß die Einigkeit durch Verwirrung und Zerrüttung, das Recht durch Unsicherheit und Hintansetzung und die Freiheit durch Gängelung und Selbstkasteiung beeinträchtigt werden", um in Anlehnung an das "Deutschlandlied" zu fordern:

"Das Lied der Deutschen mahnt die Jüngeren, die in die Entscheidung hineinwachsen, die Einigkeit in Recht und Freiheit zu wahren, ihr Recht in Freiheit und Einigkeit in Anspruch zu nehmen und die Freiheit für die Einigkeit im Recht einzufordern" und abschließend festzustellen:

"Sie können dies nur, wenn sie das Netz ungerechtfertigter Kollektivbindung abstreifen, das vor 50 Jahren über ihre Vorfahren geworfen wurde, und aus dem Nebel und Dunst heraustreten, in die man ihren Gang durch die Geschichte als den eines Sonderwegs gebannt hatte."

...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 berichtete im Juni 1995 (x853/...):

>>>Die britische Zeitung "Sunday Correspondent"; 16.9.1989 (zitiert in FAZ, 17.9.89):

"Wir müssen jetzt ehrlich über die deutsche Frage sein, so unbequem sie auch für die Deutschen, für unsere internationalen Partner und für uns selbst sein mag ... Die Frage bleibt in der Essenz die gleiche. Nicht, wie wir verhindern, daß deutsche Panzer über die Oder oder Marne rollen, sondern wie Europa mit einem Volk fertig wird, dessen Zahl, Talent und Effizienz es zu unserer regionalen Supermacht werden läßt.

Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren können".<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.05.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x089/79) = Lexikon der deutschen Geschichte, Seite 79.

x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x136	Ziegler, Jean: Die Schweiz, das Gold und die Toten. 3. Auflage. München 1997.
x150	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 15. Bonn 1996.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996.
x153	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 13. Bonn 1995.
x154	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 14. Bonn 1996.
x159	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Sudetendeutschen. Eine Volksgruppe im Herzen Europas. 16. Kulturelle Arbeitshefte. 4. Auflage. Bonn 1995.
x163	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen – unbewältigte Vergangenheit Europas. 29. Kulturelle Arbeitshefte. Bonn 1998.
x169	Finkelstein, Norman G.: <u>Die Holocaust-Industrie</u> . Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird. München 2002.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x268	Nawratil, Heinz: Der Kult mit der Schuld. Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x283	Demandt, Alexander: <u>Es hätte auch anders kommen können</u> . Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.

Internet

x851	Zayas, Alfred M. - Tag der Danziger, 22. August 2001: http://www.news4press.com/HEIMATRECHT-IST-MENSCHENRECHT_668584.html - März 2015
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.php?option=com-content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.